

9. Sitzung

Freitag, den 28. Januar 2000

Erfurt, Plenarsaal

- a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 - ThürHhG 2000 -)** **424,480**
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 3/72 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 3/223 -
dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/268 -
Änderungsanträge der Fraktion der SPD
- Drucksachen 3/272/280/281/296 -
Änderungsantrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/295 -
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/259 -
Entschließungsanträge der Fraktion der SPD
- Drucksachen 3/271/273 -
Entschließungsanträge der Fraktion der PDS
- Drucksachen 3/290/291/292/293/294 -
ZWEITE BERATUNG
- b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 1999 bis 2003 für den Freistaat Thüringen** **424,480**
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 3/109 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 3/224 -
- c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (LHO) -** **424,480**
Unterrichtung durch den Finanzminister
- Drucksache 3/74 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 3/225 -
- dazu: Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **424,480**
- Drucksache 3/226 -

Die Aussprache wird fortgesetzt zu den Einzelplänen 08, 02, 03 (gemeinsam mit Teilen des Einzelplans 17, die das Innenministerium betreffen, und Einzelplan 19), 04, 05, 06 (mit den Einzelplänen 17 und 18), 07, 09 und 15 sowie abschließend die Schlussrunde.

Zu den Einzelplänen 01 und 11 erfolgt keine Aussprache.

Während der Aussprache zu Einzelplan 03 erhält der Abgeordnete Gerstenberger (PDS) einen Ordnungsruf.

Abstimmungen:

zu a)

- 1. Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/268 - wird mit Mehrheit angenommen.*
- 2. Zu dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/272 - wird von der antragstellenden Fraktion Einzelabstimmung in namentlicher Abstimmung zu Kapitel 04 01 Titel 883 76, Kapitel 07 02 TGr. 92 (neu), Kapitel 07 08 Titel 685 74, Kapitel 08 29 Titel 684 71, Kapitel 08 44 Titel 684 01, Kapitel 15 50 Titel 686 76 und zu Kapitel 17 20 Titel 893 01 beantragt.*

Dem Antrag der Fraktion der PDS, alle Punkte der Drucksache 3/272 einzeln abzustimmen, stimmen die Antragsteller nicht zu.

In namentlicher Abstimmung werden mit folgendem Ergebnis jeweils abgelehnt:

- Kapitel 04 01 Titel 883 76
abgegebene Stimmen 76; 18 Ja, 44 Nein, 14 Enthaltungen (Anlage 1)*
- Kapitel 07 02 TGr. 92 (neu)
abgegebene Stimmen 75; 32 Ja, 43 Nein, 0 Enthaltungen (Anlage 2)*
- Kapitel 07 08 Titel 685 74
abgegebene Stimmen 76; 32 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen (Anlage 3)*
- Kapitel 08 29 Titel 684 71
abgegebene Stimmen 76; 19 Ja, 44 Nein, 13 Enthaltungen (Anlage 4)*
- Kapitel 08 44 Titel 684 01
abgegebene Stimmen 76; 29 Ja, 44 Nein, 3 Enthaltungen (Anlage 5)*
- Kapitel 15 50 Titel 686 76
abgegebene Stimmen 76; 15 Ja, 44 Nein, 17 Enthaltungen (Anlage 6)*
- Kapitel 17 20 Titel 893 01
abgegebene Stimmen 76; 32 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen (Anlage 7)*

Die restlichen Punkte des Änderungsantrags - Drucksache 3/272 - werden mit Mehrheit abgelehnt.

- 3. Die Änderungsanträge der Fraktion der SPD - Drucksachen 3/280, 3/281 und 3/296 - und der Fraktion der PDS - Drucksache 3/295 - werden jeweils mit Mehrheit abgelehnt.*
- 4. Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 3/223 - wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags der Fraktion der CDU - Drucksache 3/268 - mit Mehrheit angenommen.*
- 5. Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 3/72 - wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung - Drucksache 3/223 - in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen.*
- 6. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/259 - wird mit Mehrheit angenommen.*

7. *Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/271 - wird mit Mehrheit abgelehnt.*
8. *Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/273 - wird in namentlicher Abstimmung bei 74 abgegebenen Stimmen mit 30 Jastimmen, 43 Neinstimmen und 1 Enthaltung (Anlage 8) abgelehnt.*
9. *Die Entschließungsanträge der Fraktion der PDS - Drucksachen 3/290, 3/291, 3/292, 3/293, 3/294 - werden jeweils mit Mehrheit abgelehnt.*

zu b und c)

Die Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksachen 3/224 und 3/225 - werden jeweils mit Mehrheit angenommen.

Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 3/2 und dessen Stellvertreters gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschußgesetzes 454

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/249/287 -

Wahl von Mitgliedern der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz gemäß § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (AG G 10) 454

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/67/79 -

Wahl von Mitgliedern des Beirats gemäß § 4 Abs. 4 des Thüringer Liegenschaftsverwertungsgesetzes (ThürLiegVerwG) 454

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/121/285 -

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für das Kuratorium der "Stiftung für Technologie- und Innovationsförderung in Thüringen" 454

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/123/286 -

Wahl von stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses gemäß Artikel 89 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit §§ 14, 15 Thüringer Richtergesetz (ThürRiG) 454

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/232 -

Die Tagesordnungspunkte 11 bis 15 werden gemeinsam aufgerufen. Ohne Aussprache wird über die Wahlvorschläge in geheimer Abstimmung gemäß § 46 Abs. 1 GO abgestimmt.

Gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschußgesetzes wird der Abgeordnete Gottfried Schugens (CDU) als stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/2 mit Mehrheit gewählt.

Die Abgeordnete Sabine Doht (SPD) erreicht nicht die erforderliche Mehrheit für die Wahl als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 3/2.

Als Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz gemäß § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (AG G 10) werden mit der erforderlichen Mehrheit der Mitglieder des Landtags gewählt:

Abgeordneter Wolfgang Fiedler (CDU)
Abgeordneter Willibald Böck (CDU)

Der Abgeordnete Steffen Dittes (PDS) erreicht nicht die erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Landtags.

Als Mitglieder des Beirats gemäß § 4 Abs. 4 des Thüringer Liegenschafts-
verwertungsgesetzes (ThürLiegVerwG) werden nach § 9 Abs. 2 GO ge-
wählt:

Abgeordneter Peter Bonitz (CDU)
Abgeordnete Christiane Neudert (PDS)

Als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder für das Kuratorium der
"Stiftung für Technologie- und Innovationsförderung in Thüringen"
werden nach § 9 Abs. 2 GO gewählt:

<u>Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
Abg. Dr. Karin Kaschuba (PDS)	Abg. Werner Buse (PDS)
Abg. Jörg Schwäblein (CDU)	Abg. Prof. Dr. Jens Goebel (CDU)
Abg. Gottfried Schugens (CDU)	Abg. Thomas Kretschmer (CDU)

Als weitere stellvertretende Mitglieder des Richterwahlausschusses gemäß
Artikel 89 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung
mit den §§ 14, 15 Thüringer Richtergesetz werden mit der erforderlichen
Zweidrittelmehrheit gewählt:

Abgeordneter Werner Buse (PDS)
als Vertreter des Mitglieds Dr. Joachim Koch (PDS)
Abgeordnete Cornelia Nitzpon (PDS)
als Vertreter des Mitglieds Dr. Roland Hahnemann (PDS)

Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/236 -

455

Ohne Aussprache wird über den Wahlvorschlag in geheimer Abstimmung
gemäß § 46 Abs. 1 GO abgestimmt, nachdem ein Abgeordneter einer Ab-
stimmung durch Handzeichen widersprochen hat.

Als Landesbeauftragter für den Datenschutz wird gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1
des Thüringer Datenschutzgesetzes

Frau Silvia Liebaug

mit der erforderlichen Mehrheit der Mitglieder des Landtags gewählt.

-
- Fragestunde** **457**
- a) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Fischer (PDS)** **457**
Geriatrische Versorgung in Thüringen
 - Drucksache 3/233 -
- wird von der Abgeordneten Nitzpon vorgetragen und von Staatssekretär Maaßen beantwortet.*
- Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/233 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.*
- b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow (PDS)** **458**
Vertretbarkeit der Spaßbaddichte in Thüringen
 - Drucksache 3/234 -
- wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfragen.*
- Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/234 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.*
- c) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Bechthum (SPD)** **459**
Strukturanpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose ab 55 Jahre
 - Drucksache 3/240 -
- wird von Minister Schuster beantwortet.*
- d) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow (PDS)** **460**
Privatrundfunk in Thüringen
 - Drucksache 3/241 -
- wird von Minister Dr. Krapp beantwortet. Zusatzfrage.*
- e) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow (PDS)** **461**
Pflegeversicherung
 - Drucksache 3/243 -
- wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet.*
- Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/243 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.*
- f) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kaschuba (PDS)** **462**
Zur Förderung innovativer Projekte in den Regionen Thüringens
 - Drucksache 3/244 -
- wird von Ministerin Prof. Dr. Schipanski beantwortet. Zusatzfrage.*
- Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/244 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.*

- g) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Buse (PDS) 463**
Fahrpreisentwicklung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)
- Drucksache 3/248 -

wird im Einvernehmen mit dem Fragesteller wegen des umfangreichen Zahlenmaterials durch Minister Schuster nicht mündlich beantwortet; Minister Schuster sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/248 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- h) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Pelke (SPD) 463**
Öffnungszeiten für Video- und Mediatheken in Thüringen
- Drucksache 3/250 -

wird von der Abgeordneten Heß vorgetragen und von Minister Köckert beantwortet.

Der Antrag der Fraktion der SPD, im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/250 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- i) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Becker (SPD) 464**
Abbestellung von Nahverkehrsleistungen
- Drucksache 3/251 -

wird von der Abgeordneten Doht vorgetragen und im Einvernehmen mit der Fragestellerin wegen des umfangreichen Zahlenmaterials durch Minister Schuster nicht mündlich beantwortet; Minister Schuster sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Antrag der Fraktion der SPD, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/251 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- j) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer (PDS) 465**
Streckennetz des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in Thüringen
- Drucksache 3/256 -

wird im Einvernehmen mit dem Fragesteller wegen des umfangreichen Zahlenmaterials durch Minister Schuster nicht mündlich beantwortet; Minister Schuster sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/256 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

k) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dittes (PDS) 465
Einsatz neuer Fahrzeuge im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Thüringen
- Drucksache 3/257 -

wird im Einvernehmen mit dem Fragesteller wegen des umfangreichen Zahlenmaterials durch Minister Schuster nicht mündlich beantwortet; Minister Schuster sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/257 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

l) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Gerstenberger (PDS) 465
Pünktlichkeit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Thüringen
- Drucksache 3/258 -

wird im Einvernehmen mit dem Fragesteller wegen des umfangreichen Zahlenmaterials durch Minister Schuster nicht mündlich beantwortet; Minister Schuster sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/258 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

m) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Nothnagel (PDS) 465
Thüringer Sonderprogramm für Schwerbehinderte
- Drucksache 3/261 -

wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet. Zusatzfrage.

Staatssekretär Maaßen sagt dem Abgeordneten Nothnagel die schriftliche Beantwortung seiner Zusatzfrage, wer die wissenschaftliche Begleitung des Sonderprogramms für Schwerbehinderte im Umfang von 250.000 DM erhalten hat, zu.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/261 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

n) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Gerstenberger (PDS) 466
Reduzierung der Festzuschüsse für Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)
- Drucksache 3/262 -

wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfragen.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/262 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- o) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf (PDS) 467**
Frauenspezifische Daten des Landesarbeitsamtes Sachsen-
Anhalt/Thüringen
 - Drucksache 3/263 -

wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfrage.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Gleichstellungsausschuss gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/263 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- p) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf (PDS) 468**
Gewalt gegen Frauen
 - Drucksache 3/264 -

wird von Staatssekretärin Dr. Bauer beantwortet.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Gleichstellungsausschuss gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/264 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

Aktuelle Stunde 469

- a) auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: 469**
"Auswirkungen des Verkehrsinvestitionspro-
gramms der Bundesregierung bis 2002 auf die
Verkehrsprojekte in Thüringen"
 Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
 - Drucksache 3/66 -

- b) auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: 474**
"Freistellung der Elf Aquitaine von der Sanierung
ökologischer Altlasten in Thüringen"
 Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
 - Drucksachen 3/239/253 -

Aussprache

- Thüringer Gesetz zur Eingliederung der Gemeinde 539**
Kleinwechungen in die Gemeinde Werther
 Gesetzentwurf der Landesregierung
 - Drucksache 3/200 -
 ERSTE BERATUNG

Nach Begründung und Aussprache wird der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 3/200 - an den Innenausschuss überwiesen.

- Thüringer Gesetz zu dem Vierten Rundfunk- 540**
änderungsstaatsvertrag und zur Verbesserung
des Rundfunkgebühreneinzugs
 Gesetzentwurf der Landesregierung
 - Drucksache 3/222 -
 ERSTE BERATUNG

Nach Begründung und Aussprache wird der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 3/222 - an den Ausschuss für Bildung und Medien überwiesen.

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über
den Thüringer Rechnungshof**

542

Gesetzentwurf der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/238 -
ERSTE BERATUNG

Ohne Begründung durch die Einreicher und nach Aussprache wird eine beantragte Überweisung des Gesetzentwurfs der Fraktion der PDS - Drucksache 3/238 - an den Justizausschuss mit Mehrheit abgelehnt.

**Erlaubnisfreier vorübergehender Aufenthalt von
in Thüringen lebenden Asylbewerberinnen und
-bewerbern in den Landkreisen und kreisfreien
Städten Thüringens**

544

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/237 -

Ohne Begründung durch die Antragsteller und nach Aussprache wird der Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/237 - mit Mehrheit abgelehnt.

**Unterstützungsmaßnahmen zum Erhalt der
Simson Zweirad GmbH Suhl und des Fahr-
zeugbau-Traditionsstandorts**

548

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/283 -

Ohne Begründung des Antrags durch die Antragsteller erstattet Minister Schuster einen Sofortbericht zu dem Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/283 -.

Auf Verlangen der Fraktion der PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Nach der Aussprache wird der Antrag der Fraktion der PDS auf Fortführung der Beratung zu dem Bericht der Landesregierung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik mit Mehrheit abgelehnt.

Gemäß § 106 Abs. 2 GO wird zu dem Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/283 - die Erfüllung des Berichtersuchens festgestellt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Dr. Birkmann, Gnauck, Köckert, Dr. Krapp,
Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	424, 427, 429, 431, 433, 434, 436, 437, 439, 440, 442, 443, 479, 480, 500, 503, 506, 507, 508, 510, 511, 512, 513, 514, 516, 517, 535, 536, 538
Vizepräsidentin Ellenberger	456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 504, 518, 520, 523, 524, 526, 527, 529, 532, 533
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	444, 445, 447, 448, 450, 451, 453, 455, 456, 481, 483, 484, 485, 487, 490, 492, 493, 494, 495, 496, 498, 539, 540, 542, 544, 545, 547, 548, 550, 551, 552, 553, 556, 557, 558
Althaus (CDU)	535
Arenhövel (CDU)	424
Bechthum (SPD)	433, 436, 459
Becker (SPD)	474
Braasch (CDU)	474
Buse (PDS)	458, 459, 462, 463, 465, 466, 468, 469, 536, 550, 557
Dr. Dr. Dietz (CDU)	542
Dittes (PDS)	452, 453, 475, 545, 558
Doht (SPD)	464
Döring (SPD)	492, 532
Emde (CDU)	493
Fiedler (CDU)	448, 451, 539
Dr. Fischer (PDS)	443
Gerstenberger (PDS)	459, 466, 467, 487, 507, 516
Heß (SPD)	463, 464, 465
Heym (CDU)	455, 456, 472, 473
Kallenbach (CDU)	469, 470, 514
Dr. Kaschuba (PDS)	462
Dr. Klaubert (PDS)	526, 530
Dr. Klaus (SPD)	477
Dr. Koch (PDS)	556
Kölbel (CDU)	544
Krauße (CDU)	476, 477, 524
Kretschmer (CDU)	510, 511, 512, 556, 557
Kretschmer (SPD)	496
Kummer (PDS)	523
Lehmann (CDU)	504
Lippmann (SPD)	470, 471, 508, 552
Mohring (CDU)	481
Neudert (PDS)	442, 495, 514, 544
Nitzpon (PDS)	457
Nothnagel (PDS)	434, 465, 466
Panse (CDU)	431
Pelke (SPD)	429
Dr. Pidde (SPD)	503, 536, 538
Pohl (SPD)	480, 545
Ramelow (PDS)	458, 460, 461
Schemmel (SPD)	447
Scheringer (PDS)	518
Dr. Schuchardt (SPD)	512
Schwäblein (CDU)	527, 529, 530
Seela (CDU)	490, 542
Sonntag (CDU)	439

Dr. Stangner (PDS)	487
Tasch (CDU)	437
Vopel (CDU)	513, 514
Wehner (CDU)	550, 551, 557, 558
Wetzel (CDU)	483, 484
Dr. Wildauer (PDS)	445, 451
Wolf (CDU)	498
Wolf (PDS)	434, 455, 467, 468
Wunderlich (CDU)	520
Zimmer (PDS)	553
Dr. Bauer, Staatssekretärin	440, 468, 469
Dr. Birkmann, Justizminister	500
Köckert, Innenminister	464, 485, 539, 547
Dr. Krapp, Kultusminister	460, 461, 494, 495, 540
Maaßen, Staatssekretär	427, 457, 461, 465, 466
Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	462, 533
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	458, 459, 463, 464, 466, 467, 468, 473, 517, 548
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	479, 524
Trautvetter, Finanzminister	506
Dr. Vogel, Ministerpräsident	444

Die Sitzung wird um 9.05 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Vertreter der Regierung, verehrte Gäste und Vertreter der Medien auf der Besuchertribüne, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen 9. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 28. Januar 2000.

Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen die Abgeordnete Zitzmann und die Abgeordnete Bechthum. Frau Abgeordnete Bechthum wird die Rednerliste führen. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt, zumindest für den Vormittag, Herr Minister Gnauck, dann die Abgeordnete Thierbach, der Abgeordnete Sonntag, der Abgeordnete Dr. Dr. Dietz, der Abgeordnete Schugens, der Abgeordnete Böck und der Abgeordnete von der Krone.

Ich darf zu Beginn noch folgenden Hinweis geben: Gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags habe ich dem Ereignis- und Dokumentationskanal Phoenix die Genehmigung für Bild- und Tonaufnahmen während dieser Plenarsitzung erteilt. Nach diesem kurzen Hinweis können wir jetzt schon einsteigen in die heutige Tagesordnung.

Ich rufe auf den gestern unterbrochenen **Tagesordnungspunkt 1**

a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000 (ThürHhG 2000 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/223 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/268 -

Änderungsanträge der Fraktion der SPD

- Drucksachen 3/272/280/281 und 3/296 -

Änderungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/295 -

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/259 -

Entschließungsanträge der Fraktion der SPD

- Drucksachen 3/271/273 -

Entschließungsanträge der Fraktion der PDS

- Drucksachen 3/290/291/292/293/294 -

ZWEITE BERATUNG

b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 1999 bis 2003 für den Freistaat Thüringen

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 3/109 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/224 -

c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landshaushaltsordnung (LHO) -

Unterrichtung durch den Finanzminister

- Drucksache 3/74 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/225 -

dazu: Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/226 -

Wir setzen mit der gestern unterbrochenen Aussprache zum **Einzelplan 08 - Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** - fort. Die schon gestern vorliegende Wortmeldung von Frau Abgeordneten Arenhövel, CDU-Fraktion, werden wir als Erstes hören.

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, bundesweit hat sich der Freistaat Thüringen durch seine soziale Gesetzgebung und die familienfreundliche Ausgestaltung seiner Politik einen außerordentlich guten Ruf erworben.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag steht dafür ein, dass dieses auch so bleibt. Deshalb weisen wir die durch nichts gerechtfertigte Fundamentalkritik einer so genannten sozialen Schiefelage auf das Entschiedenste zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Eine solche Kritik ist nicht nur unzutreffend, sondern auch böswillig, weil man nicht zur Kenntnis nehmen will, dass wir in Thüringen in dieser Hinsicht vieles erreicht haben. Die ganz erheblichen, in die Milliarden gehenden Investitionen in die soziale Infrastruktur und die Befreiung vieler Behinderter aus der Isolation sind zwei markante Beispiele dafür, dass seit 1990 eine moderne, menschenwürdige Betreuung in weiten Teilen überhaupt erst ermöglicht wurde. Die neue CDU-geführte Landesregierung hat allerdings bereits in diesem ersten von ihr vorgelegten Haushalt einige neue Akzente gesetzt, die durchaus positiv zu bewerten sind.

1. Die Arbeitsmarktpolitik wurde in das Wirtschaftsressort überführt und damit sichergestellt, dass Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik stärker miteinander verzahnt werden, damit wir eines erreichen, nämlich dass der zweite Arbeitsmarkt eine Brücke zum ersten wird.

(Beifall bei der CDU)

2. Durch die Aufstockung des Sozietats im Einzelplan 08 um ca. 42 Mio. DM wurde ein erster Schritt zu mehr Haushaltsklarheit getan. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist dies ganz im Sinne des Parlaments; denn, meine Damen und Herren, wir betrügen uns doch am Ende selbst, wenn gesetzliche Leistungen chronisch unterfinanziert werden und schon am Jahresanfang die Anträge auf überplanmäßige Ausgaben sichtbar sind. Mit diesem frommen Selbstbetrug, meine Damen und Herren, muss jetzt endlich Schluss sein.

(Beifall bei der CDU)

Dies war ein Tribut an die große Koalition.

3. In der Familienpolitik wurde mit dem neuen Namen des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit erfreulicherweise ein neuer Schwerpunkt gesetzt. Dieser wird auch in diesem neuen Haushalt sichtbar. So wurden die Haushaltstitel bezüglich der Arbeit der Familienverbände, der Familienzentren und der Familienerholung in diesem Bereich von insgesamt 3,9 Mio. auf 5 Mio. DM aufgestockt. Die Investitionen in Einrichtungen der Familienhilfe wurden von 2,7 auf 2,9 Mio. DM angehoben. Die Stiftung für Schwangere und Familien in Not wurde auf 3 Mio. DM aufgebessert und die Arbeit der Sozialpädiatrischen Zentren - ein wichtiges Element in der Frühförderung behinderter Kinder - wurde sichergestellt, so dass wir insgesamt von einer Verbesserung um 2,6 Mio. DM sprechen können. Allerdings, und dies richte ich als Bitte an die Landesregierung, haben wir schon den Wunsch, dass diese Gelder auch pünktlich ausgereicht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind darüber hinaus fest entschlossen, die Sanierung unserer Kindertagesstätten verstärkt voranzutreiben und natürlich gemeinsam mit den Kommunen, die in der Erst-

verantwortung sind, dieses Problem in den nächsten Jahren zu lösen. Zu diesem Thema gibt es, wie Sie alle wissen, bereits hervorragende Beispiele, aber auch noch eine Menge an Bedarf. Es ist unser Ziel, dass am Ende der Legislaturperiode die Eltern und Kinder zufrieden sein können mit dem Zustand ihrer Kindertagesstätten. 5,6 Mio. DM sind dafür im Einzelplan 17 in diesem Jahr eingestellt, plus des auslaufenden Sonderprogramms.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion trägt das Motto "Sparen und Gestalten" voll mit. Gerade wir Sozialpolitiker sehen uns hier in der Mitverantwortung. Dies ist für uns in dieser Legislaturperiode schon auch eine große Herausforderung. Sparen und Gestalten heißt, Strukturen zu verändern und Leistungsgesetze zu prüfen und gegebenenfalls zu ändern. Wir werden weder mit der Brechstange noch mit Zaghaftigkeit diese Aufgabe angehen, sondern wir werden mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Betroffenen, mit möglichst viel Sachverstand und natürlich auch mit der nötigen Entschlossenheit diese Dinge angehen,

(Beifall bei der CDU)

wobei ich allerdings davon ausgehe, dass wir die Bereitschaft zu solchen Schritten von allen Ressorts erwarten. Deshalb möchte ich nicht verschweigen, dass es auch zu besorgten Diskussionen Anlass gibt, insbesondere im Bereich des betreuten Wohnens, in der Suchthilfe und in der Behindertenhilfe. Wir haben uns mit den Zuschriften vieler Träger intensiv befasst. Dazu ist Folgendes zu sagen:

1. Die Regelfinanzierung z.B. von Beratungsstellen ist gesichert. Durch die Flexibilität innerhalb der Hauptgruppen kann auch bei dringendem Bedarf zusätzlich gefördert werden.

2. Zur Frage des betreuten Wohnens wird von uns eine Strukturdebatte geführt, an deren Ende der Grundsatz "ambulant vor stationär" zum Tragen kommen muss. Laut Ausführungsgesetz zum BSHG tragen hier die kommunalen Gebietskörperschaften in erster Linie die Verantwortung und nicht das Land, meine Damen und Herren. Trotzdem muss diese Frage neu gewichtet werden. Sie ist uns einfach zu wichtig und zu bedeutungsvoll, deshalb treffen wir an dieser Stelle keine schnellen Entscheidungen. Hier gilt der Grundsatz: Erst die genaue Prüfung und dann die Konsequenzen. In diesem Sinne haben wir die Wohlfahrtsverbände informiert und setzen dort auch weiterhin auf die positive Zusammenarbeit.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf einige Änderungsanträge der CDU-Fraktion näher eingehen. In unserem Wahlprogramm haben wir deutlich gemacht, dass wir dem ehrenamtlichen Engagement mehr Bedeutung beimessen wollen. Demzufolge wurde der Haushaltstitel bereits im Regierungsentwurf auf 3 Mio. DM aufgestockt. In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers wurde

das Programm "50 Plus" angekündigt, das auf zwei Säulen ruht. Der arbeitsmarktpolitische Teil besteht in der Umsteuerung von Maßnahmen auf den Personenkreis über 50-Jährigen, während der ehrenamtliche Teil im Einzelplan 08 umzusetzen ist. Die CDU-Fraktion hat dem Haushaltstitel 08 20 653 13 - genannt "Honorierung ehrenamtlichen Engagements älterer Arbeitsloser" - 4 Mio. DM im Baransatz und einen Zufließvermerk von weiteren 4 Mio. DM, also insgesamt 8 Mio. DM zugeführt. Die dazu notwendige Richtlinie befindet sich bereits in der Ressortabstimmung, so dass deutlich wird, wir haben an dieser Stelle Wort gehalten, meine Damen und Herren, und wir werden dieses Programm umsetzen. Wenn Sie die Fachliteratur zu diesem Thema lesen, werden Sie bemerken, dass es 100-prozentig der richtige Ansatz ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Ministern Herrn Trautvetter und Herrn Schuster sowie bei den Kollegen der CDU-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss, allen voran bei Ihnen, Herr Dr. Zeh, die mitgeholfen haben, das Geld bereit zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Menschenkinder!)

Weitere Anträge der CDU-Fraktion dienen z.B. der Verbesserung des Arbeitsschutzes. Und, meine Damen und Herren der SPD, Sie haben ja auch angekündigt, dass Sie diesen Antrag mit unterstützen wollen, der die wissenschaftliche Begleitung bei Arbeitsschutzmaßnahmen um 250.000 DM aufstockt.

Durch Umschichtung kommen 1,3 Mio. DM Investitionen dem Gesundheitsbereich zugute. Insbesondere profitieren Psychiatrie und Suchthilfe von diesem Antrag. Damit steht für diesen Bereich im Haushalt 2000 mehr Geld zur Verfügung, als 1999 ausgegeben worden ist. Gerade mit der Frage der Suchtprävention wird sich die CDU-Fraktion sehr eingehend beschäftigen, und zwar im Gegensatz zu vorigen Zeiten, denn wir wollen nicht, dass das Thema unter den Teppich gekehrt wird, weil wir es nicht zulassen wollen, dass junge Menschen in Fixerstuben enden und Heroin in der Apotheke auf Rezept erhältlich ist.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Wir wollen, dass junge Menschen aufgeklärt und stark genug sind, nein zu sagen. Die Drogenhilfeplanung muss deshalb dringend neu bewertet, aktualisiert und fortgeschrieben werden.

Investitionen im Bereich der Sportstätten - ein Dauerthema, an dem nicht genug gearbeitet werden kann: Zahlreiche Anträge auf Förderung machen deutlich, dass diese Investitionen dringend notwendig sind. Deshalb haben wir

mit unserem Änderungsantrag 2 Mio. DM umgeschichtet, um diese Aufgabe auch künftig mit dem nötigen Nachdruck voranzutreiben. Dieser Antrag plus die Änderung im Sportwettengesetz tragen dazu bei, dass auf dem bisherigen Niveau weitergefördert werden kann. Thüringen ist weltweit durch den Sport bekannt, aber auch im Breitensport sollten wir diesen Ruf unterstreichen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer, wenn auch in der Geldsumme scheinbar geringfügiger Antrag betrifft die Förderung der Verbände und Selbsthilfegruppen der Opfer des SED-Unrechts. Dafür stehen nun im Haushalt 100.000 DM zur Verfügung, wobei der CDU-Fraktion nicht nur die materielle, sondern auch die ideelle Unterstützung der Opferverbände am Herzen liegt. Gemeinsam mit ihnen sollten wir hier überlegen, konzeptionell, wie die Arbeit noch besser ausgestaltet werden kann. Wir sind froh darüber, dass 7,3 Mio. DM für Rehabilitation und Wiedergutmachung zur Verfügung stehen.

Bei den Anträgen der Opposition ist uns besonders der Antrag der PDS-Fraktion zur Schaffung von 800 Stellen zur sozialen Beratung und Betreuung ins Auge gefallen. Allein ordnungspolitisch ist dieser Antrag schon ein Skandal. Mit 48 Mio. DM Landesmitteln wollen sie diese Stellen offenbar voll finanzieren, ohne jede Beteiligung anderer, der Freistaat Thüringen also als Arbeitgeber? Ebenso kann ich nicht erkennen, dass Sie diese doch recht massive Forderung auch nur halbwegs konzeptionell unteretzt hätten. Ich habe mir deshalb Ihren Entschließungsantrag zur Regierungserklärung, den Sie damals gestellt hatten in der Drucksache 3/178, noch einmal etwas genauer angesehen. Außer allgemein gehaltenen, verschwommenen Forderungen ist nichts zu erkennen. In der Begründung heißt es unter anderem - Frau Präsidentin, Sie gestatten, dass ich zitiere: "Das Land ist deshalb in der Verpflichtung, zeitnah entsprechend der Anträge der Fördermittelnnehmer die Mittelauszahlung vorzunehmen. Dabei ist unerheblich, ob bereits Genehmigungen von Seiten der EU vorliegen oder nicht." Also eine Lizenz zum Gelddrucken oder geht es Ihnen um die Versorgung ganz bestimmter Leute mit Arbeitsstellen?

(Beifall bei der CDU)

Eine solche Politik werden wir jedenfalls nicht unterstützen,

(Beifall bei der CDU)

zumal sie ja auch zulasten des Arbeitsmarkts und der Landesentwicklung ginge, denn dort wollen Sie ja die 48 Mio. DM hernehmen. Und, Frau Neudert und Herr Nothnagel, ich habe immer gesagt, dass die fachlichen Beratungs- und Betreuungsaufgaben keine Dinge sind, die wir mit dem zweiten Arbeitsmarkt lösen können. Das ist absolut richtig und korrekt. Aber Sie müssen dazu dann auch sagen, dass wir schon der Meinung sind, ein Be-

ratungsstellennetz im Sozialbereich gehört zur modernen Sozialpolitik, weil man dadurch vieles verhindern und vielem auch vorbeugen kann. Da habe ich gar keine andere Meinung. Nur, wir müssen das, was heute in Thüringen praktiziert wird, schon durchforsten und auf den Prüfstand stellen. Wir können da nicht alles voll finanzieren, so läuft das nicht, sondern das muss fachlich evaluiert werden. Und gerade bei der Landesentwicklung, so wie Sie es vorhatten, werden wir keinen Stillstand dulden. Die Mittel der LEG haben Sie ja gleich mehrmals verfrühstücken wollen. Energisch widersprechen muss ich auch dem Eindruck, den Sie hier erwecken wollen. Wir leben doch hier im Freistaat nicht in einer sozialen Einöde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich deshalb auch mit der Frage beschäftigt, was wir bezüglich sozialer Beratung und Betreuung tun und möchte dies an einigen Beispielen deutlich machen, die allerdings keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, weil das in der Kürze der Zeit auch nicht möglich war:

Allein mit der Jugendpauschale fördern wir ca. 800 feste Stellen, die durch den Freistaat anteilig gefördert werden, und zwar zu 50 Prozent, wie Sie wissen, darüber hinaus 20 Stellen für Beratung in Fragen der Jugendberufshilfe, 233 Stellen in der Familien- und Schuldnerberatung, 300 Stellen im Suchtthilfebereich - das sind Beratungsstellen und Stellen für betreutes Wohnen -, 21 Stellen in der gesundheitlichen Selbsthilfe und der offenen Altenhilfe, 19 Stellen geförderte Fachkräfte in den Betreuungsvereinen, 130 Stellen in der Behindertenhilfe und der familienentlastenden Dienste; allein in diesen Bereichen also über 1.500 feste geförderte Stellen, meine Damen und Herren. Was wollen Sie eigentlich? Aber auch für die PDS gilt eines: Sie redet in der Opposition völlig anders, in der Regierungsverantwortung tut sie genau das Gegenteil.

Lassen Sie mich deshalb einen Blick nach Mecklenburg-Vorpommern werfen. Dort ist die PDS ja unmittelbar in Verantwortung. Die Sozialministerin gehört Ihrer Partei an. Das Landeserziehungsgeld ist fast ganz abgeschafft worden

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Hört, hört!)

und die Pflegebedürftigen und Blinden, ebenso die Behinderten sind betroffen von sozialen Sparmaßnahmen, meine Damen und Herren. Ich habe die Gesetze alle da, ich kann Ihnen das alles schwarz auf weiß belegen. Dass Sie die Familien nicht unterstützen, das mag ja in ihrer Ideologie begründet sein, dass die PDS aber auch die Pauschalförderung der Krankenhäuser auf ein viel niedrigeres Niveau gesenkt hat als wir hier in Thüringen, macht doch überdeutlich, dass Reden und Tun bei Ihnen zweierlei sind.

(Zwischenruf Abg. Neudert, PDS: Das haben wir längst gemacht.)

(Beifall bei der CDU)

Deshalb weise ich Ihre Kritik nicht nur zurück, sondern, ich denke, Sie haben auch kein Recht darauf, sich hier als Anwalt der sozial Schwachen aufzuspielen. Eine alte Weisheit, denke ich, gilt heute auch immer noch: Sozialistisch ist noch lange nicht sozial.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse die wichtigsten Anliegen der CDU-Fraktion zum Haushalt 2000 zusammen. Die Erfüllung unserer sozialen Aufgaben ist uns selbstverständlich. Haushaltsklarheit und ein hohes Maß an Verlässlichkeit sind für uns ebenso wichtig wie eine umfassende Strukturdebatte, die zu Einsparungen führen muss, die aber nicht zu Lasten der Schwächsten geht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat sich jetzt gemeldet der Vertreter der Landesregierung, Herr Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zunächst für die heutige Debatte nochmals Herrn Minister Dr. Pietzsch entschuldigen, der erkrankt ist, aber im Rundfunk diese Debatte verfolgen wird. Auch im Jahr 2000 wird der Haushalt des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit wieder seiner unmittelbaren Bedeutung für alle Teile unserer Gesellschaft gerecht: für die Familien, für Kinder und Jugendliche, für die älteren Menschen, für die Behinderten, für Gesunde und Kranke. Ich nenne die Gesunden, weil Gesundheitsvorsorge ein wichtiger Zielpunkt unseres Etats ist, vor allem aber auch, weil der Etat der umfassenden gesellschaftlichen Bedeutung des Thüringer Sports gerecht wird.

Selten, meine Damen und Herren, ist ein Etat sowohl im Vorfeld der Haushaltsberatung als auch in der gestrigen Haushaltsdebatte von der Opposition, insbesondere von der PDS, aber auch von der SPD, so schlecht geredet worden. Von Sozialabbau, von Haushaltssanierung zulasten von Kranken und Schwachen war hier die Rede.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich werde das Gefühl nicht los, dass bei Ihnen der Wunsch der Vater des Gedankens war.

(Beifall bei der CDU)

Ich weise diese völlig wahrheitswidrige Verdrehung von Tatsachen mit aller Entschiedenheit zurück. Was sind nun die Tatsachen? Die Ausgaben im Einzelplan 08 erhöhen sich gegenüber 1999 zunächst um 42 Mio. DM, im Zuge der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses um weitere 4 Mio. DM, also insgesamt um 46 Mio. DM, auf insgesamt 1,574 Mrd. DM. Im Einzelplan 17 - das wird hier oft bei der Diskussion übersehen - im Kommunalen Finanzausgleich werden auch erhebliche Mittel für den Sozialbereich zur Verfügung gestellt. Hier sind die Mittel in diesem Etat um 20 Mio. DM für die Kindertagesstättenförderung erhöht worden. Tatsache ist also, dass es sich über den gesamten Haushalt, der hier vom Ministerium zu bewirtschaften ist, um eine Steigerung von mehr als 66 Mio. DM im Haushalt des Jahres 2000 handelt. Es wird ausgebaut und nicht abgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Auf einen weiteren Punkt möchte ich noch hinweisen. Der Einzelplan 08 ist sehr viel solider veranschlagt als im Vorjahr, denn wir müssen berücksichtigen, dass in unserem Einzelplan die Mittel für die Zuweisungen und Zuschüsse überwiegend durch gesetzliche Verpflichtungen gebunden sind. 632,5 Mio. DM für gesetzliche Leistungen stehen 133,6 Mio. DM für freiwillige Leistungen gegenüber. Der größte Teil dieser gesetzlichen Leistungen beruht auf Bundesgesetzen. Von den genannten 632,5 Mio. DM sind 519,9 Mio. DM bundesgesetzlich vorgegeben und nur rund 112,6 Mio. DM durch Landesgesetze festgelegt. Mit großer Befriedigung stelle ich fest, dass in diesem Jahr die bundes- und landesgesetzlichen Leistungen entsprechend dem heutigen Erkenntnisstand bedarfsgerecht veranschlagt worden sind. Das war nicht immer so. Kurz will ich die Schwerpunkte des Etats darstellen.

Erster Schwerpunkt - Familie und Jugend: Die Haushaltsansätze zur Förderung der Familien im freiwilligen Bereich werden gegenüber dem Vorjahr von 20,8 Mio. DM im Jahr 1999 auf 21,8 Mio. DM im Jahr 2000 steigen. Insgesamt werden dadurch Verbesserungen möglich bei der Stiftung "Nothilfe für die Familie, Hilfe für schwangere Frauen in Not", bei der Förderung von Familienbildungsmaßnahmen und bei der Förderung der Familienverbände.

Im gesetzlichen Bereich sichern wir in diesem Haushalt ebenfalls eine Förderung auf hohem Niveau. Für die Finanzierung der Leistungen nach dem Kindertageseinrichtungsgesetz wird in diesem Jahr der Ansatz um 20 Mio. DM auf 242 Mio. DM erhöht. Für das Landeserziehungsgeld werden im Jahr 2000 Landesmittel in Höhe von annähernd 37 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Wir erreichen damit nach wie vor rund 67 Prozent der in Betracht kommenden jungen Familien. In Mecklenburg-Vorpommern, Frau Abgeordnete Arenhövel hat es eben schon mal dargestellt, sind die Bedingungen des Landeserziehungsgeldes so verschlechtert worden, dass davon höchstens 3 Prozent der vormalig Berechtigten erreicht werden. Das nenne ich Sozialabbau.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Legislaturperiode wollen wir zudem die Sanierung der Kindertageseinrichtungen voranbringen. Der im Haushalt 1999 zum ersten Mal im Rahmen eines Sonderprogramms mit 5 Mio. DM etatisierte Investitionstitel wurde für das Jahr 2000 auf 5,6 Mio. DM gesteigert. Mit der Jugendpauschale in Höhe von 24,5 Mio. DM haben die Landkreise und kreisfreien Städte ein verlässliches Förderinstrument, um in ihrem originären Zuständigkeitsbereich mit bedarfsgerecht fest angestelltem Personal die Angebote der Jugendarbeit, der Sozialarbeit und der ambulanten erzieherischen Hilfen zu ermöglichen.

Zweiter Schwerpunkt - Ehrenamt: Wir haben im Gegensatz zur PDS kein Ehrenamtsgesetz versprochen, aber wir haben für die Förderung des Ehrenamts zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Der Ansatz steigt von 2,2 Mio. DM auf 3 Mio. DM.

Dritter Schwerpunkt - Gesundheit: Im Jahr 2000 stehen in Thüringen für Bau- und Investitionsmaßnahmen in den Krankenhäusern 404,8 Mio. DM im Landeshaushalt bereit.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Hiermit werden nicht nur die vier laufenden Krankenhausneubauten in Gotha, Bad Salzungen, Erfurt und Apolda finanziert, gleichzeitig werden an vielen anderen Standorten Sanierungen und Ersatzneubauten z.B. für Stationsgebäude durchgeführt. Die Pauschalförderung für Krankenhäuser ist mit 44,5 Mio. DM veranschlagt. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl ist die Pauschalförderung in Thüringen doppelt so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Bereiche der allgemeinen Gesundheitsförderung, der Gesundheitshilfen, des Gesundheitsschutzes, der psychiatrischen Versorgung und der Suchthilfe haben wir im Haushalt 2000 enger zusammengefasst. Insgesamt werden in diesen Bereichen 26,8 Mio. DM für laufende und investive Zuschüsse zur Verfügung stehen, gegenüber 25,3 Mio. DM im Jahr 1999 also eine Erhöhung um 1,5 Mio. DM und keine Absenkung. Zu dem Ergebnis hat der Erhöhungsantrag der CDU-Fraktion für investive Mittel mit 1,3 Mio. DM beigetragen, für den ich sehr dankbar bin.

Vierter Schwerpunkt - Sportförderung: Meine Damen und Herren, die erfolgreichste Methode der Gesundheitsprävention ist sicherlich der Sport.

(Beifall bei der CDU)

Der Thüringer Sport hat sich in den vergangenen Jahren in Breite und Leistung deutlich weiterentwickelt. Die Förderung der mehr als 355.000 Thüringer in Vereinen und Landesverbänden aus Landesmitteln ist im nichtinvestiven Bereich einschließlich der Leistungen aufgrund des Thüringer Staatslotterie- und Sportwettengesetzes auf mehr als

30 Mio. DM angewachsen. Das Sportland Thüringen steht und fällt mit einer Reihe von attraktiven Sportstätten, die auch nationale und internationale Bedeutung haben. So erfolgt z.B. in diesem Jahr der Umbau der Oberhofer Schanze K 120 als größte Mattenschanze in den neuen Ländern mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mio. DM. Hier wird sich neben dem Bund auch der Freistaat mit 480.000 DM Landesfördermitteln beteiligen.

Darüber hinaus werden wir die Breitensportstätten nicht vergessen. Voraussichtlich 85 Fördervorhaben in ganz Thüringen sind es, die in diesem Jahr 2000 umgesetzt werden sollen. Erheblicher Sanierungs- und Neubaubedarf der Sportstätten wird uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen und ein Thema der Thüringer Sportpolitik sein. Ich bin dem Haushalts- und Finanzausschuss dankbar, dass er die Mittel für die Sanierung der Sportstätten um 2 Mio. DM erhöht hat.

Fünfter Schwerpunkt - behinderte und pflegebedürftige Menschen: In der Behindertenhilfe, meine Damen und Herren, werden auch im Haushaltsjahr 2000 die Versorgungsstrukturen für stationäre Angebote weiter auszubauen sein. Für Werkstätten und Wohnheime werden wir im Jahr 2000 erneut fast 20 Mio. DM aufbringen. Der Haushaltsansatz von 350 Mio. DM, 40 Mio. DM mehr als im Vorjahr, im Bereich der Eingliederungshilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz spiegelt wider, dass die Mehrzahl der Menschen mit Behinderungen in den teilstationären und stationären Einrichtungen die Hilfen erhalten, die sie für ihre individuelle berufliche und soziale Eingliederung nötig haben.

Nach dem Dritten Thüringer Landespflegeplan werden über 15.000 Pflegebedürftige in 206 stationären Pflegeeinrichtungen betreut. Mit der Hilfe des Sonderinvestitionsprogramms nach Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz sollen die stationären Pflegeeinrichtungen auf einen modernen Stand gebracht und an das Versorgungsniveau in den alten Ländern angepasst werden. Zu diesem Zwecke werden im Haushaltsjahr 2000 insgesamt 342 Mio. DM Landesmittel zur Verfügung stehen. Mit dem Gesamtvolumen des Sonderinvestitionsprogramms von nahezu 1,3 Mrd. DM leistet dies einen besonderen Beitrag zur Verringerung des investiven Nachholbedarfs für ein menschenwürdiges Alter. Von insgesamt geplanten 136 Investitionsmaßnahmen konnten bisher bereits 65 stationäre Pflegeeinrichtungen fertig gestellt und in Betrieb genommen werden. Weitere 37 Pflegeeinrichtungen befinden sich zurzeit in der Baurealisierung.

Sechster Schwerpunkt - Opfergruppen: Meine Damen und Herren, auch im Jahr 2000 wird uns die Rehabilitation und materielle Entschädigung von Opfern der SED-Diktatur beschäftigen. Deshalb hier der Hinweis: Wir haben für diesen Zweck insgesamt 7,3 Mio. DM in den Etat eingestellt. Im Haushalt 2000 werden unter anderem in diesem Bereich 100.000 DM für die Förderung der Verbände und Selbsthilfegruppen der Opfer des SED-Un-

rechts eingestellt. Für die Erhöhung dieses Ansatzes danke ich dem hohen Hause.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Siebter Schwerpunkt - Aktionsprogramm "50 Plus": Meine Damen und Herren, das Aktionsprogramm "50 Plus" sieht u.a. die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements älterer Arbeitsloser vor, wie bereits vor der Wahl durch die CDU angekündigt. Im Haushalt wird der entsprechende Haushaltstitel jetzt zunächst mit 4 Mio. DM dotiert und kann um weitere 4 Mio. DM aus dem Programm "Arbeitsförderung Ost" verstärkt werden. Seit der Verabschiedung des Thüringer Lotterie- und Sportwettengesetzes am Mittwoch besteht die Möglichkeit, dass diesem Titel noch weitere Mittel zufließen.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke dem Herrn Finanzminister und den Abgeordneten der CDU, die die Finanzierung dieses Programmteils im Rahmen der Haushaltsberatungen ermöglicht haben.

Meine Damen und Herren, was versprochen ist, das wird auch gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Für Minister Dr. Pietzsch und die gesamte Landesregierung möchte ich abschließend hervorheben, dass uns nicht, wie hier im Hause behauptet worden ist, soziale Kälte leitet, sondern das heiße Bestreben nach sozialer Gerechtigkeit im Freistaat Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Erfüllung des Sozialstaatsgebots unserer Verfassung, meine Damen und Herren, werden wir uns von Niemandem übertreffen lassen!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Es hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Pelke. Ich möchte noch ansagen, durch die Redezeit des Herrn Staatssekretärs von 14 Minuten und 30 Sekunden erhöht sich die Redezeit für die Fraktionen entsprechend um 4 Minuten und 30 Sekunden. Ich weise aber auf den Gesamtzeitfonds, der heute zur Verfügung steht, hin, der endlich ist.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Wir haben bis Mitternacht Zeit.)

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich finde es schon seltsam, wie die Diskussion hier geführt wird. Vom

Herrn Staatssekretär erwarte ich das, es ist ja seine Aufgabe für das Ministerium zu reden und zu belobigen, aber Frau Arenhövel, diese Belobigungsreden gegenüber Ihren CDU-Kollegen, das müssen Sie nicht hier im Landtag machen. Da haben Sie andere Veranstaltungen, stehlen Sie uns nicht die Zeit.

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Nicht mal das soll sein.)

Hier in diesem Hause haben sich bislang alle daran beteiligt, dass die Sozialpolitik in Thüringen funktioniert. Und, Frau Arenhövel, wissen Sie, das habe ich Ihnen schon einmal gesagt, es ist immer die Frage nach dem Erstgeburtsrecht. Wenn ich mich recht entsinnen kann, dann hat die Sozialpolitik hier in Thüringen in den vergangenen Jahren an Stellenwert zugelegt, und wenn ich mich recht entsinne, war in den letzten Jahren eine Koalition zwischen CDU und SPD zugange, und wenn ich mich recht entsinne, ist seinerzeit das Sozialministerium SPD-regiert gewesen.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Aber wie?)

Dann seien Sie doch so ehrlich und sagen Sie das auch einmal.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben darauf verwiesen, dass für den Bereich Investivmittel Kindertagesstätten Geld zur Verfügung gestellt wird und dass es auch etwas angehoben wird. Hervorragend, Frau Arenhövel, ich kann mich noch an die letzte Haushaltsdebatte erinnern, wo wir Sie davon überzeugen mussten, insbesondere Ihre Haushaltspolitiker in der CDU-Fraktion, dass Sie das überhaupt eingesetzt haben.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das ist doch Quatsch.)

(Beifall bei der SPD)

Es ging um eine Summe von 5 Mio. DM.

Was den Bereich Sport angeht, meine Damen und Herren, so hat der Herr Staatssekretär völlig Recht. In den letzten Jahren ist gerade im Investivbereich für den Sport sehr viel neu hinzugegeben worden und die Summen wurden ausgeweitet. Es ist viel gemacht worden auch für die Stiftung "Thüringer Sporthilfe". Und alles das, was Sie gesagt haben, Herr Staatssekretär, ist richtig. Es muss mehr gemacht werden im Bereich Sport. Es ist im Bereich der Sanierung noch viel zu tun. Aber dann kann ich nicht begreifen, nur weil die Opposition den Antrag vorgelegt hat, zusätzlich 4,7 Mio. DM zur Verfügung zu stellen im Einzelplan 17, damit wir den alten Ansatz von 1999 wie-

der bekommen, warum Sie sich diesem Antrag verweigern. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Die Frage der Jugendpauschale, eine Summe von 24,5 Mio. DM; ich danke auch herzlich, dass in diesem Haushaltsentwurf diese Summe zusammengefasst worden ist unter einem Haushaltstitel. Ich halte das für sehr vernünftig. Auch für die Jugendpauschale, meine Damen und Herren, haben wir uns alle hier in diesem Hause ausgesprochen. Wir haben aber auch alle dazu gesagt, dass wir eine Sicherheit haben wollen gerade für die zuständigen kreisfreien Städte und Landkreise, wir wollen eine gesetzliche Grundlage, meine Damen und Herren, insbesondere der CDU und Frau Arenhövel. Sie haben sich dafür immer ausgesprochen. Auch diese Artikel und öffentlichen Aussagen von Ihnen habe ich noch. Ich hätte schon erwartet, dass die CDU jetzt aufgrund ihrer Alleinregierung - und da Sie auch immer einfordern das Erstgeburtsrecht, wir waren das ja mit der Jugendpauschale - dann bitte schön auch diese gesetzliche Grundlage jetzt hier auf den Tisch gelegt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie auch dieses versäumt haben, das ist nicht so schlimm, wir haben soeben den Text für eine gesetzliche Grundlage abgegeben, weil auch die Opposition in diesem Hause intensiv mitarbeitet.

Wir haben, und damit will ich noch auf einen weiteren Antrag eingehen, einen Antrag gestellt - es ist keine große Summe, meine Damen und Herren -, der 200.000 DM umfasst. Es geht hier um Projekte der politischen Bildung und der Förderung des Demokratieverständnisses junger Menschen. Dieser Antrag soll im Rahmen eines bereits durchgeführten Ausschreibungswettbewerbs vergeben werden. Die Entwicklung des Demokratieverständnisses junger Menschen, und so haben wir es auch in der Begründung geschrieben, muss angesichts des derzeit zu verzeichnenden massiven Vertrauensverlustes gestärkt werden. Und, meine Damen und Herren von der CDU, bei Ihnen geht es ja im Moment um andere Summen. Sie tragen ja im Moment nicht dazu bei, das Demokratievertrauen zu stärken. Geben Sie sich doch einen Ruck und stimmen Sie wenigstens diesen 200.000 DM zu, damit wir hier etwas für junge Leute tun können. Sie haben so viel über Familie und Jugend geredet, Sie haben ja auch den Familienbegriff in Ihrem Ministerium noch zusätzlich mit aufgenommen, aber Sie haben natürlich auch nicht darauf verwiesen, dass die Mittel z.B. im Bereich der Jugendberufshilfe nicht ausreichend sind. Ich bin Herrn Minister Pietzsch sehr dankbar, dass er dies selber auch in der Diskussion im Haushaltsausschuss gesagt hat. Insofern möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal bitten, dem SPD-Antrag zuzustimmen, den wir für den Bereich Jugendberufshilfe gestellt haben, damit hier die Mittel ausreichend vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, was das Ehrenamtsgesetz angeht, es ist sehr wohl richtig und gut, dass Sie in dem Bereich ehrenamtliche Entschädigung etwas mehr Geld zur Verfügung gestellt haben, aber darum ging es gar nicht. Die Diskussion im Bereich Ehrenamt ging im Wesentlichen um die Frage Freistellung und weniger um die Frage Entschädigung. Das hat der Sport immer sehr deutlich gesagt, wir wollen nicht das Ehrenamt bezahlen, sondern wir wollen einfach geregelt wissen, dass keiner Angst haben muss, der in irgendeiner Form im Beruf steht, wenn er ehrenamtlich tätig ist. Darum geht es und diese Diskussion muss weitergeführt werden. Wie dieses Gesetz aussieht, wie die Regelungen aussehen, da müssen wir sehr wohl darüber reden, aber ich denke, allein um die Finanzierungsfrage ging es nicht.

Ein letztes Wort noch zum Titel "50 Plus". Es ist sehr viel gesagt worden. Es ist auch gestern schon angesprochen worden, dass dieses Programm von Ihnen auf den richtigen Weg gebracht sei, dass es ausgestattet ist. Ich bin gespannt, wie es denn tatsächlich umgesetzt werden soll, weil Sie natürlich nicht erwähnt haben, dass ein Teil des Geldes, das für "50 Plus" zur Verfügung gestellt wird, aus dem Titel der Strukturanpassungsmaßnahmen genommen wird und natürlich dann an dieser Stelle fehlt. So ehrlich sollten Sie, Kolleginnen und Kollegen der CDU, in diesem Hause dann auch sein. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie trotz Ihrer Mehrheit, trotz Ihrer großen Mehrheit, eine vernünftige Diskussion führen, dass Sie Anträge der Opposition ernster nehmen und auch darauf verweisen, dass nicht alles das, was bislang geleistet worden ist, allein von Ihnen gekommen ist. Sie führen keine Diskussion, meine Damen und Herren, sondern Sie reden hier unter dem Motto: Die CDU hat immer Recht und die Erde ist eine Scheibe. Danke schön.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort der Abgeordnete Panse, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Panse, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Pelke, die Erde bleibt rund, hoffe ich, daran ändert sich auch heute nichts.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Danke, dass Sie mir hier zugestimmt haben.)

(Beifall bei der CDU; Abg. Pelke, SPD)

Wesentliche Fragen zur Ausgestaltung des Haushaltsplans des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit hat die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Frau Johanna Arenhövel, bereits angesprochen. Ich möchte mich daher auch mit Blick auf die Fülle der im Rahmen der Haushaltsberatung noch zu beschlie-

henden Einzelpläne und Anträge darauf beschränken, auf einige gestern und heute gemachte Ausführungen der SPD- und PDS-Fraktion hier näher einzugehen.

Sie, Herr Kollege Nothnagel, haben beklagt, dass die Anträge der Opposition im Haushalts- und Finanzausschuss alleinstimmig bzw. zum überwiegenden Teil abgelehnt, ja abgeschmettert worden sind. Arroganz der Macht nennen Sie, Frau Heß, dies so gerne in Ihrem Sprachgebrauch. Den Blick für realistische Politik bewahren, nennen wir, die CDU-Fraktion, dies hingegen. Betrachtet man sich nämlich die Anträge von PDS und SPD genauer, kann man zu gar keinem anderen Schluss kommen.

Im Haushalts- und Finanzausschuss haben wir zum Einzelplan 08 18 Anträge der CDU, 15 Anträge der SPD und 8 Anträge der PDS diskutiert und abgestimmt. Herr Kollege Dr. Pidde hat gestern darauf hingewiesen, dass auch die Anträge der Oppositionsfraktionen immer entsprechende Deckungsanträge für Initiativen enthielten. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit, denn die Deckungsanträge waren nicht realistisch oder führten in anderen wichtigen Bereichen zu nicht akzeptierbaren Kürzungen. Bei aller Sympathie für den einen oder anderen Oppositionsantrag, für uns fehlte damit die Grundlage zur Zustimmung bei der übergroßen Mehrheit Ihrer Anträge. Bei vielen dieser Anträge drängt sich geradezu das Bild eines gut meinenden Familienvaters auf, der, um seiner Familie Weihnachtsgeschenke zu kaufen, die Lebens- und Unfallversicherung kündigt. Gewiss mag er damit das kurzfristig notwendige Geld sparen, langfristig jedoch erweist er den Seinen damit einen denkbar schlechten Dienst.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Nothnagel, Sie haben gestern hier von diesem Pult aus den nach Ihrer Auffassung drohenden Untergang des Sozialstaats in den düstersten Farben skizziert. An zahlreichen Beispielen versuchten Sie zu begründen, warum die PDS-Fraktion Einschnitte befürchtet. Mit keinem einzigen Wort gingen Sie jedoch auf die unrealistischen Deckungsvorschläge Ihrer Fraktion ein. Lassen Sie mich dies an wenigen Beispielen verdeutlichen: Zum Wunsch zur Schaffung von 800 Feststellen durch die PDS-Fraktion hat Frau Arenhövel hinreichend begründet, dass mit der CDU-Fraktion ein Einstieg in den dritten Arbeitsmarkt nicht machbar sein wird.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Darüber hinaus wird gerade durch die institutionelle Förderung von Vereinen und Verbänden im Einzelplan 08 sichergestellt, dass es qualitäts- und bedarfsgerechte Angebote dort gibt, wo sie gebraucht werden. 800 zusätzliche, nicht näher definierte Stellen schaffen zu wollen, ist purer Populismus und steht überdies in keinem Verhältnis von Aufwand und Nutzen. Als Deckungsvorschlag müssen bei Ihnen dafür der Haushaltstitel - Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Bildung - sowie

der Titel - Zuschüsse an die LEG - erhalten. Letzterer Deckungsvorschlag wird hier im Haus und draußen im Freistaat sicherlich niemanden mehr überraschen, löst doch bereits die Erwähnung der Landesentwicklungsgesellschaft bei der PDS-Fraktion und speziell wohl bei Herrn Ramelow geradezu Pawlow'sche Reflexe aus.

(Beifall bei der CDU)

Ähnlich wie das selbst gewählte Feindbild "Verfassungsschutz" soll die LEG sozusagen als schier unerschöpfliche Deckungsquelle zur Verfügung stehen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Uner-schöpflich.)

Ohne der Diskussion beim Einzelplan 17 vorzugreifen, sage ich Ihnen jetzt schon, dass die CDU-Fraktion sich diesem Melken von Kühen, bis sie schlachtreif sind, entschieden entgegenstellen wird.

(Beifall bei der CDU)

Völlig unverständlich ist uns der Antrag der Kollegen von der SPD zur Kürzung des Haushaltstitels - Laufende Investitionsfinanzierung in Pflegeeinrichtungen -. Dass der Bedarf in diesem Bereich sogar noch größer ist und jetzt schon Anmeldungen von über 30 Mio. DM vorliegen, sollte sich bis zu den Sozialdemokraten herumgesprochen haben. Ihr Ansinnen, mit den so eingesparten Mitteln Kürzungen bei Beratungs- und Behandlungsstellen sowie beim betreuten Wohnen entgegenzuwirken, mag ehrenwert sein, aber bitte nicht so.

Die Arbeit der SED-Opferverbände muss stärker unterstützt werden. Darüber gibt es erfreulicherweise Einverständnis zwischen der SPD- und der CDU-Fraktion. Um diesem Ansinnen gerecht zu werden, bitte ich die SPD-Fraktion um Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU und der damit verbundenen Erhöhung von 31.000 DM.

(Beifall Abg. Dr. Zeh, CDU)

Ich möchte hinzufügen, auch wir würden uns wie die Kollegen von der SPD eine noch weiter gehende Verstärkung dieses Haushaltstitels wünschen. Zu verweisen ist diesbezüglich auf den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, der bis zum Haushaltsentwurf 2001/2002 eine Novellierung des Gesetzes für den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes fördert. In dieser Novellierung soll insbesondere die Förderung der Opferverbände geregelt werden. Der Deckungsvorschlag der SPD-Fraktion jedoch zu diesem Thema mit der Kürzung der Dienstbezüge der planmäßigen Beamten, also der gleichzeitigen Positionierung gegen Stellen im Ministerbüro, ist für uns nicht nachvollziehbar. Zum einen sind die betroffenen Stellen ja mit einem kw-Vermerk versehen und zum anderen denken wir, dass gerade im Sozialministerium auch ein, wenn auch gerin-

ges personalpolitisches Spiel vorhanden sein muss, wenn es um strukturelle Veränderungen geht. Einfacher gesprochen: Die Mitarbeiter im Ministerbüro sollten schon den in sie gesetzten Leistungserwartungen entsprechen können. Wir werden diese Diskussion sicher heute noch bei anderen Ministerien führen.

Zum Haushaltstitel - Honorierung ehrenamtlichen Engagements älterer Arbeitsloser - als ein Teil des 50-Plus-Programms hat Ihnen Frau Arenhövel bereits Erläuterungen gegeben. Neben den zunächst geplanten 4 Mio. DM und dem möglichen Zufluss in Höhe von weiteren 4 Mio. DM aus dem Programm "Arbeitsförderung-Ost" im Einzelplan 07 möchte ich an dieser Stelle noch einmal auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Erfreulicherweise ist auch bei zu erwartenden steigenden Einnahmen aus Lotto-Mitteln, insbesondere auch durch das vorgestern beschlossene Sportwettengesetz mit den neuen Oddsetwetten, eine weitere Verstärkung möglich, wenn der Landtag dem diesbezüglichen Antrag der CDU-Fraktion zustimmt, wie der Abgeordnete Volker Emde Ihnen bereits erläutert hat. Gleiches gilt im Übrigen für die Zuschüsse für Sofortmaßnahmen bei Sportstätten und Badeanstalten. Auch dort ist eine Verstärkung möglich. Unabhängig davon erkennt die CDU-Fraktion den gerade in diesem Bereich notwendigen Finanzbedarf und trägt diesem mit dem Antrag zur Aufstockung der Mittel um 2 Mio. DM Rechnung.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Ein ganz fauler Deal ist das.)

Erlauben Sie mir dazu eine persönliche Anmerkung, Herr Nothnagel. Der Sport hat im Thüringer Landtag über die Fraktionsgrenzen hinweg eine starke Lobby. Ich setze darauf, dass wir auch in Zukunft gemeinsam nach Möglichkeiten suchen werden, den Sport als größte und bedeutendste Freizeitbewegung im Freistaat weiter zu stärken. Für parteipolitische Profilierungsversuche darf dabei kein Platz sein.

Als jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion begrüße ich es natürlich, dass die Jugendpauschale nun mit 24,5 Mio. DM im Einzelplan des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit voll etatisiert ist. Eine klare Zuordnung ist damit erfolgt. Die Trennung in Präventionsarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit in diesem Bereich erschwerte in der Vergangenheit die verwaltungsmäßige Umsetzung. Die Fortsetzung der Förderung der Feststellen im Jugendbereich ist damit auch im Haushaltsjahr 2000 gesichert und zugleich wird auch deutlich gemacht, dass der Schwerpunkt dabei auf Jugendarbeit und nicht auf arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten liegt. Verlassen Sie sich darauf, Frau Pelke, die CDU-Fraktion wird auch in Zukunft ihr Möglichstes tun, um das Demokratieverständnis junger Menschen zu stärken.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Ihr seid gerade dabei.)

(Zwischenruf Abg Gentzel, SPD: Mein Gott, lächerlich ist das.)

Allerdings glauben wir nicht, dass es dazu Ihrer vorgeschlagenen Sonderprogramme bedarf, sondern wir werden gemeinsam hier in diesem Haus auch noch Lösungen mit Ihnen suchen.

Für den Haushaltstitel "Maßnahmen der Jugendberufshilfe" - Sie sprachen es an - sieht die CDU-Fraktion ebenso wie das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit einen wesentlich höheren Bedarf als die jetzt in diesem Titel eingestellten 3,65 Mio. DM. Ausdrücklich möchte ich deshalb darauf hinweisen, dass eine deutliche Aufstockung dieser Mittel möglich ist, da sie zur Kofinanzierung der Mittel des Europäischen Sozialfonds eingesetzt werden können. Frau Pelke, damit ist in diesem Bereich eine Nutzung der ESF-Mittel, die im Einzelplan 07 etatisiert sind, möglich und wünschenswert.

Abschließend bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion um Zustimmung zu den Anträgen der CDU und zum Einzelplan des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Bechthum, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich werde zu bestimmten Titeln des Einzelplans 08 sprechen.

Zu Kapitel 08 21 - Altenhilfe: Auf dem Gebiet der Altenhilfe gibt es leider auch Kürzungen in der Hauptgruppe 6. Bei der Förderung der Altenberatungsstellen und der Altenbegegnungsstätten wurde zwar "nur" um 26.000 DM gekürzt, aber hier ist jeder fehlende Tausender doppelt schmerzhaft. Unsere Anträge, wenigstens die bisherige Förderhöhe beizubehalten, wurden wie alle anderen ohne Kommentar abgelehnt. Es ist geradezu paradox, mit ihrem Programm "50 Plus" will die CDU für ältere Menschen etwas tun, aber bei den Alten wird es weggelassen.

Kapitel 08 22 - Eingliederung Behinderter: Titel 684 74 - Zuweisungen und Zuschüsse für Maßnahmen in der Behindertenhilfe - ist ebenfalls ein neu zusammengefasster Titel. In der Summe wurde auch gekürzt und umverteilt. Um ganz konkret für die Familien etwas zu tun, forderten wir, mehr Geld - Gesamtsumme 640.000 DM - für den weiteren Aus- und Aufbau der familienentlastenden Dienste einzustellen, aber nach dem Willen der CDU bleibt die Kürzung bestehen. Auch die Maßnahmen des betreuten Wohnens für Behinderte müssen nun gekürzt werden. Gegen betreutes Wohnen hat diese Lan-

desregierung etwas, denn diese Titel wurden wohl überall im Einzelplan 08 gekürzt.

Zu Kapitel 08 24 - Maßnahmen der Jugend- und Familienförderung - Titel 684 81 - Zuschüsse, Zuweisungen an Träger von Beratungsstellen: Meine Damen und Herren, in unserer heutigen gesellschaftlichen Situation, nicht allein durch die Wende bedingt, wächst der Bedarf nach niederschweligen Beratungsangeboten. Diese Angebote sind doch kein Hobby von irgendjemandem, sondern bedeuten für viele wieder eine Richtung im gesellschaftlichen Leben bzw. Teilnahme am Leben der Gesellschaft, gesundheitliche Prävention. Schon geringfügige Kürzungen können hier mehr zerstören als fehlende Millionen am Bau. Mit unserem Antrag zur Aufstockung der Mittel bei den Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen wollten wir wenigstens das Niveau des Vorjahres erreichen. Außerdem sind wir der Auffassung, dass die Arbeit der Verbraucherinsolvenzberatungsstellen noch nicht in vollem Umfang angelaufen ist.

Zum Titel 684 78 - Förderung von Maßnahmen und Einrichtung der Familienhilfe: Dieser Titel wurde im Vergleich zum Jahr 1999 für das Jahr 2000 um rund 1,1 Mio. DM erhöht, dennoch gibt es hierbei Probleme, z.B. Förderung von Familienbildung - Erhöhung von 119.000 DM. Zu diesem Thema berichtete mir die Vorsitzende des Thüringer Familienverbandes, Frau Byhan, über ihre Erfahrungen mit der jetzigen Verfahrensweise. Sie bestätigte vollkommen die Erfahrungen und Anliegen der familienbildenden Verbände und Einrichtungen zu den Beratungen zum Zweiten Sozialbericht. Zum Beispiel am 11. März 1999 in Neudietendorf war eine ganze Konferenz nur dem Thema "Familienbildung" gewidmet. Es besteht die Auffassung - das hört sich nun ganz schlicht, vielleicht fast zu schlicht an - die Mittel wie folgt zu verteilen: ein Drittel der Mittel als Zuschuss für Referenten und Betreuer, zwei Drittel für Übernachtung und Verpflegung unabhängig vom Familieneinkommen - ist änderungsbedürftig. Sie schlägt vor, den Bildungsanteil voll zu finanzieren, Unterkunft und Verpflegung aber nach Bedürftigkeit zu gewähren. In der präventiven Arbeit besteht die schwierigste Aufgabe darin, an die Familien erst einmal heranzukommen. Das hatten wir auch im Zweiten Sozialbericht schon hervorgehoben, insbesondere an die Familien, die Hilfe wirklich brauchen, aber nicht in der Lage sind, die Hilfe zu beanspruchen. Ansprechbar sind in der Mehrzahl nur jene Familien, das ist nicht nur meine Meinung, die ein gesichertes Einkommen haben. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Familien, in denen die Ehepartner auswärts oder an verschiedenen Orten arbeiten, lehnen erfahrungsgemäß oft jegliche Hilfe der Weiterbildung oder auch die Freizeitangebote ab, entweder aus Zeitgründen oder weil ein Unkostenbeitrag zu zahlen ist und sei er noch so gering. Die andere Gruppe, die so genannten "Normalfamilien" - gemeint sind die Familien, wo beide Ehepartner arbeiten - schotten sich aus Zeitgründen ab. Lange Arbeitswege, Überstunden, Schulprobleme, Haushalt sind Ursachen dafür, dass den Familien an Bildung und organisierten Freizeitangeboten wenig gelegen

ist. Das sind auch die Erfahrungen aus dem Familienzentrum Erfurt. Kurzum, die Erhöhung der Haushaltsmittel für Familienförderung ist zu begrüßen. Es wird aber Aufgabe sein, Voraussetzungen zu schaffen, dass Familien die Angebote auch annehmen. Aber in diesem Titel "Familienhilfe" ist Lobbyarbeit für Frau Arenhövel betrieben worden. Die halbe Million für die Landesstiftung "Nothilfe" ist nicht zwingend notwendig, wie wir immer gesagt haben und am Mittwoch auch gehört haben.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Sie haben doch gehört, was der Minister gesagt hat.)

Das Geld wäre zu diesem Zeitpunkt besser für die anderen Punkte der Familienhilfen angelegt, z.B. für die Familienbildung. Es ist doch paradox, für Zufluchtstätten für von Gewalt betroffene Frauen geben wir jedes Jahr 3,5 Mio. DM aus und für Familienbildung, um das zu verhindern, steht nicht einmal eine halbe Million zur Verfügung, ganz konkret 450.000 DM. Danke.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat Abgeordneter Nothnagel, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Arenhövel sprach von der Befreiung von Behinderten. Ich frage mich, wovon? Was haben wir denn jetzt im Wohlfahrtsstaat als behinderte Menschen? Bürgerrechte lassen immer noch auf sich warten, und das jetzt fast zehn Jahre danach.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Welche denn?)

(Beifall bei der PDS)

Sie wissen nicht einmal, was Bürgerrechte für Behinderte sind, das ist eine schwache Leistung, Herr Dr. Zeh. Frau Arenhövel, Beratungsstellen sind gesichert, toll, bestimmt noch nicht einmal alle in den Pflichtaufgaben, von den freiwilligen Leistungen ganz zu schweigen.

(Beifall bei der PDS)

Wenn ich heute nicht hier stände und Abgeordneter wäre und noch als Sozialarbeiter in diesem Freistaat tätig wäre, dann könnte ich meine soziale Arbeit zu 50 Prozent beiseite legen, weil ich nur noch damit beschäftigt wäre, das Geld für meine Leistung und für die Sach- und Lohnkosten durch Sponsoring und Zuschüsse zusammenzutreiben. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der PDS)

Bitte nehmen Sie die doch endlich zur Kenntnis und reden Sie das nicht immer schön, Ihren Haushalt. Familienpolitik, Familienerholung, die Mittel wurden aufgestockt. Ja, das stimmt, aber im selben Zuge wurden die Leistungen für die Behindertenerholung gekürzt. Das müssen Sie doch auch sagen. Und nun noch zu Ihrer netten Bemerkung "sozialistisch ist nicht sozial". Das ist Ihre Auslegung und Ihre Meinung. Christlich ist aber auch nicht gleich sozial, das möchte ich an dieser Stelle auch deutlich sagen.

(Beifall bei der PDS)

Reden und tun - wo sind denn Ihre neuen Ansätze in der Sozialpolitik? Ich kann leider keine hier erkennen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Einzelplan 08. Wir kommen jetzt zum **Einzelplan 02 - Thüringer Staatskanzlei** -. Es sind entsprechende Wortmeldungen eingegangen? Wir beginnen mit der Abgeordneten Wolf, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Wolf, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ein Blick in den Haushaltsentwurf 2000 - könnte man zu dem Schluss kommen, bei der Frauenförderung ist alles in Butter.

(Beifall Abg. Dr. Zeh, CDU)

Es gibt keine Kürzungen, im Gegenteil, es wurde mehr Geld eingestellt als vor einem Jahr. Die Kürzungsversuche der letzten Jahre wurden von Anfang an unterlassen. Nun, meine Damen und Herren, so leicht ist es jedoch nicht, den Haushalt zu bewerten. Ich denke, wir bleiben mit diesem Ansatz weit hinter den Möglichkeiten einer effektiven und innovativen Frauenförderung zurück.

(Beifall Abg. Zimmer, PDS)

Lassen Sie mich dies begründen. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung "Aufbruch in der Gleichstellungspolitik" vom Juni 1999 beruft sich insbesondere auf die Entfaltung der Potentiale aller, ich betone aller, Menschen. Ziel der Bundesregierung ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt zu machen. Das, was hier im Haushalt in Thüringen als Anspruch formuliert wird, zeigt dazu eine erhebliche Diskrepanz. Wie aber erfüllt sich unser Anspruch an Frauenpolitik? Letzte Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Arbeit weisen Zahlen aus, die uns endlich handeln lassen sollten. Gerade Frauen sind von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Frauen in den neuen Bundesländern haben nach wie vor die Ansicht des dop-

pelten Lebensentwurfs, d.h. der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie messen die Gesellschaft daran, wie sie Bedingungen schafft, um diesen Lebensentwurf zu realisieren. Übrigens, was ich an der Stelle ganz spannend finde, hier gibt es nicht eine Annäherung etwa von Ost an West, sondern von West an Ost. Doch über diese Problematik schweigt sich der Abschnitt im Haushaltsplan völlig aus.

Sie werden einwerfen, dass Arbeitsmarktpolitik im Bereich des Wirtschaftsministeriums liegt, aber gerade das ist für mich der Punkt, der zu kritisieren ist. Sie beschränken sich doch mit diesem Einwurf dann in Ihrer Arbeit selbst. Für Arbeitsmarktförderung sehen Sie sich nicht verantwortlich, für die Privatwirtschaft schon gar nicht. Ich verstehe zugegebenermaßen nicht, warum nicht viel energischer für eine angemessene Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt eingetreten wird.

Der Haushalt ist in meinen Augen der politisch-konzeptionelle Ansatz der Frauenförderung in Zahlen. Die Regierung scheint dementsprechend die Frauen als soziales Randproblem und nicht als Querschnittsaufgabe zu verstehen.

(Beifall bei der PDS)

Aber, meine Damen und Herren, für uns ist Frauenpolitik eben mehr als ein Problem von Frauenhäusern und gewaltbereiten Männern. Bitte erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Einwurf. Es ist in meinen Augen moralisch zutiefst verwerflich, wenn man aus den ohnehin knappen Geldern für die Arbeit von Opfern von Gewalt Mittel für die Täterarbeit, also für die Arbeit mit gewaltbereiten Männern, entnimmt.

(Beifall Abg. Zimmer, PDS)

Die Tätigkeit mit diesen Männern mag sinnvoll sein, aber bitte schöpfen Sie diese Mittel doch aus einem anderen Bereich. Es ist eine Verhöhnung, wenn trotz viel zu knapper Mittel der Frauenhäuser gleichzeitig aus dem Etat der Frauenbeauftragten 50.000 DM für schlagende Männer bereitgestellt werden.

(Beifall bei der PDS)

Aber zurück zur Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe. Die Tatsache, dass 50 Prozent der Frauen mit Kindern Alleinerziehende sind und ein niedriges Einkommen aufgrund ihrer Situation beziehen, muss uns doch aufhören lassen, ebenso die Situation von jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahren, und hier sind besonders junge Frauen betroffen. Ich möchte darauf verweisen, dass der Arbeitsmarkt vor allem auf unterster Einkommensebene, wie im Dienstleistungsbereich, Arbeitsplätze für Frauen anbietet und sie somit oft trotz guter Ausbildung immer mehr zu schlecht verdienenden Randgruppen dieser Gesellschaft mutieren lässt. Deutlich wird dies auch in den letztlich veröffentlichten Statistiken in Thüringen. Frauen verdienen

im Durchschnitt immer noch erheblich weniger als Männer. Mit dieser Ungerechtigkeit werde ich mich nicht abfinden.

(Beifall bei der PDS)

Diese Ausführungen seien mir gestattet, damit nicht der Eindruck entsteht, dass die Situation von Frauen hier in Thüringen ein kaum in Erscheinung tretendes Problem sei. Und, meine Damen und Herren, diese im Arbeitsmarkt begründeten Fragen lassen sich nicht einfach nur von einer konzeptionell, scheinbar zur Geheimhaltung erklärten Frauenmesse lösen. Hier sind in meinen Augen andere Ansätze nötig. Ich weiß, Frau Bauer gab Auskunft im Gleichstellungsausschuss über die Frauenmesse, aber eine breite Zusammenarbeit mit diesen wie auch mit Frauenverbänden scheint ein weiteres Mal blockiert zu werden. Hier ist in meinen Augen aus den Fehlern der vergangenen Jahre nichts gelernt worden. Das Konzept der Veranstaltung scheint an den wirklichen Interessen der hier lebenden Frauen vorbei zu gehen. Erlauben Sie mir auch den Einwurf, dass ich 169.000 DM für eine zwei Tage dauernde Messe im Vergleich zur gleich bleibenden Unterfinanzierung des Landesfrauenrates nun wirklich kaum etwas Positives abringen kann.

(Beifall bei der PDS)

Im Landesfrauenrat wird eine enorm wichtige Arbeit geleistet. Es werden jedoch nur 96.000 DM zur Verfügung gestellt. Das heißt, wenig mehr als die Hälfte des Etats der Frauenmesse. Im Landesfrauenrat jedoch besteht die Möglichkeit, wichtige Arbeit und nicht zuletzt Arbeitsplätze zu finanzieren, jedoch nicht Prestige.

Lassen Sie mich auf ein weiteres Feld eingehen, bei dem ich denke, dass viele Möglichkeiten einfach ignoriert werden. Die Finanzierung der Mädchenprojekte ist in Ihrem Haushalt in keiner Weise gelöst. Sie existiert einfach nicht. Aber es ist allzu leicht, diese geschlechtsspezifische Arbeit über die Jugendförderpläne der Kommunen finanzieren zu wollen. Hier wird einfach übersehen, ich unterstelle Ihnen nicht böswillige Absicht, dass diese Projekte in den Kreisen und kreisfreien Städten oft einfach herunterfallen. Frau Bauer, ich denke, hier ist dringend ein Überdenken der bisherigen Praxis notwendig.

(Beifall bei der PDS)

Ein Weiteres habe ich im Etat der Frauenbeauftragten vermisst - eine Regelung zur Finanzierung der Frauenzentren und Frauenprojekte. Wissen Sie nicht, wie gefährdet im Moment Frauenzentren, Frauenprojekte und ähnliche Vereine sind? Ignorieren Sie die enorme Wichtigkeit dieser Arbeit? Ich möchte ein Beispiel nennen: In Eisenach gibt es in der Wartburgstraße ein Frauenzentrum mit insgesamt mehr als 30 beschäftigten Frauen in drei Projekten. Überall wird die riesige Akzeptanz der Arbeit hervorgehoben, trotzdem steht das gesamte Projekt in Frage. Eine Festeinstellung der Projektmanagerin ist nicht absehbar. Ich sehe

die Landesregierung hier endlich in der Pflicht, dieser nachzukommen. Wir fordern, dass die Verantwortung für Frauenprojekte mit emanzipatorischem Ansatz durch die Finanzierung von Feststellen endlich geregelt wird. Dies kann nicht vor allem auf Kommunen abgeschoben werden. Eines möchte ich hier unbedingt klarstellen: Meine Fraktion und auch ich werden sich nicht damit abfinden, dass versucht wird, Frauen ausschließlich in den ehrenamtlichen Bereich hereinzudrängen. Das wird nicht funktionieren mit uns und es ist auch ungerecht.

(Beifall bei der PDS)

Es gibt eine ganze Reihe von weiteren Punkten, die hier angeführt werden könnten, um zu beweisen, dass dieser Haushaltsplan weit hinter seinen Möglichkeiten bleibt. Ich möchte es jedoch hierbei belassen. Aber eine Anmerkung sei mir noch erlaubt: Es ist für mich schon tragisch, wenn ich feststellen muss, dass zwischen Berlin und Erfurt scheinbar Welten liegen und nicht nur drei Stunden mit dem Zug, denn die Thüringer Regierung redet nicht einmal über einen Aufbruch in der Gleichstellungspolitik. Dieser Haushalt unterstreicht dies.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort Frau Abgeordnete Bechthum, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich werde zum Etat der Frauenbeauftragten der Landesregierung nur zu einigen Titeln Ausführungen machen. Vorab ist zu dem Etat zu sagen: Die Relationen, die Prioritäten stimmen nach Auffassung der SPD-Fraktion in diesem gesamten Etat nicht, auch wenn er sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht hat.

Ein erster Vergleich: Für Veröffentlichungen von Informationsschriften zu frauenpolitischen Themen ist erstmals eine gewaltige Aufstockung von 30.000 DM im Jahr 1999 auf 50.000 DM im Jahr 2000 erfolgt. Der Titel "Frauenpolitische Maßnahmen", das Herzstück der Frauenpolitik, bleibt bei 82.000 DM. 1999 waren von den angesetzten 30.000 DM für Veröffentlichungen ca. 19.500 DM - Stand 01.12.1999 - ausgegeben worden.

Meine Damen und Herren der CDU, man sieht auch wieder, wie interessant das Thema ist für die CDU. Hochglanzbroschüren helfen den Frauen in Thüringen wenig bei der Bewältigung der Probleme.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Noch stärker verwundert die stattliche Summe von 169.000 DM im Ansatz 2000 im Titel 546 02 für Veranstaltungen.

1998 betrug die Summe trotz Messe rund 140.000 DM und 1999 27.500 DM. Die Thüringenmesse "Frauen und Wirtschaft 2000" ist mit 112.000 DM geplant. Sie wird an zwei Tagen stattfinden und bereits im Mai. Hier ist zu wünschen, dass sich tatsächlich die Thüringer Frauen angesprochen fühlen, dass der Thüringer Landesfrauenrat und ebenso die Landesarbeitsgemeinschaften rechtzeitig stärker einbezogen werden, die Kritik an der ersten Messe berücksichtigt wird. Der Landesfrauenrat war von der Düsseldorfer Frauenmesse begeistert und konnte Frauen Thüringens bewegen, anregen, mit einem Bus speziell dorthin zu fahren - und die Frauen fühlten sich dort sehr wohl, sie fühlten sich von dieser Messe angesprochen und konnten sich identifizieren mit den Themen, die dort geboten wurden. Eigentlich kann man nur so über die Frauenverbände, die Landesarbeitsgemeinschaften die Teilnahme an der Thüringenmesse fördern. Und Mundpropaganda ist noch immer die beste Werbung. Hochglanzbroschüren, die irgendwo in der Ecke liegen, sind nicht werbewirksam.

20.000 DM sollen für den frauen- und familienfreundlichsten Betrieb zum zweiten Mal als Preis anlässlich der Frauenmesse bereitgestellt werden. Es wäre zu wünschen, dass es bei der Auswahl der Preisträger nicht wieder zu einem Flop kommt, weil die Beteiligung der Betriebe so gering ist und die Wettbewerbskriterien vorher kaum bekannt waren oder sind.

Zum Titel 684 01 - Zuschüsse für frauenpolitische Maßnahmen -, wiederholt der härteste Kritikpunkt meiner Fraktion: Die hier eingestellte Summe steht in keinem Verhältnis zu den anderen Titeln - 82.000 DM. 1999 stand die gleiche Summe zur Verfügung; 1998 wurden nicht einmal 50.000 DM für frauenpolitische Maßnahmen verausgabt. Am 01.12.1999 war der Ist-Stand der beanspruchten Mittel rund 74.000 DM. Es klingt fast wie eine Verhöhung, wenn in den Erläuterungen zu diesem Titel ausgeführt ist: Die Mittel dienen zur Förderung von frauenpolitischen Maßnahmen, für die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Meine Fraktion hatte einen Änderungsantrag zu diesem Titel gestellt, den Ansatz um 20.000 DM zu erhöhen, das heißt auf 102.000 DM, der, wie erwartet, von der CDU abgelehnt wurde. Wir sind der Auffassung, dass der Schwerpunkt in der Gleichstellungspolitik die frauenpolitischen Maßnahmen sind. Sie sind dementsprechend qualitativ und quantitativ zu verstärken. Es ist einfach eine Einstellung, was höher zu bewerten ist - bunte Broschüren oder frauenpolitische Maßnahmen. Hier zählt für uns nicht, dass die Titel gegenseitig deckungsfähig sind. Das hat sich bereits mehrfach zur Tücke für die Frauen erwiesen. Aus der Verteilung der Mittel in den einzelnen Titeln kann man deutlich die Schwerpunktsetzung der Landesfrauenbeauftragten erkennen, nämlich die Thüringer Frauenmesse, Broschüren und die Verwaltung der Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen. Für frauenpolitische Maßnahmen braucht man aber Ideen und Engagement und das fehlt bei uns in Thüringen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, die Zuschüsse für Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen sind seit Jahren mit 3,5 Mio. DM die höchsten im Etat der Landesfrauenbeauftragten. Daran gibt es auch keinen Zweifel, dass für das flächendeckende Netz von Zufluchtsstätten für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder diese Summe benötigt wird. Leider kann erst im April eine detaillierte Erfassung von Zahlen zu deren Belegung erfolgen. Um es ganz klar zu sagen: Wir brauchen Zufluchtsstätten auch in Zukunft. Aber um Gewalt in der Familie, insbesondere gegen Frauen und Kinder, wirkungsvoll zu bekämpfen, bedarf es eines umfassenden Gesamtkonzepts von Bund, Land und Kommunen. Wir werden die Landesregierung ständig kontrollieren, wie sie die Umsetzung des Aktionsplans "Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen", am 1. Dezember 1999 von der Bundesregierung beschlossen, in Thüringen befördert.

Meine Damen und Herren, der Ansatz in Titel 684 04 - Zuschüsse für Gewalt- und Konfliktberatungsstellen - von 50.000 DM - er wurde bisher kaum ausgeschöpft; 1998 18.300 DM, 1999 13.600 DM - bietet die beste Möglichkeit, mit der Umsetzung des bereits genannten Aktionsplans zu beginnen, denn in den Erläuterungen zu dem Titel heißt es: Schaffung von Beratungsangeboten zur Gewaltprävention bzw. sachkompetenten Aufarbeitung von Gewalt durch Männer. Das Problem ist, dass es an kompetenten Fachkräften auch in Thüringen mangelt. Die Weiterbildung von Sozialarbeitern, Pädagogen, Psychologen auf dem Gebiet der Arbeit mit gewalttätigen und gewaltbereiten Männern muss in nächster Zeit unbedingt erfolgen. Wir dürfen nicht nur die Opfer im Blick haben, Frau Vopel, sondern auch einen neuen Umgang mit den Tätern propagieren.

Einerseits müssen sie als Straftäter behandelt werden, andererseits sollen auch täterorientierte Maßnahmen zum Einsatz kommen, die auf eine Verhaltensänderung abzielen. Dazu gehören spezielle Lern- und Trainingskurse für gewalttätige Partner und Antigewalttrainings für Jugendliche. Die letzten Wochen haben uns mit Schrecken an Ereignisse hier erinnert oder uns bewusst gemacht, die wir im Grunde alle ablehnen, aber es besteht die Chance, die Ursachen dafür zu bekämpfen. Seit 1997 gibt es konkrete Angebote an Thüringen, an einer Weiterbildung auf diesem Gebiet zur Durchführung sozialer Trainingskurse des Vereins Jeder Mann e.V. Heidelberg teilzunehmen, der sich mit Männer- und Jungenarbeit gegen Männergewalt befasst.

Der Titel 684 05 - Zuschüsse für Modellprojekte des Bundes - mit 50.000 DM ist noch nicht mit konkreten Maßnahmen unternommen. Wir sehen hier eine weitere Chance, Gewaltprävention zu fördern. Gewalt ist in jeder Form zu ächten, denn mit häuslicher Gewalt beginnt es meistens. Eine gewaltfreie Erziehung muss oberstes Gebot in unserer Gesellschaft sein bzw. werden. Meine Fraktion

hofft und wünscht, dass die Landesregierung hier aktiv mitarbeitet. In der CDU-Fraktion ist die Brisanz dieses Problems auch erkannt. Es war erfreulich, dass gerade am Mittwoch Frau Abgeordnete Tasch hier die Mündliche Anfrage gestellt hat zur Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahraum und wir auch in den Antworten des Justizministers festgestellt haben, wo hier die rechtlichen Grenzen sind. Hier wird auf Sie auch etwas zukommen, wo Sie sich bekennen müssen, ob Sie einen Gesetzentwurf der Bundesministerin für Justiz, der in kürzester Zeit vorliegen wird, mittragen werden.

Meine Damen und Herren, die Thüringer Frauenverbände unterstützen und fördern bereits seit Jahren ein Netzwerk "Prävention gegen Gewalt". Zur Fachtagung der Liga der freien Wohlfahrtspflege Thüringen am 10. November 1999 wurden konkrete Forderungen und Schwerpunkte speziell auch an die Landesfrauenbeauftragte gestellt. Ich muss wirklich sagen: Die Landesregierung, auch die Landesfrauenbeauftragte haben bis jetzt noch nicht einmal den vorliegenden Aktionsplan "Bekämpfung von Gewalt" erwähnt und sicherlich auch nicht in die Hände genommen.

Meine Damen und Herren, Ministerinnen, Landesfrauenbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte einzelner Bundesländer haben Kampagnen, Aktionen u.a. zum Aktionsprogramm "Keine Gewalt gegen Frauen" für das Jahr 2000 vorgesehen, die sind schon geplant. Die wichtige Frage lautet: Wann schließt sich Thüringen an? Schließlich ist positiv einzuschätzen, dass der Landesfrauenrat auch im Jahr 2000 mit einer Summe von 96.000 DM gefördert wird, eine Forderung meiner Fraktion, die bereits für 1999 durch einen Änderungsantrag über 10.000 DM erreicht wurde.

Abschließend, den Haushalt der Frauenbeauftragten betrachtend, wo man jetzt alles allein machen kann, kann man keine neuen Ideen und Impulse der Frauenpolitik entdecken. Danke.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort, Frau Abgeordnete Tasch, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frauenförderung ist mehr als nur im Einzelplan 02 dargestellt. Ich betone dieses deshalb, weil ich jedem in Erinnerung rufen möchte, dass alle Einzelpläne, die wir heute noch in der Debatte vorgestellt bekommen, Frauenförderung enthalten.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Auch im Hochbau?)

Sehen Sie doch einmal in den Fünfzehner, Frau Zimmer. Aber der Freistaat Thüringen zeigt durch die Stellung

der Landesfrauenbeauftragten in der Staatskanzlei auch, dass der kleine, aber wertvolle Haushalt durch uns für die Öffentlichkeit in seiner Wichtigkeit heute dargestellt wird. Ich könnte es mir leicht machen und sagen, handeln wir doch nach dem Motto: Dringend notwendig - wünschenswert. Wünschenswert ist vor allem, dass im öffentlichen Bewusstsein das Anliegen zur vollen Durchsetzung der Gleichberechtigung noch stärkere Beachtung findet. Deshalb möchte ich besonders die Erhöhung im Haushaltstitel "Öffentlichkeitsarbeit" um 20.000 DM hervorheben, denn klappern gehört bekanntlich zum Handwerk.

(Beifall bei der CDU)

Diese Erhöhung wird vor allem auch für den Kalender "Berufschancen für Mädchen 2000/2001" verwendet. Dieser wurde im Jahr 1999/2000 erstmals aufgelegt und hat großes Interesse bei den Mädchen erweckt. Die Auflage von 10.000 Exemplaren war im Nu vergriffen, weil in diesem Kalender die neuen gewerblich-technischen Berufe und neue Computerberufe vorgestellt wurden. Dieses sollte unser Anliegen sein, Mädchen für neue und nicht nur für die klassischen Mädchenberufe zu interessieren, und dieses ist eine zukunftsorientierte Maßnahme.

(Beifall bei der CDU)

Der Informationsbedarf bei Mädchen und jungen Frauen ist enorm groß und oftmals gibt es kaum Vorstellungen über die neuen Berufsbilder. Dem müssen und wollen wir auch Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe in einer höheren Auflage dieses Kalenders einen richtigen und guten Weg, der dahin führen soll, gut zu informieren, um das Interesse der Mädchen zu wecken. Ich wundere mich deshalb schon über den Antrag der SPD-Fraktion, diesen Haushaltstitel um 20.000 DM zu reduzieren, da ich gerade Sie, Frau Bechthum, immer als eine Mitstreiterin geschätzt habe bei der Umsetzung der Chancengleichheit von Mädchen und jungen Frauen.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen nicht unterlassen, unser Ziel der Chancengleichheit und Gleichberechtigung immer wieder der Öffentlichkeit nahe zu bringen. Da sind 50.000 DM wahrhaft in Gottes Namen nicht gerade sehr viel. Es wäre schade, wenn wir an den paar Mark auch noch etwas sparen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Im Haushaltsansatz - Ausgaben für Veranstaltungen - sind die notwendigen Mittel zur Durchführung der 2. Thüringenmesse für Frauen und Wirtschaft enthalten. Die 1. Messe, ich betone das hier einmal, war ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird nämlich auch der Unterschied zum Ansatz Frauenförderung deutlich. Sie möchten in der Frauenmesse, dass alle Vereine und Verbände sich vorstellen. Ich weiß nicht, ob das den Frauen nützt. Wir wollen Frauen und Wirtschaft. Wir wollen auf dieser "Messe 2000" neue Berufsfelder vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Frauen auf den ersten Arbeitsmarkt bringen. Wenn ich mich engagieren möchte, ich finde einen Verband, wo ich mich engagieren kann, dazu brauche ich keine Messe. Wenn der Landesfrauenrat seine Mitgliedsverbände einmal darstellen möchte, dann kann er das auch tun, da wird er auch unterstützt von Frau Dr. Bauer, aber unsere Aufgabe muss es sein, Frauen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen und neue Berufe stehen an und die müssen vorgestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Dieses halte ich für wünschenswert. Frauen brauchen mehr Informationen, um Chancen im Berufsleben zu erhalten, um auch zu erreichen, was sie wollen. Gerade in den letzten Jahren sind neue Computerberufe hinzugekommen. In naher Zukunft wird der Computerarbeitsplatz zu Hause keine Seltenheit mehr sein. Dieses ist doch ein guter Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bei der Bezuschussung von Frauenzentren, Frauenschutzwohnungen und Zuschüssen von frauenpolitischen Maßnahmen des Landesfrauenrates ist, und das betone ich, Kontinuität, Beständigkeit und Verlässlichkeit zu erkennen. Dies ist für die Träger gut und richtig. Auch durch die Bezuschussung der Frauenzentren ist es durch diese Finanzierung zu Festanstellungen gekommen. Ich engagiere mich auch in einem Frauenverein, der Träger eines Frauenzentrums ist, und mit dieser Finanzierung können wir seit Jahren gut leben. Es ist deshalb der Antrag auf Erhöhung der Zuschüsse für frauenpolitische Maßnahmen in Höhe von 20.000 DM seitens der SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar, da die bereitgestellten Mittel seit 1996 ausreichend sind und das unterstreicht auch die gestellten Anträge, dass im Moment kein höherer Bedarf da ist.

Neu wurden in den Haushalt 50.000 DM als Zuschuss für Modellprojekte des Bundes eingestellt, um hier sofort eine Kofinanzierung sicherzustellen. Der Bund plant - und das finde ich sehr gut - 2000 einen nationalen Aktionsplan zur Gewalt gegen Frauen, denn dieses Thema liegt der CDU-Fraktion am Herzen, Frau Bechthum. Aber leider gibt es von Seiten des Bundes bis heute - also uns ist das nicht bekannt - keine konkreten Vorstellungen, wie dieser Aktionsplan umgesetzt werden soll. Wir haben aber hier vorausschauend gehandelt und die Kofinanzierung gesichert. Die CDU-Fraktion wird an diesem Thema weiter arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch gut, dass die 50.000 DM für die Gewaltberatungsstellen für Männer im Haushalt drin bleiben, Frau Wolf. Ich finde das gut.

(Beifall bei der CDU)

Es ist schade, dass bis jetzt viele Männer nicht bereit sind, wenn sie gewalttätig sind, sich dem Thema zu stellen, warum sie es gemacht haben. Aber dieses Geld abzuschaffen,

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Das hat sie doch gar nicht gesagt.)

(Zwischenruf Abg. Neudert, PDS: Davon haben wir nicht geredet.)

das halte ich für äußerst gefährlich. Das Geld ist gut und es ist richtig, dass es da bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Haushalt bietet die finanzielle Grundlage für die Umsetzung von wichtigen Anliegen für Frauen. Aber lassen wir nicht zu, wie durch Frau Limbach beschrieben wurde, dass allzu oft frauenpolitische Forderungen nur an einer feministischen Klammern gemauert bejammert werden,

(Beifall bei der CDU)

sondern seien gerade wir weiblichen Abgeordneten Multiplikatorinnen für die Anliegen von Mädchen und Frauen. Ich fordere Sie auf, nicht nur über die Gleichberechtigung von Frauen zu reden, handeln wir danach, leben wir sie. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es spricht jetzt der männliche Abgeordnete, Herr Sonntag, CDU-Fraktion.

(Heiterkeit im Hause)

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Frau, ich betone das, Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einige wenige Anmerkungen zu dem tun, was ich mir hier jetzt anhören musste.

(Heiterkeit bei der CDU)

Frau Bechthum, so schlecht kann doch die Arbeit im Gleichstellungsausschuss in der 2. Legislatur nicht gewesen

sein, wenn Sie feststellen, interessanterweise richtig feststellen, dass wir keinen Grund hatten, größere Änderungen in dieser Arbeit vorzunehmen. Ich denke, hier ist die Kontinuität - der sie uns zeihen - berechtigt und ich danke Ihnen für das Kompliment.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich wäre die Gewaltprävention besser nicht derartig viel Aufhebens wert, wie wir ihr heute wieder zeihen, ja, wenn sie nicht notwendig wäre. Und wie notwendig sie war, hat die CDU-Fraktion, als sie diesen Haushaltstitel seinerzeit immerhin mit einer halben Million DM eingestellt hat, schon damals unter Beweis gestellt. Das Problem, meine Damen und Herren, war nur, dieses Geld über sinnvolle Beratung umzusetzen. Das ist bis heute noch ein Problem. Dazu wird Frau Dr. Bauer sicherlich noch Ausführungen machen. Das ist nicht so einfach, nicht weil die Männer das nicht wollen, das stimmt, sondern weil es gar nicht so viel Angebote in Thüringen gibt, um dieses Geld umzusetzen. Wir waren da sogar schon mal weiter. Dass wir in einer derartigen Größenordnung, Frau Bechthum, Geld bereitstellen müssen, ich betone das Wort müssen, für Frauenhäuser, für Frauenschutzwohnungen, das tut uns genau so Leid wie Ihnen. Aber so lange das nötig ist, werden wir darüber nicht diskutieren, das gehört sich halt einfach so, das bereitzustellen. Ich will es nicht mit der Feuerwehr vergleichen, aber das hat jemand mal gemacht und der Vergleich war nicht ganz falsch.

Meine Damen, meine Herren, insbesondere die Nachfolgerin von Frau Bechthum, Kollegin Wolf, Sie sind jung, Sie hätten ganz anders heute loslegen können als ich alter Mann beispielsweise. Nur bin ich ein bisschen enttäuscht, ich hätte mehr erwartet. Dass Sie ausgerechnet diese alten Vorurteile, das Geld für Gewaltprävention stünde im falschen Haushalt, hier weiter pflegen, von Ihrer Vorgängerin vielleicht übernommen haben, mag sein, das, Frau Wolf, war ein Armutszeugnis. Das steht Ihnen nicht, das hätten Sie besser gekonnt. Denn natürlich, gerade weil ich von der CDU komme, fällt es mir schwer, jetzt über die Unpersönlichkeit von Geld zu reden. Aber ob wir das nun im Haushaltstitel A oder im Haushaltstitel B einstellen, ist für die Sachlage völlig uninteressant. Entscheidend ist, dass wir es einstellen und, Frau Wolf, es ist nun wirklich ein alter Hut, der schon mindestens durch, ich glaube, drei oder vier Haushalte gegangen ist, sich darüber zu mokieren, dass das Geld,

(Zwischenruf Abg. Wolf, PDS: Das ist mein erster Haushalt, Entschuldigung.)

obwohl es natürlich auch von Ihnen für nötig erachtet wird, nun bei der Frauenbeauftragten eingestellt ist. Ich würde sagen, wir sollten die Diskussion nun endlich mal sein lassen.

(Zwischenruf Abg. Wolf, PDS: Aber ich führe die Diskussion zum ersten Mal. Das müssen Sie mir schon zugestehen.)

Dann waschen Sie diese Diskussion zum ersten Mal nach und da wird sie nicht besser von, Frau Wolf. Wenn Sie sich darüber mokieren, dass aus Ihrer Sicht dem Ehrenamt für Frauen eine zu große Rolle beigemessen wird, ich kann es auch deutlicher formulieren, dass wir sozusagen die Frauen nur noch ins Ehrenamt drängen wollen, so können Sie nicht gleichzeitig kritisieren, dass für die 2. Frauenmesse aus Ihrer Sicht, ich betone das jetzt, derartig viel Geld eingestellt worden ist, entweder - oder. Und da sind wir natürlich schon für das Entweder, denn das ist wiederum eine Theorie, die gerade von Ihrer Partei, von Ihrer Fraktion immer so stark verfolgt wird. Wenn sich die Gleichstellung der Frau tatsächlich über ihr Verhältnis zum Einkommen, zum Geld manifestiert, wie das hier aus marxistischer Sichtweise immer wieder betont wurde, dann müssen Sie uns ja geradezu dankbar sein, dass wir die Förderung von Frauen auf dem ersten Arbeitsmarkt derartig in den Vordergrund stellen, denn genau das wäre ja dann auch in Ihrem Interesse, Frau Wolf.

(Zwischenruf Abg. Wolf, PDS: Das haben wir sehr vermisst.)

Unabhängig davon, ob das nun im marxistischen oder nichtmarxistischen Sinne liegt - das ist mir völlig egal, ich denke mal, das ist allen egal -, wichtig und richtig ist, dass wir - und das eben auch über diese Frauenmesse, und auch über den von meiner Kollegin Tasch angesprochenen Kalender für Ausbildungsmöglichkeiten - genau die Zugänge für Frauen in den ersten Arbeitsmarkt, nämlich ins Berufsleben zurück, so sie es wünschen, wieder glätten, wieder ermöglichen. Dazu sehe ich in dieser Frauenmesse ein probates Mittel, ein erfolgreiches, weil erprobtes Instrument, wir machen das ja nicht zum ersten Mal. Deshalb, Frau Kollegin, oder besser gesagt, ich wende mich an alle Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, propagieren Sie in Ihren Wahlkreisen, da wo Sie herkommen, genau diese Frauenmesse! Geben Sie den Betrieben, und das sind ja nicht wenige in Thüringen, die Frauen beschäftigen, die Informationen weiter, denn wenn die Basis breit genug ist, denke ich mal, wird auch die Preisaussiebung erstens nicht wieder ins Gerede kommen wie letztens, wo das völlig unnötig gewesen war, und zweitens dann auch einen entsprechenden repräsentativen Querschnitt darstellen und drittens, nicht ganz letztens, auch für Thüringen, gerade für die Betriebe, die Frauen in Thüringen beschäftigen, auch werbewirksam sein und sich dadurch dann verstetigen. Ich denke, da sind wir auf dem richtigen Weg. Begleiten Sie ihn, kritisieren Sie, wenn Sie wollen, aber bitte kritisieren Sie ihn nicht mit solchen alten abgeschmackten Themen und Parolen. Ich danke Ihnen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das war ein Meilenstein.)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort Frau Abgeordnete Dr. Fischer, PDS-Fraktion. Allerdings nicht mehr zum Frauenthema, soweit ich informiert bin. Entschuldigung, ich habe völlig die Meldung von Frau Staatssekretärin Bauer übersehen und das gehört nun wirklich zum Themenkomplex.

Dr. Bauer, Staatssekretärin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten. Ich komme mir vor wie alle Jahre wieder.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das liegt doch nicht an uns. Das liegt an Ihnen.)

Wissen Sie, Herr Abgeordneter Dittes, sicher gibt es in diesem Ansatz weltanschauliche Grundprobleme. Wir möchten gern, und dafür ist die CDU hier in Thüringen sich mit der EU einig, dass in allen Bereichen Verantwortung getragen wird für Frauen. Frauenprobleme werden sich nicht in Frauengruppen lösen lassen. Woran liegt es, dass es nach wie vor in der Praxis zu Benachteiligungen kommt? Weil traditionell gewachsene Familienarbeitsteilungen - und, Herr Abgeordneter Dittes, sind Sie doch mal ehrlich, wie oft kümmern Sie sich um Ihre Kinder - behindern, dass Frauen im regulären Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Dazu kommt, dass Erziehungsleistungen nach wie vor noch nicht den Stellenwert haben und hier will die CDU ansetzen. Wir haben es im Sozialhaushalt vorhin gerade diskutiert, aber auch im Wirtschaftsministerium.

Frau Abgeordnete Wolf, ich sehe Ihnen nach, Sie sind noch sehr jung in diesem Fach.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Aber nicht dumm.)

Ich biete Ihnen auch an, die Förderprogramme vorzustellen. Ich hätte mir aber auch von Ihnen, Frau Abgeordnete Zimmer, gewünscht, dass Sie Ihre Kollegin nicht so uninformatiert in so eine Diskussion lassen, denn dann müsste sie wissen, dass Thüringen das einzige Bundesland ist, das eine direkte Richtlinie für Frauenzentren hat, das eine kontinuierliche Entwicklung realisiert hat, ab 1992 gemeinsam mit den Kommunen diese Zentren aufzubauen, und ein stets stabiler Förderpartner war und dass von Anfang an in diesem Förderprogramm Personalkostenförderung zu 50 Prozent mit vorgesehen sind.

(Beifall Abg. Sonntag, CDU)

Einmalig! Wir haben 68 Zentren in diesem Lande und hören Sie mal auf, scheinbar nur Ihre Landstriche zu betrachten. Wir haben weiter in der Frauenhausstruktur eine einmalige Förderung aufgebaut und - Frau Abgeordnete Bechthum, stellen Sie doch Ihr Licht nicht unter den Scheffel, Sie wissen doch mehr, als Sie hier

rausgetragen haben - ausschließlich mit Fachkräften besetzt. Im Moment findet eine Vernetzung statt mit den unterschiedlich betroffenen Ressorts, um zu einer Koordinierung zu kommen. Ich möchte Sie auch inzwischen daran erinnern, dass Thüringen das einzige Land ist, das auch von Seiten der Landesregierung ein Umsetzungsprogramm für die 4. Weltfrauenkonferenz gestartet hat, auch wenn Sie das in den Frauenverbänden immer noch nicht wahrnehmen wollten. Es ist sehr, sehr viel entstanden, um wirklich zu helfen. Der Schwerpunkt für Thüringer Frauen ist Erschließung von neuen Arbeitsfeldern, um wieder in den regulären Arbeitsmarkt eingegliedert werden zu können.

Die Messe ist sehr verschrien gewesen. Ich kann Ihnen aber sagen, interessanterweise - und öffnen Sie Ihre Blicke - ist sie von Anfang an mit dem Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft, mit der IHK, mit den Handwerkskammern gemacht worden, denn Arbeitsplätze für Frauen kriegen Sie nur entwickelt, indem Sie mit der Grundstruktur zusammenarbeiten und nach Integrationsmöglichkeiten suchen und auch nach Möglichkeiten zum Abfedern von Benachteiligungen, die es gibt, wenn junge Frauen, die Familien gründen, in diesen Betrieben eingestellt werden. Die CDU Thüringen hat nicht umsonst auch präferiert, in dem Gleichstellungsgesetz eine Klausel zu haben, um die Diskussion, die jetzt überall losbricht, in EU und im Bund. Im Übrigen war Thüringen viel schneller mit der Umsetzung des Mainstreamingprinzips - nämlich seit 1992 - als der Bund. Und wenn Sie, Frau Abgeordnete Bechthum, jetzt den Aktionsplan gegen Gewalt ansprechen; wissen Sie, wir brauchen hier keinen Nachhilfeunterricht, wir haben unsere Frauenhausstruktur, wir haben die kontinuierlich wachsende Zusammenarbeit zwischen den Ressorts. Was wir brauchen ist endlich die bundesgesetzliche Änderung der Intervention bei Gewaltsituationen im sozialen Nahraum. Da ist seit eineinhalb Jahren nichts zu sehen und ich hoffe,

(Zwischenruf Abg. Bechthum, SPD: Was haben Sie denn in 16 Jahren gemacht?)

dass es nun endlich kommt, denn dann können wir hier auch in Thüringen weiter strukturieren.

Nun zu dem immer wieder aufgewärmten Thema Gewaltpräventionsberatung. Ich denke, Sie sollten dankbar sein, dass hier endlich mal ein Junktim hergestellt worden ist zwischen der Notwendigkeit von Frauenhäusern und der eigentlichen Ursache, dass Frauenhäuser gebraucht werden, wo Frauen und Kinder Zuflucht finden vor Männern, die mit ihrem Gewaltpotential nicht umzugehen verstehen. Aber das hat ja auch wieder seine Ursache, jeder Psychologe kann Ihnen das belegen. Es gibt inzwischen ganz breite Untersuchungen, dass Gewalterfahrung in der Familie, im sozialen Nahfeld wieder dazu führt, dass man als Erwachsener leider in die gleiche Gewaltspirale gerät, egal ob als Opfer oder Täter. Dann bringen wir es doch auch in der Öffentlichkeit auf den Punkt. Das Problem

sind doch nicht die Frauen und das soziale Problem sind sie schon gar nicht. Wir sind 52 Prozent hier im Land und hören Sie doch auf, den Frauen den Mut zu nehmen mit der Argumentation, dass Frauen immer im Kontext von Frauen - Jugend - Behinderte genannt werden. Da kriegt man doch keine Chancengleichheit umgesetzt.

(Zwischenruf Abg. Klaubert, PDS: Bei uns sind die Chancen gleich.)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Frau Bauer, erinnern Sie sich mal an die Stadtratssitzung in Arnstadt!)

Das Problem sind doch wirklich die Männer und da legen wir es doch mal offen.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Es gibt auch andere.)

Die gewaltbereiten Männer, Entschuldigung. Aber es gibt auch andere, und das ist die Mehrzahl.

(Beifall bei der CDU)

Also ich denke, wir sollten diese Diskussion, die jedes Jahr wieder aufgewärmt wird, seitdem dieser Titel bereitgestellt worden ist, nun endlich mal lassen. Die Frauen draußen im Land sind viel weiter. Die haben es nämlich begriffen. Inzwischen ist sowohl in Berlin als auch im Bund die Notwendigkeit von solchen Beratungsangeboten vollkommen unstrittig. Und schauen Sie mal über den großen Teich, das tut auch mal gut, da ist das schon lange gang und gäbe.

(Zwischenruf Abg. Wolf, PDS: Sagen Sie doch einfach, wo das Geld herkommt.)

Das Geld ist extra hier eingestellt worden und auch diese Diskussion haben wir ellenlang ventilert. Die Frauenhäuser haben dadurch keinerlei Einschränkungen erfahren, denn die Frauenhäuser haben auch seit 1992 eine stabile Förderung und ein Bedarf ist bereits in der Planung absehbar, so dass die Förderung immer stabil realisiert worden ist. Sie haben ja selbst bemerkt, es gibt in diesem Haushalt keine Einschränkungen, also wird auch im nächsten Jahr dieser wichtige Bereich weiter die Unterstützung des Landes erhalten, wie es in den letzten Jahren erfolgt ist.

Jetzt geht es um Ideen und Engagement. Liebe Frau Bechthum, ich kann es kaum glauben. Sie sind so oft im Lande unterwegs. Sie müssten wissen, wie die Ideen und das Engagement - und gerade die von Ihnen genannten Veranstaltungen sind übrigens alle finanziell von mir unterstützt worden - hier in diesem Land gewachsen sind. Und nehmen Sie es doch endlich mal zur Kenntnis: Um-

setzung der Chancengleichheit ist eine Aufgabe für jede Ebene der öffentlichen Hand, aber auch eine Aufgabe für jeden Bürger und für jede Bürgerin dieses Landes. Da kann man nicht sagen, das Land hat ... Da muss man, wer weit blickend ist, dafür sorgen, dass andere mit ins Boot kommen. Genau das ist in unseren Förderrichtlinien realisiert worden und inzwischen bundesweit anerkannt - diese gesunde Strukturierung -, die stabil ist und belastbar.

Nun noch etwas zu den bunten Broschüren: Frau Abgeordnete Bechthum, ich würde mich freuen, wenn ich mal klar erkennen könnte, was für Sie denn nun wichtig ist, dass wir über die Möglichkeiten, die Frauen im Lande haben, sprechen und das den Frauen auch bekannt machen können oder dass in Gruppen von fünfzehn Leuten bestimmte Themen ventiliert werden. Ich möchte das nicht gegeneinander ausspielen, aber Fakt ist eines, Sie waren auch diejenige, die gesagt hat bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes, es muss mehr Material ran. Wir haben große Veranstaltungen, die Nachfrage ist groß, also brauchen wir diese Informationen, denn Information und Kommunikation bedingen sich. Demzufolge, denke ich, ist dieser Haushaltsansatz - und ich bin froh, dass ich diesmal etwas mehr zur Verfügung habe - richtig angelegt.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, besonders freue ich mich natürlich, dass es erstmalig in diesem Landtag gelingt, vor einem so großen männlichen Zuschauergremium unsere Schwerpunkte vortragen zu können. Ich denke, der Weg ist richtig. Und jeder muss abgefordert werden, was wird getan für die Integration der Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Lebbarkeit von Familie, denn das ist der eigentliche Hintergrund, warum es immer wieder zur Benachteiligung von Frauen kommt. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Der Haushalt der Frauenbeauftragten hat weiteren Redebedarf geweckt, es hat das Wort Frau Abgeordnete Neudert.

Abgeordnete Neudert, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, da nun fast alle Rednerinnen und Redner vor mir die Jugend von Frau Wolf beklagt haben und dass sie vielleicht manches nicht so wissen könnte, will ich vielleicht als ältere Dame hier noch ein paar Worte zu diesem Thema sagen.

(Unruhe bei der CDU)

Herr Sonntag, es tut mir Leid, dass Sie sich nun noch mal was anhören müssen von Frauen hier.

Zur Frauenmesse: Frau Tasch, ich werde Sie nicht Ihrer Jugend wegen hier beschimpfen, aber sagen Sie mir doch

bitte: Worin bestand denn der Erfolg der letzten Frauenmesse? Es ist schön, Frau Dr. Bauer, wenn die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern die Messe gut fanden, aber ich messe den Erfolg von Messen an anderen Dingen. Haben danach mehr Frauen Arbeit gefunden? Hat sich danach die Frauenarbeitslosigkeit verringert? Haben mehr Mädchen die größere Chance für eine Berufsausbildung gehabt in den industriellen Bereichen? Mir ist das nicht bekannt und daran würde ich den Erfolg einer solchen Messe messen.

(Beifall bei der PDS)

Und deshalb bin ich der Auffassung, die Wiederholung eines solchen Spektakels ist nicht unbedingt notwendig. Bei den Frauen hat die Messe im Land nicht so einen Anklang gehabt und ich tobe mich eigentlich auch ziemlich in solchen Frauenprojekten und Frauenzentren aus.

Zu den Frauenhäusern: Herr Sonntag und auch Frau Dr. Bauer, ich bin ja nun noch nicht seit der ersten Legislatur in diesem hohen Hause, aber mir ist die Geschichte des Titels durchaus noch geläufig. Sie wissen ganz genau, dass hier nicht zusätzliche Mittel eingestellt wurden, um die Gewaltprävention zu bewerkstelligen. Es sind Mittel gewesen, die vorher den Frauenhäusern zur Verfügung standen, und aus diesem Titel sind Mittel gebunden worden für die Gewaltprävention, bleiben wir doch mal bei der Wahrheit. Wir werden Ihnen das im nächsten Jahr und überübernächsten Jahr, weil wir ja einen Doppelhaushalt haben werden, wieder erzählen, wenn das so bleibt, auch wenn es für Sie ein alter Hut ist. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass diese Gewaltprävention betrieben wird. Wenn hier gesagt wurde, wir waren an der Stelle schon mal weiter, jawohl, wir waren wirklich schon mal weiter, da hatten die Beratungsstellen dafür auch mehr Mittel. Aber mit denen ist ja alles in Ordnung, Frau Arenhövel!

Zu dem Thema "Gewaltprävention" will ich sagen, wir haben nichts gegen diese Gewaltprävention, im Gegenteil, aber bitte siedeln Sie diese beim Justizminister an oder von mir aus im Sozialministerium und stellen Sie zusätzliche Mittel bereit und die Mittel von den Frauenhäusern lassen Sie da, wo sie hingehören.

Den Frauen den Mut nehmen, Frau Dr. Bauer, tun bestimmt nicht wir.

(Beifall bei der PDS)

Ich kann Ihnen sagen, was den Frauen den Mut nimmt, und zwar zunehmend. Die Frauenarbeitslosigkeit nimmt ihnen den Mut z.B., dass sie jahrelang keine Arbeit bekommen. Es nimmt ihnen den Mut, dass sie nach wie vor den größten Teil von den Langzeitarbeitslosen bilden. Es nimmt Frauen und Mädchen den Mut, wenn junge Mädels nach ihrer schulischen Ausbildung mindestens doppelt so viele Bewerbungen schreiben müssen, um einen Ausbildungs-

platz zu bekommen, als junge Männer, obwohl sie nachweislich die besseren schulischen Voraussetzungen haben. Das nimmt ihnen den Mut.

(Beifall bei der PDS)

Es nimmt ihnen auch den Mut, dass in den letzten zehn Jahren keine Lohn- und Gehaltsangleichung erreicht worden ist, sondern - im Gegenteil - die Frauen nach wie vor weniger Geld bekommen als Männer und dann noch gleichzeitig Tarife, Gebühren und anderes steigen. Und davon sind allein erziehende Mütter z.B. ganz besonders betroffen. Das nimmt ihnen den Mut. Und wenn Sie bitte schön - und da muss ich sagen, Frau Tasch, über so viel Ahnungslosigkeit so viel reden hier vorn, das hat mich schon begeistert -, also wenn Sie sich schon mit den Problemen der Frauen auseinander setzen wollen, dann setzen Sie sich bitte mit diesen Problemen auseinander.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort Frau Abgeordnete Dr. Fischer, PDS-Fraktion. Ich wollte nur sagen, durch die Rede von Frau Staatssekretärin Dr. Bauer hat sich die Redezeit um 1 Minute und 20 Sekunden verlängert.

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lieber Herr Dr. Vogel,

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion: Oh!)

(Heiterkeit bei der CDU)

Ihre Aussagen gestern zum Thema "Expo" und "Entwicklungszusammenarbeit" haben mir wieder einmal gezeigt, dass Sie es verstehen, exzellent mit Worten umzugehen bzw. sie umzudrehen. Herr Dr. Vogel, Sie wissen ganz genau, was Entwicklungszusammenarbeit mit den ärmsten Ländern dieser einen Welt ist. Und Sie wissen auch, dass das Finanzieren von Messebeteiligungen - etwa ganz ähnlich wie bei der Frauendiskussion jetzt - deutscher Firmen außerhalb der westlichen Welt keinen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit darstellt, sondern eben eine reine Exportförderung für die bezuschussten Firmen ist. Sie selbst, Herr Dr. Vogel, haben gestern gesagt, dass Sie sich wünschen, das Thüringen mehr täte für Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Ihr Wunsch, Herr Dr. Vogel, ist realisierbar. Sagen Sie einfach "ja" zur Hilfe für die Entwicklung in den ärmsten Ländern dieser Welt. Sagen Sie "ja" zu unserem Änderungsantrag auf Einstellung eines entsprechenden Titels in den Einzelplan 02.

(Beifall bei der PDS)

Fragen Sie diejenigen, die in Thüringen seit Jahren mit der Materie befasst sind, wo unser Geld am dringendsten gebraucht wird. Fragen Sie den developmentpolitischen runden Tisch. Herr Dr. Vogel, seien Sie nicht nur ein Meister des Wortes; zeigen Sie, dass Ihren Worten auch Taten folgen. Tun Sie es einfach. Und falls Sie jetzt vorhaben, unseren Vorschlag wegen falscher Deckung abzubügeln, dann ist das zu korrigieren. Gerade die Regierung, in dem Fall die CDU, müsste doch am besten wissen, in welchen Töpfen noch Reste sind und wo Sie die von uns vorgeschlagenen knapp 900.000 DM hernehmen können. Aber wir sind schließlich eine solide Opposition, deshalb machen wir auch Deckungsvorschläge und diese sind auch in diesem Fall durchaus passend. Auch wenn Sie das anders sehen, Herr Dr. Vogel, der Vergleich mit der Expo ist sehr wohl passend. In der Fernsehwerbung läuft zurzeit ein Expo-Spot: "Werde ich ewig leben? Wird mein Computer Lippenstift tragen? Werden wir auf dem Mond leben? Wird es dort Würstchen geben?" usw. Herr Dr. Vogel, mir fallen da ganz andere Fragen ein: Wie viele Kinder sollen noch an Unterernährung sterben? Wie viele Menschen sollen noch wegen fehlender medizinischer Betreuung sterben? Und wie viele Kinderhände sollen noch von deutschen Landminen abgerissen werden? Die Expo will die Welt zeigen, wie sie einmal sein wird. Sie wird eine gigantische Werbeshow der größten Unternehmen dieser westlichen Welt. Der Mensch spielt dabei nur die Rolle des Konsumenten. Die Entwicklung der Welt ist für uns eben nicht die Frage der Entwicklung von Großkonzernen, sondern die Entwicklung der Menschen, aller Menschen in Ost, West und in Nord und Süd. Wer wirklich Hilfe benötigt, muss sie auch erfahren. Das haben Sie, Herr Dr. Vogel, zwar im Zusammenhang auf Deutschland gesagt, es trifft doch wohl aber grundsätzlich zu.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Thüringen will allein im Jahr 2000 mehr als 3 Mio. DM für die Expo 2000 ausgeben. Etwas über 1 Mio. DM sind nur der Thüringer Anteil am deutschen Pavillon in Hannover. Eine weitere Million sind für die verschiedensten Projekte durch VE's schon längst gebunden. Die Projekte, Herr Dr. Vogel, die Sie gestern nannten, sind auch in meinen Augen, in unseren Augen gut. Das heißt, wir finden es auch richtig, aber bitte doch nicht im Zusammenhang mit der Expo. Damit hat das nun wirklich nichts zu tun. Ich muss auch noch etwas dazu sagen. Ein wenig erinnert mich das alles an die glorreichen und zukunftsweisenden Parteitage der SED. In deren Vorfeld wurden auch immer viele Dinge getan, die längst überfällig und auch richtig waren, aber absolut nichts, aber auch gar nichts mit dem bevorstehenden Ereignis zu tun hatten. Es war wie auch hier lediglich Akzeptanzbeschaffung. Abgesehen von den über 2 Mio. DM, die bereits durch VE's belegt sind, sollen im Haushalt 2000 weitere 889.900 DM für die Expo eingestellt werden. Und genau diese Mittel sind es, die wir nicht für Glimmer- und Glamourveranstaltungen einsetzen wollen. Keine teure Werbung für eine bessere Welt von Konzernen und anderen Dingen; nein, eine wirkliche Hilfe für eine bessere Welt der Menschen, das wollen

wir. Und das ist der Zusammenhang, Herr Ministerpräsident, den Sie ja sicher selbst auch sehr gut kennen.

Meine Damen und Herren, Kurt Biedenkopf, der sächsische Ministerpräsident, sagte in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit im sächsischen Haushalt vor einigen Jahren: "Für jeden Sachsen eine Mark." "Für jeden Thüringer eine Mark" wäre die konsequente Übersetzung hier in Thüringen. Aber wir wollen nur 889.900 DM. Sind Sie dazu bereit, meine Damen und Herren? Dann lassen Sie uns diesen Antrag zur Entwicklungszusammenarbeit im Einzelplan 02 separat abstimmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich hoffe, dass das jetzt stimmt. Es liegen keine weiteren Redemeldungen zum Einzelplan der Staatskanzlei aus den Reihen der Abgeordneten vor. Der Ministerpräsident hat sich zu Wort gemeldet.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst bedanke ich mich, dass aus dem Arbeitsbereich der Staatskanzlei das Thema "Frauenbeauftragte" und das Thema "Entwicklungshilfe" abgehandelt worden sind. Ich fühle mich in den übrigen Aufgaben unterstützt.

Liebe Frau Dr. Fischer, ich verstehe wenig von glorreichen Parteitagungen der SED. Ich bin nur froh, dass sie nicht mehr stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Sie begannen mit einem Kompliment und zückten dann den Dolch, aber Sie zückten ihn in der Tat nicht in shakespearescher Absicht, sondern in mich etwas betrübender Absicht. Wissen Sie nicht, dass das erfolgreichste Entwicklungshilfeprojekt, das ein deutsches Land gestartet hat, das Projekt "Ruanda" war und ist und dass dies ein bisschen etwas mit meinem Namen zu tun hat? Stellen Sie sich also bitte nicht so hierher und bezichtigen Sie mich einer Sache, die unzutreffend ist, weil Sie gar nicht der Sache helfen wollen, sondern mir schaden, und das ist nicht Inhalt einer Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Und jetzt komme ich zum zweiten Stichwort. Frau Fischer, nicht wir, ich wäre nicht im Traum auf die Idee gekommen, sondern Ihre Fraktion verbindet Entwicklungshilfe mit Expo. Frau Dr. Fischer, zunächst einmal gibt uns die Expo die Möglichkeit, ein Dutzend und mehr beispielhafte Thüringer Leistungen Millionen von Besuchern zu zeigen, die im nächsten Jahr nach Deutschland kommen. Mehrere Millionen werden kommen und wir wollen diese Chance nutzen und deswegen fördern wir die Projek-

te, die dort ausgestellt werden. Und das ist ein Beitrag zur Förderung dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Und lassen Sie mich das jetzt verbinden mit einer Frage, die zu ernsthaft ist, als dass man sie nur mit der Expo verbinden kann. Sie setzen darauf, dass wenige wissen: Es gab viele Weltausstellungen, in London, in Brüssel, in Paris. In Deutschland hat nie eine stattgefunden, weil immer dann, wenn sie stattfinden sollte, Krieg in der Welt herrschte. Zum ersten Mal überhaupt seit der Geschichte der Weltausstellungen findet eine Weltausstellung im Frieden in Deutschland statt. Und ich bin stolz darauf, dass Thüringen sich dort gut präsentiert, und das unterstützen wir ganz selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Recht haben Sie mit dem Satz: "... wo das Geld am dringendsten gebraucht wird." Und wir könnten natürlich einen Augenblick über die Abfolge der Debatte, über die Etats bei der Frauenbeauftragten und die Frage des Hungers in der Welt miteinander diskutieren. In der Tat, es ist ganz gut, wenn bei dieser Haushaltsberatung auch einmal an irgendeiner Stelle deutlich wird, es fehlt nicht nur da und dort an vielen Ecken und Enden, sondern wir sind in der glücklichen Lage, zu den wenigen Millionen Menschen in der Welt zu gehören, die im Wohlstand und Frieden leben. Wir sollten auch daran bei dieser Gelegenheit einmal denken.

(Beifall bei der CDU)

Nur, es gibt auch Zuständigkeiten. Die Zuständigkeit für die Entwicklungspolitik liegt beim Bund. Ich beklage es, dass unter der vergangenen Regierung zu wenig für die Entwicklungshilfe geschah, und ich beklage es, dass unter der neuen Regierung noch weniger für die Entwicklungshilfe geschieht. Es ist keine gute Entwicklung, dass wir uns in Deutschland, überall, in allen Parteien, von der ursprünglichen Forderung entfernen, wenigstens 3 Prozent des Bruttosozialprodukts für arme Länder aufzuwenden. Aber das ist hier nicht das Podium, wo wir das austragen müssen, sondern das Podium ist anderswo. Ich vertrete die Meinung, wir haben gegenüber den Entwicklungsländern eine Verpflichtung. Wir werden sie aber dann besser erfüllen, wenn wir zunächst die dringlichsten Verpflichtungen bei uns hier erfüllt haben. Und dass wir hier heute in einer günstigeren Position sind als vor fünf oder vor zehn Jahren, das kann ja nicht einmal eine Sprecherin der PDS-Fraktion leugnen,

(Beifall bei der CDU)

obwohl Sie bei jedem Etat vorhin bei der Frauenbeauftragten immer den Eindruck erwecken wollen, als sei alles schlimm und würde von Tag zu Tag schlimmer. Nein, es wird besser. Wir werden uns im Rahmen unserer Möglich-

keiten - ich habe das gestern gesagt, ein ganz bestimmtes Projekt, das die Fachleute kennen, wird dafür das Beispiel setzen - im Jahre 2000 an der Entwicklungshilfe, um ein Zeichen zu setzen, beteiligen. Wir werden auch das Thema Entwicklungshilfe nicht vergessen, aber nicht auf Kosten der großen Chance, das Land in der Welt bekannt zu machen auf der Expo.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen nun keine weiteren Redemeldungen mehr vor.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Gott sei Dank.)

Wir schließen damit die Aussprache zu den Einzelplänen 08 und 02. Ich rufe auf die Aussprache zu dem **Einzelplan 03 - Innenministerium - damit verbunden die Teile des Einzelplanes 17, die das Innenministerium betreffen, und der Einzelplan 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaus -**.

Als erste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mit viel Hoffnungen auf eine gerechtere Beteiligung an den Landeseinnahmen haben die Thüringer Kommunen auf den Landeshaushalt 2000 gewartet. Ihre Hoffnungen werden sich nicht erfüllen. Die Finanzausgleichsmasse steigt zwar um rund 95 Mio. DM, aber das ist gesetzesbedingt. Nun ziehe ich mir gleich wieder den Zorn der Landesregierung zu, aber ich kann es nicht vermeiden. Herr Köckert fühlte sich bei der Diskussion am Mittwoch zur Gesetzesnovelle des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes genötigt, wiederholt darzulegen, wie gut es den Thüringer Kommunen geht.

(Zwischenruf Köckert, Innenminister: Nein, es ist gut, wie sie unterstützt werden.)

Das sieht die gesamte CDU-Fraktion so. Ihm ist unverständlich, wieso ich ihm bei vielen Dingen zustimmen - Sie sagten "zunicken" - kann, den Finanzausgleich dann aber insgesamt kritisiere. Ich bejahe ja einiges im Finanzausgleich, so unter anderem auch die für dieses Jahr positiv erfolgte Spitzabrechnung. Dies ändert aber nichts an meiner und an unserer Kritik an der Verbundquote und an der inneren Struktur des Finanzausgleichs. Das Land Thüringen kann und sollte in der Lage sein, seine Kommunen finanziell besonders gut zu stellen, und zwar gemessen an dem schon einmal bestandenen Niveau des Jahres 1994. Hier, Herr Ministerpräsident, setzt unsere Kritik an. 1994 betrug die tatsächliche Verbundquote noch 39,17 Prozent, 2000 beträgt sie noch 30,58 Prozent. Die innere Struktur des Finanzausgleichs entstammt aus den

alten Bundesländern, und zwar aus einer Zeit der vollen öffentlichen Kassen, Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre. Diese innere Struktur ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Weshalb, Herr Dr. Zeh, wollen Sie das bloß nicht akzeptieren? Ihre Angaben zum Pro-Kopf-Betrag werden von der PDS überhaupt nicht in Frage gestellt. Unsere Kritik bezieht sich auf die Reduzierung - wie gesagt - der tatsächlichen Verbundquote. Übrigens hält die PDS am Ziel fest, dass die Kommunen ausreichend eigene Steuereinnahmen haben. Die Diskussion zum Finanzausgleich würde sich dadurch entschärfen. Doch gerade die CDU-geführte Bundesregierung hat seit 1982 die Steuerkraft der Kommunen ausgehöhlt. Und die CDU nimmt für sich in Anspruch, eine innovative Politik zu machen. Bezüglich des Finanzausgleichs ist Ihre Politik aber nicht durch Innovation, sondern durch überalterten Konservatismus gekennzeichnet. Die Thüringer Kommunen, ihre Bürgermeister und die Thüringer Einwohnerinnen und Einwohner haben es verdient, in ausreichendem Umfang an den Landeseinnahmen beteiligt zu sein. Ihnen nützt ein sanierter Landeshaushalt wenig, wenn andererseits die Kommunen finanziell am Ende sind. Der Landtag hat aus unserer Sicht nicht das Recht, die Sanierung der Landesfinanzen höher zu bewerten als die ausreichende Finanzausstattung der Kommunen. Diese Praxis gibt es in Thüringen seit 1995. Kollegin Neudert verwies darauf gestern. Während die Landeseinnahmen seit 1995 erheblich angestiegen sind, kann man bei den eigenen kommunalen Steuereinnahmen durchaus von Stagnation sprechen. In Kenntnis dieser Situation hätte das Land zwingend den kommunalen Anteil an den Landeseinnahmen erhöhen und sich dabei am Verteilungsverhältnis von 1994 orientieren müssen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Zahlen sprechen ihre eigene Sprache.)

Eine solche Herangehensweise fordern wir seit 1995. Wenn man berücksichtigt, dass 1999 die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs rund 86 Mio. DM als einmalige zusätzliche Investitionspauschale erhalten haben, dann ist die diesjährige Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um 95 Mio. DM in der Gegenrechnung mit nahezu Null anzusetzen.

Herr Dr. Zeh, Ihre stetigen Vergleiche mit den anderen Bundesländern hinken, und das nicht nur leicht. Sie beherrschen heute noch den Umgang mit DDR-Statistik. Wenn Sie in dieser Situation von einer weiteren Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung sprechen, dann empfinden das viele Kommunen zu Recht als Hohn. Lesen Sie bitte die neuste Mitteilung des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes. Danach liegt Thüringen nach einer vergleichenden Untersuchung am Ende der neuen Länder. Und, Herr Ministerpräsident, da hetzte ich keine Kommune gegen die Landesregierung auf. Meine Fraktion und ich weisen auf das Entschiedenste diese von Ihnen gestern vorgebrachte Beschuldigung zurück.

(Beifall bei der PDS)

Die Kommunen wissen übrigens selbst, was für sie richtig und was weniger gut ist.

Meine Damen und Herren, meine Einschätzung wird auch durch den Fakt untersetzt, dass aus unserer Sicht die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse systemwidrig bei den Ausgaben zum Einsatz gebracht wird, so unter anderem durch die Erhöhung der Auftragskostenpauschale und einer so genannten besonderen Bedarfszuweisung. De facto finanzieren somit die Thüringer Kommunen die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen der Auftragsverwaltung selbst. Eine derartige Auslegung des Konnexitätsprinzips findet weder die Zustimmung der Kommunen noch die der PDS. Analog verhält es sich mit den so genannten besonderen Bedarfszuweisungen. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die Notwendigkeit der Erhöhung der Auftragskostenpauschale und der Bereitstellung besonderer Bedarfszuweisungen für nicht ausgelastete Gewerbe- und Wohngebiete wird durch die PDS nicht in Frage gestellt. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind jedoch in den Haushaltsplänen der Fachministerien einzustellen. Durch die Entfrachtung des Kommunalen Finanzausgleichs von systemwidrigen Bestandteilen ständen finanzielle Mittel innerhalb des Finanzausgleichs für zusätzliche Aufgaben zur Verfügung, so z.B. für die notwendige Erhöhung der Investitionspauschalen. Seit 1995 werden dem Kommunalen Finanzausgleich neue Aufgaben zugeordnet, ohne dass sich die Finanzausgleichsmasse wesentlich erhöht hat. Diese Verfahrensweise kommt einer Reduzierung des Finanzausgleichs gleich. Einige dieser zusätzlichen Aufgaben sind ebenfalls systemwidrig und müssen deshalb zwingend wieder aus dem Finanzausgleich herausgenommen werden. Ich nenne nur Zinsverbilligungen bzw. Strukturhilfen für Aufgabenträger und die Kreisfreiheit Eisenach. Aus meinen Ausführungen ist unschwer zu erkennen, dass die PDS mit der gegenwärtigen Dotierung und Struktur des Finanzausgleichs nicht einverstanden ist. Wir fordern deshalb in unserem Entschließungsantrag dazu auf, eine grundlegende Änderung dieses Gesetzes in diesem Jahr vorzunehmen.

Zum vorliegenden Haushaltsentwurf: Da sich die Landesregierung für die Fortführung der bisherigen Finanzausgleichspolitik entschieden hat, war die PDS-Forderung zur Erhöhung der Investitionspauschale nur außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs möglich. Die PDS hat dabei auf die Verfahrensweise der Landesregierung aus 1999 zurückgegriffen. Damit gibt die PDS jedoch nicht das Vorhaben auf, eine dauerhafte gerechte Lösung innerhalb des Finanzausgleichs durchzusetzen. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Investitionspauschale dürfte selbst von der Landesregierung nicht in Frage gestellt werden. Die kommunalen Investitionen sind 1999 bereits unter das Niveau des Jahres 1992 gesunken und wir führen im Jahr 2000 diesen Trend fort. Durch diese Entwicklung entsteht ein neuer Investitionsstau in der kommunalen Infrastruktur. Andererseits hat die kommunale Investitionsschwäche auch Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktentlastende Impulse gehen von der kommunalen Investitionstätigkeit zur

Zeit kaum aus. Letztlich brauchen die Kommunen für die Inanspruchnahme der Investitionspauschale keine Eigenmittel, über die sie kaum verfügen, bereitzustellen. Damit erfüllt die Investitionspauschale doch eine Reihe mehrerer Funktionen. Unserer Forderung wird immer wieder nur entgegengehalten, die PDS kann nichts anderes, als die Nettokreditneuerschuldung zu erhöhen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Richtig.)

Erstens stimmt das so nicht. Für unsere im Haushaltsentwurf und dem Finanzausgleich vorgelegten Änderungsanträge hatten wir mit Ausnahme der vorgeschlagenen Erhöhung der Investitionspauschale um 100 Mio. DM durchweg Deckungsvorschläge aus dem Gesamthaushalt vorgeschlagen. Zum anderen ist die Finanzierung der Erhöhung der Investitionspauschale über die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr ohne Not möglich. Die Neuverschuldung würde sich gegenüber 1999 immer noch reduzieren, und zwar genau um 140.248.600 DM. Die von Ihnen gewünschte Schlagzeile, dass das Land sich erstmals weniger hoch verschuldet, würde demnach immer noch stimmen. Bewusst hat sich die PDS beim Kommunalen Finanzausgleich auf Schwerpunkte konzentriert. Wir halten, wie gesagt, generell eine Novellierung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes für notwendig und werden dazu selbst auch demnächst einen Vorschlag einreichen.

Zum Einzelplan 19 einige wenige Bemerkungen: In der Haushaltsdiskussion hatten wir lediglich einen Antrag zur Erhöhung der Zuweisungen an Städte und Gemeinden zur Wohnumfeldverbesserung in den Wohngebieten eingebracht. Die hier im Haushaltsentwurf vorgesehene Reduzierung der Fördermittel findet nicht die Zustimmung der PDS-Fraktion. Was nach unserer Auffassung aber unbedingt künftig im Bereich Wohnungs- und Städtebau erforderlich wäre, ist, einmal konkrete Analysen z.B. über den sozialen Wohnungsbau, den Mietwohnungsbau sowie über die Wohnungssituation in strukturschwachen Regionen anzufertigen. Solche Analysen sind notwendig, um zweckdienliche Maßnahmen zur Beseitigung von Ungleichgewichten im Wohnungsbereich und beim Städtebau innerhalb Thüringens einleiten zu können. Dies betrachten wir als notwendigen Beitrag zur Realisierung des Verfassungsauftrags zur Schaffung annähernd gleicher Lebensverhältnisse in Thüringen. Dieser Verfassungsauftrag schließt aber auch ein, dass die typischen Gegebenheiten in der Region und den Planungsräumen erhalten bleiben. Der Wohnungsmarkt entwickelt sich gegenwärtig differenziert und widersprüchlich. Gesicherte Prognosen kann kaum jemand stellen. Umso wichtiger ist es, die gegenwärtigen Entwicklungen genau zu analysieren. Im Rahmen der Raumordnung, Stadtgestaltung und Stadtentwicklung gibt es eine Vielzahl interessanter neuer Betrachtungs- und Herangehensweisen. Ziel ist hier die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung. Soziale und ökologische Aspekte gewinnen dabei mehr als bisher an Bedeutung.

Für die kommenden Haushaltsjahre wird die PDS-Fraktion Vorschläge unterbreiten, wie das Land hier ergänzend zu EU- und Bundesmaßnahmen wirksam in die Entwicklungen eingreifen kann. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Schemmel, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Mai 1990 - und da müssen wir natürlich vormerken, dass da auch dieses Jahr schon wieder ein zehnjähriges Jubiläum ins Haus steht - haben wir - damals noch in der DDR - mit großer Begeisterung, aber auch ein kleines Stück Hals über Kopf die kommunale Selbstverwaltung eingeführt. Ich erinnere mich ganz kurz. Die Sachlage war damals so, dass vom runden Tisch und von der Modrow-Regierung der Kommunalwahltermin zum Mai festgesetzt war. Es lag ein respektables Wahlgesetz vor, das wir dann noch einmal überarbeitet haben, das aber so okay war, das demokratische Wahlen erstmals auf kommunaler Ebene garantieren konnte, aber es fehlte noch, und zwar im April, einen Monat vor der eigentlichen Kommunalwahl, das entscheidende Instrument, eine Kommunalverfassung, die eigentlich regeln sollte, was und wo hinein gewählt werden sollte und wie die neuen Strukturen arbeiten sollten. Diese Kommunalverfassung fehlte noch einen Monat vor der angesetzten Kommunalwahl. Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform, dem ich als Obmann der DDR-SPD damals noch angehörte, der erkannte natürlich diese Vakanz, stand aber jetzt vor der schier unlösbaren Aufgabe, innerhalb von einem Monat, und es lag kein Regierungsentwurf der DDR-Regierung vor, aus dem Nichts heraus eine Kommunalverfassung zu schaffen, eine Kommunalverfassung, die auch zukunftsweisend sein sollte. Das heißt, die auch der späteren sich abzeichnenden Länderbildung gerecht werden sollte; das heißt, die quasi eine Mischform darstellen sollte, aber dann auch den einzelnen Ländern - je nach ihrem Entscheid - ermöglichen sollte, aus dieser Kommunalverfassung, die noch einige Jahre in Thüringen als Vorläufige Kommunalordnung weiter galt, heraus ihren Weg zu finden, etwa im Sinne einer Magistratsverfassung, einer süddeutschen Ratsverfassung oder in einer anderen Form. Als wir diese ganzen Sachen diskutierten, die sich nun bald zum zehnten Mal jähren, war uns natürlich klar, dass die absolute Voraussetzung für dieses Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung eine entsprechende Finanzausstattung der Kommunen war. Jeder kann sich vorstellen, wie schwer es damals in der DDR in den Anfangszeiten im Mai 1990 war, weil da natürlich völlig neue Aufgaben den Kommunen zugeordnet wurden, für die eigentlich überhaupt kein Geld zur Verfügung stand und die Volkskammer sich damals sehr verdient gemacht hat, diese Startphase der Kommunen in der damaligen

DDR noch unter den schwierigen finanziellen Bedingungen zu erleichtern und diese Startphase zu gewährleisten. Diese Bedingung, dass es echte kommunale Selbstverwaltung nur mit entsprechender Finanzausstattung gibt, gilt natürlich noch heute, und heute auch in besonderem Maße. Und wenn ich vom Statistischen Landesamt per Ende September 1999 informiert werde - Sie übrigens alle, nicht nur ich natürlich -, dass die Pro-Kopf-Verschuldung auf kommunaler Ebene zurzeit 2.349 DM pro Person, natürlich pro Kopf, ausweist, dann wissen wir, dass wir dieser wichtigen Bedingung, kommunale Selbstverwaltung und Finanzausstattung, auch in Zukunft erhebliche Bedeutung beimessen müssen, und dies natürlich auch im Rahmen unserer heutigen Debatte. Ich möchte aber nur drei Punkte ansprechen und nicht einen Globalexkurs über den Haushaltsplan 17 machen, sondern nur drei Punkte ansprechen, an denen wir bestimmte Kritik äußern. Im Übrigen hat mein Kollege Höhn in seiner außerordentlich bemerkenswerten Grundsatzrede gestern zum Haushalt

(Heiterkeit bei der SPD)

mir schon einiges vorweggenommen, besten Dank. Deswegen gelingt es mir, mich kurz zu fassen, und die Fraktion der SPD wird die ihr zustehende Redezeit an dieser Stelle nicht ausschöpfen, das ist vielleicht beispielgebend.

Der erste Punkt, den ich betrachten möchte, ist, und darüber ist schon lange gesprochen worden, dass die Kommunen eine Investitionspauschale außerhalb des KFA benötigen. Verschiedentlich wurden ja in der Vergangenheit hier schon Ansätze gemacht, auch in diesem Hause. Aber natürlich mussten wir erkennen, dass das Gesamtvolumen des Haushalts hier immer auch eine natürliche Begrenzung dieser Bemühungen darstellt. Wir sehen aber die Notwendigkeit einer solchen Investitionspauschale und wir wollen sie nicht wie die PDS durch eine praktische Erhöhung finanzieren - Frau Dr. Wildauer, Sie haben das zwar ein bisschen nett umschrieben -, aber durch eine praktische Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Landes, denn wir fühlen uns auch auf Landesebene, nicht nur auf Bundesebene, zu einer Haushaltskonsolidierung verpflichtet. Deshalb geht unser Antrag dahin, dass dem Land die im Jahr 2000 zufließenden Steuermehrausgaben ausschließlich bis zu einer Höhe von 60 Mio. DM den Kommunen als Investitionspauschale ausgereicht werden, und ich bitte Sie, diesen Antrag, den wir dann im Plenum noch stellen werden, zu unterstützen.

Zweitens, wir kritisieren - und ich habe das schon vorgestern ausgeführt, als wir im Tagesordnungspunkt 7 über das FAG sprachen -, dass den Kommunen zustehendes Geld in die Auftragskostenpauschale, die natürlich erhöht werden muss, gesteckt wird und dort quasi eine Art Mogelpackung bietet. Unsere Forderung für die Auftragskostenpauschale für die kommenden Jahre habe ich schon erläutert, deswegen reichen die drei Spiegelstriche: Wir brauchen eine ausreichende Auftragskostenpauschale außerhalb des KFA. Und an dieser Höhe und Festsetzung der Auftragskos-

tenpauschale wird ja im Innenministerium erfreulicherweise gearbeitet. Wir brauchen eine gerechte Verteilung dieser Mittel, eine gerechte Verteilung zwischen den kreisfreien Städten, den Landkreisen und den kreisangehörigen Kommunen und wir brauchen unbedingt den Erhalt des Rechts des Haushaltsgesetzgebers, diese Höhe und Verteilung durch Gesetz festzusetzen und nicht, wie es die Regierung vorsieht, durch Rechtsverordnung. Und da hat der Herr Innenminister etwas gesagt, was mich eigentlich letztes ein bisschen bedrückt hat. Sie haben gesagt, wir werden mal die Höhe festsetzen und wenn ihr wollt, könnt ihr das ja dann so durch Gesetz regeln. Das war aber nun gerade nicht unsere Intention. Wenn wir sagen, wir brauchen ein Gesetz, dann wollten wir natürlich uns auch die Festsetzungshöhe genauestens im Ausschuss erläutern lassen und wollten natürlich dort mitberaten über die Festsetzungshöhe und wollten natürlich auch mitberaten über die Verteilung und wir wollten eigentlich nicht bloß dann die vom Innenministerium ausgerechnete Höhe übernehmen und dann gnädigerweise als Abgeordnete daraus ein Gesetz machen. So war das nicht gedacht und ich weiß, ich habe zwar meine feste Vorstellung von parlamentarischer Demokratie, aber an solcher Stelle weiß ich dann manchmal gar nicht, ob es wirklich gut ist, dass jemand sowohl auf der Regierungsbank als auch auf der Abgeordnetenbank sitzt. Aber das geht jetzt im Moment nicht gegen den Landwirtschaftsminister.

(Heiterkeit bei CDU, SPD)

Und drittens, das betrifft sowohl den Einzelplan 03 als auch den Einzelplan 17, wir wollen, und auch da haben wir entsprechende Anträge gestellt, dass die Zinshilfeprogramme zur Finanzierung von Beiträgen nach § 7 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch, so im Einzelplan 03 verankert, sowie zur Finanzierung von Beiträgen für leistungsgebundene Einrichtungen nach § 7 Abs. 12 a) des Thüringer Kommunalabgabengesetzes, so im Einzelplan 17 verankert, passfähig zusammengeführt werden, um diese Beihilfen dann endlich in voller Höhe nach vereinfachten Verfahren für die Beitragspflichtigen auch für Straßenausbaubeiträge verfügbar zu machen. Auch dies hat Kollege Höhn gestern schon ausführlich erläutert, deswegen erwähne ich diese Anträge noch einmal und bitte Sie, diesen Anträgen zuzustimmen. Denn eins ist klar, wenn wir den Beitragspflichtigen auf diese Art und Weise die Zahlung der Beiträge überhaupt erleichtern, dann leisten wir natürlich auch einen riesigen Beitrag zur Stabilisierung und zur Strukturhilfe der Verbände selbst. Das heißt, es darf nicht nur das Moment der Strukturhilfe geben, und dieses gibt es erfreulicherweise im Haushalt, sondern es muss auch das Element geben, die Beitragszahlungen zu erleichtern, diese fünf mal 50 Mio. DM wirklich durch die gemeinsame passfähige Richtlinie abfließen zu lassen, somit die Beitragszahlungen zu erleichtern und damit die Verbände auf diese Art und Weise zu stärken. Ich bitte Sie, diesen Anträgen zu folgen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir haben hier vorn versucht die Beiträge etwas nach Inhalten zu sortieren, so dass als nächster Abgeordneter der Abgeordnete Mohring, CDU-Fraktion, sich zu Wort gemeldet hat.

(Zuruf Abg. Mohring, CDU: Nein.)

Es ist signalisiert worden, zum Einzelplan 17, das Innenministerium betreffend.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Der Einzelplan 03 besteht aus mehreren Bestandteilen.)

Herr Fiedler, die Kommentierung ist ein bisschen überflüssig. Wir haben vorhin versucht, das mit der CDU-Fraktion abzusprechen, so dass wir letztendlich zur 17 und dann zur inneren Sicherheit, zur 03 sprechen und zum Schluss den Wohnungs- und Städtebau aufrufen. Aber wenn Sie das ablehnen, dann werde ich Ihre vorgeschlagene Reihenfolge aus der Fraktion zugrunde legen und rufe den Abgeordneten Fiedler auf.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, man kann versuchen das zu ordnen nach den Themenbereichen, und wir werden, denke ich, die Debatte auch ordnungsgemäß über die Bühne bekommen. Wir befinden uns heute nun hier in der Aussprache des Innenministeriums und dieses beinhaltet den Wohnungsbau, vor allem den kommunalen Finanzausgleich, aber der Haushalt des Innenministeriums umfasst neben dem Wohnungsbau schwerpunktmäßig die innere Sicherheit, sprich Polizei, und den kommunalen Finanzausgleich.

Lassen Sie mich etwas zur Polizei und zum kommunalen Finanzausgleich sagen und die Kollegen Wetzel und Mohring werden dann vor allem noch einiges zum Wohnungsbau und zu dem Programm im Bereich Wasser und Abwasser beitragen.

Die Elementaraufgabe zur Gewährleistung der inneren Sicherheit durch das Land ist, ich denke, im Bewusstsein unserer Bevölkerung tief verankert. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit obliegt neben dem Innenminister in persona der Thüringer Polizei mit Landeskriminalamt und dem gewissen präventiven Bereich auch dem Landesamt für Verfassungsschutz. Herr Dittes, hören Sie aufmerksam zu, ich bedauere an dieser Stelle ausdrücklich, dass leider der Kollege Dietl, der verstorben ist, dieses im Innenausschuss nicht mehr mit begleiten kann. Mit dem konnte man wenigstens sachlich darüber reden, das ist mit Ihnen schlecht möglich, denn Sie wollen das ja grundsätzlich abschaffen.

Für die technische Ausstattung der Thüringer Polizei ist seit der Wende, glaube ich, und das ist unübersehbar, viel getan worden. Auch die Verbesserung der teilweise katastrophalen Unterbringungssituation, insbesondere in den Polizeiinspektionen, wurde als ganz wichtige Aufgabe begriffen. Dort ist schon sehr viel getan worden und es wird auch weiter daran gearbeitet, alle Polizeiinspektionen und natürlich auch die anderen Dienststellen der Polizei angemessen unterzubringen. Ich glaube, wer sich damit beschäftigt hat in den letzten Jahren, kennt noch die Situation, wo es durch das Dach geregnet hat und sich die Polizeibeamten dort umziehen mussten, wo keine vernünftigen Haftzellen da waren, damit die Straftäter ordnungsgemäß untergebracht werden konnten. Ich möchte an dieser Stelle auch einmal meinen Dank an den Finanzminister aussprechen.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Und das ist keine Pflichtübung, die man einem CDU-Finanzminister entgegenbringt, sondern weil er in den letzten Jahren gerade hier - der Kollege Dewes ist gerade nicht im Saal - sehr unterstützt hat, indem sehr viel in den Polizeiliegenschaften gebaut wurde, obwohl es der ehemalige Minister gar nicht an allen Stellen vielleicht so wollte.

Die dritte wichtige Ressource, und ich möchte sagen, die wichtigste im Bereich der Polizei, sind natürlich die Beamtinnen und Beamten. Und lassen Sie mich an der Stelle allen Polizistinnen und Polizisten im Freistaat Dank sagen, dass sie für uns alle hier ihren Dienst tun. Leider mussten wir in den letzten Tagen einen Kollegen, der dort auf der Autobahn zu Tode gekommen ist, zu Grabe tragen, denn auch dieser Dienst kann dazu führen, dass Menschen zu Schaden oder auch leider Gottes zu Tode kommen. Ich denke, das sollte man bei aller Betrachtung - innere Sicherheit und Polizei - mit im Hinterkopf behalten. Und ich rufe jetzt schon auf, wenn wir an die nächsten Pläne gehen, 2001 und 2002, dass wir das mit im Hinterkopf haben, um dieses zu bedenken.

In diesem Bereich geht es auch ständig um quantitative und qualitative Verbesserungen. Der Schwerpunkt dürfte aber vor allem bei den qualitativen Verbesserungen liegen. Dazu gehört die notwendige Ausbildung der Polizisten und die ständig betriebene Fortbildung. Auch in diesem Punkt möchte ich anmahnen, dass wir schnell zu den Entscheidungen kommen, wie es in Meinungen weitergeht, dass die komplette Aus- und Fortbildung der Polizei dort weiterhin gesichert ist, wie es bis jetzt schon sehr gut vorbereitet ist.

Haushaltsrechtlich, und über den Haushalt reden wir gerade, geht es natürlich um die Bezahlung der Polizisten. Es geht um die Zurverfügungstellung der notwendigen Planstellen, um die leistungsstarken Polizisten entsprechend ihrer Eignung zu befördern. Spät, aber im Wahljahr 1999 - ist der Kollege Dewes im Raum; ich sehe ihn nicht -

hat der frühere Innenminister die Beförderungsmöglichkeiten weitestgehend ausgeschöpft. Abgesehen davon, dass die Thüringer Polizei weiß Gott nicht zu den bestbezahlten Polizisten in Deutschland gehört, mussten neue Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden, um keinen völligen Motivationsstau für leistungsbereite und leistungsfähige Polizisten zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb hat meine Fraktion als eine der ganz wenigen Änderungen am Regierungsentwurf zusätzlich zu den dort vorgesehenen 100 Stellenhebungen weitere 200 Stellenhebungen für den Landeshaushalt beantragt. Ich denke, dem wird sich angesichts des Personalgefüges der Thüringer Polizei auch niemand verschließen können. Ich danke hier auch meiner Fraktion, die das mitgetragen hat, dass dieses möglich gemacht wurde, und hoffe, dass das auch im Haushalt heute hier im hohen Hause so Berücksichtigung findet.

Eine reine Hausaufgabe aus der vergangenen Legislatur war die Schaffung von unbefristeten Stellen für unzutreffenderweise mit Zeitverträgen beschäftigte Angestellte im Landeskriminalamt und Polizeiverwaltungsamt. Darüber ist ja schon gesprochen worden. Wir bekennen uns zur inneren Sicherheit und bekennen uns auch zur Notwendigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. Ganz deutlich wird dessen Notwendigkeit daran, dass wir, wenn wir extremistische Aufmärsche verhindern wollen, auf Beobachtung im Vorfeld nicht verzichten können. Ich möchte das insbesondere in Richtung PDS-Fraktion noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Sie können nicht immer wieder fordern: am liebsten abschaffen. Und wenn wir diesen bösen Vorfall, den wir letztes in Maua zu bereden hatten im hohen Hause, dass wir dann bestimmte Vorfeldarbeit des Verfassungsschutzes benötigen, aber Sie wollen das wahrscheinlich gar nicht, das ist mein Eindruck, den ich habe. Wohin die Reise bei der PDS geht, wird deutlich, wenn sie dem Verfassungsschutz dafür wieder die Mittel kürzen will. Aber auch beim Landeskriminalamt sollen die Mittel für den kriminal- und fototechnischen Laborbedarf gekürzt werden. Auf die Erfassung von DNA-Mustern will man verzichten. Das heißt, man will auf Möglichkeiten verzichten, Straftäter zu überführen. Ich werde dabei den Gedanken nicht los, dass hier einmal mehr Täterschutz vor Opferschutz gehen soll. Wenn zur Einnahmeerhöhung im Einzelplan die Geldbußen, Verwarnungsgelder und Zwangsgelder erhöht werden sollen, frage ich mich, wer denn dies am Ende bezahlen soll.

(Zwischenruf Abg. Kölbel, CDU: Der Steuerzahler.)

Heißt das, dass die Verkehrskontrollen z.B. nicht dort stattfinden sollen, wo sie besonders notwendig sind, sondern dort, wo sie für die Polizei am einträglichsten sind? Zur Kasse gebeten wird der Bürger und niemand sonst. Solche Vorschläge, die kommen bei Ihnen zur Deckungsmöglichkeit, die Sie dann einfordern. Ich glaube, dem kann man nicht folgen und dem werden wir auch nicht folgen, dass die PDS die Polizei vielleicht zum Beutelschneider erhebt, um dort Geld aus der Tasche der Bürger zu holen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich zum Finanzausgleich komme, möchte ich, da der Kollege Schemmel mich vorhin freundlicher Weise, nachdem ich nach vorn ging, als Feuerwehr-Fiedler bezeichnet hat, zum Ausdruck bringen: Für mich ist das eine Ehre, so genannt zu werden, Herr Kollege Schemmel.

(Beifall bei der CDU)

Für mich ist das eine Ehre, wenn die 70.000 Feuerwehrleute, die im Land für uns alle ihren Dienst tun und auch in den Einsatz gehen und ihr Leben für uns mit in die Waagschale werfen, da sollte man nicht so lächelnd drübergehen, sondern das ist eine ernste Sache. Aber warum ich noch einmal darauf zurückkomme, Kollege Schemmel: Leider mussten wir in diesem Jahr in diesem Haushalt bei den Feuerwehren etwas reduzieren. Ich muss sagen, es ist mir sehr, sehr schwer gefallen und ich bin da nicht so locker drübergegangen. Ich hoffe, dass meine Fraktion und das hohe Haus das auch weiterhin in den nächsten Haushalten aufmerksam betrachten, dass wir das weiterhin im Auge behalten. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel geleistet für die Feuerwehren und ich bin dankbar dafür, aber dieses Mal mussten wir leicht reduzieren.

Kollege Schemmel, Sie haben vorhin zum Finanzausgleich gesprochen, ehemalige Volkskammer. Ich war wie Sie auch in dieser Volkskammer. Ich bin auch seit 1990 ehrenamtlicher frei gewählter Bürgermeister in einer kleinen Gemeinde. Ich kenne also das, was ein Bürgermeister zu machen hat und auch das, was die Volkskammer beschlossen hat. Und ich kenne das seit der 1. Legislatur, was dieser Landtag für unsere Kommunen geleistet hat, und ich glaube, das kann sich sehen lassen. Ich denke auch - ich habe Herrn Lenz noch gar nicht gesehen vom Gemeinde- und Städtebund; Herr Gnauck saß immer hier oben, wenn wir das besprochen haben mit dem großen Koffer, heute sitzt er auf der Regierungsbank und ist nicht dabei.

(Heiterkeit im Hause)

Ich denke, meine Damen und Herren ... Ja, ja, sehen Sie mal, jetzt wird es nicht mehr so langweilig, jetzt können wir wenigstens ein bisschen Schwung in die Debatte hineinbringen. Frau Dr. Wildauer, ich möchte Sie noch einmal daran erinnern: Sie sollten, wenn Sie durchs Land fah-

ren, nicht die Scheuklappen anlegen, sondern Sie sollten mal sehen, was sich in unseren Kommunen getan hat. Und ich glaube, das kann sich wirklich sehen lassen. Fahren Sie durch Mecklenburg-Vorpommern, fahren Sie durch Brandenburg, fahren Sie durch Sachsen-Anhalt oder andere Länder, in Thüringen hat sich etwas getan. Das hat etwas mit Finanzausstattung zu tun, was wir den Gemeinden gegeben haben.

Im Kommunalen Finanzausgleich geht es einerseits um den Ausgleich der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den Gemeinden, aber vor allem um die Zuwendungen des Landes an die Gemeinden und die Kreise. Die eine Frage ist dabei: Wie viel Geld in Summe bekommt die kommunale Familie vom Land? Die andere Frage: Wie wird dieses Geld in der kommunalen Familie für welche Aufgaben verteilt? Das ist immer die spannende Frage. Die erste Frage interessiert das Landesparlament natürlich am meisten, denn hier geht es am Ende um Belastungen des Landeshaushalts. Hier ist die Konfliktsituation auszugleichen, dass wir einerseits im Landeshaushalt zur Konsolidierung aufgefordert sind und andererseits die Gemeinden und Kreise angemessen und, ich verhehle es nicht, am liebsten noch besser als angemessen bedenken möchten. Wenn wir in dieser Situation die Finanzausgleichsmasse getreu dem von uns in früheren Jahren verabschiedeten Finanzausgleichsgesetz um 95 Mio. DM erhöhen, haben wir die kommunale Familie, denke ich, gut bedacht. Und, Frau Dr. Wildauer, das haben Sie ja die Jahre mit registriert, dass wir die kommunale Familie nicht schlecht bedacht haben, auch wenn Sie etwas anderes behaupten.

Ich bitte dabei auch zu bedenken, dass ein nicht unerheblicher Teil der Verschuldungssituation des Landes darauf zurückzuführen ist, dass wir die Gemeinden und Kreise über die Jahre hinweg überdurchschnittlich gut bedacht haben. Dies muss man vor allem dann im Hinterkopf haben, wenn man den Antrag der PDS-Fraktion liest, die die große Gießkanne nehmen will, diese am Kreditmarkt randvoll auffüllen will und sie dann als Investitionspauschale über die Häupter der Gemeinden und Kreise verrieseln möchte. Ich bin kein grundsätzlicher Feind des warmen Regens, das will ich ganz klar sagen, er kann auch in Form von Geld sein, unsere Verschuldung aber einfach einmal so mir nichts dir nichts um 100 Mrd. DM anzuheben, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist mit uns nicht zu machen. Wir haben auch eine Verantwortung für nachfolgende Generationen. Das ist einfach unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Fiedler, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Am Ende. Wer muss das am Ende bezahlen? Bezahlen muss es am Ende - und das sollten wir nicht vergessen - immer wieder der Bürger. Am Ende sind es Steuern, die die Schaffung von Arbeitsplätzen belasten. Die SPD will den Landesausgleichsstock kürzen. Dieser Antrag erinnert mich an einen Unternehmer, der von seinem Geschäftskonto eine größere Summe nimmt, um sich ein neues Auto zu kaufen, und sich hinterher wundert, dass er zahlungsunfähig ist, weil er keine liquiden Mittel mehr hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten dem Thüringer Innenminister nicht von vornherein in die Kasse greifen und ihm das Geld wegnehmen, das er braucht, um Not leidenden Gemeinden zu helfen. Sie sind nämlich von der Opposition die Ersten, die nach Landeshilfen schreien, wenn die Notlage eingetreten ist. Ich möchte Sie, Herr Pohl, den Herrn Innenminister a.D. und alle, die immer mit Innenpolitik zu tun haben, daran erinnern: Wir haben uns, ob in der großen Koalition oder in anderen, immer dafür stark gemacht, der Ruf von allen Fraktionen war immer da, nehmt doch aus dem Landesausgleichsstock dem Innenminister was weg, das ist seine Sparkasse. Es ist nicht seine Sparkasse, auch wenn es der eine oder andere immer wieder behauptet hat. Das ist Geld, was die kommunale Familie braucht, wenn welche in Not geraten sind. Wir werden auch diesmal Ihrem Anliegen nicht folgen.

Lassen Sie mich noch einige kurze, ich hoffe, nicht populistische Aussagen zum Wie der Verteilung der Finanzausgleichsmasse sagen. Während die Schlüsselzuweisungen und die zweckgebundenen Zuweisungen, wie zum Beispiel bei Schülerbeförderung, weitgehend außer Frage stehen, haben wir jedes Jahr wieder die Diskussion darüber, wie viele Mittel in die Projektförderung und wie viele in die Investitionspauschale fließen. Natürlich gibt die Investitionspauschale mehr kommunalpolitischen Handlungsspielraum und fließt möglicherweise auch schneller ab. Ob sie deshalb besser und sachgerechter abfließt als die Förderung von konkreten Investitionsprojekten durch das Land, ist hier die Frage. Gerade für kleine Gemeinden ist die flächendeckende Investpauschale viel zu gering, um notwendige größere Projekte umsetzen zu können. Dem Land muss aber auch legitimerweise die Möglichkeit verbleiben, Strukturpolitik zu betreiben, damit im Freistaat annähernd gleiche Lebensverhältnisse herrschen. Das ist nämlich eine wichtige Aufgabe des Landes. Hinzu kommt, dass die Projektförderung für die Art und Weise der Umsetzung von Maßnahmen den Überblick über das gesamte Land und die Art der Umsetzung der Projekte behält. Im Vergleich der durchgeführten Projekte können wir - wir haben es im Bereich Wasser und Abwasser gesehen - oft erhebliche technische und wirtschaftliche Verbesserungen erreichen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, einen Kommunalen Finanzausgleich, der alle Wünsche erfüllt, gibt es nicht. Ich denke aber, dass wir in diesem Landes-

haushalt einen Kommunalen Finanzausgleich fortschreiben, den wir uns gerade noch leisten können und der sich prinzipiell bewährt hat. Zur Verteilung der Zuwächse, insbesondere zur Anhebung der Auftragskostenpauschale, ist gestern ausführlich diskutiert worden. Dem möchte ich heute nichts hinzufügen.

Für die Bereiche, zu denen ich eben gesprochen habe, und natürlich auch für die anderen Bereiche stellt der Entwurf des Landeshaushaltsplans mit den Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses eine sehr gute Umsetzung des Machbaren dar. Ich kann daher nur um Ihre Zustimmung zu diesem vorgelegten Entwurf bitten. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Fiedler, Sie hatten die Frage zugelassen. Frau Abgeordnete Wildauer.

Abgeordnete Dr. Wildauer, PDS:

Herr Abgeordneter Fiedler, können Sie mir bestätigen, dass Sie als Bürgermeister für Ihre Gemeinde von 1990 bis 1994 mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen haben als dann in den Folgejahren?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sie wissen, Frau Dr. Wildauer, dass wir in den ersten Jahren in Größenordnungen Zuschüsse des Bundes erhalten haben, die hier mit eingerechnet wurden, wo es einen Heidenstreit gibt, was ist dort mit zu berechnen und was ist nicht zu berechnen. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Schemmel, der Herr Abgeordnete Fiedler hat uns alle über einen Zwischenruf von Ihnen informiert, wo ich Sie wenigstens mahnen möchte, solche Zwischenrufe sein zu lassen, auch wenn sich der Abgeordnete Fiedler dadurch geehrt fühlt.

(Unruhe im Hause)

Es ist nicht angemessen, einen Abgeordneten vor seinem Familiennamen mit einem weiteren Wort zu bezeichnen ...

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Das ist ja ...)

Die Kommentierung, Herr Abgeordneter Pohl, die ist auch nicht ganz in Ordnung, das wissen Sie.

(Unruhe im Hause)

Als nächsten und letzten Redner vor dem Aufruf der Wahlhandlungen, zu denen wir uns bei der Feststellung der Tagesordnung schon geeinigt hatten, rufe ich den Abgeordneten Dittes, PDS-Fraktion auf.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Meine Damen und Herren, die bisherigen Einlassungen der Landesregierung zur Innenpolitik demonstrieren, dass es hier nicht darum geht, gesellschaftliche Ursachen für Kriminalität in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen zu rücken und Kriminalität tatsächlich zu bekämpfen. Vielmehr zeigt sie sich bereit, Grund- und Bürgerrechtseinschränkungen zu legitimieren bzw. auch in Zukunft auszuweiten, um sichtbar gewordene Folgen der gesellschaftlichen Schiefelage repressiv aus den Augen der Öffentlichkeit zu verbannen.

Meine Damen und Herren, die zu Recht an der DDR kritisierte Nichteinhaltung von Grundrechten ist doch dann nur politisch ernst zu nehmen und vom Vorwurf zu befreien, sie habe ausschließlich einen instrumentellen Charakter bei der Abqualifizierung der DDR, wenn man aus ihr auch die politischen Rückschlüsse für das eigene Handeln in einem anderen gesellschaftlichen System zieht. Dies hat die PDS getan, auch im Wissen um die Verantwortung der SED, und deshalb ist dies ein Kriterium zur Überprüfung des vorliegenden Haushalts, ganz speziell des Einzelplans des Thüringer Innenministeriums.

Meine Damen und Herren, die Beantwortung der Fragen nach dem Einsatz von inoffiziellen Informanten des Inlandsgeheimdienstes in Thüringen, dem Landesamt für Verfassungsschutz, hat die Landesregierung mit der Aussage verweigert, dass es sich dabei um ein Staatsgeheimnis handeln würde. An dieser Stelle wird auch ganz deutlich, dass geheimdienstliche Strukturen einfach nicht zu kontrollieren sind.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das kann doch nicht verdecken ...)

Wenn sogar, Herr Fiedler, die Anzahl der eingesetzten inoffiziellen Mitarbeiter zum Staatsgeheimnis erhoben wird, müssten doch bei jedermann die Alarmglocken auf Rot stehen. Mindestens diese Auskunft hätte auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Einsatzes von inoffiziellen Mitarbeitern durch das Ministerium für Staatssicherheit in diesem Landstrich nicht in dieser leichtsinnigen Weise verweigert werden dürfen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Fiedler, uns geht es um die Ermöglichung einer öffentlichen Information, um eine öffentliche Auseinandersetzung und nicht die Information der parlamentarischen Geheimstruktur PKK.

Meine Damen und Herren, Geheimdienste, ganz gleich in welchem System sie verankert sind, arbeiten zwar unterschiedlich schrankenlos, aber dennoch immer nach den gleichen Prinzipien. Es ist eben nicht so, wie die Befürworter des Verfassungsschutzes immer wieder deutlich machen wollen, dass der Zweck die Mittel heiligt. Wenn es Ihnen tatsächlich um den Schutz demokratischer Prinzipien geht, dann tragen Sie doch nicht dazu bei, eine Behörde zu schaffen, die Sie mit der Befugnis ausstatten, eben diese demokratischen Prinzipien zu verletzen. Dann tragen Sie dazu bei, dass der Schutz von Bürgerrechten, dass der Schutz der Verfassung Aufgabe der Bürgerschaft wird, und tragen Sie dazu bei, dass diese auch die Möglichkeit dazu hat. Der in diesem Jahr stattfindende Volksentscheid zur Änderung der Thüringer Verfassung ist die erste Möglichkeit dazu, die konsequente Anwendung des Artikels 146 Grundgesetz ein notwendiger zweiter Schritt.

Meine Damen und Herrn, in unserem Entschließungsantrag fordern wir weiterhin, wie vorhin richtig festgestellt worden ist, dass Thüringen auf die Erfassung und Speicherung der DNA-Identifizierungsmuster verzichtet, obwohl seit 1998 mit dem DNA-Identifizierungsfeststellungsgesetz die gesetzliche Grundlage dafür besteht und für das laufende Jahr erhebliche Haushaltsmittel diesbezüglich im Entwurf der Landesregierung zu finden sind. Angeblich, und das hat Herr Fiedler hier auch deutlich machen wollen, handelt es sich bei dieser Befugnis um ein effizientes Instrument zur Verhinderung schwerster Straftaten. Tatsächlich aber, meine Damen und Herren, wurde im Zeitraum von April 1998 bis zum April 1999 bei 2.234 gespeicherten Personendatensätzen und 508 gespeicherten Spurensätzen nur eine Straftat aufgeklärt. So musste zumindest die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Effizienz dieser Maßnahme, dieser Befugnis selbst in Frage stellen. Und diesem mageren Ergebnis steht hingegen ein drastischer Eingriff in Persönlichkeitsrechte der auf diese Art erfassten Betroffenen gegenüber und eine Regelung, die verfassungsrechtlich höchst bedenklich ist, wie etwa der Bremer Rechtsanwalt Rolf Gössner feststellt. Die Möglichkeit der nachträglichen Erfassung von bereits verurteilten Straftätern verkehrt einerseits die unserem Rechtsprinzip zugrunde liegende Unschuldsvermutung in ihr Gegenteil und konterkariert damit auch das Resozialisierungsgebot des Strafvollzugsgesetzes.

Meine Damen und Herren, die von mir beispielhaft aufgeführten Punkte begründen unsere ablehnende Haltung gegenüber diesem Einzelplan nur zu einem Teil, andere Punkte können aus Zeitgründen an dieser Stelle nur stichpunktartig benannt werden: die bisher konzeptionslose und in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eingreifende europaweite Volks- und Wohnungszählung,

(Unruhe bei der CDU)

die weitere Zentralisierung von polizeilichen Kapazitäten, die Zuordnung präventiver Aufgaben bei den Strafverfolgungsbehörden, die Beibehaltung einer nicht zu rechtfertigenden

tigenden Struktur den Polizeispezialeinheiten und deren technische Ausrüstung und auch die zunehmende Vergeheimdienstlichung der Polizei.

Und wir können auch nicht verschweigen, meine Damen und Herren, dass mit diesem Haushaltsentwurf keine Aussage darüber getroffen wird, wann die Angleichung der Löhne in Ost und West zu erfolgen hat oder erfolgen wird. Und, Herr Fiedler, der Ansatz allein, mit Beförderungen dieses gesellschaftliche Manko beheben zu wollen, wird dem Anspruch eigentlich in keinsten Weise gerecht.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, die Beratung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Flüchtlingen hinsichtlich der Wahrnehmung juristisch verbrieft Rechte und der Inanspruchnahme von garantierten sozialen Leistungen entsprechend des Asylbewerberleistungsgesetzes ist in Thüringen nach unserer Auffassung nur unzureichend gewährleistet. Unzureichend auch deshalb, weil die Beratung durch Ausländerbehörden und Sozialämter als die vollziehenden Behörden nicht die notwendige Vertrauensgrundlage haben können und andere engagierte Initiativen den vorhandenen Beratungsbedarf nicht dauerhaft abdecken können. Aus diesem Grund beantragt die PDS-Fraktion im Entschließungsantrag die Förderung von mindestens vier staatlichen Kontakt- und Beratungsstellen in Thüringen für Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Flüchtlinge. Und weiterhin, meine Damen und Herren, erachten wir es als unabdingbar, dem fluchtspezifischen psychosozialen Beratungsbedarf, der sich infolge der durch die Fluchtgründe wie Krieg, Folter und Vergewaltigung verursachten Traumatisierung, insbesondere bei Kindern und Frauen, durch die Existenz eines psychosozialen Zentrums zu entsprechen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Dittes, die Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Zwei letzte Sätze.

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion: Nein, aufhören!)

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan des Innenministeriums dokumentiert in den von mir - es wird nur noch länger.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt müssen wir aber erst einmal für Ruhe im Hause sorgen, damit Ihnen zugehört werden kann.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Der Einzelplan des Innenministeriums dokumentiert in den von mir angesprochenen Bereichen beispielhaft einen Politikansatz, der mit unseren Vorstellungen einer bürgerrechtsachtenden und normalen Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen nicht zu vereinbaren ist, und dabei von Belang, meine Damen und Herren, ist nicht nur, wie die einzelnen Titel selbst ausgestaltet sind, sondern welche Regelungen und Konzepte der Inanspruchnahme dieser Mittel zugrunde liegen. Die PDS-Fraktion wird aus diesem Grund den Einzelplan des Innenministeriums ablehnen.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Gott sei Dank, Dittes ist fertig.)

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es ist doch beachtlich, wie viel Stimmung bei diesem Thema immer wieder aufkommt. Ich hatte es angekündigt, dass wir jetzt unterbrechen bei der Behandlung des Einzelplans, und zwar sind heute vor der Mittagspause die Tagesordnungspunkte 11 bis 15 im Block und 16 aufzurufen. Um das zügig über die Runden zu bringen, werden die Tagesordnungspunkte 11 bis 15 in einem gemeinsamen Wahlgang aufgerufen und ich frage, ob der Tagesordnungspunkt 16, das ist die Wahl der Datenschutzbeauftragten, in offener Abstimmung oder in geheimer Abstimmung stattfindet. In geheimer Abstimmung findet statt, wenn ein Mitglied des hohen Hauses widerspricht, dass offen abgestimmt wird. Wird der offenen ...

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Geheime Abstimmung!)

Herr Abgeordneter Jaschke, Sie widersprechen. Also werden wir sowohl die Tagesordnungspunkte 11 bis 15 als auch den Tagesordnungspunkt 16 in geheimer Wahl durchführen. Eine Vorbemerkung möchte ich dazu ankündigen: Sie werden im Folgenden die Abläufe der Wahlhandlungen erklärt bekommen, dann folgt der Namensaufruf und sobald der Namensaufruf abgeschlossen ist, wird der Tagesordnungspunkt 16 aufgerufen. Sie sollten sich also nicht allzu weit vom Plenarsaal entfernen und wir werden auch noch einmal klingeln. Dann wird der Namensaufruf für den Tagesordnungspunkt 16 erfolgen. Die Wahlhelfer haben dann in der Mittagszeit die Möglichkeit, die Wahlgänge auszuzählen.

Obwohl mit den Parlamentarischen Geschäftsführern kurz vorbesprochen, frage ich noch einmal, ob zum Tagesordnungspunkt 16 aus der Mitte des Hauses oder seitens der Landesregierung das Wort gewünscht wird. Das wird mir nicht signalisiert. Somit komme ich zum Aufruf des Tagesordnungspunkts 11. Ich bitte wieder um Ihr Verständnis, dass ich dann das ganze Procedere bekannt geben muss, und Sie sollten den Worten auch folgen.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 11****Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 3/2 und dessen Stellvertreters gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschußgesetzes**

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/249/287 -

Nachdem der Landtag in seiner 6. Plenarsitzung am 16. Dezember 1999 den Untersuchungsausschuss 3/2 gebildet hat, sind der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 3/2 und dessen Stellvertreter gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschußgesetzes durch den Landtag zu wählen. Entsprechend dem vom Ältestenrat in seiner 2. Sitzung am 19. Oktober 1999 festgelegten Verfahren zur Benennung der Vorsitzenden der Ausschüsse und deren Stellvertreter entfällt gemäß dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren damit der Wahlvorschlag für den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses auf die Fraktion der SPD und der für dessen Stellvertreter auf die Fraktion der CDU. Die entsprechenden Wahlvorschläge liegen Ihnen vor. Die Drucksachennummern hatte ich bekannt gegeben.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12****Wahl von Mitgliedern der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz gemäß § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (AG G 10)**

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/67/79 -

Gemäß § 4 Abs. 1 des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses besteht die Kommission aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.

(Unruhe bei der CDU)

Sie werden vom Landtag aus seiner Mitte für die Dauer einer Wahlperiode mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Die Zusammensetzung der Kommission ist gemäß § 4 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzunehmen, das sich nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren bestimmt. Gemäß § 5 des Gesetzes endet die Amtszeit der Mitglieder der derzeitigen Kommission mit der Wahl der neuen Mitglieder der Kommission, spätestens jedoch sechs Monate nach Ablauf der 2. Wahlperiode. Die Wahlvorschläge der Fraktionen der PDS und der CDU liegen Ihnen in den benannten Drucksachennummern vor.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 13****Wahl von Mitgliedern des Beirats gemäß § 4 Abs. 4 des Thüringer Liegenschafts-verwertungsgesetzes (ThürLiegVerwG)**

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/121/285 -

Gemäß § 4 Abs. 4 des Thüringer Liegenschaftsverwertungsgesetzes sind für den Beirat zwei Mitglieder des Landtags vorzuschlagen. Das Wahlverfahren ist im Gesetz nicht ausdrücklich geregelt, so dass die allgemeine Verfahrensvorschrift des § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung Anwendung findet. Die Wahlvorschläge der PDS und CDU liegen in den bekannten Drucksachennummern vor.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 14****Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für das Kuratorium der "Stiftung für Technologie- und Innovationsförderung in Thüringen"**

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/123/286 -

Gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung der "Stiftung für Technologie- und Innovationsförderung" in Thüringen gehören dem Stiftungskuratorium drei Vertreter der Landtagsfraktionen an. Gemäß § 11 Abs. 3 der Satzung wird zugleich für jedes Kuratoriumsmitglied ein Stellvertreter durch die entscheidende Einrichtung oder Behörde bestellt. Das Wahlverfahren ist in der Satzung nicht ausdrücklich geregelt, so dass die allgemeine Verfahrensvorschrift des § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung Anwendung findet. Die Wahlvorschläge der Fraktionen der PDS und CDU liegen in den Drucksachennummern vor, die ich bekannt gegeben habe.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 15****Wahl von stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses gemäß Artikel 89 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit §§ 14, 15 Thüringer Richtergesetz (ThürRiG)**

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/232 -

Gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 1 des Thüringer Richtergesetzes gehören dem Richterwahlausschuss acht vom Landtag berufene Abgeordnete an. Gemäß § 15 des Thüringer Richtergesetzes werden die Abgeordneten und ihre Vertreter zu Beginn jeder Wahlperiode mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Jede Landtagsfraktion muss mit mindestens einem Abgeordneten vertreten sein. Acht Mitglieder und sechs

Vertreter wurden in der 6. Plenarsitzung am 16. Dezember 1999 gewählt. Die Wahlvorschläge der Fraktion der PDS für die Vertreter der Mitglieder fanden in der 6. Plenarsitzung nicht die notwendige Mehrheit. In der Unterrichtung Drucksachenummer 3/232 liegen nunmehr die neuen Wahlvorschläge der PDS-Fraktion vor.

Wird die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 11 bis 15 beantragt, Herr Ministerpräsident?

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Nein, nein.)

Nicht? Gut, sie wird nicht beantragt, so dass wir in die geheime Abstimmung kommen. Dazu berufe ich die Abgeordneten Braasch, Huster und Pohl als Wahlhelfer für die Wahl.

Ich möchte Ihnen folgende Hinweise geben: Nach dem Namensaufruf erhält jeder Abgeordnete durch die Wahlhelfer einen Umschlag mit fünf farblich verschieden gestalteten Stimmzetteln. Die farbliche Gestaltung der Stimmzettel dient der Sicherung einer exakten Auszählung der Stimmen. Wie viel Stimmen jeder Abgeordnete für die jeweilige Wahl hat, ist auf den einzelnen Stimmzetteln deutlich vermerkt. Die Wahlhelfer sind nach vorn gekommen und ich kann die Schriftführer beauftragen, den Namensaufruf vorzunehmen.

Abgeordnete Wolf, PDS:

Dieter Althaus, Johanna Arenhövel, Rosemarie Bechthum, Dagmar Becker, Gustav Bergemann, Willibald Böck, Peter Bonitz, Dr. Gerhard Botz, Detlev Braasch, Werner Buse, Christian Carius, Dr. Richard Dewes, Dr. Dr. Heinrich Dietz, Steffen Dittes, Sabine Doht, Hans-Jürgen Döring, Irene Ellenberger, Volker Emde, Wolfgang Fiedler, Dr. Ursula Fischer, Heiko Gentzel, Michael Gerstenberger, Prof. Dr. Jens Goebel, Manfred Grob, Evelin Groß, Günter Grüner, Dr. Roland Hahnemann, Petra Heß, Michael Heym, Uwe Höhn, Mike Huster, Konrad Illing, Siegfried Jaschke, Jörg Kallenbach, Dr. Karin Kaschuba, Dr. Birgit Klaubert, Dr. Christine Klaus, Dr. Joachim Koch, Christian Köckert, Eckehard Kölbel, Dr. med. Ingrid Kraushaar, Horst Krauß, Otto Kretschmer, Thomas Kretschmer, Klaus von der Krone, Tilo Kummer;

Abgeordneter Heym, CDU:

Ich fahre fort mit dem Aufruf der Abgeordneten Annette Lehmann, Frau Christine Lieberknecht, Herr Frieder Lippmann, Herr Mike Mohring, Frau Christiane Neudert, Frau Cornelia Nitzpon, Herr Maik Nothnagel, Herr Michael Panse, Frau Birgit Pelke und Herr Dr. Werner Pidde, Herr Dr. Frank-Michael Pietzsch, Herr Günter Pohl; ich rufe auf Herrn Egon Primas und Herrn Bodo Ramelow; ich rufe auf Herrn Volker Schemmel und Herrn Konrad Scheringer; ich rufe auf Herrn Fritz Schröter und Herrn Dr. Gerd Schuchardt, Herrn Gottfried Schugens, Herrn

Franz Schuster, Herrn Jörg Schwäblein; ich rufe auf Frau Heidrun Sedlacik und Herrn Reyk Seela; ich rufe auf Herrn Dr. Volker Sklenar und Herrn Andreas Sonntag; ich rufe auf Frau Dr. Isolde Stangner und Herrn Harald Stauch; ich rufe auf Frau Christina Tasch und Frau Tamara Thierbach, Herrn Andreas Trautvetter und Herrn Dr. Bernhard Vogel; ich rufe auf Frau Bärbel Vopel, Frau Elisabeth Wackernagel, Herrn Wolfgang Wehner, Herrn Siegfried Wetzel; ich rufe auf Frau Dr. Heide Wildauer und Herrn Bernd Wolf; ich rufe auf Frau Katja Wolf, Herrn Gert Wunderlich; ich rufe auf Herrn Dr. Klaus Zeh, Frau Gabriele Zimmer und Frau Christine Zitzmann.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Wahlkabinen sind leer. Ich schließe damit die Wahlhandlung, diese Urne kann damit weggebracht werden. Gleichzeitig schließe ich die Tagesordnungspunkte 11 bis 15. Die Bekanntgabe dieser Wahlergebnisse ist nach dem Ende der Mittagspause vorgesehen.

Ich rufe auf, wie vereinbart, den **Tagesordnungspunkt 16**

Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/236 -

Der Wahlvorschlag der Landesregierung liegt in Drucksache 3/236 vor. Ich gebe den Hinweis, dass gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Datenschutzgesetzes der Landesbeauftragte für den Datenschutz mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtags zu wählen ist. Es ist vorhin bereits entschieden worden, dass wir in geheimer Wahl wählen. Ich sehe, eine weitere Wahlurne ist inzwischen eingetroffen. Die Wahlhelfer aus dem vorherigen Wahlgang sind bereit. Die Wahlzettel werden gebracht, der Wahlzettel ist diesmal sehr einfach. Jeder Abgeordnete hat eine Stimme und kann mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen. Wir können mit der Abstimmung in diesem Wahlgang beginnen. Ich bitte die Schriftführer um den Namensaufruf.

Abgeordnete Wolf, PDS:

Dieter Althaus, Johanna Arenhövel, Rosemarie Bechthum, Dagmar Becker, Gustav Bergemann, Willibald Böck, Peter Bonitz, Dr. Gerhard Botz, Detlev Braasch, Werner Buse, Christian Carius, Dr. Richard Dewes, Dr. Dr. Heinrich Dietz, Steffen Dittes, Sabine Doht, Hans-Jürgen Döring, Irene Ellenberger, Volker Emde, Wolfgang Fiedler, Dr. Ursula Fischer, Heiko Gentzel, Michael Gerstenberger, Prof. Dr. Jens Goebel, Manfred Grob, Evelin Groß, Günter Grüner, Dr. Roland Hahnemann, Petra Heß, Michael Heym, Uwe Höhn, Mike Huster, Konrad Illing, Siegfried Jaschke, Jörg Kallenbach, Dr. Karin Kaschuba, Dr. Birgit Klaubert, Dr. Christine Klaus, Dr. Joachim Koch, Christian Köckert, Eckehard Kölbel, Dr. Ingrid

Kraushaar, Horst Krauß, Otto Kretschmer, Thomas Kretschmer, Klaus von der Krone, Tilo Kummer.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ich fahre fort: Frau Annette Lehmann, Frau Christine Lieberknecht, Herr Frieder Lippmann, Herr Mike Moring, Frau Christiane Neudert, Frau Cornelia Nitzpon, Herr Maik Nothnagel, Herr Michael Panse, Frau Birgit Pelke, Herr Dr. Werner Pidde, Herr Dr. Frank-Michael Pietzsch, Herr Günter Pohl, Herr Egon Primas, Herr Bodo Ramelow, Herr Volker Schemmel, Herr Konrad Scheringer, Herr Fritz Schröter, Herr Dr. Gerd Schuchardt, Herr Gottfried Schugens, Herr Franz Schuster, Herr Jörg Schwäblein, Frau Heidrun Sedlacik, Herr Reyk Seela, Herr Dr. Volker Sklenar, Herr Andreas Sonntag, Frau Dr. Isolde Stangner, Herr Harald Stauch, Frau Christina Tasch, Frau Tamara Thierbach, Herr Andreas Trautvetter, Herr Dr. Bernhard Vogel, Frau Bärbel Vopel, Frau Elisabeth Wackernagel, Herr Wolfgang Wehner, Herr Siegfried Wetzels, Frau Dr. Heide Wildauer, Herr Bernd Wolf, Frau Katja Wolf, Herr Gert Wunderlich, Herr Dr. Klaus Zeh, Frau Gabriele Zimmer und Frau Christine Zitzmann.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Namensaufruf ist abgeschlossen und wenn der männliche Abgeordnete Gerstenberger seinen Wahlschein noch in die Urne geworfen hat, kann ich den Wahlgang abschließen, was ich hiermit tue. Ich schließe die Wahlhandlung im Tagesordnungspunkt 16 - Wahl des Datenschutzbeauftragten. Auch diese Auszählung der Stimmen erfolgt während der Mittagspause, so dass nach dem Ende der Mittagspause in der heutigen Plenarsitzung die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt. Wir gehen jetzt in die Mittagspause, die von 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr dauert, d.h., das Ende der Mittagspause ist in diesem Fall um 14.00 Uhr. Ich darf auch darauf verweisen, dass um 13.00 Uhr eine Ausstellungseröffnung erfolgt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich möchte zunächst die Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen bekannt geben.

Wahl des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 3/2 und dessen Stellvertreters gemäß § 5 Abs. 1 und 2 des Untersuchungsausschufgesetzes: abgegebene Stimmzettel 83, ungültige Stimmzettel keine, gültige Stimmzettel demzufolge 83.

Auf den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD zum Vorsitzenden, Frau Abgeordnete Dohr, entfielen 32 Jastimmen, 43 Neinstimmen, 6 Enthaltungen, 2 Stimmzettel ohne Stimmabgabe. Damit ist die Mehrheit nicht erreicht.

Auf die Wahl des Stellvertreters, den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, den Abgeordneten Schugens, ent-

fielen 57 Jastimmen, 14 Neinstimmen, 10 Enthaltungen, 2 Wahlzettel ohne Stimmabgabe. Damit ist der Abgeordnete Schugens gewählt.

Wahl von Mitgliedern der Kommission nach Artikel 10 Grundgesetz gemäß § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses: abgegebene Stimmzettel 82, ungültige Stimmzettel keine, gültige Stimmzettel demzufolge 82.

Auf den Wahlvorschlag der Fraktion der PDS, den Abgeordneten Dittes, entfielen 26 Jastimmen, 45 Neinstimmen, 6 Enthaltungen, 5 Stimmzettel enthielten keine Stimmabgabe. Die Mehrheit des Landtags ist damit nicht erreicht.

Auf den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Abgeordneten Wolfgang Fiedler, entfielen 45 Jastimmen, 29 Neinstimmen, 4 Enthaltungen, 4 Stimmzettel ohne Stimmabgabe. Die Mehrheit der Mitglieder des Landtags ist damit erreicht.

Auf den Abgeordneten Willibald Böck entfielen 45 Jastimmen, 30 Neinstimmen, 2 Enthaltungen, 5 Stimmzettel hatten keine Stimmabgabe. Damit ist die Mehrheit des Landtags erreicht.

Wahl von Mitgliedern des Beirats gemäß § 4 Abs. 4 des Thüringer Liegenschaftsverwertungsgesetzes: abgegebene Stimmzettel 83, ungültige Stimmzettel 5, gültige Stimmzettel 78.

Von den abgegebenen gültigen Stimmzetteln entfielen auf den Wahlvorschlag der Fraktion der PDS 31 Stimmen, auf den Vorschlag der Fraktion der CDU 46 Stimmen, 1 Stimmzettel war ohne Stimmabgabe. Damit sind gemäß § 9 der Geschäftsordnung als Mitglieder des Beirats des Thüringer Liegenschaftsverwertungsgesetzes gewählt: Wahlvorschlag der PDS - 1 Mitglied, Wahlvorschlag der CDU - 1 Mitglied. Gewählt sind also demzufolge die Abgeordnete Frau Christiane Neudert und der Abgeordnete Herr Peter Bonitz.

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für das Kuratorium der "Stiftung für Technologie- und Innovationsförderung in Thüringen": abgegebene Stimmzettel 83, ungültige Stimmzettel 6, gültige Stimmzettel 77.

Von den abgegebenen gültigen Stimmzetteln entfielen auf den Wahlvorschlag der Fraktion der PDS 28 Stimmen, auf die Fraktion der CDU 47 Stimmen, ohne Stimmabgabe blieben 2 Stimmzettel. Damit sind nach der Geschäftsordnung als stellvertretende und als Mitglieder für das Kuratorium der "Stiftung für Technologie- und Innovationsförderung in Thüringen" gewählt:

Wahlvorschlag der Fraktion der PDS - 1 Mitglied und 1 stellvertretendes Mitglied, Wahlvorschlag der Frak-

tion der CDU - 2 Mitglieder und 2 stellvertretende Mitglieder. Gewählt sind damit als Mitglieder Frau Abgeordnete Dr. Kaschuba, Herr Abgeordneter Jörg Schwäblein, Herr Abgeordneter Gottfried Schugens und als stellvertretende Mitglieder Herr Abgeordneter Werner Buse, Herr Abgeordneter Prof. Goebel, Herr Abgeordneter Thomas Kretschmer.

Wahl von stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses gemäß Artikel 89 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit §§ 14, 15 Thüringer Richtergesetz: abgegebene Stimmzettel 79, ungültige Stimmzettel 7, gültige Stimmzettel 72.

Auf den Wahlvorschlag der Fraktion der PDS, den Abgeordneten Werner Buse als Vertreter des Mitglieds Dr. Koch, entfielen 36 Jastimmen, 12 Neinstimmen, 21 Enthaltungen, 3 Stimmzettel blieben ohne Stimmabgabe. Die Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen ist damit erreicht. Auf die Abgeordnete Cornelia Nitzpon als Vertreterin des Mitglieds Herrn Dr. Hahnemann entfielen 34 Jastimmen, 14 Neinstimmen, 22 Enthaltungen, 2 Stimmzettel ohne Stimmabgabe. Auch da ist die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht.

Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz: abgegebene Stimmzettel 81, keine ungültigen Stimmzettel, also 81 gültige Stimmzettel.

Auf den Wahlvorschlag der Landesregierung, Frau Silvia Liebaug, entfielen 46 Jastimmen,

(Beifall bei der CDU)

24 Neinstimmen, 9 Enthaltungen, 2 Stimmzettel blieben ohne Stimmabgabe. Die Mehrheit der Mitglieder des Landtags ist damit erreicht.

Wir fahren fort mit der Tagesordnung. Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 17**

Fragestunde

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage in Drucksache 3/233, eine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Fischer. Frau Abgeordnete Nitzpon trägt die Anfrage vor.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Nach dem 3. Thüringer Krankenhausplan wurde für die Planungsregionen Nord, Mitte, Ost und Süd mindestens je ein Krankenhaus für die geriatrische Versorgung festgelegt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie sieht die gegenwärtige konkrete geriatrische Versorgung durch die festgelegten Krankenhäuser mit entsprechendem Fachpersonal aus?

2. Wie haben sich die Bettenauslastung und die Kosten hierfür entwickelt?

3. Wie und in welcher Form erfolgt die notwendige und nachgeordnete Rehabilitation?

4. Wie ist die Weiterbildung qualitativ und quantitativ der Haus- und Fachärzte in Thüringen in diesem Bereich bisher erfolgt?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Fischer wie folgt:

Zu Frage 1: Für die geriatrische akutstationäre Behandlung sind fünf Standorte mit insgesamt 375 Betten, davon 51 tagesklinischen Plätzen, im 3. Thüringer Krankenhausplan ausgewiesen. Die Bettenzahlen sind derzeit noch nicht vollständig erreicht, da für die Etablierung der Geriatrie als neuem krankenhauplanerischem Fachgebiet umfangreiche Baumaßnahmen an den Standorten Lengenfeld unterm Stein, Meiningen, Erfurt und Ronneburg notwendig sind. Alle geriatrischen Fachkliniken in Thüringen verfügen über geschultes Fachpersonal, bestehend aus Ärzten mit fakultativer Weiterbildung klinische Geriatrie, Pflegekräften, Krankengymnasten, Ergotherapeuten, Logopäden und Psychologen, Letztere mit Ausnahme der Fachklinik in Meiningen. Einzelne statistische Angaben hierzu stehen dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit nicht zur Verfügung.

Zu Frage 2: Für drei der bestehenden geriatrischen Standorte liegen folgende Zahlen zur Bettenauslastung und zur Kostenentwicklung vor: Die Bettenauslastung hat sich von 1998 bis 1999 wie folgt entwickelt: Fachkrankenhaus Meiningen von 79,7 Prozent auf 83,1 Prozent, Ronneburg von 71,5 Prozent auf 88,1 Prozent, Lengenfeld unterm Stein von 92,1 Prozent auf 91,9 Prozent. Die Budgets haben sich in diesem Zeitraum wie folgt entwickelt: Meiningen von 8,436 Mio. DM auf 8,459 Mio. DM, Ronneburg von 6,276 Mio. DM auf 7,662 Mio. DM, Lengenfeld unterm Stein von 8,161 Mio. DM auf 8,713 Mio. DM. Für die geriatrischen Betten an der Friedrich-Schiller-Universität Jena liegen keine gesonderten Daten vor, da diese Betten in die Klinik für Innere Medizin integriert sind und Daten nicht spezifisch erfasst werden.

Zu Frage 3: Die geriatrische Rehabilitation gliedert sich in die stationäre und die ambulante Nachsorge. Die stationäre Nachsorge wird wegen der medizinisch erforderlichen Verzahnung mit der Akutbehandlung in den Fach-

kliniken durchgeführt. Eine wesentliche Aufgabe kommt hierbei den tagesklinischen Bereichen zu. Die ambulante geriatrische medizinische Betreuung und Rehabilitation wird in der Regel von niedergelassenen Hausärzten, nämlich Fachärzten für Allgemeinmedizin, Innere Medizin und praktischen Ärzten, wahrgenommen.

Zu Frage 4: Die an der geriatrischen Versorgung teilnehmenden Ärzte sind und werden durch die Landesärztekammer Thüringen entsprechend weitergebildet. Die Weiterbildung der Ärzte erfolgt auf der Grundlage der Weiterbildungsordnung der Landesärztekammer Thüringen in der Fassung vom 19. April 1999. Zahlreiche Fortbildungsmaßnahmen der Akademie für ärztliche Fort- und Weiterbildung der Landesärztekammer Thüringen sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen ergänzen das Weiterbildungsangebot in einem weiten fachlichen Rahmen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank. Gibt es Nachfragen? Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, die PDS-Fraktion beantragt, diese Anfrage an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ja, das stimmen wir dann ab. Wer für die Überweisung an den Ausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. Ja, das nötige Quorum ist erreicht. Damit ist die Überweisung beschlossen. Wir kommen zur nächsten Mündlichen Anfrage, eine des Abgeordneten Ramelow in der Drucksache 3/234.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Vertretbarkeit der Spaßbaddichte in Thüringen

Aus raumordnerischer Sicht wurden die Errichtung und der Betrieb von sechs bis acht Erlebnisbädern in Thüringen als sinnvoll erachtet.

Diese auch territorial zugeordneten Standorte erfuhren eine hohe Bezuschussung nach den jeweils geltenden Rahmenplänen zur Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Neben den raumverträglichen Erlebnisbädern sind darüber hinaus durch Kommunen und Unternehmen weitere Badelandschaften errichtet worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung der Benutzerzahlen und die Erreichung der Mindestnutzer-

zahlen für einen wirtschaftlichen Betrieb in den geförderten Einrichtungen ein?

2. Welchen Einfluss auf die Entwicklung der Nutzerzahlen in den geförderten Einrichtungen misst die Landesregierung der weiteren Inbetriebnahme von Badelandschaften bei?

3. Sieht die Landesregierung die Wirtschaftlichkeit der geförderten Einrichtungen durch die Vielzahl errichteter oder geplanter Badelandschaften gefährdet?

4. Hält die Landesregierung es für notwendig, ausgehend von der erreichten Spaßbaddichte eine raumordnerische Studie erarbeiten zu lassen und allen Kreis- und Stadtbehörden als Grundlage für die Beratung investitionswilliger Unternehmen bereitzustellen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Ramelow wie folgt:

Frage 1: Ein wirtschaftlicher Betrieb der geförderten Erlebnisbäder kann erreicht werden. Die derzeit erreichte Auslastung liegt in der Regel über den Planwerten. Das TMWI geht davon aus, dass sich diese positive Tendenz auch zukünftig stabilisiert. Allerdings gilt auch hier der Satz, dass sich solche Einrichtungen nicht von selbst vermarkten. Eine wesentliche Voraussetzung für die Verlängerung dieses positiven Trends ist, dass durch das jeweilige Management entsprechende Akquisitions- und Marketinganstrengungen unternommen werden, um so dauerhaft die Einrichtungen auszulasten und noch mehr Kunden- und Touristengruppen zu erschließen.

Zu Frage 2: Die Inbetriebnahme weiterer Bäder, die die gleichen inhaltlichen Zielsetzungen verfolgen wie die geförderten Bäder, die das gleiche Besucherpotential ansprechen, könnte zu wirtschaftlichen Problemen führen. Weil das beachtet werden muss, hat das Wirtschaftsministerium in der Vergangenheit über die Raumordnungskompetenz stets Einfluss genommen auf entsprechende Projekte, um zu erreichen, dass keine Konkurrenzsituationen entstehen.

Zu Frage 3: Die Inbetriebnahme weiterer artgleicher Bäder könnte sich negativ auf die Betriebswirtschaft der geförderten Bäder auswirken. Hierbei sind allerdings nicht berücksichtigt und betrachtet die Einrichtungen in den Städten, die Frei- und Hallenbäder, die vorrangig der Absicherung des Schul- und Vereinssports dienen und was befürchten lässt, dass es zu Überschneidungen kommt.

Zu Frage 4: Das Wirtschaftsministerium hat schon in der Vergangenheit eine raumordnerische Studie zur Einordnung und Bewertung von großflächigen Freizeiteinrichtungen, einschließlich Erlebnisbäder, in Auftrag gegeben. Diese liegt seit Ende 1995 vor und hat heute nach wie vor Gültigkeit. Die Notwendigkeit einer weiteren Studie wird derzeit vom Wirtschaftsministerium nicht gesehen, da die Entwicklung und Förderung von weiteren Erlebnisbädern von uns nicht vorgesehen ist. Was die kommunalen Entscheidungen anbelangt, dafür sind wir nicht zuständig. Es obliegt der kommunalen Selbstverwaltung, Überkapazitäten zu vermeiden.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank. Gibt es Nachfragen? Ja, es gibt eine Nachfrage. Herr Abgeordneter Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Herr Minister, Sie sagten, dass Sie als Wirtschaftsminister den Einfluss über die Raumordnungskompetenz realisiert haben mit der Übergabe der Raumordnungskompetenz an die Staatskanzlei. Welche Verfahrensweisen sind geregelt, damit in Abstimmung mit dem Ministerium diese Kompetenz weiter wahrgenommen werden kann?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Diese Kompetenz muss von uns nicht mehr wahrgenommen werden, weil wir keine weiteren Bäder mehr fördern werden.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine weitere Nachfrage.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Herr Minister, ich gehe einfach mal davon aus, dass es raumordnerisch bedeutsame Maßnahmen außer Spaßbädern gibt, wo vielleicht eine solche Abstimmung auch notwendig wäre.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Ich gehe davon aus, dass die Abteilung Raumordnung in der Staatskanzlei solche Abstimmungen vornehmen wird.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank. Ich sehe keine Nachfragen, aber einen Antrag. Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, die PDS-Fraktion stellt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Über diesen Antrag werden wir dann abstimmen. Wer für die Überweisung stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Ja, das reicht aus. Die Überweisung ist damit abgestimmt. Ich denke, das ist ziemlich klar gewesen. Damit ist die Frage beantwortet und wir kommen zur Frage in Drucksache 3/240, eine Frage der Abgeordneten Frau Bechthum.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Strukturanpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose ab 55 Jahre

Das Zweite SGB III-Änderungsgesetz ist seit 1. August 1999 in Kraft. Damit wurde mit dem § 415 die Möglichkeit geschaffen, ältere Arbeitslose ab 55 Jahre bis zu 60 Monaten in einer Strukturanpassungsmaßnahme zu fördern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele solcher Maßnahmen konnten bisher bewilligt werden bzw. sind bewilligungsreif?
2. Wie schlüsseln sich die Maßnahmen auf die einzelnen Beschäftigungsfelder auf?
3. Wie viele ältere Arbeitslose ab 55 Jahre werden dadurch voraussichtlich gefördert?
4. Laut Pressemitteilung vom 18. Januar 2000 (TA: Beilage "Thüringer Existenzgründer") will die Landesregierung mittels des Programms "50 Plus" ältere Langzeitarbeitslose in Maßnahmen bis zum frühestmöglichen Renteneintritt in Beschäftigung bringen. Beabsichtigt die Landesregierung das Programm "50 Plus" mit den oben genannten Maßnahmen nach SGB III zu verknüpfen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster antwortet für die Landesregierung.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Frau Bechthum wie folgt:

Zu Frage 1: Bisher wurden drei Strukturanpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer ab 55 Jahre bewilligt. 14 Anträge auf Förderung einer Strukturanpassungsmaßnahme liegen bewilligungsreif vor.

Zu Frage 2: Bewilligt wurden jeweils eine Maßnahme in den Bereichen Umwelt, Kultur und Breitensport. Bei den bewilligungsreif vorliegenden Anträgen handelt es sich um sechs Maßnahmen im Bereich der sozialen Dienste, zwei Maßnahmen im Bereich der Jugendhilfe, eine Maßnahme im Kulturbereich und fünf Maßnahmen im Umweltbereich.

Zu Frage 3: Im Rahmen der bewilligten Maßnahmen wurden 42 Arbeitnehmer gefördert. In den bewilligungsreif vorliegenden Maßnahmen können 20 Arbeitnehmer gefördert werden. Die voraussichtliche Förderung insgesamt ist abhängig von der Antragslage und den verfügbaren Haushaltsmitteln. Aus der Anzahl der derzeit insgesamt vorliegenden Anträge auf Förderung einer Struktur Anpassungsmaßnahme sind ca. 35 Anträge klassische SAM für ältere Arbeitnehmer ab 55 Jahre. Hier können 75 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Die Anträge befinden sich in Bearbeitung. Struktur Anpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose ab 55 Jahre zählen mit Blick auf die gesamte Antragslage zu Maßnahmen mit oberster Priorität.

Zu Frage 4: Die Struktur Anpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose ab 55 Jahre sind Bestandteil des Programms "50 Plus" für Langzeitarbeitslose ab dem 50. Lebensjahr. In diesem Zusammenhang wird auf die Regierungserklärung der thüringischen Landesregierung vom 16. Dezember "Arbeitsmarkt" und "50 Plus" verwiesen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke. Gibt es Nachfragen? Es gibt keine Nachfragen, die Frage ist damit beantwortet. Wir kommen zur Frage in Drucksache 3/241. Herr Abgeordneter Ramelow, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Privatrundfunk in Thüringen

In der Rundfunk- und Medienlandschaft Thüringens haben sich die Landeswelle und Antenne Thüringen mittlerweile als Privatrundfunkanbieter etabliert. Vom Radioformat konkurriert jetzt neuerdings Jump FM vom Mitteldeutschen Rundfunk mit den Privatrundfunkanbietern.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Hat der Sendebetrieb von Jump FM aus Sicht der Landesregierung Auswirkungen auf die lizenzierten Privatrundfunkfrequenzen?
2. Gibt es relevante Gesellschafterveränderungen bei den lizenzierten Privatrundfunkbetreibern Antenne Thüringen und Landeswelle Thüringen?
3. Gab es Untersagungen oder Einsprüche seitens der zuständigen Anstalt oder der Landesregierung bei bean-

tragten Gesellschafterwechseln, und wenn nein, gab es den Versuch von konkurrierenden Medien, Gesellschaften als relevanter Gesellschafter einzutreten in die Gesellschafterstrukturen?

4. Gibt es bei den Gesellschafterkreisen Doppelungen oder Interessenkollisionen speziell bei den lizenzierten Privatrundfunkanstalten, an denen die Sparkassen als Gesellschafter und als Kreditgeber fungiert haben, und wenn ja, wie bewertet die Landesregierung diese Gesellschafterstreuung über die Thüringer Sparkassen heute?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Krapp antwortet für die Landesregierung.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beantworte die Anfrage des Abgeordneten Ramelow namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Bei Jump FM handelt es sich nach Angaben des Mitteldeutschen Rundfunks um ein Nachfolgeprogramm des MDR live, welches seit dem 1. Januar 2000 auf den zuvor von MDR live genutzten Frequenzen ausgestrahlt wird. Im Rahmen der dem MDR auf der Grundlage von Artikel 5 Grundgesetz zustehenden Programmfreiheit konnte die Anstalt selbst über Umfang und Inhalt des Programms entscheiden, was im Übrigen auch mit einer Veränderung des Namens sowie des Erscheinungsbildes verbunden wurde, ohne dass dies Einfluss auf die vom MDR oder den privaten Veranstaltern genutzten Frequenzen gehabt hätte. Insofern ist in technischer Hinsicht festzustellen, dass sich an der Frequenzsituation in den drei Staatsvertragsländern durch die Ausstrahlung von Jump FM nichts geändert hat. Der Sendebetrieb von Jump FM hat auf die den privaten Veranstaltern zugewiesenen Frequenzen keinerlei Auswirkungen.

Zu Frage 2 antworte ich wie folgt: Die Lizenzierung von Privatrundfunkveranstaltern in Thüringen obliegt nach dem Thüringer Rundfunkgesetz vom 4. Dezember 1996 der Thüringer Landesmedienanstalt, die auch im Rahmen ihrer Zuständigkeit über Gesellschafterveränderungen befindet. Das Thüringer Rundfunkgesetz unterscheidet nicht zwischen relevanten oder irrelevanten Gesellschafterveränderungen. Jede Veränderung ist genehmigungspflichtig. Das ist in Artikel 17 Abs. 2 des Thüringer Rundfunkgesetzes zu finden und wird von der Thüringer Landesmedienanstalt nur dann als unbedenklich bestätigt, wenn dem Veranstalter auch unter den veränderten Voraussetzungen eine Zulassung erteilt werden könnte. Seit Gründung von Antenne Thüringen und Landeswelle Thüringen hat es nach Auskunft der TLM bei beiden Hörfunkveranstaltern mehrere gesellschaftsrechtliche Änderungen gegeben, was als normale Praxis anzusehen ist. Bei der Landeswelle Thüringen sind rund 30 An-

derungsfälle aufgetreten, bei Antenne Thüringen rund 15. Hierzu wird insbesondere auf den jährlichen Geschäftsbericht der TLM verwiesen.

Zu Frage 3 antworte ich wie folgt: Hierzu wird grundsätzlich auf die Antwort zu Frage 2 sowie die Zuständigkeit der Thüringer Landesmedienanstalt verwiesen. Untersagungen bei gesellschaftsrechtlichen Veränderungen sind der Landesregierung nicht bekannt. Von ihrer Seite gab es auch keine Einsprüche. Der Antrag einer Thüringer Tageszeitung auf Beteiligung an der Landeswelle Thüringen wurde zurückgezogen.

Zu Frage 4 möchte ich wie folgt antworten: Nach Informationen der Thüringer Landesmedienanstalt sind Sparkassen mit jeweils geringen Anteilen Gesellschafter der Landeswelle Thüringen. Diese auch in anderen Ländern praktizierte Beteiligung ist in beschränktem Umfang nach § 6 Abs. 1 Ziffer 8 Thüringer Rundfunkgesetz zulässig, weil es sich bei Sparkassen um juristische Personen des öffentlichen Rechts handelt. Der Landesregierung sind Doppelungen oder Interessenkollisionen in den Gesellschafterkreisen nicht bekannt. Eine Neubewertung der maßgeblichen rechtlichen Grundlagen wird von hier nicht als notwendig betrachtet.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Ja, es gibt eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Als Nachfrage: War der Sendestart von Jump FM mit den drei beteiligten Landesregierungen abgestimmt?

Dr. Krapp, Kultusminister:

Dieser Sendestart muss nicht abgestimmt werden mit den drei Landesregierungen, weil das Prinzip der Politikferne des Rundfunks gilt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Nachfragen? Es gibt keine. Damit ist die Frage beantwortet und wir kommen zur Frage 3/243, Herr Abgeordneter Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Pflegeversicherung

Seit Einführung der Pflegeversicherung hat die jährliche Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben immer ein positives Ergebnis aufgewiesen. Trotz erster Anlaufschwierigkeiten konnte das System der Pflegeversicherung ein gewisses finanzielles Polster bilden, so dass hieraus auch

Phasen der finanziellen Unterdeckung ausgeglichen werden könnten. Vor der Bundestagswahl 1998 gab es sogar eine Diskussion, die Pflegeversicherung im Beitrag abzusenken, damit die Rücklage aufgelöst werden könnte.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Welche finanziellen Bilanzen kann nach Einschätzung der Landesregierung für die Pflegeversicherung in Thüringen für das Jahr 1999 gezogen werden?

2. Decken die Einnahmen die Ausgaben oder hat es im Jahr 1999 einen negativen Saldo gegeben?

3. Wenn es für das Jahr 1999 eine negative Saldierung gegeben haben könnte, wie hoch wird diese voraussichtlich ausfallen?

4. Gibt es derzeit noch juristische Auseinandersetzungen um den für die Pflegeversicherung abgeschafften Feiertag?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Staatssekretär Maaßen antwortet für die Landesregierung.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Entsprechend den Bestimmungen des Elften Buches Sozialgesetzbuch haben alle Pflegekassen in Deutschland ihre Aufwendungen gemeinsam entsprechend dem Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen zu tragen. Der entsprechende Abgleich erfolgt durch das Bundesversicherungsamt. Dort werden keine länderspezifischen Statistiken geführt, somit kann die Frage nach der Finanzlage der Pflegekassen nicht thüringenspezifisch, sondern nur bundesweit beantwortet werden. Da die Rechnungslegung für 1999 noch nicht vorliegt, muss auf das Jahr 1998 zurückgegriffen werden. Demnach ergibt sich ein Rücklagenbestand zum Jahresende 1998 von rund 9,74 Mrd. DM. Das entspricht etwa vier Monatsausgaben.

Zu Frage 2: Die endgültigen Zahlen für 1999 liegen voraussichtlich erst im April dieses Jahres vor.

Zu Frage 3: Für das Jahr 1999 ist keine negative Saldierung zu erwarten.

Zu Frage 4: Es gibt derzeit keine Informationen über juristische Auseinandersetzungen wegen des aus Anlass der Pflegeversicherung abgeschafften Feiertags.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Nein, ein Antrag, Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die Ausschussüberweisung dieser Anfrage an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Das werden wir dann abstimmen. Wer für die Ausschussüberweisung votieren will, den bitte ich um das Handzeichen. Das Quorum ist sicher erreicht, die Frage ist überwiesen an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit. Damit ist die Frage auch abgeschlossen. Wir kommen zur Frage 3/244 der Abgeordneten Frau Dr. Kaschuba.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Zur Förderung innovativer Projekte in den Regionen Thüringens

In Verwirklichung der Förderrichtlinie zur Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung "InnoRegio" sind Entscheidungen gefallen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gelingt es mit der Förderung von drei Projekten in Thüringen, eine regionale Zusammenarbeit im Interesse marktfähiger Produkte und neuer Arbeitsplätze zu gestalten?

2. Welche Fördermöglichkeiten des Landes können für jene förderwürdigen Projekte aus den 48 eingereichten, aber nicht durch den Bund geförderten Projekten aus Thüringen zum Einsatz kommen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Schipanski.

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen der Landesregierung beantworte ich die Anfrage folgendermaßen:

Zu 1: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat für die Auswahl der 25 innovativen Regionen aus den 444 Bewerbungen im InnoRegio-Wettbewerb eine unabhängige Jury eingesetzt. Diese hat in einem mehrstufigen Verfahren die tragfähige inhaltliche

Fokussierung aller Anträge beurteilt und die Chancen einer nachhaltigen wirtschaftlichen Umsetzung abgewogen. Im Ergebnis der Auswahlentscheidung wurden drei der 48 Thüringer Bewerbungen als Siegerregionen ausgewählt. Die regionale Zusammenarbeit in Thüringen kann allein mit der Förderung von drei InnoRegio-Projekten sicher nicht flächendeckend gestaltet werden. Das war aber auch nicht die Zielsetzung des InnoRegio-Wettbewerbs. Gleichwohl kann InnoRegio in den betreffenden Regionen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung in den einzelnen Gebieten leisten.

Zu 2: Zwischen dem TMWFK und TMWAI werden derzeit Möglichkeiten geprüft, einige besonders aussichtsreiche Vorhaben in geeigneter Weise landesseitig zu fördern. Dazu sollen die bestehenden Förderinstrumentarien entsprechend der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln genutzt werden. Ungeachtet dessen sollten seitens des Bundes initiierte Maßnahmen grundsätzlich auch durch den Bund finanziert werden. Eine Förderung aller vom Bund nicht prämierten InnoRegio-Initiativen durch das Land ist weder möglich noch beabsichtigt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank. Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Frau Ministerin, es ist uns klar, dass nicht alle gefördert werden können, aber gibt es für die angedachten Fördermöglichkeiten einen Zeitplan des Ministeriums, in welchem Zeitrahmen man handlungsfähig werden will?

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Die Regionen, die sich an dem Wettbewerb beteiligt haben, sind darüber informiert über die verschiedenen Stellen, die wir ja zusätzlich eingerichtet haben an den Fachhochschulen, dass sie entsprechende modifizierte Förderanträge an mein Ministerium bzw. an das für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur richten können.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Nachfragen? Keine Nachfragen, aber es gibt wieder einen Antrag. Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, die Fraktion der PDS beantragt die Überweisung dieser Anfrage an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Das stimmen wir dann auch ab. Wer für die Überweisung der Frage an den Ausschuss für Wissenschaft, For-

schung und Kunst stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Ja, das ist die erforderliche Mehrheit. Damit ist die Frage überwiesen und wir kommen zur Frage in Drucksache 3/248, Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Fahrpreisentwicklung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Der öffentliche Personennahverkehr soll unter Beachtung von Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr (mIV) darstellen und damit einen weiteren Anstieg des mIV in und zwischen den Verdichtungsräumen entgegenwirken. Der SPNV ist Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch waren die km-Preise im SPNV in den Jahren 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999?
2. Wie teuer waren die Fahrkarten für eine einfache Fahrt, die Monats- und die Jahreskarte auf den Strecken Gera-Erfurt, Erfurt-Halle, Erfurt-Suhl in den Jahren 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999?
3. In welcher Höhe waren bei den jeweiligen Tarifveränderungen der einzelnen Jahre seit 1993 Tarifierhebungen und Tarifierpassungen Ost-West beteiligt?
4. In welcher Höhe werden die Nahverkehrsverbindungen der Deutschen Bahn AG und die streckenersetzenden Busverbindungen durch den Freistaat bezogen auf km-Preise subventioniert?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster, Sie haben das Wort.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es folgen nun fünf Anfragen zum ÖPNV, bei denen jeweils sehr viele Zahlen zu berichten sind. Ich möchte Ihnen vorschlagen, und zwar in Abstimmung mit den Fragestellern, dass wir Ihnen den Antworttext über die Frau Präsidentin schnellstens zugänglich machen

(Beifall bei der SPD)

und damit die Chance geben, die Zahlen nachlesen zu können, die ich sonst in einer längeren Vorlesung hier vortragen müsste.

(Beifall bei der CDU)

Die Antragsteller haben diesem Vorschlag zugestimmt. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Vorgehen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wenn der Antragsteller damit einverstanden ist, dann ist das ganz unproblematisch so zu machen und wir haben außerdem dann Gelegenheit, dass wir doch noch ein paar andere Fragen beantworten lassen können im heutigen Plenum. Herr Abgeordneter Buse.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Nicht, dass die Überweisung verloren geht.)

Abgeordneter Buse, PDS:

Eigentlich wollte ich ja gerade darauf verweisen, dass wir die Möglichkeit bewahren, wir haben mit Herrn Minister Schuster darüber gesprochen, nachdem wir das Material haben, im Ausschuss gegebenenfalls Nachfragen stellen zu können. Deshalb bitte ich, die entsprechenden Mündlichen Anfragen - ich weiß nicht, ob wir das jetzt im Block machen sollten oder einzeln -, an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturförderung zu überweisen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ja, wir werden die Fragen dann einzeln überweisen. Es ist aber immer der gleiche Ausschuss. Dann stimmen wir über die Drucksache 3/248 zunächst ab. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen wird, den bitte ich um das Handzeichen. Ja, das ist ausreichend. Die Überweisung ist abgestimmt. Wir kommen zur nächsten Frage, und zwar die Frage in Drucksache 3/250. Ich will darauf hinweisen, Frau Abgeordnete Heß wird die Frage stellen für Frau Abgeordnete Pelke.

Abgeordnete Heß, SPD:

Öffnungszeiten für Video- und Mediatheken in Thüringen

Im April 1998 hat der Deutsche Bundestag im Rahmen der Diskussion zur Novelle des Filmförderungsgesetzes folgenden Beschluss gefasst: "Der Deutsche Bundestag regt an, eine Öffnung von Videotheken auch an Sonn- und Feiertagen zu ermöglichen, weil insoweit eine Schlechterstellung dieses Bereichs im Gegensatz zu allen anderen Arten von Unterhaltung vorliegt. Auf eine entsprechende Änderung der Sonn- und Feiertagsgesetze der Länder ist hinzuwirken." Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 32 der Abgeordneten Dr. Klaubert vom 7. Januar 2000 (Drucksache 3/214) gibt keine Antwort darauf, wie die Landesregierung zu handeln gedenkt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Handlungsbedarf zur Umsetzung der Empfehlung des Deutschen Bundestags sieht die Landesregierung?

2. Welchen Zeitrahmen sieht die Landesregierung für gesetzliche Veränderungen vor?

3. Wie begründet die Landesregierung ihre Haltung zu den Fragen 1 und 2?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Köckert.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, Frau Abgeordnete Heß, die Landesregierung hat die Empfehlung des Deutschen Bundestages zur Kenntnis genommen, sie weist aber darauf hin, dass die Ausgestaltung des Sonn- und Feiertagsgesetzes Aufgabe der Länder und nicht des Bundes ist.

Zu Frage 2: Eine Gesetzesänderung, die ausschließlich die Sonn- und Feiertagsöffnung für Video- und Mediatheken zur Diskussion stellt, wäre für eine Gesetzesvorlage nicht angemessen.

Zu Frage 3: Die von den Verwaltungsgerichten im vergangenen Jahr beendete Auseinandersetzung zu den Ladenöffnungszeiten in Berlin, in Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie jüngst in Mecklenburg-Vorpommern bestätigen das von der Verfassung geforderte Regelausnahmeverhältnis im Feiertagsrecht. Grundgesetz, Landesverfassung und die auch den Freistaat bindenden Staatsverträge über die Kirchen in Thüringen verlangen entsprechend Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung, die in diesem Zusammenhang heranzuziehen ist, dass, wie es darin so schön heißt, "die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung geschützt bleiben". Danke.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ja, es gibt eine Nachfrage, Frau Abgeordnete Heß.

Abgeordnete Heß, SPD:

Die SPD-Fraktion beantragt die Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ja, dann werden wir das abstimmen.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Falscher Ausschuss. Medien und Bildung.)

Wer für die Überweisung dieser Frage an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das müssen wir jetzt einmal zählen.

(Unruhe bei der CDU)

Nein, Moment, wir werden noch einmal den Mittelblock kurz durchzählen, damit da kein Fehler passiert. Es ist sowieso eine etwas diffizile Angelegenheit mit dem Ausschuss. Jetzt heben Sie bitte noch einmal die Hände, wenn Sie für die Ausschussüberweisung stimmen wollen, damit wir die konkreten Zahlen noch einmal bekommen. Also, das Quorum ist erreicht, der Ausschussüberweisung ist zugestimmt, Herr Minister Köckert, aber es betrifft Sie ja gar nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Wir schließen die Frage ab und kommen zur Frage in Drucksache 3/251, eine Frage der Abgeordneten Frau Becker. Die Frau Abgeordnete Doht wird die Frage in Vertretung stellen.

Abgeordnete Doht, SPD:

Abbestellung von Nahverkehrsleistungen

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es Prüfungen oder Überlegungen seitens des Freistaats, die Nahverkehrsleistungen auf der Kursbuchstrecke 594 Großheringen-Sömmerda-Straußfurt und der Kursbuchstrecke 593 Sondershausen-Bretleben im Jahr 2000 oder folgend abzubestellen?

2. Wenn nein, gibt es Überlegungen zu einer Sanierung dieser Strecken und wenn ja, in welchem Zeitraum und mit welcher finanziellen Unterstützung durch den Freistaat?

3. Zu welchen weiteren Strecken in Thüringen laufen derzeit Prüfungen und Überlegungen zur möglichen Abbestellung von Nahverkehrsleistungen durch den Freistaat im Jahr 2000?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, ich möchte die Fragestellerin bitten, einverstanden zu sein, dass wir auch diese Frage in das Paket aufnehmen und schriftlich beantworten zusammen mit den anderen, so war es jedenfalls mit Ihrer Fraktion auch abgestimmt.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das hat sie nicht mitgekriegt.)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wenn auch Einverständnis darüber besteht, dann müsste ich eigentlich einen Antrag haben für die Ausschussüberweisung, denn sonst kann ich ihn nicht abstimmen. Nein, die Ausschussüberweisung wird einzeln abgestimmt, deswegen benötige ich, wenn ich hier etwas abstimmen soll, einen Antrag auf Ausschussüberweisung. Frau Abgeordnete Heß, wollen Sie diesen Antrag stellen?

Abgeordnete Heß, SPD:

Die SPD-Fraktion beantragt Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut, dann stimmen wir das ab. Wer für die Ausschussüberweisung votieren will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sollte reichen. Die Ausschussüberweisung ist damit beschlossen.

Wir stimmen noch nicht ab über die Ausschussüberweisung der nächsten Fragen, ich bitte den Abgeordneten Buse, die einzelnen Anträge zu stellen.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, wie mit dem Herrn Minister abgestimmt, nach Zusendung der schriftlichen Unterrichtung würden wir ebenfalls beantragen, um die Möglichkeit für Nachfragen zu haben, die Drucksachen 3/256/257/258 an den Ausschuss zu überweisen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

In welchen?

Abgeordneter Buse, PDS:

Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ja, man muss wirklich nachfragen, weil man nie wissen kann, welcher Ausschuss damit gemeint sein könnte, was ich gar nicht vermutet habe. Ich gehe natürlich davon aus, dass allen klar ist, dass die Zusage von Herrn Minister Schuster auch für diese drei Fragen gilt, schriftlich zu antworten. Nur noch einmal, um das im Protokoll festzuhalten: Insgesamt sind es dann fünf Mündliche Anfragen, die Sie beantworten werden. Vielen Dank, Herr Minister Schuster.

Wir stimmen jetzt über Ihre Anträge ab, zunächst über den Antrag, die Anfrage in Drucksache 3/256 an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zu überweisen. Wer dafür votiert, den bitte ich um das Handzeichen. Ja, das ist eine Zustimmung.

Dann stimmen wir ab über die Überweisung der Frage in Drucksache 3/257 an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik. Wer dazu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Halten Sie noch ein bisschen durch, bis diese drei Fragen beendet sind. Die Überweisung ist so abgestimmt.

Ich frage Sie, wollen Sie der Überweisung der Frage in Drucksache 3/258 an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zustimmen, dann bitte ich Sie um das Handzeichen. Das ist auch das nötige Quorum. Damit ist auch diese Frage überwiesen. Die Frage in Drucksache 3/258 ist abgearbeitet für heute.

Ich rufe die Frage in Drucksache 3/261 auf. Herr Abgeordneter Nothnagel, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Thüringer Sonderprogramm für Schwerbehinderte

Nach Aussagen des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit in der 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit hat die Landesregierung dargelegt, dass ab 1. Januar 2000 ein Sonderprogramm für Schwerbehinderte in Höhe von drei Millionen Deutsche Mark, finanziert aus der Ausgleichsabgabe, aufgelegt wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bis jetzt unternommen, um das oben erwähnte Sonderprogramm ab 1. Januar 2000 wirksam umzusetzen?

2. Wie wird das Sonderprogramm bei Arbeitgebern bekannt gemacht?

3. Wie wird die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit und den Arbeitsämtern in Bezug auf die Realisierung des Sonderprogramms gestaltet?

4. Hat die Landesregierung Kenntnisse, ob zurzeit schon Menschen mit Behinderungen in dieses Sonderprogramm eingegliedert wurden?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Staatssekretär Maaßen, Sie haben das Wort.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Nothnagel für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: In der 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit am 06.01.2000 hat die Landesre-

gierung informiert, dass die Veröffentlichung des Sonderprogramms im Thüringer Staatsanzeiger unmittelbar nach der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen erfolgen kann. Das vom Landesarbeitsamt unterzeichnete Exemplar ist am 20.01.2000 zugegangen. Die Veröffentlichung ist danach veranlasst worden.

Zu Frage 2: Wie wird das Sonderprogramm bei den Arbeitgebern bekannt gemacht? Neben der Veröffentlichung im Thüringer Staatsanzeiger erfolgt erneut eine Publikation in der Presse. Darüber hinaus nutzen die Arbeitsämter und die Hauptfürsorgestelle ihre Kontakte zu den Arbeitgebern, um auf das Sonderprogramm aufmerksam zu machen.

Zu Frage 3: Zur Durchführung des Sonderprogramms hat das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen als fachlich zuständiger Behörde für die Förderung der Einstellung von Schwerbehinderten auf dem Arbeitsmarkt abgeschlossen. Die Realisierung des Sonderprogramms und die Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern obliegen damit dem Landesarbeitsamt.

Zu Frage 4: Mit der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung ist das Sonderprogramm rückwirkend ab 1. Januar 2000 in Geltung. Die Landesregierung hat keine Kenntnis darüber, ob bei den Arbeitsämtern aufgrund der Ankündigung in der Presse über das zu erwartende Sonderprogramm bereits Anträge auf Förderung eingegangen sind.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke. Gibt es Nachfragen? Ja, eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Nothnagel.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Bei dem Sonderprogramm mit der Höhe von 3 Mio. DM war ja auch eine wissenschaftliche Begleitung von 250.000 DM beinhaltet. Wer hat diese wissenschaftliche Begleitung bekommen?

Maaßen, Staatssekretär:

Ich gehe davon aus, dass die Frage noch nicht hundertprozentig entschieden ist, aber das Notwendige veranlasst ist. Ich werde Ihnen eine genaue und konkrete Antwort schriftlich zukommen lassen, Herr Abgeordneter.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke. Gibt es weitere Nachfragen? Nein, ich nehme an, Herr Abgeordneter Buse, Sie stellen einen Antrag.

Abgeordneter Buse, PDS:

Ja. Die Fraktion der PDS stellt den Antrag, die Mündliche Anfrage in Drucksache 3/261 an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zu überweisen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Das werden wir dann auch abstimmen. Wer für die Ausschussüberweisung stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Ja, das reicht aus für die Ausschussüberweisung. Die Frage in Drucksache 3/261 ist damit abgeschlossen. Wir kommen zur Frage in Drucksache 3/262, Herr Abgeordneter Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Reduzierung der Festzuschüsse für Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)

Vereine und Verbände sowie Träger von SAM im Freistaat Thüringen werden zum 1. Januar 2000 damit konfrontiert, dass die Festzuschüsse für SAM ab dem 1. Januar 2000 auf 1.937 Deutsche Mark gesenkt wurden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Unter welchen Bedingungen werden wie lange die SAM zu den Konditionen aus 1999 fortgeführt?

2. Ist von Seiten der Landesregierung geplant, die Landesförderrichtlinien zu erweitern, so dass unter festgelegten bzw. noch festzulegenden Bedingungen die Minderung der Zuwendungen von nahezu 200 Deutsche Mark für die Träger teilweise oder ganz ausgeglichen wird?

3. Aus welchen Gründen werden die im Zeitraum vom 1. August 1999 bis 31. Dezember 1999 gezahlten höheren Festbeträge jetzt gekürzt?

4. Wie viele Maßnahmen mit wie vielen Personen sind von der Kürzung betroffen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster, Sie haben das Wort.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Gerstenberger wie folgt:

Zunächst möchte ich allerdings darauf hinweisen, dass die angesprochene Kürzung der Lohnkostenzuschüsse von 2.180 DM auf 1.937 DM eine Kürzung der Zuschüsse des Bundes ist.

Zu Frage 1: Überjährlig bewilligte Maßnahmen der Arbeitsämter werden nach Aussage der Arbeitsverwaltung zu den alten Konditionen weitergeführt. Die entsprechenden Verlängerungen des Landes werden zu den Konditionen aus 1999 entsprechend der gültigen Richtlinie zunächst bis 30.06.2000 bewilligt.

Zu Frage 2: Die Erweiterung der Landesförderrichtlinie im Rahmen einer Richtlinienänderung wird sich nur auf den erweiterten Katalog entsprechend SGB III beziehen. Einen Ausgleich des Landes für die reduzierten Zuschüsse des Bundes kann der Freistaat Thüringen angesichts der Haushaltslage nicht realisieren. Die Träger sind darüber bereits entsprechend informiert.

Zu Frage 3: Die vorgetragene Annahme höherer Festbeträge zwischen dem 01.08.1999 und 31.12.1999 ist nicht richtig.

Zu Frage 4: Eine konkrete Aussage über von Kürzungen betroffene Maßnahmen und Arbeitnehmer ist nicht möglich, da ständig neue Anträge eingehen und sich diese Zahl täglich ändert.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke schön. Es gibt eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Herr Minister, zwei Nachfragen. Zunächst zu Frage 3: Sind Ihnen die Gründe bekannt - sicher, es ist klar, dass es sich um Bundeszuschüsse handelt -, aus denen heraus die Zuschüsse des Bundes von 2.180 auf 1.937 DM gesenkt wurden? Das war der Hintergrund der Frage 3, darauf bitte ich noch einmal zu antworten. Und zu Frage 4: Ließe sich die Frage zu einem Stichtag, z.B. dem 31.12.1999, beantworten?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Zur ersten Frage kann ich nur mutmaßen. Es steht zu vermuten, dass die Bundesregierung hier aus fiskalischen Gründen reduziert hat. Zu Ihrer Frage zu Frage 4: Ich kann Ihnen auch keine Daten zu einem Stichtag nennen, aber den Versuch unternehmen, einmal zu einem Stichtag solche Daten zu ermitteln.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Eine Nachfrage haben Sie nicht mehr, Herr Abgeordneter Gerstenberger?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Nein. Aufgrund der Aussage jetzt würde ich darum bitten, dass diese Frage im Namen meiner Fraktion an den Aus-

schuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik überwiesen wird. Da könnten wir dann den restlichen Abgleich machen, sonst muss ich jetzt eine zusätzliche Frage stellen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut, das ist also ein Antrag zur Ausschussüberweisung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Ja, damit ist die Ausschussüberweisung beschlossen. Wir kommen zur Frage der Abgeordneten Frau Wolf in Drucksache 3/263.

Abgeordnete Wolf, PDS:

Frauenspezifische Daten des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt/Thüringen

In den statistischen Materialien des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt/Thüringen (Dezember 1999) wurden einzelne Personengruppen besonders hervorgehoben. Dabei war nicht in allen Fällen eine geschlechtsspezifische Auswertung der Zahlen vorgenommen worden. Dies erachte ich jedoch gerade im Bereich des Arbeitsmarkts als unbedingt notwendig.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Frauen waren im Dezember 1999 in Struktur Anpassungsmaßnahmen in Wirtschaftsunternehmen beschäftigt (dazu bitte Vergleichszahlen zum Januar 1999)?
2. Wie hoch ist der Frauenanteil an den erwerbslosen Jugendlichen unter 20 Jahren (Entwicklung seit Januar 1999)?
3. Wie ist die Arbeitslosenquote unter jüngeren Frauen von 20 bis 25 Jahren (Entwicklung seit Januar 1999)?
4. Wie hoch ist der Frauenanteil bei vermittelten Erwerbslosen?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster antwortet für die Landesregierung.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Frau Wolf wie folgt:

Zu Frage 1: In Struktur Anpassungsmaßnahmen waren Ende Dezember 1999 insgesamt 35.952 Beschäftigte, darunter 18.079 Frauen, was einem Anteil von 50,3 Prozent entspricht. In Struktur Anpassungsmaßnahmen in Wirtschaftsunternehmen waren zum gleichen Zeitpunkt 22.495 Personen, darunter 10.648 Frauen, was einem Anteil von 47,3 Prozent entspricht. Ende Januar 1999 waren in Struktur Anpassungsmaßnahmen insgesamt 42.201 Personen tätig, da-

runter 21.124 Frauen, was einem Anteil von 50,1 Prozent entspricht. In Struktur Anpassungsmaßnahmen in Wirtschaftsunternehmen waren zum gleichen Zeitpunkt 29.875 Personen, darunter 14.212 Frauen beschäftigt, was einem Anteil von 47,6 Prozent entspricht.

Zu Frage 2: Der Frauenanteil an den arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren betrug Ende Dezember 1999 39,7 Prozent.

Zu Frage 3: Laut Information des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt/Thüringen existieren Arbeitslosenquoten nur für Jugendliche unter 20 Jahren bzw. jüngere von 20 bis unter 25 Jahren insgesamt. Für die entsprechenden weiblichen Arbeitslosen dieser Arbeitsgruppe liegen keine Arbeitslosenquoten vor.

Zu Frage 4: Im Dezember 1999 wurden durch die Thüringer Arbeitsämter insgesamt 11.485 Personen in ein neues Beschäftigungsverhältnis vermittelt, darunter 5.512 Frauen. Von den 11.485 Personen waren 9.227 Personen vorher arbeitslos, darunter 4.537 Frauen. Der Anteil der Frauen an den Arbeitsvermittlungen insgesamt im Dezember 1999 betrug 48 Prozent. Der Frauenanteil an den Vermittlungen von Arbeitslosen betrug im gleichen Zeitraum 49,2 Prozent.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine Nachfrage, Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete Wolf, PDS:

Ist es möglich, die bisher noch nicht erhobenen Daten in Zukunft zu erheben, also gerade bei den jüngeren Erwerbslosen?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Diese Frage richtet sich an die Arbeitsverwaltung des Bundes. Ich bitte Sie, diese Frage dorthin weiterzuleiten.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Nachfragen? Einen Antrag, Herr Abgeordneter Buse, bitte.

Abgeordneter Buse, PDS:

Die Fraktion der PDS beantragt, diese Anfrage an den Gleichstellungsausschuss zu überweisen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Darüber stimmen wir ab. Wer für die Überweisung an den Gleichstellungsausschuss stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist das ausreichende Quorum, die Frage ist damit überwiesen. Haben wir noch Zeit? Eine

Anfrage können wir noch aufrufen. Ich rufe die Frage der Frau Abgeordneten Wolf in Drucksache 3/264 auf.

Abgeordnete Wolf, PDS:

Gewalt gegen Frauen

In der Vergangenheit wurden immer wieder Fälle von Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich bekannt. Dieses Problem muss umfassend bekämpft werden. Dazu ist jedoch genaues Hintergrundwissen notwendig.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Einsätze der Polizei gab es 1999 in Thüringen aufgrund von häuslicher Gewalt gegen Frauen?
2. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Kosten, welche durch Gewalt gegen Frauen entstanden sind (Arztkosten, Arbeitsausfallkosten, Kosten der Polizei- und Justizarbeit, Kosten für soziale und psychosoziale Folgen, usw.)?
3. Wie viele Kosten werden für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit in den betreffenden Gebieten aufgewandt?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Staatssekretärin Dr. Bauer antwortet für die Landesregierung.

Dr. Bauer, Staatssekretärin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Wolf, namens der Thüringer Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zu diesen Einsätzen der Polizei werden keine spezifischen Statistiken geführt.

Zu Frage 2: Der Landesregierung stehen bisher keinerlei exakte Angaben über die Folgekosten der Gewalt gegen Frauen zur Verfügung.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Einen kleinen Moment, Frau Staatssekretärin. Könnten Sie ein bisschen Ihre Diskussionen hier auf den Bänken eindämmen? Es ist signifikant, immer wenn die Frauenbeauftragte spricht, ist es etwas unruhig hier im Raum.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das ist eine durch nichts zu belegende Behauptung.)

Bitte, Frau Staatssekretärin, setzen Sie fort.

Dr. Bauer, Staatssekretärin:

Ich habe Nachsicht. Da viele Gewalthandlungen gegen Frauen im häuslichen Bereich erfolgen und staatlichen Stellen gar nicht bekannt werden, kann auch keine zuverlässige Schätzung der Kosten erfolgen.

Zu Frage 3: Der Problemkreis "Gewalt gegen Frauen" ist Bestandteil umfangreicher präventiver Anstrengungen der Landesregierung. Von mir wurden allein im Jahr 1999 zwei Veranstaltungen zu der Thematik "Gewalt gegen Frauen" mit einem Kostenvolumen von 7.000 DM durchgeführt. Weiterhin wurden von mir nach der Richtlinie zur Förderung von frauenpolitischen Maßnahmen für die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft im Jahr 1999 fünf Veranstaltungen zu dieser Thematik mit einem Fördervolumen von rund 20.000 DM bezuschusst. Des Weiteren ist der Problemkreis "Gewalt gegen Frauen" Bestandteil eines Seminars "Opferschutz" beim Fortbildungsinstitut der Thüringer Polizei. In dieses Seminar fließt eine Lehrgangskonzeption des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein. Darüber hinaus werden die Thüringer Polizeibeamtinnen und Beamten im Rahmen der integrierten Fortbildung auf diesem speziellen Gebiet fortgebildet. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass das Thema "Gewalt im sozialen Nahraum" ein ständiges Arbeitsthema im Programm von Frauenzentren und Frauenhäusern ist und auch der Gleichstellungsbeauftragten.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Frau Staatssekretärin. Gibt es Nachfragen? Es gibt wieder einen Antrag. Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, die PDS-Fraktion beantragt ebenfalls die Überweisung dieser Anfrage an den Gleichstellungsausschuss.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann stimmen wir auch das ab. Wer für die Ausschussüberweisung votieren will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist ausreichend, die Ausschussüberweisung ist beschlossen. Die Frage ist abgeschlossen. Herr Abgeordneter Buse, ein Geschäftsordnungsantrag?

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, es liegen noch vier Anfragen vor, wir haben damit nach meiner Zählung 32 Anfragen in der 7. und 9. Sitzung des Plenums abgearbeitet. Ich würde den Antrag stellen, dass das Plenum beschließt, die letzten vier Mündliche Anfragen noch zu behandeln.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann würde ich gern die anderen Fraktionen fragen, ob sie da zustimmen wollten.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das ist schon seelische Grausamkeit.)

Wir haben heute noch, Sie wissen das ja, ein Riesenspensum zu absolvieren und ich weiß nicht, ob es nicht doch möglich ist, dass diese vier Anfragen noch ein Stückchen warten. Außerdem gibt es die Gelegenheit, auch diese Fragen umzuwandeln in Kleine Anfragen. Ich sehe hier keine Zustimmung bei den übrigen Fraktionen, Ihrem Antrag Folge zu leisten. Ich denke, heute ist das wirklich mal sehr verständlich, dass das vielleicht nicht so gemacht wird. Es gibt vielleicht andere Gelegenheiten, wo wir dann mehr Zeit haben, um diese Fragen abzuarbeiten. Also ich möchte davon absehen, aber wenn Sie darauf bestehen, dann lasse ich Ihren Antrag abstimmen.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Ja, ich bitte abstimmen zu lassen.)

Gut, dann wollen wir den Antrag abstimmen. Wer dafür ist, alle noch auf der Tagesordnung stehenden Fragen - es sind jetzt noch vier - heute noch abzuarbeiten, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Das ist doch die große Mehrheit, damit ist dieser Antrag abgelehnt. Wir schließen den Tagesordnungspunkt 17.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 18**Aktuelle Stunde**

a) auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema:
"Auswirkungen des Verkehrsinvestitionsprogramms der Bundesregierung bis 2002 auf die Verkehrsprojekte in Thüringen"
 Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
 - Drucksache 3/66 -

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Kallenbach.

Abgeordneter Kallenbach, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist klar, dass die Bundesmittel zur Wirtschaftsförderung in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen werden. Vor diesem Hintergrund bekommt der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern noch mehr an Gewicht. Wir müssen es erreichen, meine Damen und Herren, dass in den nächsten sieben bis acht Jahren die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit in Thüringen abgeschlossen werden,

(Beifall bei der CDU)

und das betrifft Straße und Schiene. Nur so können wir es erreichen, dass sich die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West auch wirklich in absehbarer Zeit angleichen werden. Gleichzeitig stellt das die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern dar. Allerdings hat es seit Beginn der rotgrünen Koalition, genauer gesagt seit der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung, auf diesem Gebiet Verzögerungen, Irritationen, Verwirrungen und Verschiebungen von Projekten gegeben. Jedenfalls ist das Gift für einen Wirtschaftsstandort, wenn man alle paar Wochen eine neue Meldung für diese sensiblen Bereiche hört. Für die CDU ist klar, wir werden uns auch künftig mit aller Kraft für die Verwirklichung der Projekte einsetzen, und das bei Straße und Schiene.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme auf die zwei wichtigsten Schienenprojekte zu sprechen. Das ist natürlich zuallererst das Verkehrsprojekt Nummer 8, die ICE-Strecke von Nürnberg über Erfurt, Halle, Leipzig nach Berlin. Wie Sie wissen, ist diese nun seit April letzten Jahres in Frage gestellt, jedenfalls deutlich verschoben. Vielleicht haben wir inzwischen zwei kleine Teilerfolge erreicht, inzwischen ist sie nicht mehr auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, sondern es wird jetzt darüber diskutiert, wann sie realisiert werden könnte. Tatsache ist allerdings, dass statt der 2,35 Mrd. DM, die mal von der alten Bundesregierung in den Plan eingestellt wurden für die Jahre 1998 bis 2002, nun noch für den Zeitraum bis 2002 0,36 Mrd. DM im Haushalt drinstehen. Von diesen 365 Mio. DM wurden 331 Mio. DM festgeschrieben für einen so genannten qualifizierten Zwischenschritt. Das ist die Anbindung der ICE-Strecke an die Saale-Bahn. Alle Prüfungen von Fachleuten haben allerdings ergeben, dass das weder ein vernünftiger Schritt noch ganz und gar ein qualifizierter Schritt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Für uns kann die Devise nur lauten, diese 331 Mio. DM kann man für diese Strecke wirklich einsparen und sie dafür verwenden, dass die Strecke weiter nach Ilmenau und dann weiter nach Süden fortgesetzt wird, um dem endgültigen Ziel näher zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss sich das vorstellen, nach diesem so genannten qualifizierten Zwischenschritt würde Arnstadt gar nicht mehr an diese Strecke angebunden sein. Auch nach Saalfeld muss man den Thüringer Wald überqueren und wenn man das ordentlich machen will für eine Hochgeschwindigkeitsstrecke, dann käme es genauso teuer, als wenn man die Strecke, für die nun mal das Baurecht besteht, gleich ausbauen würde. Hinzu käme noch, wenn man die Strecke über Saalfeld führe, ein Umweg von über 20 km mit den entsprechenden Zeitverlusten.

Zu dem anderen wichtigen Vorhaben, der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung: Das war nun wirklich der große Wahlschlager der SPD im Landtagswahlkampf. Es wurde angekündigt, hier wird dann richtig geklotzt, hier werden die Mittel fließen. Wenn wir nun in den Plan schauen, der uns von der Bundesregierung seit ein paar Wochen vorliegt, dann sehen wir, auch dort stehen dieselben 665 Mio. DM im Plan, die auch schon von der alten Bundesregierung in den Haushaltsplan eingestellt wurden. Aber, meine Damen und Herren, es ist nach allen Informationen, die vorliegen, bis heute nicht mit den Bauarbeiten begonnen worden.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Pfui!)

Das ist der eigentliche Skandal. Bis heute ist trotz aller Ankündigungen nicht begonnen worden.

(Beifall bei der CDU)

Es kann jetzt dazu kommen, dass das Land die Mittel, die das Land dazugestellt hat und inzwischen verbaut worden sind, zurückfordern muss, weil bisher der Bund seine Versprechungen immer noch nicht eingelöst hat. Das wäre aber der falsche Weg. Wir müssen es erreichen, dass der Bund nun endlich die Finanzierungsvereinbarung unterschreibt und dass angefangen wird zu bauen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kallenbach, CDU:

Ich komme zum Schlusssatz. Für uns ist klar, gerade auch in Anbetracht der Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa, dass sowohl Straße als auch Schiene deutlich in den nächsten Jahren ausgebaut werden müssen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Kallenbach. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Lippmann.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrter Kollege Kallenbach, Sie können von mir aus erzählen, was Sie wollen, aber wenn Sie uns die Strecke und die Ertüchtigung über Saalfeld wegnehmen wollen, dann werde ich böse.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber gut, eigentlich hätten Sie ja den Spitznamen Kassandra verdient, denn das sind Kassandrarufer, die Sie hier

loslassen. Herr Kallenbach, das Investitionsprogramm 1999 bis 2002 ist kein Ersatz für den beschlossenen Bundesverkehrswegeplan, der 1992 beschlossen wurde und eigentlich bis zum Jahr 2010 aus- und angelegt ist. Das ist eine Präzisierung für die Jahre 1999 bis 2002 und Grundlage für die Überarbeitung, die bis zum Jahr 2002 abgeschlossen sein soll. Diese Überarbeitung macht sich selbstverständlich erforderlich aus verkehrstechnischer, ordnungspolitischer, betriebswirtschaftlicher, aber eben auch aus finanzieller Hinsicht. Es wäre zweckmäßig, auf die einzelnen Punkte natürlich einmal ein bisschen vertieft einzugehen, aber bei der gebotenen Art einer Aktuellen halben Stunde lässt sich das selbstverständlich nicht machen. Aber einige prinzipielle Erwägungen dazu seien erlaubt. Ich will das auf sachlicher Basis machen, zumindest will ich mich bemühen, Herr Kallenbach.

Erster Punkt: Es ist unstrittig, dass die bislang vernachlässigte Bestandssicherung in der Verkehrsinfrastruktur mit einem Anlagevermögen von 560 Mrd. DM, bisher wenig ausgeprägt, deutlich stärker ausgeprägt werden muss. Darunter haben ja gerade wir zu leiden gehabt, hier in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern.

Zweiter Punkt: Es ist unstrittig, dass die fatale Disproportionalität zwischen der Entwicklung im Personen- und Güterverkehr, auf der Straße und auf der Schiene, berücksichtigt werden muss. Das wird gelegentlich vergessen.

Dritter Punkt: Es ist unstrittig, dass bei Güter- und Personenverkehr noch nicht ausgeschöpfte Potenziale bei der Vernetzung liegen. Das wird der Wirtschaftsminister sicherlich auch so sehen. Das trifft in Sonderheit auf den ÖPNV zu.

Vierter Punkt: Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, dass alle Maßnahmen des Investitionsprogramms, Herr Kallenbach, in Absprache mit den Bundesländern getroffen worden sind. Das heißt, Thüringen hat seine Prioritäten im Einvernehmen mit dem Bund abgestimmt. Das ist so gewesen.

Fünfter und wesentlichster Punkt: Es ist unstrittig, dass an der absoluten Priorität für den Aufbau Ost festgehalten wird. Niemals war der prozentuale Anteil über einen bestimmten Zeitraum der eingesetzten Mittel für die neuen Bundesländer größer als in diesem Zeitraum. Und es ist hier unvermeidlich, eine Reihe von Zahlen zu nennen, das gehört ganz einfach dazu.

Das Gesamtvolumen des Investitionsprogramms liegt bei 67,4 Mrd. DM für den Zeitraum 1999 bis 2002. Für die neuen Bundesländer stehen 32,1 Mrd. DM, das sind 48 Prozent des gesamten Mittelansatzes, zur Verfügung. Bei den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit fließen 59 Prozent der 17,4 Mrd. DM in die neuen Bundesländer. 68 Prozent der Mittel für den Neubau von Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen gehen in den Osten; im Bereich der Schienenwege sind es 45 Prozent. Ich sage das ausdrücklich

für die Damen und Herren der CDU, die je nach politischer Großwetterlage - früher in Bonn, heute in Berlin - einmal "hosianna" und einmal "kreuzigt ihn" rufen. Das geht so nicht. Und - verehrter Herr Wunderlich, Sie sind jetzt gerade da -

(Zuruf Abg. Wunderlich, CDU: Ja.)

Herr Wunderlich hat, bei allem Respekt vor seinen land- und forstwirtschaftlichen Kompetenzen, kürzlich einen Leserbrief bei uns in der regionalen Presse veröffentlichten lassen, worin geschrieben stand, dass er zu dem Schluss kam, dass der Verkehrsbau praktisch zum Erliegen käme. Der Verkehrsbau kommt praktisch zum Erliegen - Herr Wunderlich, nun geben Sie es aber doch auch einmal vor den 66 Mann, die wir noch sind, zu: Das war doch ein bisschen übertrieben, oder?

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Sie kennen doch selber Gorndorf, Herr Lippmann.)

Praktisch zum Erliegen kommt der Verkehrsbau.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Ja, das ist doch praktisch zum Erliegen.)

Herr Wunderlich, auf den Freistaat Thüringen entfallen gemäß Investitionsprogramm 1999 bis 2002 6,3 Mrd. DM, also genauso viel Geld wie für Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammen. Kein einziges Bundesland, weder Alt- noch Neubundesland, erhält von 1999 bis 2002 und auch danach im Bereich der hochprioritären Maßnahmen beim Straßenbau so viel Geld aus dem Investitionsprogramm wie der Freistaat Thüringen, nämlich knapp 3,9 Mrd. DM.

(Beifall bei der SPD)

Wer bisher auf der Mitte-Deutschland-Bahn 71 Mio. DM verkleckert hat, der muss sich jetzt nicht beschweren, dass 665 Mio. DM zur Verfügung stehen dafür. Das verstehe ich ja überhaupt nicht. Und wer bisher die A 71 in Erfurt enden lassen wollte, der darf sich nicht aufregen, wenn heute die Verbindung nach Norden zur A 38 für 211 Mio. DM gebaut wird. Das ist doch ein Widerspruch in sich.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Aber das alles wird vom Finanzminister des Freistaats als Berliner Giftmischung für Thüringen bezeichnet, einem Mann, von dem ich etwa glaubte, dass er seine fünf Sinne bisher noch beisammen hat.

Natürlich sind die Finanzmittel eingeschränkt. Auch der Thüringer Haushalt hat sich an diese Sparbemühungen

gehalten oder hat sich zumindest bemüht. Und vor allen Dingen bei Eichel und bei Klimmt, meine Damen und Herren, da werden keine Geldkoffer mit Barem aus Liechtenstein abgegeben und deshalb müssen wir sehen, wie wir da zurechtkommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lippmann. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Herr Heym.

Abgeordneter Heym, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Auswirkungen des Verkehrswegeinvestitionsprogramms der neuen Bundesregierung und insbesondere, was das für Thüringer Straßenbauprojekte zu bedeuten hat, dazu noch einmal ein paar Sätze. Ich habe immer das Glück, Herr Lippmann, nach Ihnen zu sprechen und da ist immer schon etwas Dynamik im Saal, aber ich will es gern machen.

(Beifall bei der CDU)

Der Bundesverkehrswegeplan, das ist richtig, ist mit seinen bewährten Projekten die Grundlage für den vom Bundestag durch Gesetz verabschiedeten Bedarfsplan. Er spiegelt also ganz klar die verkehrspolitischen Ziele der Bundesregierung wider. Und es ist sicherlich unstrittig, was Sie gesagt haben, dass eine fortlaufende Überarbeitung des Bedarfsplans notwendig ist, da Verkehrsaufkommen und Kosten-Nutzen-Verhältnisse analysiert und immer wieder neu bewertet werden müssen. Es ist aber eben genauso unsachlich, beim Verkehrswegeplan der alten Bundesregierung, wie von Ihrer Partei immer behauptet, von Unterfinanzierung oder von Luftschlössern zu sprechen,

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Das habe ich überhaupt nicht gesagt.)

denn dieser Verkehrswegeplan ist ein Rahmenplan und kein Finanzplan. Tatsache ist, dass die Fortschreibung der Planungen, die die jetzige Bundesregierung vorgenommen hat, ein einziges Streichkonzert darstellt,

(Beifall bei der CDU)

denn es ist kaum noch ein neues Projekt in diesen Planungen vorhanden, es werden nur bereits begonnene Projekte weitergeführt. Alle neuen Projekte sollen im Rahmen der Bedarfsplanung permanent auf den Prüfstand, und das vor dem Hintergrund, dass wegen Globaler Minderausgaben bis 2003 fast 3 Mrd. DM weniger als bisher für die Straßenbauprojekte ausgegeben werden sollen. Und durch den Druck von den Grünen soll die Schiene weitgehend von den Kürzungen verschont werden. Dem könnte man eigentlich vom Grundsatz her folgen, wenn es in Thüringen nicht

dazu geführt hätte, dass man die ICE-Trasse gestoppt hätte.

(Beifall bei der CDU)

Wir erleben also auf der einen Seite einen Akt von moderner Wegelagererei, denn durch permanente Mineralölsteuererhöhungen werden bis 2003 rund 47 Mio. DM zusätzlich aus dem Straßenverkehr geschöpft, und auf der anderen Seite werden die Straßenbauinvestitionen durch die Bundesregierung in den Keller gefahren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: 22 Pfennige haben wir noch nicht erreicht.)

Ja. Man muss noch nicht einmal parteipolitisch argumentieren ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: 94 - das wart ihr.)

Haben Sie sich beruhigt - kann ich weitermachen?

Man muss eben noch nicht einmal parteipolitisch argumentieren, dass diese Art von Politik zeigt, wie diese Bundesregierung bemüht ist, die verkehrsinfrastrukturellen Unterschiede und damit auch unterschiedlichen Standortfaktoren zwischen den alten und neuen Ländern abzubauen. Der Bundesverkehrswegeplan der alten Bundesregierung sah für Thüringen 57 Ortsumgehungen im vordringlichen Bedarf vor, dazu wären noch einmal 43 im weiteren Bedarf gekommen. Das wäre insgesamt ein Investitionsvolumen von ungefähr 2,5 Mrd. DM gewesen. Das sind gerade einmal gut 5 Prozent von dem, was die Bundesregierung durch ihre Mineralölsteuerabzocke bis 2003 zusätzlich einnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Allein in Südhüringen sind dringend notwendige Ortsumfahrungen, und ich nenne hier nur einmal ein paar Beispiele: Hildburghausen, Themar, Merkers oder Dorndorf, nicht mehr in den Planungen berücksichtigt. Und ich muss an der Stelle als Südhüringer auch sagen, es gibt in Thüringen eigentlich Regionen, die noch viel schlechter infrastrukturell und verkehrsinfrastrukturell zurzeit dran sind.

(Beifall bei der CDU)

Und es kann uns heute kein Mensch sagen, wann Planungen ...

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Da vorn sitzt er doch.)

(Unruhe bei der SPD)

Ich will sie sich doch erst mal abreagieren lassen, die Genossen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ja, das geht aber alles von Ihrer Zeit ab - leider. Fahren Sie fort, bitte.

Abgeordneter Heym, CDU:

Und es kann uns eben heute kein Mensch sagen, wann Planungen begonnen werden oder wann gar mit einem Baubeginn zu rechnen wäre. Anstatt herzuzugehen und sich ernsthaft um den Abbau dieser Defizite zu bemühen, um erstens verbesserte Lebensverhältnisse zu schaffen, aber vor allen Dingen wirtschaftsbegünstigende und investorenfreundlichere Infrastrukturen zu schaffen, streiten wir uns über kaum noch leistbare Sozialausgaben, die genau die logische Konsequenz aus solchen Strukturachteilen sind.

(Beifall bei der CDU)

Um es noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass Bundesverkehrswegebeschleunigungsgesetz ist dank der Initiativen der neuen Länder im Bundesrat bis 2004 verlängert worden. Je weniger wir unter - ich sage es mal - diesen erleichterten Bedingungen umsetzen können, je weniger Projekte, desto langfristiger werden die Planungen werden und die Bauvorhaben werden sich verteuern. Das heißt, die Chancen für die Straßenbauprojekte für Thüringen werden geringer, je länger sie hinausgeschoben werden.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ich komme zum Ende. Die Verantwortung für den Missstand den tragen, liebe Kollegen von der SPD-Fraktion, Ihre Genossen im Bundestag,

(Beifall bei der CDU)

denn die haben nämlich für die Kürzungen im Einzelplan 12 des Bundeshaushalts und damit gegen die Interessen von Thüringen gestimmt. Ich kann mir kaum vorstellen, dass das der Auftrag war, der Ihnen von den Wählern gegeben worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, lieber Kollege Höhn, verwenden Sie Ihre Energie weniger für den leidenschaftlichen Vorwurf, die CDU Thüringen würde mit ihren absoluten Mehrheiten soziale Kälte über das Land blasen, reden Sie lieber mit Ihren Kollegen in Berlin, damit der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber den Menschen in Thüringen gerecht wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Sie hören jetzt bitte auf.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ich komme zum letzten Satz.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Nein, keinen letzten Satz mehr. Sie hören jetzt auf, jetzt ist Schluss. Ich bin bei Ihren Vorrednern auch etwas strenger gewesen als sonst immer. Wir haben einfach diesmal nicht so sehr viel Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich verspreche Ihnen, ich werde das bei den anderen Abgeordneten, die nach Ihnen noch sprechen werden, auch durchhalten.

Es hat sich weiter aus dem Plenum niemand zu Wort gemeldet, aber Herr Minister Schuster wollte noch dazu reden.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lippmann, das Investitionsprogramm ist kein Gesetz, sondern muss jährlich durch den Haushalt bestätigt werden. Wir hoffen sehr, dass die Ergebnisse, die da stehen, auch tatsächlich immer wieder bestätigt werden. Natürlich gibt es noch viele Projekte, die bei uns nicht zum Zuge gekommen sind, aber auch in der Verkehrspolitik gilt der Satz: Es gibt Zeiten, da muss gestritten werden, und es gibt auch Zeiten, da muss verhandelt werden. Momentan sind wir in einer Phase der Verhandlungen über die anstehenden Probleme. Wozu diese Verhandlungen führen werden, weiß man noch nicht, ob zu Kompromissen oder zu neuem Streit. Ich hoffe, dass es möglich ist, Kompromisse auszuhandeln. Jedenfalls ist die Bereitschaft zur Verhandlung gegeben auf beiden Seiten, sowohl beim Bundesminister als auch bei der Bundesbahn. Der neue Vorstandsvorsitzende wird in absehbarer Zeit unseren Ministerpräsidenten besuchen. Ich denke, es werden auf allen Ebenen nunmehr Gespräche und Verhandlungen in Gang kommen. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Warum haben Sie dann Kollegen Heym darüber nicht in Kenntnis gesetzt?)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es sind keine Fragen zugelassen, Herr Abgeordneter Höhn. Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Wir schließen damit den Punkt 18 a .

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 18**

b) auf Antrag der Fraktion der SPD zum

Thema:

"Freistellung der Elf Aquitaine von der Sanierung ökologischer Altlasten in Thüringen"

Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksachen 3/239/253 -

Zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Frau Becker.

Abgeordnete Becker, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Althaus, Sie haben mir für heute eine Nachhilfestunde in Sachen Altlastenfreistellung in Aussicht gestellt. Es gibt nur einen, der sie braucht, es ist Ihr Umweltminister.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Umweltminister nicht weiß, dass der Leuna-Minol-Vertrag der TED-Vertrag ist, dann sollte er eine Nachhilfestunde nehmen. Oder wollte der Minister diesen Vertrag nur nicht kennen? Die unglaubliche Geschichte der Freistellung der Elf Oil Deutschland GmbH in Thüringen beginnt am 10. März 1992. Damals stellten die Minolvorgänger und der Rechtsvertreter von Elf France für etwa 400 Objekte Freistellungsanträge. Der Kaufvertrag, also der so genannte TED-Vertrag, zwischen der Treuhandanstalt und Elf Aquitaine und Thyssen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Es gab lediglich einen Vorvertrag. Der TED-Vertrag selber wurde dann am 30. und 31. Juli 1992 abgeschlossen - übrigens beurkundet in der Schweiz. Den TED-Vertrag erwähne ich hier, weil im Freistellungsbescheid für die Elf vom 14. Juli 1998 wörtlich aus diesem Vertrag von 1992 zitiert wird. Elf und Minol einschließlich ihrer Tochtergesellschaften sowie Leuna 2000 werden dort als die freigestellten Unternehmen bezeichnet. Angesichts dieser Sachlage ist es schon merkwürdig, dass der Umweltminister den TED-Vertrag nicht kennt.

Der Fortgang der Elf Freistellung in Thüringen gestaltete sich nach meinem Erkenntnisstand wie folgt: In den Jahren 1993 und 1994 wurden etwa 50 der rund 400 Einzelanträge abgelehnt, und zwar weil sie den Anforderungen des Umweltschutzgesetzes nicht entsprachen, z.B. dass auf freizustellenden Grundstücken auch tatsächlich investiert wird und diese nicht nur einfach vorgehalten werden. Gegen diese Ablehnung ging die Elf nicht etwa gerichtlich vor, der Konzern wählte einen anderen Weg. Durch den beauftragten Rechtsanwalt Müller intervenierte Elf im Oktober 1994 schriftlich beim Land. Neben der Bedeutung des Minolvorhabens für Leuna wurde auch auf den erwähnten TED-Vertrag verwiesen. Es findet sich in diesem Schreiben der bemerkenswerte Satz: Das Ver-

tragswerk fand wohlwollende Unterstützung vom Staatspräsidenten Mitterand und Bundeskanzler Kohl. Dieses Vorgehen mit dem Ziel der Wiederaufnahme hatte offensichtlich Erfolg. Mit Globalbescheid und zahlreichen Verrenkungen wurden dann am 14. Juli 1998 auch die zunächst nicht freigestellten Anträge von 1992 positiv beschieden und es erfolgte eine umfangreiche und sogar unternehmensbezogene Freistellung für die Elf Oil Deutschland GmbH mit einer Öffnungsklausel. Grundlage dieser Freistellung soll nach Ihrer Aussage, Herr Minister, ein Globalantrag gewesen sein. Ich fordere Sie auf, diesen Antrag dem Parlament vorzulegen. Ich gehe davon aus, dass es keinen Globalantrag gibt, denn im Antrag auf Wiederaufnahme vom 13. Oktober 1994 werden einzelne Freistellungsablehnungen aufgelistet. Im Freistellungsbescheid vom Juli 1998 werden auch die bereits abgelehnten Freistellungsanträge positiv entschieden.

Fest steht 1.: Der Freistellungsbescheid ist gegen den Sachverstand aller zuständigen Fachbehörden ergangen auf Weisung des Ministeriums. Teilweise ist das Diktat des Anwalts von Elf wortwörtlich in den Bescheid übernommen worden.

2.: Der Freistellungsbescheid strotzt vor juristischen Fehlern und Mängeln.

3.: Der Freistellungsbescheid über vorläufig 31,5 Mio. DM ist auf politischem Druck zustande gekommen und es besteht der dringende Verdacht, dass es weder inhaltliche noch juristische, sondern ausschließlich andere Gründe waren, die zu dieser Mitgift an Elf geführt haben.

4.: Politisch werden wir weiter mit dem Thema umgehen, aber der bisherige Erkenntnisstand ist so belastend und so erschreckend, dass ich mich entschieden habe, alle mir zur Verfügung stehenden Unterlagen der Staatsanwaltschaft Erfurt zu übergeben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Becker. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Braasch.

Abgeordneter Braasch, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zu den Vorwürfen von Frau Becker wird sicherlich der Herr Minister noch Stellung nehmen. Ich meinerseits war der Meinung, dass nach Beantwortung der Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Frau Becker durch Herrn Minister Dr. Sklenar am 26.01. die SPD-Fraktion ihr Thema zur Aktuellen Stunde heute anders wählen würde. Diese meine Vermutung war falsch, wie ich jetzt weiß, deshalb reden wir heute erneut darüber, vielleicht mit anderen Worten und einigen erklärenden Einzelheiten, inhaltlich jedoch wurde von Herrn Minister bereits alles dargelegt.

Freistellungsanträge wurden gestellt, wenn Investitionen getätigt werden sollten und Altlastenverdacht bestand oder wenn ein Gelände von Altlasten gereinigt werden soll. Wir sehen also einen ökologischen Aspekt, wenn die Altlasten beseitigt werden, und den anschließenden ökonomischen Vorteil, weil dadurch erst Investitionen möglich werden. 73,9 Mio. DM wurden in unserem Fall bis 1997 investiert und damit 53 Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten. Anträge auf Freistellung werden in der Regel positiv beschieden, wenn sie formell in Ordnung sind, der Altlastenverdacht sich bestätigt und die Investitionsabsicht vertraglich festgestellt ist. Der Globalantrag der Vorgänger von Elf Aquitaine konnte nicht pauschal genehmigt werden, einige Ingenieurbüros waren nämlich mit der Prüfung der Einzelstandorte durch das Ministerium beauftragt. Von den ca. 500 Standorten kam für etwa 60 aus formalen Gründen bzw. fehlender Schadensglaubhaftmachung bzw. fehlender Investitionsabsicht nur die Ablehnung in Frage. Damit konnte dem Globalantrag nicht stattgegeben werden.

Bezüglich der Wiederaufnahme des Verfahrens muss ich noch einen allgemeinen Teil einschieben. Die Wiederaufnahme von Verwaltungsverfahren wird in § 51 des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes geregelt. Darin heißt es, dass die Behörde auf Antrag des Betroffenen über die Aufhebung oder Änderung eines unanfechtbaren bestandskräftigen Verwaltungsakts zu entscheiden hat, wenn sich die dem Verwaltungsakt zugrunde liegende Sachlage nachträglich zugunsten des Betroffenen geändert hat oder neue Beweismittel vorliegen. Dies war der Fall, nachdem die Elf Oil Deutschland GmbH das Heft in die Hand genommen hatte. Sie übernahm nämlich die Verantwortung für alle Einzelstandorte ihres Globalantrags, das heißt, auch wenn bei einem Standort Minol nicht der Verursacher der Altlast gewesen sein sollte, steht EOD dafür gerade. Der daraufhin geänderte, nunmehr positive Bescheid wurde am 16.08.1998 bestandskräftig.

Meine Damen und Herren, einige Sätze zum Finanziellen. Nach Schätzung betrug 1998 die Freistellungssumme aller Objekte des Globalantrags 35 Mio. DM. EOD muss davon 10 Prozent tragen. In den Restbetrag teilen sich Bund und Land im Verhältnis 60 zu 40. In unserem Fall musste Elf Oil Deutschland aus dem Privatisierungsvertrag Sanierungsleistungen in Höhe von 3,9 Mio. DM mit hundertprozentiger Eigenfinanzierung erbringen. Wenn Geld fließen soll, müssen am Einzelobjekt Arbeiten durchgeführt sein, Rechnungen müssen vorgelegt werden und auf sachliche, rechnerische Richtigkeit geprüft werden. Erst dann, wenn alles in Ordnung ist, gibt es Geld. Die geschätzte Freistellungssumme ist für den schlechtesten Fall gedacht und darf nicht als Unterstützung von EOD in zweistelliger Millionenhöhe gewertet werden.

Meine Damen und Herren, seitens der SPD liegt Misstrauen vor. Das ist gutes Recht der Opposition. Ich versuche Ihr Misstrauen zu zerstreuen, versuche Vertrauen zu gewinnen,

(Beifall bei der CDU)

dazu gehört jedoch der Wille zur Sachlichkeit. Polemik oder gar Hysterie sind fehl am Platze. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Braasch. Als Nächster hat sich der Abgeordnete Dittes zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Meine Damen und Herren, wenn man in Thüringen über Altlasten spricht, muss man zwangsläufig an den übel riechenden Teersee in Rositz denken und zumindest anrüchlich ist auch die hier zur Diskussion stehende Freistellung der Elf Oil Deutschland, der deutschen Tochter von Elf Aquitaine. Und um es gleich an dieser Stelle zu sagen, der Versuch der Aufklärung des Umweltministeriums mit der Presseerklärung am 18. Januar und in der Plenarsitzung am Mittwoch gleicht aus unserer Sicht mehr einer Nebelbombe, statt dem Versuch, hier für klare Sicht zu sorgen. Der öffentlich bestehende und tatsächlich nie ausgeräumte Verdacht, dass in diesem Fall das Freistellungsverfahren zugunsten der Elf Oil Deutschland gestaltet wurde, bleibt bestehen. Mit dem Generalantrag und dessen Genehmigung wurde der Elf Oil Deutschland ermöglicht, bis zum Jahr 2003 belastete Standorte nachzumelden. Damit wird die geltende Frist, meine Damen und Herren, 31. März 1992 für Freistellungsanträge nachträglich außer Kraft gesetzt. Der Elf-Konzern hat also nun eine um elf Jahre verlängerte Frist, Standorte zu melden - eine Bevorteilung gegenüber anderen Investoren, die nicht zu rechtfertigen ist.

Meine Damen und Herren, fristgerechte und standortbezogene eingereichte Einzelanträge wurden durch die damals noch existierenden Außenstellen des Landesverwaltungsamts in Sondershausen und Suhl fachlich begründet abgelehnt. Hier schließt sich doch die zentrale Frage an, der das Ministerium bisher ausgewichen ist. Der Globalantrag soll nach Aussage der Landesregierung zeitgleich mit den Einzelanträgen eingereicht worden sein und laut Minister Sklenars Aussage am Mittwoch lag dem Globalantrag die Schadensglaubhaftmachung bei, bei den Einzelanträgen im Unterschied dazu nicht. Und dies ist eben sachlich nicht schlüssig. Wenn der Globalantrag nach Aussage des Ministers, ebenfalls am Mittwoch getroffen, ohne Benennung einzelner Objekte gestellt worden ist, bis zu welchem Zeitpunkt und mit welchen einzelnen Nachweisen, sowohl über die Investitionsabsicht als auch zur Schadensglaubhaftmachung, sind denn die 419 Standorte in das Globalverfahren integriert worden und vor allem, meine Damen und Herren, Herr Minister, auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte dies? Ebenso wenig ist schlüssig, dass Einzelanträge überhaupt gestellt und beschieden wurden, wenn doch ein Globalantrag zur selben Zeit den Behörden vorgelegen hat. Warum wurden

denn die staatlichen Umweltämter, die die Einzelanträge fachlich begründet zurückgewiesen haben, von diesem Verfahren entbunden und warum erhielt sämtlich das Umweltamt in Gera die Zuständigkeit? Lag es etwa am dort vorhandenen Sachverstand der in der Folge noch zu Höherem befähigen sollte? Hinweise auf theoretisch formale Möglichkeiten entkräften in keiner Weise den Verdacht und die Hinweise, dass es einen Globalantrag überhaupt nicht gegeben hat, dafür aber das Bemühen, die detailliert begründeten Einzelanträge nicht weiter zu verfolgen, wohl auch deshalb, weil es nach den eigenen Aussagen des Ministers überhaupt keinen Antrag für die Wiederaufnahme dieser Einzelanträge gegeben hatte. Es steht der Verdacht, dass es stattdessen das Bemühen gab, von Amts wegen eine Globalfreistellung zu erteilen.

Meine Damen und Herren, was beförderte dieses offensichtlich im Widerspruch zum Verwaltungsverfahrensgesetz stehende Bemühen? Welche Rolle spielt etwa ein Gespräch des Elf-Konzerns mit dem Thüringer Ministerpräsidenten, über das die Thüringer Presse zu berichten weiß? Wir fordern Aufklärung darüber, welcher auch wohlmeinende Druck auf die Thüringer Behörden ausgeübt wurde, und dabei ist es uns unerheblich, ob dieser Druck durch die Elf Aquitaine oder durch die Bundesregierung ausgeübt wurde, weil etwa der Elf Aquitaine erteilte Zusagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Leuna und der Minol-Kette die Freistellung in den neuen Bundesländern beinhaltete. Dass sich deutsche Politiker für Zusagen über eine nicht unerhebliche Zuwendung erfreuen konnten, scheint angesichts der Information der Genfer Staatsanwaltschaft als sicher. Und wenn Sie, Herr Sklenar, oder besser, Herr Staatssekretär Illert, an dieser Stelle zur Beseitigung des Geruchs, der nicht nur von den Altlasten herrührt, nicht bereit oder in der Lage sind, dann hat das Parlament und jeder einzelne Abgeordnete auch andere Möglichkeiten, sich Aufklärung in der Sache zu verschaffen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Dittes. Als Nächster hat sich der Abgeordnete Krauß zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, grundsätzlich bin ich natürlich auch der Meinung, nachdem Minister Sklenar ausführlich am Mittwoch die Mündliche Anfrage von Frau Becker zum gleichen Thema beantwortet hat, wir hätten die Aktuelle Stunde heute zu diesem Thema nicht gebraucht.

(Beifall bei der CDU)

Die Fakten liegen auf dem Tisch, die französische Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen zu diesem Thema ein-

gestellt und die deutsche mangels Masse nicht erst aufgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Wozu also diese Aktuelle Stunde und warum? Hat nicht in guter Manier die SPD mit der PDS gemeinsam diese Mündliche Anfrage in den zuständigen Fachausschuss überwiesen? Die Antwort fällt leicht, ist verständlich und einfach. Dort fehlt die Öffentlichkeit, wo man seine populistischen Meinungen und Forderungen nach außen tragen kann, und dort wird Sacharbeit geleistet, aber dies ist ja hier nicht gewollt.

(Beifall bei der CDU)

Um das Umweltministerium mit Unterstellungen und Vermutungen zu diffamieren, braucht man einfach die Öffentlichkeit. Und im Übrigen, Frau Becker, wenn Sie Fragen beantwortet haben wollen, dann wenden Sie sich doch an Ihren Parteikollegen Schucht.

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion:
Jawohl!)

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht kann er Ihnen Einblick in die Tagebücher geben, vielleicht erhalten Sie dann die Antworten, die Sie so sehr wünschen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Dann sprechen Sie doch mal zur Sache!)

Auf Herrn Dittes muss ich eigentlich an dieser Stelle mangels Masse nicht eingehen, das ist ja dasselbe, was wir von ihm immer kennen.

(Beifall bei der CDU)

Eine Frage will ich ihm natürlich gern beantworten. Warum unbedingt das Staatliche Umweltamt in Gera? Ganz einfach, weil in dem Zuständigkeitsbereich die Masse der Freistellungen liegt, die Masse der Verfahren werden dort abgehandelt. Im Übrigen, wie in diesem Hause sehr oft gefordert, sollte man die Arbeit, die sehr diffizil ist und die, das weiß jeder Wahlkreisabgeordnete, der solche Altlasten in seinem Bereich hat, mit einem Heidenkampf verbunden ist, um sich bei den Umweltämtern durchzusetzen, um eventuell eine Freistellung zu kriegen, weil die nämlich sehr, sehr zurückhaltend sind, sehr genau prüfen. Also es weiß jeder, wie damit umzugehen ist.

Aber um auf die Frage Aktuelle Stunde zurückzukommen: Ich denke, hier kann uns eine Aussage von Frau Becker, die im MDR und Antenne Thüringen zitiert wurde, sehr schnell weiterhelfen. Sie, Frau Becker, könnten nicht mit Sicherheit ausschließen, dass die Thüringer Landes-CDU auch etwas von den Elf-Schmiergeldern erhalten habe.

(Heiterkeit bei der CDU)

So wurden Sie zitiert und das weist die Richtung, dahin soll es gehen. Genau das ist die Richtung, meine Damen und Herren, wenn schon die ganze Bundes-CDU irgendwo in Verruf ist, dann kann es doch nicht sein, dass ausgerechnet im kleinen Thüringen nichts zu finden ist, da müssen wir doch eine Möglichkeit finden, denen auch etwas ans Knie zu nageln.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Frau Becker war beim ZDF ...)

Naja, wir brauchen auch neue Medienstars, sicher Frau Becker, es sei Ihnen gegönnt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Aber da werden erstmal Unregelmäßigkeiten in der Altlastenfreistellung unterstellt, da wird von Schmiergeldzahlungen gesprochen, das passt im Moment ja alles in die große politische Landschaft. Und wenn sich am Ende erweist, dass an alledem nichts ist, so bleibt vielleicht doch in der öffentlichen Meinung so ein ganz klein bisschen was hängen, na die könnten ja auch irgendwo was abkriegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Damit ist doch eigentlich das Klassenziel erreicht, da ist doch das erreicht, was Sie wollen.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das Klassenziel erreicht man nicht so schnell.)

Ja gut, Herr Althaus, da haben Sie sicher natürlich auch Recht. Auf jeden Fall finde ich es toll, dass unser Herr Bundeskanzler mit uns so viel Mitgefühl hat und meint, es sei unpassend, Häme zu zeigen, und Mitgefühl äußert.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter, sprechen Sie eigentlich noch zur Sache?

Abgeordneter Krauß, CDU:

Ja.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann machen Sie das vielleicht ein bisschen präziser.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Ich werde mich bemühen.

(Unruhe im Hause)

Es ist doch eigentlich ... Ich bemühe mich!

Vizepräsidentin Ellenberger:

Sie sollen sich nicht nur bemühen, Sie sollen es tun.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Gut, dann tue ich es. Es ist ständig davon die Rede und unser Herr Bundeskanzler, ich darf ihn zitieren, meinte, diese ganzen Affären legten sich wie Mehltau über das politische Leben in Deutschland. Dabei muss doch die rotgrüne Bundesregierung über jeden Hauch von Mehltau zufrieden sein, denn er verdeckt doch nur ihre stümperhafte Reformpolitik, die sie zurzeit machen.

(Beifall bei der CDU)

Damit kann doch nur auch das kleinste Skandalchen helfen, um dieses alles wenigstens für eine Zeit aus der öffentlichen Meinung zu verdrängen. Das ist doch das wahre Ziel, das ist doch das, was dahinter steht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Krauß.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Ich mache das jetzt, ich komme jetzt zum Schluss.

(Heiterkeit im Hause)

Und, meine Damen und Herren von der SPD, und von der PDS natürlich auch, ich gönne Ihnen doch die Schadenfreude, das ist eine zutiefst menschliche Reaktion und es fördert mit Sicherheit vorübergehend Ihr seelisches Wohlbefinden. Es sei Ihnen von Herzen gegönnt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaus zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist doch ganz erstaunlich, zu welchen unglaublichen Ausflügen so eine kleine, sachlich gehaltene Aktuelle Stunde manche hier im Parlament beflügelt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Krauß, dass Sie nichts aus irgendwelchen Koffern erhalten haben, das glaube ich Ihnen auf der Stelle, da haben Sie bei mir sofort vollstes Vertrauen.

(Beifall bei der SPD)

Aber nun zum Ernst des Themas wieder zurück. Die öffentlich-rechtliche Haftungsfreistellung von der Sanierung ökologischer Altlasten war nach der Wende für alle ein wichtiges Instrument zur Beseitigung von Investitionshemmnissen mit Auswirkungen bis zum heutigen Tag. Das Risiko einer Inanspruchnahme für entstandene Schäden sollte für Eigentümer, Besitzer oder Erwerber von Grundstücken oder Anlagen minimiert werden. Das hieß in diesen Fällen, die Kosten für die Gefahrenabwehr sollten von der öffentlichen Hand im Wesentlichen, abzüglich etwa 10 Prozent, getragen werden. Gebunden war und ist eine solche Freistellung an Grundstücke und Anlagen, auf denen tatsächlich saniert wurde bzw. investiert wurde, wo Arbeitsplätze geschaffen wurden. Das Umweltministerium hat auf diese Fragen im Umweltausschuss mehrfach geantwortet, es werde nur dann freigestellt, wenn eine Altlast zur Beseitigung von Investitionshemmnissen saniert werden muss. Ich glaube, Herr Krauß, auch Sie waren schon im Parlament, als diese Fragen 95/96 intensiv diskutiert wurden, man kann das also dort nachlesen. Ich erinnere mich zum Beispiel an einen Fall in Katzhütte, bei dem es eine lange Auseinandersetzung gab, ob diese Voraussetzungen zutreffen, und wir gerne einem mittelständischen Unternehmer die Möglichkeit einräumen wollten, über diese Art und Weise seine sechs Arbeitsplätze zu schaffen und zu investieren. Die Grundstücke hatte er erworben und trotzdem war eine Freistellung ein Problem.

Ich kenne einen weiteren Fall, makabererweise einer Tankstelle in Nordthüringen. Hier wurden diejenigen, die seit fast 70 Jahren Betreiber der Tankstelle waren, mit fadenscheinigen Begründungen abgewimmelt. Durch die Behörde wurde sogar unterstellt, dass der Schaden erst nach dem 1. Juli 1990 entstanden sei und somit eine wesentliche Freistellungsvoraussetzung entfalle. Man muss sich vorstellen, dort hätten die Leute also nach 1990 Benzin eimerweise auskippen müssen, um diesen Schaden zu verursachen. Damit man eine Größenordnung bekommt, 13.000 Anträge auf Freistellungen wurden fristgerecht bis zum 31. März 1992 gestellt. Nicht einmal 200 davon wurden auf Anhieb positiv beschieden, mehr als 10.000 schon im ersten Durchgang abgelehnt. Das hat natürlich auch dazu geführt, dass der Thüringer Haushalt nicht über Gebühr durch Kosten für Altlastensanierung belastet wurde, sondern nur an Stellen, wo ein öffentliches Interesse bestand.

So viel Theater und Aufwand wie bei vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen (auch im Interesse des Landeshaushalts) hat das Staatliche Umweltamt in Gera mit der Elf Aquitaine nicht gemacht. Zuerst wurden die anderen fachlich zuständigen Ämter ihrer Aufgabe enthoben, nicht etwa, weil in Ostthüringen die meisten liegen, sondern weil es schlicht und einfach eine Verord-

nung im Ministerium so vorsieht, und dann wurde in Gera eine politisch und nicht sachlich begründete Entscheidung getroffen.

(Beifall bei der SPD)

Aber nicht nur das, gegenüber der Elf sind ohne Kenntnis des tatsächlichen Umfangs der freizustellenden Grundstücke und der vorhandenen Schäden Haftungen übernommen worden. Das hatten auch die anderen fachlich zuständigen Umweltämter einschließlich des Landesverwaltungsamts, was ja nun wirklich für ganz Thüringen zuständig ist, moniert.

(Beifall bei der SPD)

In einem Brief des Staatlichen Umweltamts Gera heißt es dazu: "Nach Ihnen in Kopie vorliegenden Stellungnahmen haben das Thüringer Landesverwaltungsamt und andere staatliche Umweltämter erhebliche grundsätzliche Bedenken gegen den Freistellungsbescheidentwurf geäußert." Das ist vollkommen richtig. Neben der Tatsache, dass für jedes einzelne Grundstück Investitionen nachgewiesen werden müssen, argumentieren die fachlich zuständigen Umweltämter im Fall "Elf" weiter. Eine abschließende Feststellung der Grundstücke ist für die Freistellung vor Erlass des Freistellungsbescheids erforderlich, da anderenfalls der Freistellungsumfang nicht kalkulierbar ist. Das bedeutet im Klartext, die öffentliche Hand würde anderenfalls mit einem nicht abschöpfbaren Finanzrisiko belastet. Wie gesagt, in allen anderen Fällen in Thüringen ist dieses auch so nach unserer Ansicht rechtens geschehen, nur bei Elf Aquitaine nicht.

(Beifall bei der SPD)

Viele andere Unternehmer in Thüringen mit kleinen und mittleren Betrieben hätten sich mit Sicherheit gefreut, wenn ihnen auch die Möglichkeit eingeräumt worden wäre, über viele Jahre hinweg noch Schäden nachzumelden. Das muss man hier einmal ganz klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Fazit: Das Verfahren zur Freistellung ist offensichtlich für Elf Aquitaine grundsätzlich geändert worden. Tatsache ist, dass mit dem Bescheid auch Grundstücke freigestellt wurden, die weder der Elf gehören oder gehörten, auf denen weder investiert wurde noch wird. Es wurde eine finanziell offene Freistellung erteilt, da es der Elf ermöglicht wurde, bis 2003 Grundstücke nachzumelden. Auch das Wiederaufgreifen der ursprünglichen Minol-Anträge war verfristet. Sachliche Begründungen zur Wiederaufnahme waren nicht vorhanden. Trotzdem erfolgte die Freistellung. Recht in Thüringen sollte gleiches Recht für alle bedeuten, auch bei der Interpretation von Gesetzen.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Grundsatz hat die Landesregierung mit ihrem Vorgehen bei Elf eindeutig verletzt. Das Wohlwollen des Herrn Altbundeskanzlers Kohl war wohl offensichtlich wichtiger.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt Minister Dr. Sklenar.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Frau Becker, ich kann natürlich nur für das sprechen, was Thüringen betrifft, und nicht für das, was Sie in Ihrem Eingangsstatement hier dargelegt haben. Die Freistellung der Elf Oil Deutschland GmbH auf der Grundlage der Regelung des Umweltrahmengesetzes folgte mit Bescheid vom 14.07.1998.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich feststellen, dass die Entscheidung über einen Freistellungsantrag weder in diesem noch in sonst einem Fall ein Willkürakt gegen einen Antragsteller oder eine Wohltat zu dessen Gunsten ist. Vielmehr ist und bleibt die Freistellung ein wesentliches Instrument der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie hat darüber hinaus auch - und das ist ausdrücklich erwünscht - eine gewichtige umweltpolitische Zielstellung. So sollen Gefahren für die Umwelt durch Sanierung minimiert werden, die Nachnutzung wirtschaftlicher oder gewerblich vorgeprägter Standorte soll ermöglicht werden, anstatt auf der grünen Wiese anzusiedeln und neue Flächen zu verbrauchen. Freistellung, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten von der SPD, ist kein Akt gnadenhalber, sondern die Umsetzung wirtschafts- und umweltpolitischer Zielsetzungen, die Sie in der vergangenen Legislaturperiode mit uns zusammen einschließlich Ihrer Zustimmung zum Generalvertrag verfolgt haben.

(Beifall Abg. Wunderlich, CDU)

Jetzt scheint sich der Blick getrübt zu haben und man wittert Unheil und schreckt auch vor Verdächtigungen nicht zurück. Von der Entscheidung über eine Freistellung steht in jedem Einzelfall die gründliche Abwägung zwischen dem von dem Land zu erbringenden Aufwand einerseits und seinem Vorteil andererseits. Eine Freistellung bedeutet im Ergebnis nicht etwa die Herausgabe von Geld zur freien Verfügung von Unternehmen, das wird ja immer geglaubt dabei, vielmehr werden im Rahmen der Freistellung bei Nachweis und Notwendigkeit Sanierungskosten erstattet. Die Refinanzierung steht am Ende eines genauen und deswegen auch langwierigen Prüfprozesses. Hier ist kein schnelles Geld zu machen, sondern es ist exakt nachzuweisen, dass damit Investitionen durchgeführt werden und Arbeitsplätze entstehen.

Und nun zu der in Rede stehenden Freistellung selbst. Mit einem Globalantrag vom 10.03.1992 haben die Minol Südtank GmbH, die Minol Mineralölhandel AG sowie der Prozessbevollmächtigte der Erwerber Elf France und das so genannte TED-Konsortium fristgemäß den Antrag auf Freistellung für alle damals in Frage kommenden Grundstücke gestellt, ohne diesbezüglich alle genauen Standortbezeichnungen oder Schadenssituationen zum damaligen Zeitpunkt detailliert untersetzen zu können. Man denke nur an die unklaren Eigentumsverhältnisse und die miserable Grundbuchsituation, was für alle Anträge gleichermaßen ein großes Hindernis bei der präzisen Antragstellung war. Dennoch mussten die Anträge gestellt werden, um die Frist zu wahren. Nur insofern gibt es deshalb eine Besonderheit in diesem Fall. Wegen der über das gesamte Territorium Thüringens verteilten, in unterschiedlichsten Rechtsbeziehungen betriebenen und teilweise bereits seit Jahrzehnten überbauten Standorten war weder für die Antragsteller noch für die Behörden abschließend klar, an welchen Standorten, außer den angezeigten 419, der VEB Minol noch aktiv war. Weiterhin war zum Zeitpunkt der Antragstellung und der ersten Freistellungsüberlegung noch nicht klar, wie die unternehmerische Zukunft an diesen rund 419 Standorten verlaufen wird, ob etwa jeweils als einzelne kleine Unternehmen oder nach Übernahme in einen neuen großen, die fünf neuen Länder umfassenden Konzern. Elf Oil wurde erst 1995 gegründet. Es war zum Zeitpunkt der Freistellungsbescheide noch nicht klar, ob für jeden Standort aufgrund der Rechtsnachfolge eine mögliche Verantwortung für Elf Oil bestand und dort Sanierungserfordernissen einer geplanten Investition entgegenstehen. Die im Rahmen der Freistellungsbearbeitung eingereichte Standortliste musste daher bis zu einem realistischen Zeitpunkt fortschreibbar bleiben. Folgerichtig wurde deshalb bei der Freistellung eine Nachmeldefrist von fünf Jahren eingeräumt, Herr Dittes, und nicht von elf Jahren, sondern vom Abschluss des Antrags, also von 1998, fünf Jahre lang, bis zum Jahre 2003. Dass sich daraus im Hinblick auf davoneilende Aufwendungen ergebende Risiko ist durchaus verantwortbar und führt nicht automatisch zu einer Erhöhung des in der Freistellung festgestellten Deckelbetrags, ich sage es noch einmal, eines Deckelbetrags von 31,5 Mio. DM. Dieser Betrag steht für die Einschätzung der Kosten als Summe der damals im äußersten Fall zu erwartenden Sanierung. Für jeden einzelnen der gemeldeten Standorte wird vor Aufnahme in die Freistellung gründlich geprüft, ob die im Bescheid definierten Voraussetzungen erfüllt werden. Zudem wird, ich führte dies vorher detailliert aus, vor der Mittelausreichung nach strengsten Grundsätzen maßnahmebezogen abgerechnet. Einige Beispiele dafür sind hier bereits genannt worden. Bisher sind für fünf Projekte 75.382,43 DM ausgezahlt worden.

Zur Wiederaufnahme von abgeschlossenen Verfahren ist Folgendes zu sagen: Das Verwaltungsverfahrensgesetz lässt dies ausdrücklich zu und im Rahmen der Gesamtentscheidung war dies zu berücksichtigen. Es war daher richtig, dass in den Jahren 1993/94 mit dem beschriebe-

nen Wissenshintergrund eine getrennte Beurteilung entsprechend der zu erfüllenden Voraussetzungen, teilweise mit dem Ergebnis einer Ablehnung einer Reihe von dem Gesamtantrag zuzurechnenden Einzelobjekte erfolgte. Mit der 1995 erfolgten Gründung der Elf Oil Deutschland GmbH und Übergang des Minol Tankstellennetzes an diese wurde definitiv geklärt, dass die Freistellung für die beantragten Standorte insgesamt und gegenüber allen Unternehmen zu beurteilen war. Der gestellte Globalantrag wurde unter dem Aspekt des gesamtunternehmerischen Konzepts nochmals geprüft und im Ergebnis erneut eine Entscheidung getroffen. In die Prüfung wurden unter den geänderten Voraussetzungen, die durch die Gründung der Elf Oil Deutschland GmbH gegeben waren, auch die abgelehnten Einzelprojekte einbezogen. Vor dem Hintergrund der Gesamtbeurteilung der von Elf Oil nachzuweisenden wirtschaftlichen Aktivitäten und dem für den Freistaat zu erwartenden Vorteil in Bezug auf den Umweltschutz waren diese zu Einzelproblemen geäußerten Bedenken schließlich nicht durchschlagend, so dass im Ergebnis auch von Thüringen, als viertem Land nach Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt, die Freistellung erteilt wurde. Also nicht nur Thüringen allein, sondern ebenso in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, dann Thüringen und Brandenburg haben im September 1998 ebenfalls die Elf Oil Deutschland freigestellt. Der Freistellungsbescheid Thüringens unterscheidet sich inhaltlich von denen der anderen Länder nur marginal und stellt keine davon abweichende besondere Risikübernahme dar. Der Freistellungsumfang orientiert sich hier, wie bei der Freistellung anderer Unternehmen aus den ehemaligen Treuhandbereichen, an den ausgehandelten Regelungen des Privatisierungsvertrags, um Doppelbegünstigungen auszuschließen. Alle im Freistellungsvertrag aufgenommenen Regelungen sind mit der BvS und ebenso mit dem Bund genau abgestimmt. Sie wurden mit Zustimmung des Bundesfinanzministeriums getroffen. Die Freistellung der Elf Oil Deutschland gehört zur Gruppe der Normalfälle und wurde genauso behandelt wie jeder andere Antrag auch. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir können damit den zweiten Teil der Aktuellen Stunde schließen.

Wir kommen zurück zum **Tagesordnungspunkt 1 - Haushaltsberatungen**. Wir waren beim Einzelplan 03 - Haushalt des Innenministeriums, gemeinsam mit den Teilen des Einzelplans 17, die das Innenministerium betreffen und Einzelplan 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaus. Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Pohl, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Abgeordneter Pohl, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Einzelplan 03 steht natürlich ganz logischerweise in einem sehr engen Zusammenhang mit der Durchsetzung der inneren Sicherheit in unserem Land. Wenn auch in der Aufklärungsquote von 58,2 Prozent, das entspricht immerhin einem Anstieg von 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr, Thüringen bundesweit Spitze demonstriert, so erfüllt uns die Zahl von rund 173.000 Straftaten mit großer Sorge. Natürlich ist auch die Wahrscheinlichkeit, Opfer bzw. Geschädigter einer Straftat in Thüringen zu werden, deutlich geringer als in den meisten anderen Ländern, aber das ist eben einfach nur die Sicherheitslage. Mich beunruhigt auch dabei in hohem Maße das fehlende individuelle Sicherheitsgefühl unserer Menschen.

Ich weiß, dass in Thüringen in den Jahren von 1990 bis 1999, also bis heute, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit viel getan wurde. Hier wurden Grundlagen geschaffen für die Arbeit unserer Polizeibeamten, aber auch für die Arbeit der über 70.000 Feuerwehrleute in unserem Land.

Meine Damen und Herren, die Anforderungen an die Polizei zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit haben in qualitativer und quantitativer Sicherheit ...

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Pohl, einen Moment bitte. Die Haushaltsberatungen sind, denke ich, nicht weniger wichtig als die Aktuelle Stunde, die wir eben hatten, ich darf entsprechend um Ruhe bitten.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Ich beginne noch einmal. Die Anforderungen an die Polizei zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit haben natürlich in qualitativer und quantitativer Sicherheit wesentlich zugenommen. Das bedeutet, für die sachgerechte Erfüllung der polizeilichen Aufgaben sind hoch motivierte, gut ausgebildete und leistungsgerecht, ich betone leistungsgerecht, besoldete Polizeivollzugsbeamte in ausreichender Zahl unabdingbare Grundvoraussetzung. Hier, meine Damen und Herren, liegt ja in hohem Maße der Hase im Pfeffer. Die im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehenen 100 Stellenhebungen sind völlig unzureichend und realitätsfremd. Wenn ich jetzt auch den unsoliden Haushaltsansatz der CDU ansprach, so muss ich natürlich auch der PDS bescheinigen, dass Ihre im Innenbereich gemachten Vorschläge total am Sicherheitsbedürfnis der Menschen vorbeigehen.

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion:
Jawohl.)

(Beifall bei der CDU)

Verbesserung des Wohnumfeldes ist natürlich für unsere Bürger wichtig, aber dafür das Geld aus der Abschaffung des Verfassungsschutzes zu nehmen oder auf DNA-Muster bzw. verdeckte Ermittler zu verzichten, ist geradezu abenteuerlich und ist auch mit der Verbesserung der inneren Sicherheit in unserem Lande nicht vereinbar. Wer den Verfassungsschutz abschaffen will, der muss natürlich auch sagen, wer dessen Aufgaben mit übernehmen soll.

Meine Damen und Herren, die in unserem Haushaltsantrag zusätzlich eingebrachten 75 Stellenhebungen wurden innerhalb des Einzelplans 03 gedeckt und das ist einfach solide. Wenn aber die CDU in ihrem Antrag einfach so locker 200 Hebungen zusätzlich einbringt, ohne dass eine entsprechende Deckung vorhanden ist und auf eine Deckung innerhalb des Budgets verwiesen wird, dann ist das in hohem Maße unsolid. Im Klartext heißt das doch, dass diese von der CDU avisierten zusätzlichen Stellenhebungen, so vermute ich, mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht kommen werden. Es ist praktisch ein reiner Schaufensterantrag, es ist einfach eine Nebelbombe. Mit dieser Meinung stehe ich auch nicht allein, denn die Gewerkschaften, namentlich die ÖTV, sprechen ja auch von einem über 200-Millionen-Loch im Bereich der Personalausgaben im gesamten Landeshaushalt. Dieses, meine Damen und Herren, wirft bereits heute schon düstere Schatten auf das eventuell noch zu erwartende Personalentwicklungskonzept, das uns die Landesregierung wohl noch in diesem Jahr vorlegen will. Ich bin davon überzeugt, dass das im vergangenen Jahr vom Thüringer Innenminister vorgelegte Konzept eine gute Grundlage dafür gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, insbesondere Herr Innenminister, ich fordere deshalb, alsbald für den Bereich der Polizei ein Personalentwicklungskonzept für den Innenbereich vorzulegen, der erstens an die bundesweit avisierten Stellenplanobergrenzen angrenzt, zweitens eine Angleichung der Besoldung an die anderen Bundesländer und drittens sich an einer Polizeidichte von 1 zu 340 orientiert.

Zur Erinnerung im Klartext, meine Damen und Herren, die Innenministerkonferenz hat bereits 1992 beschlossen, für den gehobenen Dienst einen Stellenanteil von 40 Prozent des Gesamtvolumens anzustreben. Bundesweit wurde bereits 1997 ein Durchschnitt von knapp 47 Prozent im gehobenen Dienst erreicht; in Hessen und Rheinland-Pfalz liegt der Anteil bei 55 Prozent und in Nordrhein-Westfalen sogar bei 72 Prozent. In Thüringen haben wir gerade einmal 26 Prozent erreicht. Hier gibt es auch einen großen Nachholbedarf.

Herr Innenminister, orientieren Sie sich an diesen Grundsätzen und setzen Sie auch im Interesse unserer Menschen, im Interesse der Bürger unseres Landes und im Interesse auch unserer Polizeibeamten entsprechende Zeichen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Mohring, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Sie wissen selbst, dass Anfang der 90er Jahre im Bereich Wasser und Abwasser ein hoher Nachholbedarf bestanden hat und deshalb in den vergangenen Jahren von Seiten der Abwasserzweckverbände mehr als 7 Mrd. DM in diesen Bereich investiert wurden. Die anfangs enormen und zum Teil jetzt auch noch sehr hohen Beiträge und Gebühren haben in Thüringen zu zahlreichen Gründungen von Bürgerinitiativen mit dem Ziel der Senkung dieser Gebühren geführt. Es war deshalb richtig, dass der Landtag der 2. Legislaturperiode ein Maßnahmenpaket zur Konsolidierung der kommunalen Aufgabenträger im Bereich Wasser und Abwasser beschlossen hat.

Mit der Schwerpunktsetzung auf die Erstellung und Finanzierung solcher Sanierungs- und Fusionskonzepte und vor allem der Umsetzung dieser Konzepte ist deshalb das Strukturhilfeprogramm der Landesregierung von besonderer und wichtiger Bedeutung. Im Rahmen der Strukturhilfe besteht sowohl insgesamt ein weiterer Bedarf von bis zu einer halben Milliarde DM. Es war daher nur folgerichtig, dass der Haushalts- und Finanzausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen und heute Ihnen zur Beschlussfassung empfohlen hat, die Zinshilfen an die kommunalen Aufgabenträger der Wasser- und Abwasserentsorgung für Beitragsstundung mit einem zusätzlichen Deckungsvermerk für weitere Ausgaben im Rahmen des Strukturhilfeprogramms zu verwenden. Das Zinshilfeprogramm des Innenministeriums wurde, wie zumindest die Abgeordneten der 2. Legislaturperiode wissen werden, für fünf Jahre mit insgesamt 250 Mio. DM aufgelegt. Obwohl in den vergangenen Jahren die zur Verfügung gestellten Mittel nicht vollständig abgerufen wurden, sollen aber auf Antrag der CDU-Fraktion die nicht verwendeten Mittel dieses Zinshilfeprogramms eine Rücklage bzw. die Minderausgaben im Bereich der Strukturhilfe eingesetzt werden, also dort, wo die Mittel in Höhe von insgesamt 250 Mio. DM ursprünglich auch vorgesehen waren. Der Antrag der SPD-Fraktion, das Zinshilfeprogramm für Wasser und Abwasser auf die zinslose Stundungsregelung der Straßenausbaubeiträge auszuweiten, geht insoweit also fehl. Man kann nämlich nicht, und ich will es an einem Beispiel festmachen, ein Haus, was in Flammen steht, deshalb nicht weiter löschen, weil man meint, im Löschzug sei noch Wasser im Tank, und geht zum nächsten Haus und will das löschen. Man muss schon einen Brand erst einmal regeln, bevor man zum nächsten übergeht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die zinslosen Stundungen sind ein taugliches Mittel, die Last für die Bürger nicht weiter ansteigen zu lassen, aber tatsächliche Gebührensenkungen im Rahmen der Strukturhilfe im Bereich Wasser und Abwasser gehen eindeutig weiter. Dass dies der richtige Weg ist, zeigt nicht zuletzt die Fusion der Abwasserzweckverbände von Arnstadt und dem südlichen Ilmtal. Angesichts der Mittel aus dem Strukturhilfeprogramm konnten dort die Beiträge und Gebühren für die Bürger in dieser Region um die Hälfte gesenkt werden.

Meine Damen und Herren, dies zeigt auch, dass es vor allen Dingen die Pflicht der Parteien hier im Thüringer Landtag ist, die Aufgaben und Interessen der Bürger tatsächlich wahrzunehmen und damit letztendlich auch das Ansinnen von Bürgerinitiativen, die sich genau aus solchen Gründen nämlich gebildet haben, überflüssig zu machen.

Meine Damen und Herren, ich will aber auch noch auf zwei weitere Dinge eingehen, insbesondere auf die Wortmeldung des Abgeordneten Dittes. Ich will nicht darauf eingehen, dass die PDS beantragt hat, dazu haben andere gesprochen, die Nettoneuverschuldung um 100 Mio. DM anzuheben. Angesichts der Diskussion, dass wir endlich tatsächlich in Thüringen sparen und noch mehr sparen sollten, geht dieser Antrag fehl, nicht zuletzt deshalb, weil natürlich alle, auch die Kommunen und das Land, die Leistungen, die Zinsen und die Tilgung für zusätzliche Kredite aufbringen müssen. Die kommunale Familie steht nämlich auch in dieser Aufgabe gemeinsam. Das ist kurzfristig gedacht, wenn man glaubt, mit einer kurzfristigen Kreditaufnahme von 100 Mio. DM seien alle Sorgen in diesem Land beseitigt. Das wissen Sie genauso gut wie ich, dass dieser Antrag nur populistisch ist und letztlich in diesem Haus auch keine Mehrheit finden kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, aber viel entscheidender und dramatischer ist eigentlich tatsächlich die Untersetzung der zahlreichen PDS-Anträge. Es reicht nämlich nicht aus, nur Anträge zu stellen, weil man Anträge will, da man meint, man ist die Opposition und denkt, man muss mehr Anträge stellen, als das Haushaltsvolumen vielleicht insgesamt ausmacht. Entscheidend ist doch die Deckung dieser Anträge. Sie haben zahlreich Ihre Anträge zum Innenministerium damit begründet, den Verfassungsschutz aufzulösen. Sie haben auch ausgeführt, warum Sie das so sehen. Ich weiß auch, das habe ich mittlerweile selbst als neuer Abgeordneter mitbekommen, dass der Abgeordnete Dittes da sein Steckenpferd sieht und meint den Robin Hood in dieser Frage spielen zu müssen.

(Zwischenruf aus dem Hause: Schon jahrelang.)

Aber etwas anderes ist entscheidend, Steffen Dittes. Bürgerinnen- und Bürgerschutz so, wie Sie das formuliert haben, ist nämlich auch dort Schutz für die Bürger, um sie

vor linken und rechten Extremisten zu schützen. Diese Aufgabe hat auch der Verfassungsschutz, deshalb ist es völlig fehl, den aufzulösen.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht noch ein Letztes, und das will ich auch ganz persönlich sagen, weil Sie so ganz emotionslos und völlig, ich weiß nicht, ohne Nachdenken Begriffe verwendet haben, "Verfassungsschutz" und "Staatssicherheit", da war ziemlich viel Gleiches dabei.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Nachgedacht habe ich sehr wohl.)

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Also noch schlimmer.)

Nein, hören Sie doch einfach zu. Vielleicht kann ich Ihnen empfehlen, einen Blick in die dritte Etage des Thüringer Landtags zu werfen, die CDU-Fraktion hat heute eine Ausstellung eröffnet zu Opfern des Stalinismus und zur SED-Diktatur. Vielleicht empfiehlt sich tatsächlich ein Blick dahin, dann werden Sie sehen, dass zwischen dieser Diktatur, die wir die ganze Zeit erlebt haben - wir beide als Jüngere nicht vollständig -, aber was dort passiert ist, ist auf keinem Fall damit zu vergleichen, was die Aufgaben des Verfassungsschutzes hier in Thüringen sind.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Sicher, aber das Prinzip ist dasselbe.)

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Das ist zu hoch für ihn.)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur SPD und vielleicht auch noch ein Wort zum finanzpolitischen Sprecher, der sich ja gestern emotionsvoll und ausführlich zum Haushaltsentwurf der Landesregierung geäußert hat.

Frau Präsidentin, ich darf zitieren? Der Abgeordnete Höhn hat gestern gesagt: "Leider hat sich die CDU jedoch nicht auf einen für die Sache fruchtbaren Streit eingelassen. In geradezu beängstigender Gleichmäßigkeit wurde im Haushalts- und Finanzausschuss alles niedergestimmt, was niedere Zustimmung ging." Gut gebrüllt Löwe, könnte ich da sagen, aber es ist tatsächlich mehr, meine Damen und Herren. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat dieser Tage gesagt, der CDU fehle der Mut zur Klarheit. Ich glaube eher, ihm fehlt der Mut zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört nämlich mehr dazu, als nur bestimmte Rituale zu pflegen. Ich habe festgestellt, es gibt sehr viele dieser Rituale. Eines dieser Rituale ist nämlich auch - Sie dür-

fen nicht vergessen, es war ein PDS-Abgeordneter, der die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses leitete und es hatten weder die PDS noch Sie ein Interesse daran, überhaupt nur einen von den 240 Änderungsanträgen auch nur ausführlich oder im Ansatz diskutieren zu wollen. Das gehört nämlich auch zur Wahrheit dazu, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Das ist doch eine Frechheit!)

(Beifall bei der CDU)

Sehr verehrte Frau Dr. Wildauer, noch zwei Worte zum Kommunalen Finanzausgleich. Ich will diesen nur anreißen und ganz kurz noch einmal sagen, weil wir auch im Rahmen der Gesetzesänderung zum Finanzausgleichsgesetz noch einmal dazu kommen werden, es ist nicht zu übersehen, dass der Finanzausgleich auf 94 Mio. DM erhöht wurde und allein sich die Auftragskostenpauschale in Thüringen um 50 Mio. DM erhöhen würde. Mit der dritten Änderung zum FAG erreichen wir noch viel mehr mit dem Geld, was wir jetzt zusätzlich eingestellt haben. Wir erreichen nämlich zum einen mehr Geld für die Landkreise, die nämlich ihren Anteil aus der Auftragskostenpauschale an die kreisangehörigen Gemeinden nicht weitergeben müssen, und wir erreichen zusätzlich 18,77 DM pro Einwohner für die kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen, die dieses Geld für ihre vom Land Thüringen übertragenen Aufgaben künftig selbst verwenden dürfen und selbst verwalten können. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es ist völlig falsch und völlig populistisch, hier dauernd davon zu reden, die Gemeinden und Städte in Thüringen sind benachteiligt.

Meine Damen und Herren, ich will es auch noch an einem anderen Beispiel festmachen, weil Frau Dr. Wildauer auch eine Statistik verwendet hat, von der auch dieser Tage in der Zeitung zu lesen war. Es gehört nicht mehr dazu, auch hinter die Statistik zu schauen, und es ist deshalb nicht richtig, zu meinen, in Thüringen würde das wenigste Geld pro Einwohner für die Gemeinden gezahlt. Wir dürfen nicht vergessen, dass im Land Thüringen z.B. im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt die Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen noch nicht vollständig kommunalisiert sind und wir natürlich einen Großteil dieser Personalkosten noch nach wie vor im Haushalt tragen, aber außerhalb des KFA, und im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt dort schon 1992 die Kommunalisierung erfolgt ist. Nicht zuletzt, ich möchte Ihr Geschrei hören, wollen wir nicht vergessen, dass auch die Personalkosten der Hortnerinnen im Land Thüringen vom Land selbst übernommen werden und außerhalb des KFA finanziert werden über die Personalkosten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn schon, spielen Sie mit offenen Karten und vergessen Sie nicht, dass tatsächlich

auch in diesem Haushalt mehr Geld für die Kommunen zur Verfügung steht. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bevor ich den nächsten Abgeordneten aufrufe, Herr Abgeordneter Gerstenberger, für die Bemerkung "Frechheit" erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Wir klären aber im Moment, inwiefern Sie das Rederecht noch einmal bekommen, um zu der Behauptung zu sprechen.

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Wetzel, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, im Einzelplan 19, zu dem ich hier sprechen möchte, werden die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Förderung des Städtebaus und das Wohngeld wieder in einem gesonderten Einzelplan erfasst. Bei diesem Haushalt handelt es sich dabei in wesentlichen Teilen um einen Investitionshaushalt, der die Schaffung von Arbeitsplätzen in Thüringen fördert und den Erhalt von Arbeitsplätzen in Thüringen sichern hilft. Es ist Arbeit und es sind Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt. Vom Wohnungsbau, einem Kernstück der sozialen Marktwirtschaft, ausgehend, an Standards und Ausstattung ist leicht eine Gesellschaft zu erkennen und bewertbar zu machen. Wohnen ist ein Grundrecht und Grundbedürfnis unserer Menschen und damit spiegelt es die soziale Leistung eines Landes im Wohnen auch wider. Das Finanzvolumen gesamt im Ansatz für 2000 beträgt 831 Mio. DM, davon 302 Mio. DM für den sozialen Wohnungsbau und 309 Mio. DM für den Städtebau, Förderung und Wohngeld 220 Mio. DM. Die Mittel werden über Zuweisungen des Bundes entsprechend der Komplementärfinanzierung des Freistaats Thüringen und eigenständige Fördermittel des Freistaats Thüringen bereitgestellt. Die Bundesanteile, meine Damen und Herren, haben sich gegenüber den Vorjahren erheblich verringert. Der Wohnungsmarkt in Thüringen hat sich im Vergleich zu Beginn der 90er Jahre deutlich entspannt. Er hat sich zu einem Angebotsmarkt gewandelt. Die Belegungsdichte pro Wohnung ist weiter gesunken und die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner weiter angestiegen. Deutlich erhöht hat sich der Anteil des selbstgenutzten Wohneigentums auf 39,2 Prozent, womit Thüringen deutlich über dem Durchschnitt der neuen Länder bei 31,2 Prozent liegt. Darüber hinaus wurde die Ausstattung der Wohnungen deutlich verbessert. Ich höre immer noch die Rufe aus den Jahren 1990 bis 1992/93 in diesem Hause, wo es noch nicht klar absehbar war, was im Wohnungsbau geschehen wird und wie es im Wohnungsbau mit dieser Masse und Fülle von Aufgaben doch wohl weitergeht, dass Hunderttausende von Thüringerinnen und Thüringern ja wohl in den nächsten Jahren unter Brücken schlafen müssen. Das ist nun von den Damen und Herren rechts und links von mir immer

wieder zitiert worden.

Cirka ein Drittel des gesamten Wohnungsbestandes ist grundhaft modernisiert und instand gesetzt worden. Ein weiteres Drittel wurde teilmodernisiert und ein weiteres Drittel ist noch zu modernisieren bzw. instandzusetzen.

Aufgrund dieser geänderten Bedingungen ist es folgerichtig, dass der Schwerpunkt im sozialen Wohnungsbau die Modernisierung des Wohnungsbestandes entsprechend des Wohnumfeldes natürlich bleibt, der Neubau und Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum etwas nachrangig verfolgt wird und die Förderung des Mietwohnungsneubaus nur noch in ganz ausgewählten Vorhaben erfolgen wird. Insgesamt sind es nur noch 140 Wohnungen pro Jahr.

Die Bundesmittel im sozialen Wohnungsbau wurden auch hier weiter gekürzt. Auf Forderung der neuen Länder hat die Bundesregierung die Erhöhung des Modernisierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau um 10 Mrd. DM neu aufgelegt und eingestellt. Der Thüringer Anteil beträgt 1,6 Mrd. DM und die über dieses Modernisierungsprogramm ausgereichten Kredite sind gegenüber dem Kapitalmarktzins um 2 Prozent abgesenkt, wobei hier die Hälfte der Zinsabsenkung erstmals auch der Freistaat Thüringen zu tragen hat. Mit der Einstellung dieser Mittel in den Haushalt bekennt sich unser Freistaat zur Mitfinanzierung und schafft damit zinsgünstige Kreditprogramme und damit auch Investitionssicherheit für Wohnungsunternehmen und Private. Durch die Bereitstellung dieser Mittel ab dem Jahre 2001 kann die gesamte Entwicklung im sozialen Wohnungsbau trotz des Rückzugs des Bundes aufgrund der freiwilligen Leistungen Thüringens angemessen weitergeführt werden.

Die Thüringer Wohnungswirtschaft selbst spricht von einer kleinen Erfolgsstory und wir hoffen, dass es mit diesen aufgelegten Mitteln auch nach 2001 in dieser kleinen Erfolgsstory weitergeht, um das restliche Drittel der Wohnungen noch zu sanieren und zu modernisieren. Dass die Schlachtrufe "Wie bei Honecker wohnen und wie bei Kohl bezahlen" ein Ende haben.

Die Förderung des Städtebaus, meine Damen und Herren, geht natürlich in den nächsten Jahren zielstrebig voran. Im Bereich der Städtebauförderung bleibt die städtebauliche Erneuerung im Bereich der Städte und Dörfer wichtigste Forderung. Die begonnenen Innenstadtinitiativen werden weitergeführt, das wesentliche Aufgabenfeld der Städtebauförderung ist die Umgestaltung der großen Neubaugebiete, welche zu attraktiven Wohnstandorten weiterentwickelt werden sollen. Auch wenn der Programmansatz "soziale Stadt" durch den Bund unzureichend abgedeckt ist, werden wir dieses Thema aufnehmen als Freistaat und positive Zeichen in unserem Lande setzen. Unsere Zielstellung, meine Damen und Herren, muss es sein und bleiben, die Innenstädte des Freistaats zu beleben. Wir müssen der begonnenen Suburbanisation entgegenwirken, den Bauten

auf der grünen Wiese, und wir müssen mit sozialer Mietwohnungsneubauförderung, mit Städtebauförderung und Innenstadtförderung diese Kräfte bündeln, um unsere Innenstädte zu einem urbanisierten neuen Leben zu erfüllen.

Das Wohngeld: Die Landesregierung hat sich im Bundesrat erfolgreich dafür eingesetzt, dass die jetzige Rechtslage beim Wohngeld beibehalten wird, der Bund wird das Wohngeld also auch weiterhin zur Hälfte mitfinanzieren; der Haushaltsansatz für das Jahr 2000 beträgt hier 220 Mio. DM und somit 10 Mio. DM mehr, als es im Jahre 1999 zu Buche stand. Meine Damen und Herren, zukünftig auch hier der wichtige Satz: Soziale Leistungen müssen dem wirklich Bedürftigen künftig zugute kommen und nicht an ihm vorbei.

Uns liegt ein Änderungsantrag der PDS-Fraktion vor zu Kapitel 19 04 Titel 883 12 - Zuweisungen an Städte und Gemeinden zur Wohnumfeldverbesserung in Wohngebieten -, hier waren seitens der Landesregierung realistisch und machbar eingeordnet 20 Mio. DM. Die PDS fordert hier in einem Änderungsantrag, plus 4 Mio. DM aufzusatteln. Ich wiederhole mich nur ungern, aber mein Kollege Mohring hat es eben getan im 17er Einzelplan und Herr Fiedler hat es heute Morgen getan im 03er Einzelplan, ich tue es jetzt im 19er Einzelplan. Auch hier wird von Ihnen der Verfassungsschutz und die verdeckte Ermittlung herbeigerufen, um damit die Deckungslücke zu schließen. Unserer Meinung nach sind das sehr unseriöse Deckungsvorschläge und unserer Meinung nach, meine Damen und Herren, auch wenn hier einige dabei sind, die in der 2. Legislatur nicht dabei waren, ich sage es nur ungern, aber ohne Waffen Ruinen schaffen, das ist nun einmal ein Problem, das hat Ihre Vorgängerpartei bis 1989 geschafft.

(Beifall Abg. Kretschmer, CDU)

Was wir jetzt abarbeiten müssen, ist letztendlich das, was das SED-System uns hinterlassen hat, und dass es zehn Jahre dauert und immer noch andauert, das ist ein Zeichen dafür, wie weit heruntergewirtschaftet Wohnumfeld war. Ein Schalk, sage ich da, wer nichts Böses denkt. Und an meine Kollegen von der SPD-Fraktion sage ich ein altes Sprichwort: "Dic milii amicos tuos et dico qui tu es."

(Unruhe im Hause)

zu Deutsch ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Wetzel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Ich habe noch, Frau Präsidentin, 10 Sekunden. Ich möchte es gern in Deutsch sagen: "Sage mir, wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist."

(Beifall bei der CDU)

Wir lehnen den Antrag ab. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Jetzt bin ich überzeugt.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Aus der Mitte des Hauses liegen mir keine weiteren Remeldungen vor. Herr Minister Köckert, einen kleinen Moment bitte. Wir haben also wie folgt den Umstand geklärt, dass der Abgeordnete Gerstenberger daraufhin, dass er sachlich und persönlich als Ausschussvorsitzender angegriffen worden ist, die Möglichkeit hat, zum Verhandlungsgegenstand noch einmal für fünf Minuten sein verfassungsmäßiges Rederecht in Anspruch zu nehmen, und zwar am Ende der Behandlung des Einzelplans 03. Und jetzt Herr Minister, bitte.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterscheide mich sicher nicht von meinen Kollegen, die heute Abend noch hier reden werden, wenn ich sage, dass ich mir für die drei vom Thüringer Innenministerium bewirtschafteten Einzelpläne an der einen oder anderen Stelle mehr Spielräume wünschen würde. Das trifft auch insbesondere für den Bereich der Investitionen bei der Polizei und bei der Feuerwehr zu. Aber wenn das Geld knapp wird, dann muss man Prioritäten setzen, Prioritäten, damit die Mittel noch effizienter eingesetzt werden müssen, und wir müssen in den Bereichen dann auch die Ziele klarer definieren. Für den Bereich der inneren Sicherheit und der Polizei bedeutet das, dass wir gerade im Bereich Polizei vor großen Herausforderungen stehen, so bei der Bekämpfung des Extremismus, aber auch durch die generelle Zunahme von Straftaten und schweren Verkehrsunfällen. Auch dem rasanten Fortschritt der Technik, den die Straftäter geschickt für ihre Zwecke zu nutzen wissen, muss sich die Polizei stellen, damit Straftäter bei ihrem Nutzen keinen Vorsprung haben.

Die Inventur, die wir in meinem Geschäftsbereich seit meinem Dienstantritt am 1. Oktober 1999 gemacht haben, hat für den Bereich der Polizei so manches Defizit aufgedeckt, das in den vergangenen Jahren negiert wurde, ja, bisweilen sogar produziert wurde.

(Beifall bei der CDU)

Defizite, die in den letzten Jahren durch fehlende oder unzulängliche Konzepte und Versäumnisse entstanden sind, so beispielsweise im Zuge der Auflösung des Polizeipräsidiums. Dies erfolgte, ohne dass gleichzeitig die Aufgaben des Präsidiums in jedem Fall vernünftig und eindeutig neu zugeordnet worden wären.

(Beifall bei der CDU)

Manchmal blieben auch ganz einfache Aufgaben liegen. Zunehmende Belastungen sind aber auch dadurch entstanden, dass in den letzten Jahren entgegen vielfacher Ankündigung keine nennenswerten Fortschritte bei der Entlastung der Polizeivollzugsbeamten von vollzugsfremden Aufgaben gemacht wurden.

(Beifall bei der CDU)

Und hier, meine Damen und Herren, wollen und müssen wir gegensteuern.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen gegensteuern durch Ausschöpfung der vorhandenen Planstellen, durch die perspektivische Beschränkung der Arbeit der Polizei auf die Kernbereiche des polizeilichen Aufgabenfeldes, durch mehr Polizeipräsenz auf den Straßen, durch Maßnahmen zur Verbesserung der Aus- und Fortbildung, durch eine verbesserte internationale Zusammenarbeit und die intensivere Zusammenarbeit auch mit den anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

Um hier unsere Ziele zu definieren und die Weichen richtig zu stellen, wird derzeit ein komplexes Polizeientwicklungskonzept für Thüringen erarbeitet, das ich Ihnen noch in der ersten Jahreshälfte 2000 vorstellen werde.

(Beifall bei der CDU)

Und dazu, als Bestandteil dieses Entwicklungskonzepts, gehört auch ein Personalkonzept, das den besonderen Anforderungen, die an die Polizei gestellt werden, besser als bisher gerecht wird. Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf 200 zusätzliche Hebungen im Stellenplan der Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Die angestrebten Hebungen im Stellenplan für die Polizei werden dringend benötigt, um notwendige zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen. Mit insgesamt 300 Hebungen im Stellenplan würden wir eine weitere Annäherung auch der Dienstpostenpläne erreichen, die der eigentlichen Bewertung der Stellen entsprechen, und es würde eine bessere Verteilung der Stellen innerhalb der Laufbahngruppen ermöglicht. Und damit, Herr Pohl, der Sie das Vergnügen haben jetzt hinter mir zu sitzen, werden die Voraussetzungen für eine sachgerechte Personalpolitik und Polizeientwicklung deutlich verbessert.

(Beifall bei der CDU)

Wir tragen damit nicht zuletzt den gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen an die Polizei Rechnung. Indem wir auf das Budget verweisen, wird auf Handlungs-

spielräume und gesunde Strukturen vertraut und auf einen verantwortlichen Umgang mit Haushaltsmitteln. Es ist eben gerade nicht ein unsoliden Schaufensterturnen in Sachen Stellenhebungen, Herr Kollege Pohl. Es kann und wird sofort eine Deckung genannt, das ist eigentlich nicht nötig. Aber Ihre Fraktion, Herr Kollege Pohl, hätte das dank der jahrelangen Erfahrungen in diesem Haus längst selbst tun können.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne Ihnen einige Möglichkeiten der Deckung für diese Stellen. Mögliche Deckung z.B. aus der Senkung der bezahlten Überstunden; im Jahr 1998 waren es immerhin 201.357 Stunden. Man kann auch an die insgesamt Senkung aller Überstunden denken; das waren immerhin im Jahr 1998 696.841 Stunden. Eine Absenkung dieser bezahlten Überstunden bietet schon ein beträchtliches Finanzreservoir.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, man erreicht auch eine Senkung der Personalkosten, indem man überflüssige Abordnungen vermeidet,

(Beifall bei der CDU)

die in der Zeit meines Vorgängers nicht gering waren, indem man Einsatzplanungen mit reellem und vernünftigem Kräfteansatz durchführt und nur, wenn unbedingt notwendig, Fremdkräfte herbeiführt. Ich denke, man erreicht auch eine Senkung der Kosten, indem man systematisch die seit Jahren erstrebte Laufbahnverteilung aufbaut, das heißt mit der Schaffung der gehobenen Dienstposten. Das ist eine Aufgabe, die übrigens seit 1992 steht und der wir auch in der vergangenen Legislatur viel zu wenig nahe gekommen sind. Die Polizei, Herr Kollege Pohl, wird es der SPD-Fraktion nicht danken, wenn sie meint und wenn Sie mich auffordern, dilettantisch zu arbeiten, wie es bisweilen in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Zuerst aber auch nicht.)

Und, Herr Dittes, erlauben Sie mir noch etwas ... Nun ist er nicht da. Oder sitzt er hinten? Nein, das ist der Kollege Braasch.

(Heiterkeit im Hause)

Erlauben Sie mir - Sie können es ja Herrn Dittes ausrichten -, es ist natürlich eine Heuchelei besonderer Güte, wenn man einerseits sich der Mitarbeit in der PKK verweigert, denn die PKK ist der richtige Ort für mancherlei Auskünfte, die Herr Dittes beklagt, hier in diesem Haus in der Öffentlichkeit nicht zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wer dann die PKK als eine parlamentarische Geheimstruktur diffamiert, der ist weit weg eigentlich von Forderungen nach wahrer Demokratie, die er immer vor sich herträgt, als wäre er ihr einziger Vertreter in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Bei uns heiligt der Zweck eben nicht die Mittel, was von 1933 bis 1989 in diesem Land der Fall war - ganz sicher nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall Abg. Jaschke, CDU)

Zur Finanzausstattung der Kommunen ist nicht viel zu sagen. Herr Mohring hat hier eine ganze Menge ausgeführt. Wir werden im Kommunalen Finanzausgleichsgesetz in dieser Debatte einiges tun, um hier noch mehr Aufklärung zu schaffen. Dazu gehört auch, dass die gestärkten Mittel nicht nur in die Ausgleichszahlungen für übertragene Leistungen gegangen sind, sondern dass wir auch den Kindergarten um einen Betrag von 20 Mio. DM mehr aufstocken mussten. Das geht meist unter. Außerdem bedarf der Landesausgleichsstock einer Aufstockung. Wir werden mit ca. 31 Mio. DM im Jahr 2000 hinkommen müssen. Man bedenke, welche Zahlen in den Vorjahren zur Verfügung standen; zu Bestzeiten war der Ausgleichsstock mit 150 Mio. DM gefüllt.

(Beifall bei der CDU)

Sie dürfen, Herr Pohl

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Luftnummer.)

und Kollege Höhn und andere, die hier das Wort ergreifen und sagen, das wäre so ganz furchtbar, nie vergessen, dass Sie auch etwas gemessen werden an der bisherigen Führung des Hauses und dass da sehr gut Vergleiche zu ziehen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, drei Sätze zu Wasser/Abwasser: Die Ursachen der Probleme sind bekannt. Wir haben lang und breit hier oft darüber diskutiert. Natürlich sind wir unterschiedlicher Meinung. Die einen sagen, in der 1. Legislatur ist alles verschlampt worden; die anderen sagen, in der 1. Legislatur bestand ein riesiger Handlungsdruck, Fehler waren nicht zu vermeiden. Wir haben in der 2. Legislatur viele Instrumente eingeführt, um eine Besserung der Situation zu schaffen. Die Besserung ist auch eingetreten, wir sind nur noch nicht am Ziel. Einen Fehler hatte die Konstellation in der 2. Legislatur, dass man zu arg darauf bedacht war, dass das eine Ressort nicht in die Mittel des anderen Ressorts eingriff und dass man deshalb zu wenig flexibel war in der Handhabung der Fördermöglichkeiten in Sachen Wasser und Abwasser. Dieses wird durch die Anträge, die die CDU-Fraktion gestellt hat, beseitigt. Wir können jetzt die Mittel sehr flexibel einsetzen für die Bereiche, in denen es tatsächlich nötig ist

und bei denen wir garantieren können, dass die Mittel auch tatsächlich abfließen zum einen, und dass wir zum anderen nicht Rückstellungen bilden müssen in Größenordnungen, die auf der einen Seite in zweistelligen Millionensummen ungenutzt herumliegen und auf der anderen Seite müssen wir Nettokreditaufnahmen erhöhen. Das brauchen wir nicht mehr und darüber können wir eigentlich sehr froh sein.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Letztes zum Wohnungsbau: Meine Damen und Herren, absoluter Schwerpunkt im sozialen Wohnungsbau bleibt die Modernisierung des Wohnbestandes sowie des entsprechenden Wohnumfeldes. Erst danach folgt der Neubau und der Erwerb selbst genutzten Wohneigentums. Bei dem stehen wir übrigens gar nicht so schlecht, wir haben einen sehr hohen Prozentsatz Wohneigentum. Als positives Element für den Etat 2000 stellt sich die Erhöhung des Modernisierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau um 10 Mrd. DM dar. Das bietet für Thüringen einen Kreditrahmen von 1,6 Mrd. DM. Das, denke ich, ist eine große Summe, die wir in den nächsten Jahren ausschöpfen können. Die Bereitschaft des Freistaats Thüringen zur Mitfinanzierung bedeutet günstige Kredit Chancen mit Investitionssicherheit für Wohnungsunternehmen und Private und sichert Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. Und das, denke ich, kann diesem hohen Hause nur recht sein, denn wir wissen genau, dass gerade in der Bauwirtschaft die Situation hoch problematisch war.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen, weil vorhin hier Latein zitiert wurde, ich sage es deutsch: Plutarch, dieser alte antike Schriftsteller, schrieb einmal: "Der Haushalt ist der beste, in dem man nichts Überflüssiges will, aber auch nichts Notwendiges entbehrt." Das, glaube ich, sind zwei gute Teilsätze: nichts Überflüssiges zu wollen, aber nichts Notwendiges entbehren zu müssen. Ich gebe zu, die Einzelpläne meines Hauses sind vielleicht noch nicht ganz deckungsgleich mit diesem Ideal, aber wir haben uns dem stark angenähert. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Gerstenberger, bitte.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zur Klarstellung: Es wurde hier den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses unterstellt, dass sie nicht in ausreichendem Maße bereit wären, sachlich über Inhalte zu diskutieren. Ich möchte ein für alle Mal für mich und für die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses klarstellen,

(Unruhe bei der CDU)

dass wir bereit sind, sachlich zu diskutieren. Das hat die Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses im Zusammenhang mit der Haushaltsdiskussion in fünf Beratungen bewiesen, dass wir das können.

Zweitens: Innerhalb der Beratungen sind weit über 99 Prozent des gesamten Diskussionsbedarfs insbesondere von den Oppositionsfraktionen gestaltet worden, was diese Bereitschaft nachdrücklich unterstützt.

Drittens: Es hat ein eindeutig geregeltes Verfahren gegeben, in dem die Änderungsanträge abgestimmt wurden und wo jedem - jedem - Mitglied dieses Ausschusses die Fragemöglichkeit als auch die Erklärungsmöglichkeit gegeben war.

Viertens: Eine Behauptung in diesem Zusammenhang zu treffen, Herr Mohring, es hätte kein Interesse an der Diskussion gegeben, ist schlicht und ergreifend falsch. Ich weise deshalb diesen Eindruck, den Sie hier vermittelt haben, im Namen aller Ausschussmitglieder zurück und ich beziehe Sie ausdrücklich an dieser Stelle mit ein. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS)

(Unruhe bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Redemeldungen zur Aussprache zum Einzelplan 03 in Verbindung mit den Teilen des Einzelplans 17 vor, die das Innenministerium betreffen, und zum Einzelplan 19. Damit schließen wir die Aussprache dazu.

Ich rufe auf die Beratung des **Einzelplans 04 - Kultusministerium -**. Als erste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet, Frau Abgeordnete Dr. Stangner, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Stangner, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst ein paar grundsätzliche Ausführungen zum Stellenwert von Bildung machen, damit man diesen gerade auch in Haushaltsverhandlungen oder -beratungen nicht aus dem Auge verliert. Ich möchte mich dabei, Frau Präsidentin, ich hoffe, Sie gestatten dies, auf Aussagen der UNESCO aus ihrem Bericht zur Bildung im 21. Jahrhundert beziehen. Dort heißt es, gestützt auf die Grundprämisse, dass Bildungsinvestitionen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften sind, u.a.:

Bildung spielt "bei der Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft eine fundamentale Rolle". Bildung ist dabei "nicht ... Wundertrank oder Zauberformel, die die Tür zu einer Welt voller Ideale öffnet, sondern eines der

wichtigsten Mittel, um die Entwicklung der Menschen besser und in größerem Einklang zu fördern. Mit ihrer Hilfe können Armut, Ausgrenzung, Unwissenheit, Unterdrückung und Kriege verringert werden". Bildung ist "ein ständiger Prozess ... Kenntnisse und Fertigkeiten zu verbessern. Sie ist auch - vielleicht dies in erster Linie - ein außergewöhnlich gut geeignetes Mittel für die persönliche Entwicklung und den Aufbau von Beziehungen zwischen Individuengruppen und Nationen."

(Beifall bei der SPD)

Ich habe im Interesse der Thüringer Jugend die Hoffnung, dass mit den neuen Thüringer Rahmenlehrplänen inhaltlich eine Basis gegeben ist, einen solchen Bildungsansatz zu verfolgen. Die Praxis wird es - auch im internationalen Vergleich - zeigen, wie die Lehrpläne solche Erwartungen tragen. Als eine wichtige Voraussetzung dafür ist natürlich die Unterrichtsversorgung anzusehen. Unterricht der ausfällt, kann nicht zu einer solchen Bildung und Erziehung oder Wertebildung beitragen. Meine Fraktionskollegin, Frau Neudert, hat bereits auf eine wesentliche Ursache für den Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen, der Eltern, Lehrern und Schülern zu Recht stark beunruhigt, hingewiesen. Der Abbau von Lehrerstellen wurde schneller vorgenommen, als es der Schülerrückgang und auch die Schulnetzplanung erforderten. Die Landesregierung verfolgt den Abbauplan weiter, obwohl die Schwierigkeiten mit der Unterrichtsabdeckung sich auch in diesem Schuljahr wieder zeigen. In der Zeit vom 20. bis 24.09.1999 - ich stütze mich hier auf offizielle Zahlen, ich sage das gleich dazu - also nur in einer Woche gab es in den allgemein bildenden Schulen einen globalen Ausfall von 3,5 Prozent,

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Der dürfte viel größer sein.)

davon in den Gymnasien ca. 4 und in den Förderschulen 5 Prozent. Der Anteil an Ausfällen durch längerfristige Krankheit oder mangels geeigneter Bewerber für die Lehrerstellen habe 1,9 Prozent betragen. Abweichend von der Studententafel im Plan nicht enthaltener Unterrichtsstunden habe es in dieser einen Woche einen Ausfall in einer Höhe von rd. 1,58 Prozent gegeben. Die Hauptschule habe dies mit 7,09 Prozent betroffen. Was ist, wenn sich das so fortsetzt, weil keine ausreichende Gegensteuerung erfolgen kann? Zu den berufsbildenden Schulen liegen uns keine aktuellen Zahlen vor. Dort dürfte das Problem nicht kleiner, eher größer sein. Kinder und Jugendliche sind uns viel zu wichtig, als dass wir hier Dramatik aufmachen wollen, aber alle Formen von Beschwichtigungsversuchen halten wir auch für verfehlt. Ausreichende, ich betone, ausreichende Veränderungen mit entsprechender Qualität sind notwendig. Dazu gehört auch, die Problematik in ihrer Komplexität zu sehen.

Meine Damen und Herren, natürlich gehen beginnend seit 1997/98 die Schülerzahlen in den nächsten Jahren zurück, aber der Abbau der Lehrerstellen nach dem Abbauplan von

1995 erfolgt eben nicht den tatsächlichen demographischen Verhältnissen entsprechend und liefert dadurch einen wesentlichen Grund für fehlende Reserven, damit Unterrichtsausfall gar nicht erst entstehen kann. Um über solche Reserven zu verfügen, haben wir für einen Stellenpool in Kapitel 04 05 des Einzelplans plädiert, aus dem bei nachgewiesenem Bedarf Potenziale abgerufen werden könnten. Wir sind nämlich nicht der Überzeugung, dass sich die Probleme allein über Budgetierung oder Flexibilisierung lösen lassen. Da gab es ja heute auch schon Zweiflerinnen aus einer anderen Fraktion in einem anderen Zusammenhang, aber unser Antrag wurde abgelehnt.

Aus dem Pool ließe sich darüber hinaus Weiteres speisen. Ich denke hier besonders an den unbedingt notwendigen Einstellungskorridor zur Harmonisierung der Altersstruktur im Lehrerbereich. Ich denke z.B. auch an Abminderungsstunden für Lehrer, die sich im Rahmen eines möglichen Sonderprogramms im dienstlichen Interesse berufsbegleitend für Fächer und Richtungen qualifizieren Lehrkräften, wenn nicht gar einen Notstand gibt. Dies betrifft vor allem die Bereiche Förderschule - und aus der Mitte dieses Hauses kam es ja vorhin als Zwischenruf auch schon - auch den berufsbildenden Bereich. Wir sind gern bereit, diese Vorstellungen im Gespräch genauer zu untersetzen. Das muss dann aber auch gewollt sein.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Meine Damen und Herren, Unterrichtsausfall führt zu Defiziten in auszubildenden Kompetenzen. Sicher gibt es Schülerinnen und Schüler, die diese problemlos kompensieren können. Bei anderen aber bleiben Spuren, die nicht oder nur mit größeren Aufwendungen, z.B. über familiäre oder außerfamiliäre Nachhilfe und dann verbunden mit physischen und psychischen Belastungen für die Schüler, was ich für fragwürdig halte, gegebenenfalls auch verbunden mit finanziellen Belastungen gelöst werden können. Da müssen Sie uns schon die Frage nach der Qualität von Bildung, aber auch die nach der Chancengleichheit gestatten. Mit Chancengleichheit, ich sage nicht Gleichmacherei und ich meine dies auch nicht, hat das dann aber nichts mehr zu tun. Und auch die Abstriche in der Bildung sind in diesem Zusammenhang für uns nicht akzeptabel. Für uns sind Qualität von Bildung und damit von Schule und Chancengleichheit zwei wichtige Prämissen unseres bildungspolitischen Verständnisses, und ich erinnere mich an Diskussionen in den letzten Tagen, so etwas taucht ja nun auch bei anderen Parteien auf.

Wenn in diesem Zusammenhang Klage über freie Stellen im Schulbereich und nicht vorhandene Bewerber geführt wird, überhören wir diese keineswegs und sie beunruhigen uns auch sehr. Wir nehmen schon auch zur Kenntnis, dass es jetzt Versuche der Gegensteuerung gibt, nur reichen sie offensichtlich bei weitem nicht aus. Das Fehlen von geeigneten Bewerbern ist auch eine Folge der Personalpolitik der Landesregierung in den vergangenen Jahren. Die allgemeine Diskreditierung des Lehrerberufs, Berufsun-

sicherheiten, Reden aus dem Regierungsumfeld im Zusammenhang mit der Schließung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule Erfurt, über nicht vorhandenen Lehrbedarf etwa bis zum Jahre 2013 bis 2015, natürlich auch die sinkenden Schülerzahlen, haben die Zahl der Lehramtsstudierenden rapide zurückgehen lassen. Hinzu tritt das Abwanderungsproblem, das sich gegenwärtig aus der unterschiedlichen Einstellungspraxis und der unterschiedlichen Bezahlung in Ost und West ergibt. Hier sind wirksame Lösungen gefragt: Aufwertung des Lehrimages, sprich Anerkennung ihrer pädagogischen Leistungen, Werbung für den Lehrerberuf, berufsbegleitende Qualifizierung für Mangelfächer und, ich meine, auch eine Annäherung der Gehälter und Bezüge. Da gibt es ja Befürworter in der Landesregierung und ich hoffe sehr, dass sich diese dann auch durchsetzen können.

(Beifall bei der PDS)

Die Problematik der Personalpolitik bzw. der Stellenplanung zeigt sich auch deutlich in den im vorliegenden Haushaltsentwurf enthaltenen Auf- bzw. Abbausritten. Wie dies praktisch funktionieren soll - ich nehme als Beispiel nur einmal den Grundschulbereich, 2001 558 Stellen minus, 2002 plus 142 Stellen -, ist uns ein Rätsel. Das hätten wir gern mal erklärt und, ich meine, da ist auch Floating überfordert.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einige Bemerkungen zu dem für den Sommer angekündigten Personalkonzept für den öffentlichen Dienst. Wir meinen und sagen dies auch mit aller Deutlichkeit, dass ein Personalkonzept nicht aus dem unsinnigen Vergleich mit anderen Ländern heraus erfolgen darf. Der Ausgangspunkt für ein vernünftiges Konzept muss ja wohl eine gründliche Situationsanalyse sein. Ich sehe mich da durchaus mit dem Herrn Kollegen Höhn von der SPD-Fraktion auf einer Ebene. Es muss eine Grundprämisse dieses Konzepts sein, einen funktionierenden öffentlichen Dienst zu haben. Daran, Herr Dr. Zeh, erinnern Sie sich dann hoffentlich, Sie haben das ja gestern angesprochen, wenn dieses Konzept entwickelt wird. Mit diesem, dazu fordern wir auf, darf der Schulbereich nicht wieder als Stellenspender behandelt werden. Das wäre mehr als fahrlässig und würde manche Äußerung der Landesregierung, die ich hier im Haus schon miterlebt habe in meiner kurzen Zeit der Abgeordnetentätigkeit, auch ad absurdum führen.

(Beifall bei der PDS)

Nur zur Verdeutlichung noch einmal: Im Schulbereich werden, wenn der Abbauplan aufgrund der auftretenden Probleme nicht gestoppt wird, im Jahr 2005 etwa 20,4 Prozent der Stellenausgangszahlen von 1995 gestrichen worden sein, und das bei steigenden Geburtenzahlen, Letzteres sehe ich natürlich positiv.

Charakterisiert wird die Bildungspolitik der Regierungspartei in Thüringen auch durch den Haushaltsantrag zum

Einsatz von Richtern im Unterricht. Wir sprechen da überhaupt nicht gegen den Praxisbezug, im Gegenteil. Das ist schon etwas Vernünftiges. Aber durch den Antrag rufen Sie gleich mehrere Widersprüche hervor. Ich will auf einige eingehen. Einerseits wird die Überlastung der Gerichte beklagt, andererseits ordnen Sie ihnen eine zusätzliche Aufgabe zu. Wenn man davon ausgeht, dass im Interesse von Chancengleichheit und Rechtskunde alle Schüler in den entsprechenden Klassen von Regelschulen und Gymnasien diesen Unterricht erfahren sollen, kommt schon eine erhebliche Stundenzahl zusammen. 1.000 oder wie viel?

Ein weiterer Widerspruch: Einerseits bauen Sie Lehrstellen weiter ab, andererseits bekunden Sie aber mit dem Einsatz von Richtern einen Bedarf an Lehrkapazität. Warum reden wir dann aber gerade auch wegen der oben genannten Belastungsgründe nicht darüber, auch Lehrer auf diesem Gebiet im dienstlichen Interesse zu qualifizieren?

Meine Damen und Herren, ein paar Bemerkungen zur Schulsanierung: Die grundsätzliche Auffassung meiner Fraktion zu dieser Frage wurde bereits vorgetragen. Ich will aber noch Folgendes ansprechen und ich hätte gern eine sachliche und ausreichende Antwort darauf und ich betone noch einmal das Sachliche. Es geht uns nicht um Verhetzung von Kommunen. Was passiert aber mit den Schulen, wenn der Schulträger zwar willens, aber nicht oder nur teilweise in der Lage ist, seinen Anteil für die dringend notwendige Sanierung seiner Schule oder seiner Schulen aufzubringen, weil z.B. Prioritäten anders gesetzt werden mussten oder müssen. Da sind Hinweise auf eben diese Prioritätensetzung, goldene Wasserhähne oder die Philosophie des "Nie-genügend-Geld-haben-können", wenig hilfreich.

Wie wollen Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, die unseren Antrag zur Erhöhung der Finanzausstattung der Kommunen abgelehnt haben, dies in Ihren Heimatkommunen erklären, die einen entsprechenden Bedarf haben. Es ist, so unsere Überzeugung, zu einfach in Sachen Schulsanierung immer wieder nur auf den Schulträger zu verweisen. Das Land trägt Verantwortung für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule in Thüringen. Dieser Auftrag ist nicht erfüllbar ohne die entsprechenden äußeren Bedingungen. Das sollte schon mit bedacht werden.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf die zu Beginn meiner Rede geäußerten Wertvorstellungen von Bildung zurück. Das Dilemma scheint uns darin zu bestehen, dass offensichtlich die Vorstellung langlebig ist, es sei unerheblich, wie viel in Schule investiert werde, die Ergebnisse seien immer unbefriedigend. Eine der Stundentafel entsprechende Unterrichtsversorgung habe noch lange nichts mit Qualität zu tun. Aus einem technokratischen Qualitätsverständnis heraus wird es geradezu zum Zeichen professioneller Handlungsfähigkeit von Schulen erklärt, mehr Qualität zu gleichem oder niedrigerem Preis zu erreichen. Aus diesem Zustand heraus und der daraus re-

sultierenden Aufgabenüberfrachtung drohen die Schulen jedoch in einen depressiven Zirkel zu geraten, der sie daran hindert, die Qualität ihrer Arbeit weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der PDS)

Aus diesem Teufelskreis kann Schule erst geführt werden, wenn der Komplex Bildung von allen Verantwortungs- und Entscheidungsträgern als ein ganzheitlicher Prozess begriffen und zuerst die Qualität von Schule und anschließend die Finanzierung definiert wird. Ich appelliere an Sie, diesen Weg zu gehen und Lernfähigkeit, so wie es im angesprochenen UNESCO-Bericht genannt wird, als unseren verborgenen Reichtum aufzufassen, den es zu vermehren gilt. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Seela, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Seela, CDU:

Verehrte Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich zum Thema Haushalt Kultusbereich äußern. Antike Schriftsteller und Latein wurden heute hier zitiert. Ich möchte mich hier einreihen und erlauben Sie mir daher, meine Haushaltsrede zum Kultusbereich mit einem passenden Wort des großen deutschen Philosophen Friedrich Nietzsche einzuleiten: "Das Schulwesen wird in großen Staaten immer höchstens mittelmäßig sein, aus demselben Grunde, aus dem in großen Küchen bestenfalls mittelmäßig gekocht wird."

Nun, meine Damen und Herren, der Freistaat Thüringen ist ein kleines Land mit einer beispielhaften Bildungslandschaft, Frau Dr. Stangner. Bereits zehn Jahre nach der Wende kommen Bildungspolitiker aus den alten Bundesländern nach Thüringen, wenn sie sich über neue Modelle, innovative Konzepte und Versuche informieren möchten. Darauf sind wir, die Mitglieder der CDU-Fraktion, stolz. Und darüber hinaus freuen wir uns, dass es vor allem CDU-Bildungspolitiker waren, die an dem Erfolg der vergangenen zehn Jahre einen entscheidenden Anteil haben. Die PDS kann hier nur schwarz sehen und alles schlecht reden.

(Beifall bei der CDU)

Unsere in die Zahlen des Haushalts gegossene bildungspolitische Zielstellung ist Anspruch und Aufgabe zugleich. Der Faktor Bildung muss auch in Zukunft die Wohlfahrt unseres Freistaats und seiner Bürger garantieren. Um künftig auf eigenen Beinen stehen zu können, also weg vom finanziellen Tropf der alten Länder, müssen wir uns wirtschaftlich weiter vorwärts entwickeln. Dabei bauen wir vor allem auf das Gold in den Köpfen der jungen Thüringerinnen und Thüringer, das es in wirtschaftliche Erfolge umzu-

wandeln gilt. Zu diesem Zweck, meine Damen und Herren, setzen wir bei der Wissensvermittlung verstärkt auf die neuen Medien. Zur Untermauerung sei mir folgender Hinweis gestattet: Zwischen 1998 und 1999, also innerhalb eines Jahres, hat die Zahl der Internet-Nutzer um 55 Prozent zugenommen. Für das Jahr 2005 werden 717 Mio. Internet-Nutzer prognostiziert. Einer davon ist ja auch der Abgeordnete Herr Ramelow verstärkt. In der Europäischen Union können bis 2002 runde 600.000 Arbeitsplätze allein für so genannte Netzwerkqualifikationen nicht besetzt werden, prognostiziert die Forrester Resurch. Für Deutschland weist diese Studie 180.000 offene Stellen aus, die kurzfristig nicht besetzt werden können. Wir haben auf diese Entwicklung reagiert und agieren weiterhin. Die Multimediaausbildung an Thüringer Schulen hat für uns einen hohen Stellenwert. So haben wir bereits in den letzten Jahren etwas mehr als 13 Mio. DM in die technische Ausrüstung der Schulen investiert. 10 Mio. DM waren es davon allein im vorigen Jahr. Davon wurde vor allem das Sonderprojekt "Schulen ans Netz" und die PC-Ausstattung der Schulen realisiert. Inzwischen sind alle Thüringer Schulen am Netz. Das wird auch Folgen für die Schulverwaltungen haben. Einige Schulen sind als Pilotprojekte inzwischen voll vernetzt. Wer sich einen Eindruck vom Umgang mit neuen Medien im Kultusressort verschaffen möchte, sollte sich im Internet (Herr Ramelow wieder) unter www.thueringen.de.tkm informieren.

Im Haushalt 2000 sollen nunmehr neue Akzente gesetzt werden. Neben der Beschaffung von Gerätetechnik soll in Zukunft der Schwerpunkt auf den Einsatz von Bildungssoftware gelegt werden. Die Anschaffung von Rechnern allein genügt eben nicht, jetzt geht es auf dem Gebiet der neuen Medien vor allem um Inhalte. Der Bildungsbereich muss Forderungen an die Wirtschaft formulieren. Man darf nicht erwarten, dass die Wirtschaft alles von allein macht. Wir müssen deutlich sagen, was Schüler brauchen und was wir wollen. In dieser Verfahrensweise hat der Kultusminister unsere rückhaltlose Unterstützung.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört auch unsere Überlegung, dass Technik und Bildungssoftware nicht immer nur gekauft werden muss. Mitunter muss sie erst entwickelt und hergestellt werden. Wir haben diesem Anliegen mit unserem Antrag in Titel 812 76 in Kapitel 01 Rechnung getragen. In absehbarer Zeit muss ein Zertifizierungssystem geschaffen werden, das den Lehrerinnen und Lehrern hilft, geeignete Lernsoftware für ihre spezifischen Zwecke aus der Palette der Angebote herauszufinden. Das könne z.B. so ähnlich wie bei den Verfahren zu den Schulbüchern aussehen. Den Fortgang der Entwicklung werden wir vom Parlament aus selbstverständlich begleiten.

In diesem Jahr, meine Damen und Herren, stehen im Haushaltsentwurf der Landesregierung 5 Mio. DM zur Verfügung, um die Schulträger bei der Anschaffung von neuer Medientechnik und Bildungssoftware zu unterstützen. Ge-

rade im Bereich der Ausrüstung mit neuer Medientechnik hat das Land größere Handlungsmöglichkeiten als der einzelne Schulträger, wie Sie wissen. Optimale Lösungen können nur im Miteinander von Schulträgern und Land gefunden werden. Und so wollen wir unseren Änderungsantrag verstanden wissen, bei dem wir von den 5 Mio. DM 1,5 Mio. DM mit dem neuen Titel 653 76 - sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - versehen und Verpflichtungsermächtigungen von je 1,5 Mio. DM in den Jahren 2001 bis 2004 eingestellt haben. Damit sollen Leasingverträge der Schulträger gefördert werden, so dass der finanzielle Handlungsrahmen schließlich erweitert wird. Durch dieses effiziente Finanzierungsmodell soll ermöglicht werden, dass die Schulen nicht zu PC-Friedhöfen mit veralteter Technik werden, vielmehr soll das Leasingmodell eine ständige Wartung und partielle Erneuerung der Technik gewährleisten.

Vielleicht ein Wort zu den Investitionen. Bei den Erläuterungen zur Investitionspauschale von Schulgebäuden haben wir durch einen Änderungsantrag in Kapitel 17 20 die Erläuterung zu Titel 883 04 geändert, um damit ebenfalls den Handlungsrahmen zu erweitern. Die Investitionspauschale kann dann auch nicht mehr nur für Umbauten und Sanierungsmaßnahmen, sondern auch für Erweiterungsbauten oder Neubauten von Schulen und Schullandheimen verwendet werden. Ausdrücklich einbezogen ist auch die Erstausrüstung und Neubeschaffung der Unterrichtsräume.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir in diesem Kontext noch eine Anmerkung zur unserem angekündigten Plattenschulbauprogramm. In diesem Jahr finden sich im Einzelplan 08 in Kapitel 04 unter den Bauten im Bereich des Thüringer Kultusministers in den Titeln 712 06 und 712 07 Beträge von 6,5 bzw. 3,2 Mio. DM. Das sind die Sportgymnasien in Erfurt und Jena, die in diesem Jahr in kostenintensivere Bauabschnitte zum Umbau bzw. zur Sanierung eintreten. Damit werden Beispiele im Hinblick auf die verbesserte Nutzung und gestalterische Aufwertung von Plattenschulen geschaffen. Im nächsten Jahr werden weitere Beispiele kommunaler Schulträger folgen. Dazu hat der Finanzminister die Erarbeitung von Finanzierungsmodellen angekündigt.

Vielleicht noch ein Wort zum Thema Schulbibliotheken:

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Ach ja.)

Schulbibliotheken sind Angelegenheit der Schulträger. In einem Schreiben vom 5. November vorigen Jahres hat sich der Arbeitskreis Schulbibliotheken an den Landtag gewandt und um die Einstellung in den Landeshaushalt gebeten. Auch wir haben dieses Schreiben aufmerksam gelesen. Wenn wir dem Antrag der SPD zum Titel 685 01 nicht gefolgt sind, so deshalb, weil wir der Meinung sind, dass mit 200.000 DM, die nach dem Gießkannenprinzip ausgereicht werden müssten, weniger als der buchstäbliche Tropfen auf den heißen Stein geleistet würde. Für außerordentlich

wichtig halten wir dagegen die Hilfestellung des Kultusministeriums bei inhaltlichen Fragen zu Schulbibliotheken. Es muss die Frage beantwortet werden, welche Bücher in einer Schulbibliothek stehen sollten und welche nicht. Es muss vermieden werden, dass Bücher eingestellt werden, die niemand liest. Schulbibliotheken dienen der Leseförderung und müssen sich deswegen am Leseverhalten der Schülerinnen und Schüler orientieren. Keinesfalls sollten Schulbibliotheken aufgebaut werden, die die Möglichkeiten der Schule überfordern. In Verbindung mit dem eingangs besprochenen Thema "Neue Medien und Lernsoftware" ist zu erwarten, dass auf Schulbibliotheken neue Aufgaben zukommen. Auch aus diesem Grund halten wir es für nötig, noch stärker als bisher hier eine inhaltliche Beratung anzubieten. Dabei möchten wir die Zusammenarbeit mit den örtlichen Bibliotheken verstärkt wissen.

Unsere Unterstützung findet auch die Einführung eines rechtskundlichen Unterrichts an Thüringer Schulen, Frau Dr. Stangner. Als Bildungspolitiker begrüßen wir die Initiative der Rechts- und der Europapolitiker unserer Fraktion, bei Lehrplanthemen wie Strafrecht oder Zivilrecht im Unterricht Richter und Staatsanwälte zu Wort kommen zu lassen. Wir wünschen uns, dass die Schulen lebhaften Gebrauch machen von der Möglichkeit, Rechtskundebeauftragte aus dem Justizministerium auf Abruf einzusetzen. Rechtsstaatlichkeit und Rechtsbewusstsein sind eine sehr anspruchsvolle und vielfältige Materie, der die Schilderung praktischer Beispiele nur gut tun kann. Man muss den Rechtsstaat verstehen, um ihn als ein hohes Gut akzeptieren und vor allem durch die eigene Person auch vertreten zu können.

Abschließend möchte ich noch auf einen Titel aufmerksam machen, der sich im Einzelplan 07, also im Ressort Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, befindet. Dieser neue Titel 685 03 in Kapitel 02 dient der Förderung der internationalen Schule. Für dieses Jahr sind 200.000 DM vorgesehen mit Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 495.000 DM für die Jahre 2001 bis 2004. Diese Mittel sollen als Anschubfinanzierung für die Errichtung und den Betrieb einer internationalen Schule in Thüringen zur Verfügung stehen, was den Erläuterungen zu entnehmen ist. Was muss man sich nun unter einer "international school" vorstellen? Eine "international school" gibt es weltumspannend, Unterrichtssprache ist in der Regel Englisch. Sie sind ein Angebot an internationale Arbeiter, z.B. Ingenieure, Manager, Künstler oder Sportler. Das System der international school folgt einheitlichen Standards, so dass Schülern der Wechsel von einem Land in ein anderes erleichtert wird. Die rechtliche Verzahnung wird nach dem Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft in Form einer Ergänzungsschule erfolgen, denn selbstverständlich unterliegt auch die international school der Aufsicht des Freistaats. Im Übrigen verfügt Sachsen bereits über zwei international schools. Wenn also künftig irgendwo in Thüringen Offerten formuliert werden, mit welchen Investoren angelockt werden sollen, darf die international school keinesfalls als weicher Standortfaktor vergessen werden. Als

Standort wird Weimar präferiert.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch eine Bemerkung. Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung im Kultusressort sichert uns die Fortführung einer zukunftsorientierten Bildungspolitik im Freistaat. Dabei kann auf bereits Erreichtes und Bewährtes aufgebaut werden. Mit dem Haushalt 2000 möchten wir im Kultusbereich aber auch neue Akzente setzen und die junge Generation für das neue Jahrtausend fit machen. Deshalb bitte ich im Namen meiner Fraktion um Ihre Zustimmung zu den Änderungsanträgen, wie sie in Ihren Beschlussempfehlungen vorliegen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man es nicht besser wüsste, könnte man meinen, das Kultusministerium hat sich in Luft aufgelöst, denn wer nach Aktivitäten der Landesregierung im Bildungsbereich sucht, stellt schnell fest: Fehlanzeige, allerdings mit einer Ausnahme. Der Kultusminister versprach uns eine deutschlandweit einmalige Multimediainitiative. Dass die allerdings dann darin bestand, die Mittel zur Unterstützung der Schulträger für die Anschaffung von Computertechnik zu halbieren, hat sicher nicht nur mich überrascht.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Bei der wachsenden Bedeutung von Medienkompetenzen für die Arbeitswelt der Zukunft ist das natürlich eindeutig ein falsches Signal. Meine Damen und Herren, der Umgang mit Computern ist, denke ich, unverzichtbare Voraussetzung für die Teilhabe in der Informationsgesellschaft. Nur wer in der Schule wirklich gelernt hat, die Funktionsweise dieser medialen Wirklichkeit zu durchschauen und sie auch zu nutzen, wird am Wohlstand teilhaben können. Deshalb muss es Ziel sein, mittelfristig alle Klassenzimmer mit Rechnern zum täglichen Gebrauch auszustatten.

(Beifall Abg. Zimmer, PDS)

Wir legen daher großes Gewicht auf unseren Antrag, den entsprechenden Titel um 5 Mio. DM aufzustocken und damit wieder auf das Volumen von 1999 zu bringen. Zwar hat auch die CDU mittlerweile den Planansatz erhöht und richtigerweise auch nach Mitteln für Bildungssoftware gesucht, dennoch bleiben wir bei unserem Vorschlag, weil wir die hier vorgesehenen Leasingmodelle für Schulausstattung als sehr problematisch betrachten. Was als Finanzie-

rungsmodell für Schulgebäude hingenommen werden kann, ist nicht gleichermaßen tauglich für Geräte, die ständig wechselndem Gebrauch und Verschleiß unterliegen, die entsprechend ihrem technischen Stand auch innerhalb der Schularten weitergereicht werden sollen, deren Besitzer und Nutzer also wechseln. Wir haben einen verlässlichen Deckungsvorschlag für unseren Änderungsantrag und erwarten Zustimmung dafür. Übrigens bleiben wir bei unserem Antrag, auch unabhängig davon, wer den Zuschlag dafür bekommt und wer wem wie viel gespendet hat.

Meine Damen und Herren, neben der Ausstattung der Schulen mit Informationstechnik und der Entwicklung unterrichtsgerechter Software brauchen wir vor allem didaktische und methodische Rahmenkonzepte zum Einsatz neuer Medien im Unterricht und ein Gesamtkonzept zur Qualifizierung der Lehrkräfte zu sinnvollem Einsatz neuer Medien in allen Unterrichtsfächern. Hier erwarten wir von der Landesregierung verstärkte Anstrengungen und, Herr Minister Krapp, hier werden wir Sie nicht aus der Verantwortung entlassen.

Meine Damen und Herren, guten Grund für eine Zustimmung gibt es auch bei unserem Antrag zur Förderung der Schülerbibliotheken. Offensichtlich sind viele Schulträger bei der Bestandssicherung, bei der Aktualisierung und Modernisierung des Buchbestandes überfordert. Die Schülerbibliotheken sind mancherorts in einem ganz erbärmlichen Zustand. Mit unserem Antrag erhält das Kultusministerium ein Instrument, das Schulträger zu sinnvollen Investitionen anregen kann, indem es anteilig fördert. Das in unserem Antrag vorgesehene Volumen von 200.000 DM ist angemessen und gedeckt. Ich erinnere mich an die Diskussion im vergangenen Jahr mit dem damaligen Kultusminister Althaus; wir hatten uns eigentlich damals verständigt, dass wir in diesem Jahr dieses Problem angehen werden, die CDU hat das leider vergessen.

Ein dritter Antrag bezieht sich auf ein gesellschaftliches Problem, bei dessen Bewältigung in die Schulen große, manchmal, denke ich, zu einseitig große Erwartungen gesetzt werden - Gewaltprävention bei Schülern und an Schulen. Für die Schule stellt sich ja diese Frage nicht als isoliertes Problem. Sie ist vielmehr eingebettet in die Frage nach dem Umgang miteinander, hier geht es um soziales und emotionales Lernen. Nicht möglichst viele Sondermaßnahmen gegen Gewalt können das Problem lösen, zu fragen ist nach der Qualität der Schule als sozialer und emotionaler Erfahrungsraum. Wie kann Schule als Erfahrungsraum so angelegt sein, dass Ausgrenzungsjüngste gemildert werden, dass gerade auch schwierige Kinder und Jugendliche weiter ihren Ansprechpartner finden. Wir wollen auch diejenigen Schulen weiterhin ungekürzt fördern, die nicht am Projekt "demokratisch handeln" teilnehmen. Dieses Projekt ist gut, aber wir wollen nicht zu Gunsten der Konzentration auf Projektteilnehmer die Mittel für die Masse der anderen Schulen kürzen, um dann irgendwann zu klagen, wenn dort bedenkliche Vorfälle die Öffentlichkeit erregen.

Meine Damen und Herren, wir bedauern, dass der Haushalts- und Finanzausschuss auch andere Änderungsanträge der SPD-Fraktion bereits abgelehnt hat. Im vergangenen Jahr hat sich der damalige Minister Althaus im Jahr des Schulsports, kurz vor den Wahlen, feiern lassen, jetzt sind die Mittel erheblich zurückgefahren. Schulsport, aber auch Lehreraustausch und Schülerfahrten hätten eine bessere Förderung verdient. Wer mit seinem Geld Gutes tut, hat es nicht umsonst verbraucht, sagt ein chinesisches Sprichwort. Meine Damen und Herren, tun Sie Gutes, unterstützen Sie unsere Anträge. Danke.

(Beifall bei der SPD; Abg. Nitzpon, PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Im Weiteren hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Emde, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete, lassen Sie mich kurz ein paar Worte erwidern auf das, was von den Vertretern von PDS und SPD hier vorgetragen wurde. Zunächst einmal ein paar Sätze zu dem, was von den Finanzern aus der SPD-Fraktion gesagt wurde. Hier muss man fragen: Wo sind denn die soliden Finanzierungsgegensvorschläge? Da werden einfach Einnahmen aus Bußgeldern oder aus Rückzahlungen so Pi mal Daumen hoch gerechnet und uns hier als zusätzliche Einnahmen suggeriert, die wir dann wieder ausgeben könnten. Oder man plant Ausgaben, z.B. bei gesetzlichen Leistungen oder z.B. bei Gerichtskosten, diese werden gekürzt, im vollen Wissen, dass diese Mittel natürlich durch ÜPL dann von uns bereitgestellt werden müssen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Oh!)

(Zwischenruf Abg. Neudert, PDS: Wider besseres Wissen, Herr Emde.)

Liebe Freunde von der SPD, man betont die Unterstützung und Konsolidierungsbemühungen im ganz Allgemeinen, aber man unterläuft sie dann im Konkreten, ich nenne das - ich bin ja auch Lehrer - arglistige Täuschung. Die Aussagen von Herrn Döring zum Leasing: Herr Döring, ich habe den Eindruck, Sie wissen gar nicht, was das Modell Leasing überhaupt bedeutet, wenn Sie es nicht auf die schnell wechselnde Computertechnik anwenden möchten. Ich habe so den Eindruck, dass Sie sich hier ein bisschen als ein kleines Dorfschulmeisterlein zeigen, das Angst hat vor der Suche nach neuen Wegen.

(Beifall bei der CDU)

Zur PDS, Abbau der Lehrerstellen steht nicht im Verhältnis zur demographischen Entwicklung und so weiter. Meine Damen und Herren, das wird doch nicht dadurch wahrer, dass Sie sich ständig wiederholen. Wir haben in Thüringen

eine bessere Lehrer-Schüler-Relation als in fast allen anderen Ländern und das ist Absicht.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Hören Sie doch auf Ihren Fraktionsvorsitzenden.)

Der Unterrichtsausfall, Sie haben ja neulich erst Statistiken angefordert, die sind auch vorgelegt worden vom Ministerium, wir haben mehr Unterrichtsstunden als die meisten anderen Bundesländer. Wir haben eine der niedrigsten Quoten im Stundenausfall und wir haben eine hohe Quote im fachgerecht erteilten Unterricht. Das müssen Sie doch nicht einfach negieren. Sie können nicht einfach immer Vorwürfe wiederholen, sie werden dadurch nicht wahrer. Über die Engpässe, die wir haben, da gibt es gar keine Frage, im Bereich Förderschulen, auch im Bereich der berufsbildenden Schulen reden wir. Da sind wir im Gespräch, da bin ich mir ganz sicher, dass auch hier das Kultusministerium im Zusammenspiel mit den Gewerkschaften vernünftige Lösungen finden wird. Sie selbst wissen ja um die Schwierigkeiten, Frau Dr. Stangner hat ja auch auf diese Schwierigkeiten schon hingewiesen. Im Übrigen haben die Aussagen von Frau Dr. Stangner eigentlich nur bestätigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Denn wenn es immer heißt: "es genügt uns nicht", "es müsste vielleicht etwas mehr getan werden", das sind für mich nur hilflose Argumente einer Oppositionspartei, die nichts Ernsthaftes zu kritisieren findet.

Ein Wort möchte ich generell noch sagen: Frau Dr. Stangner, wie kann man hier vorn sagen, an unseren Schulen gäbe es einen "depressiven Teufelskreis"? Da muss ich doch wirklich einmal die Schüler, die Lehrer und unsere Schule generell verteidigen und sagen, das kann ja wohl nicht wahr sein. Das lebendige Leben an unserer Schule zeugt doch wohl davon, dass es nicht so ist

(Beifall Abg. Wehner, CDU)

und dass Sie insgesamt kaum Punkte finden, das möchte ich hier auch einmal sagen. Wo war denn einmal eine Diskussion zu Inhalten und dazu eine Aussage? Das muss ja der Schwerpunkt sein. Wir haben eine deutschlandweit anerkannte Bildungslandschaft, die gilt es zu stabilisieren und auszubauen. Dem dient auch unser diesjähriger Haushalt und ich hoffe, wir werden dazu Zustimmung finden. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Reden werden übrigens nicht besser dadurch, dass man mit bestimmten Kraftausdrücken um sich schmeißt, und ich denke, dass "arglistige Täuschung" wenigstens an der Grenze dessen ist, was man sich vorwirft.

(Unruhe bei der CDU)

Wir haben noch eine ganze Zeit vor uns. Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet Minister Dr. Krapp.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Bildung - das wurde auch mehrfach angedeutet - ist die Ressource des 21. Jahrhunderts - richtig. Das Bildungswesen ist also die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts und ich glaube, da ist auch mein Kollege Herr Schuster mit mir einer Meinung. Zu Beginn der 3. Legislaturperiode haben wir ein leistungsstark gegliedertes Schulsystem und stabile strukturelle Rahmenbedingungen, die Bestand haben und eine solide Ausgangsbasis darstellen. Deswegen, Herr Döring, ist es vielleicht so ruhig gewesen zum Anfang des Schuljahres. In diesem Sinne widerspiegelt der vorliegende Haushaltsentwurf des Thüringer Kultusministeriums für das Jahr 2000 mit einem Umfang von etwa 2,73 Mrd. DM Kontinuität und Innovation. In nahezu allen zentralen Aufgabenbereichen wird der Ansatz von 1999 grundsätzlich fortgeschrieben. Das betrifft insbesondere die Personalausgaben, den Schullastenausgleich, die Schülerbeförderung, das EU-Aktionsprogramm zur Förderung beruflicher Bildung, die Zuschüsse für Schulbauten und Schulsporthallen, Ersatzschulen sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Erhöht wurden insbesondere die Investitionspauschalen für die Schulsanierung und für die Schulsporthallen, die Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft, für Gastschülerbeiträge, Schülerwettbewerbe, für die Förderung internationaler pädagogischer und kultureller Beziehungen sowie auch die Mittel für Maßnahmen gegen die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen und die Erwachsenenbildung. Am Bedarf orientiert gibt es auch Kürzungen, z.B. im Bereich der überregionalen Förderschulen wegen dort vorgenommener Privatisierung oder bei der Förderung von Modellversuchen.

Im Vergleich zu 1999 haben drei Bereiche des neuen Haushaltsplans für uns eine herausgehobene Bedeutung. Dies sind erstens die Medien, zweitens die Unterrichtsversorgung und drittens die Schulen in freier Trägerschaft.

Die Entscheidung der Landesregierung, die Medienzuständigkeiten beim Kultusministerium zusammenzuführen, trägt der Tatsache Rechnung, dass die Bereiche Bildung und Medien eine zunehmend enger werdende Verbindung eingehen. Die neuen rechnergestützten Medien werden das Lehren und Lernen wesentlich beeinflussen, Medienkompetenz wird zu den wichtigsten Schlüsselqualifikationen in der künftigen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft gehören. Der Haushaltsansatz für neue Medien beträgt in der Summe 10,65 Mio. DM. Hier ist der klassische Medienbereich, ehemals Staatskanzlei, mit eingerechnet. Davon sind 5 Mio. DM für die Unterstützung der Schulträger bei Ausstattung der Schule mit Computertechnik sowie Bildungssoftware vorgesehen. Umgang mit Medien heißt für uns weit mehr als nur das Verstehen und Bedienen entsprechender Technik. Insbesondere geht es darum, zunehmend pädagogisch verbindliche Bildungsinhalte

auf der Basis der interaktiven neuen Medien zu entwickeln und einzusetzen. Nun hat sich gestern Herr Abgeordneter Höhn und heute Herr Abgeordneter Döring kristisch dazu geäußert. Das ist ihr gutes Recht, aber ich darf Ihnen meine Antwort dazu sagen. Sie sind der Meinung, dass die 5 Mio. DM, die wir hier eingestellt haben, ein Rückschritt sind. Mit Verlaub, Herr Höhn und Herr Döring, die Thüringer Offensive für Schulcomputer, die ist nicht erst am 1. Oktober des vergangenen Jahres ausgerufen worden, diese Offensive in Thüringen ist bereits einige Jahre alt.

(Beifall bei der CDU)

In den letzten fünf Jahren, meine Damen und Herren, wurden mehr als 13 Mio. DM seitens des Landes als freiwillige Leistung den Schulträgern zur entsprechenden Ausrüstung der Schulen zur Verfügung gestellt und da liegen wir mit dem Ansatz 2000 weit über dem Durchschnitt, wie Sie schnell nachrechnen können.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Wir wollen besser sein.)

Hinzu kommt eine neue Haushaltsqualität, die dank der Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion noch eingearbeitet werden konnte, nämlich Verpflichtungsermächtigungen, was für die Schulträger eine neue Qualität der Planungssicherheit darstellt und was übrigens auch das Leasing, welches wir zukünftig anstreben, erst ermöglicht. Damit verfügen wir im Ländervergleich über ein ausgezeichnetes flächendeckendes System an den Schulen. Jede Schule hat inzwischen übrigens Internetanschluss und es kommt auch auf die Schulen an, was sie daraus machen. Nun geht es in Zukunft insbesondere um die Bildungsinhalte. Übrigens findet heute an der Friedrich-Schiller-Universität ein Symposium "Neue Medien im Deutschunterricht" statt. Das passt genau zum heutigen Thema. Wir werden auch hier Pionierarbeit leisten, denn der Einsatz von Bildungssoftware im Fachunterricht ist bundesweit noch nicht weit fortgeschritten, wenn überhaupt begonnen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Krapp, Kultusminister:

Ich würde gerne die Gedanken zu Ende führen, im Anschluss bin ich gerne bereit dazu.

Zur Unterrichtsversorgung einige Bemerkungen: Zu den großen Herausforderungen gehört für die nächsten Jahre eine auf Stabilität und Langfristigkeit angelegte Personalpolitik. Wegen der bekannten rückläufigen Schülerzahlen bedarf es großer Anstrengungen, um bei sozialer Verträglichkeit weiterhin eine pädagogisch sinnvolle Schüler-Lehrer-Relation aufrechtzuerhalten und darüber hinaus auch einen Einstellungskorridor für junge Lehrerinnen und Lehrer zu sichern. Deshalb ist der vorgegebene Stellenabbau Pfad zu

realisieren. Wir haben ihn bis 2006 schon fortgeschrieben und bisher auch eingehalten. Sozialverträgliche Teilzeit und Vorruhestandsmodelle werden weiterhin helfen, den Personalbestand den Gegebenheiten an den einzelnen Standorten anzupassen. Wenn es durch die Vielfalt der Modelle in den letzten Jahren zu gewissen Inhomogenitäten gekommen ist, so können Sie darauf setzen, dass wir diese Zug um Zug auch wieder ausgleichen werden.

Frau Dr. Stangner, Sie haben den Unterrichtsausfall beklagt und Sie haben richtigerweise etwa die Zahl von 3,5 Prozent genannt. Aber Sie sollten auch wissen, dass der Unterrichtsausfall in den anderen Ländern zwischen 5 und 10 Prozent liegt.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Das ist er doch seit Jahren.)

Ich möchte einmal nebenbei bemerken, einen Unterrichtsausfall von null Prozent werden wir nie erreichen, denn wir müssten ja dann Lehrer in Reserve stellen, die Zusatzstunden liefern, damit wir auf null Prozent kommen. Das ist nicht real, nicht orientiert an der realen Welt. Übrigens, die 7,9 Prozent Ausfall an den Hauptschulen, wie Sie das dargestellt haben, das ist ein einziger Fall. Wir sind natürlich dran, das zu ändern, aber das kann man nicht verallgemeinern.

(Zwischenruf Abg. Dr. Stangner, PDS: Ich hatte auch nur von einer Woche gesprochen.)

Meine Damen und Herren! Frau Dr. Stangner, Sie haben übrigens auch gesagt, der Abbau von Lehrerstellen erfolgt zu schnell, und haben dann gewisse Vorschläge gemacht. Ich sehe das genau andersherum.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Das ist wohl zu langsam?)

Es ist aner kennenswert, dass sehr viele Lehrerinnen und Lehrer das Angebot der Teilzeittätigkeit angenommen haben. Sie haben damit ein großes Maß an Solidarität gezeigt, weil sie damit für ihre anderen Kolleginnen und Kollegen Arbeitsplätze gesichert haben. Dieses Modell ist sogar überdurchschnittlich und über unsere Erwartungen hinaus angenommen worden. Aber deswegen haben wir ja die Flexibilisierung eingeführt, die es gestattet, bedarfsgerecht die Stundentafeln wieder zu füllen. Im Rahmen der uns vom Finanzminister zugestandenen Budgetierung im Personalhaushalt können wir damit die sehr hohe Abdeckung der Stundentafel nach wie vor gewährleisten.

Eine Bemerkung noch zur Frage, die Sie gestellt haben: Was sollen Schulträger tun, wenn sie für notwendige Schulen keine Sanierungsmittel haben? Sie können nachschauen, bei der Investitionspauschale haben wir die Zweckbestimmung geöffnet. Es können damit auch in beschränktem Umfang Neubauten und Ausrüstungen finanziert werden, wenn dies unbedingt notwendig ist.

Ich darf noch einmal auf den Gesamthaushalt zurückkommen und dabei die Schulen in freier Trägerschaft ansprechen. Hier hat sich der Haushaltsansatz seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich erhöht. Er betrug 1995 knapp 50 Mio. DM, 1998 fast 99 Mio. DM und im laufenden Jahr 121,3 Mio. DM. Im Jahr 2000 soll er bei ca. 141 Mio. DM liegen. Sie sehen, dass wir auch diesen Schulen eine Zukunft zuerkennen. In diesen Zuschüssen für Ersatzschulen spiegelt sich selbstredend die Tatsache wider, dass die freien Träger ein anhaltend attraktives Bildungsangebot vorhalten. Das öffentliche Interesse an ihrer Arbeit rechtfertigt die Finanzleistungen des Landes in diesem doch sehr beträchtlichen Umfang. Gleiches gilt für die Zuschüsse an die Ersatzschulen für Schulbauten und Schulsporthallen mit erneut 7,75 Mio. DM. Ähnlich günstig sieht es bei der Erwachsenenbildung aus, wo sich der Haushaltsansatz um mehr als 3 Mio. DM erhöht und insgesamt 17,8 Mio. DM beträgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Haushaltspläne sind immer ein Kompromiss zwischen Notwendigem und Machbarem. Zusammenfassend lässt sich aber feststellen, dass im Einzelplan 04 und in den einschlägigen Posten des Einzelplans 17, im Ganzen betrachtet, die Intentionen zur Schulentwicklung und insbesondere die Notwendigkeit, unser Bildungssystem mit einer hohen Qualität auszustatten, berücksichtigt sind. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, einen Moment bitte, Sie hatten um die Frage am Schluss gebeten.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Ja.

Abgeordnete Neudert, PDS:

Es tut mir ja nun Leid, dass das aus dem Sachzusammenhang etwas herausgerissen wird. Herr Minister, wie viel Computer pro Schüler bzw. Schülerin haben wir denn im Augenblick in den Regelschulen, berufsbildenden Schulen und Förderschulen und welchen Stand würden Sie denn für angemessen halten, den es zu erreichen gilt?

Dr. Krapp, Kultusminister:

Ich kann Ihnen jetzt auf der Stelle die einzelnen Zahlen nicht nennen, aber ich bin gern bereit, Ihnen die noch nachzuliefern. Auch die Frage, was ich für angemessen halte, ist so einfach nicht zu beantworten. Wir haben eine differenzierte Ausrüstung der einzelnen Schulen. Es hängt ja letztendlich auch vom Schulträger ab und nicht nur von uns. Wir haben eine freiwillige Zusatzleistung erbracht. Es gibt Spitzenschulen, z.B. die vier so genannten Mediensschulen, die komplett vernetzt sind. Diese Schulen

sind Pilotprojekte, um dort zu erproben, wie man in einer vollständig vernetzten Schule entsprechenden Unterricht machen kann. Wir haben Grundschulen, in denen ein Laptop mit Internetanschluss verfügbar ist. In diesem ganzen Spektrum bewegt sich die Ausrüstung. Im Regelschulbereich haben wir allerdings einen recht günstigen Ausrüstungsstand, der, soweit unsere Informationen reichen, über dem Durchschnitt in den deutschen Ländern liegt, auch der alten Länder.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Zum Einzelplan 04 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor,

(Beifall Abg. Schemmel, SPD)

so dass wir die Aussprache dazu schließen können.

Wir beginnen die Aussprache zu **Einzelplan 05 - Justizministerium** -. Es hat sich als erster Redner der Abgeordnete Kretschmer, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kretschmer, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, der Justizhaushalt enthält einige Punkte, die ich voll unterstütze, z.B. die Verlagerung von Richterkräften aus dem Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit. Insgesamt aber hat der Haushalt eine finanzielle Schieflage und auf die will ich hier zu sprechen kommen, denn, meine Damen und Herren, da, wo das Geld benötigt wird und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaats sinnvoll und notwendig zu investieren ist, wo das Geld letztlich gerade der inneren Sicherheit dient, wird gespart. Da aber, wo es der Bedienung von Spitzenpositionen und der Haltung unnötiger, inzwischen überflüssig gewordener Spezialeinrichtungen in der Justiz dient, wird kräftig zugelangt, wird kräftig gefördert - ich sage, vergeudet. Wo wird zu Unrecht gespart und wo wird vergeudet, meine Damen und Herren? Gespart wird da, wo die sozialen Dienste in der Justiz angesprochen sind, wo es den kleinen Mann trifft, wo es den trifft, der straffällig geworden ist, der zu resozialisieren ist, wo - lassen Sie mich das noch ausführen - die Resozialisierungsbemühungen der Bewährungshilfe anfallen, bei der Straffälligenhilfe im Strafvollzug.

Meine Damen und Herren, all diejenigen, die mit der Erziehung, sei es als Eltern, sei es als Pädagogen, zu tun haben, wissen, es genügt nicht, allein zu bestrafen. Strafe ist wichtig, da sind wir uns einig. Normenverdeutlichung ist notwendig und auf eine Straftat muss möglichst bald und schnell und nachhaltig reagiert werden, aber wir dürfen die helfende Hand nicht vergessen. Wir dürfen vor allem bei denjenigen, die es nötig haben, weil sie möglicherweise über Jahre hin Fehlentwicklungen gezeigt haben, bei de-

nen ist es notwendig, dass sie auf den rechten Weg geführt werden, nicht sparen. Das ist eine alte Erkenntnis, meine Damen und Herren, die haben schon die Griechen gehabt. Ich will jetzt keine Zitate bringen, obwohl wir heute den Tag der Zitate haben, aber spätestens seit Beginn dieses Jahrhunderts wissen wir, dass der Strafvollzug auch durch die Straffälligenhilfe dazu dienen soll, dass derjenige, der die Strafanstalt verlässt, nicht schlechter rauskommt als er reingekommen ist. Darüber hinaus gibt es seit Mitte dieses Jahrhunderts in Ost wie in West die Bewährungshilfe, die nämlich dafür sorgen soll, dass nicht jeder ins Gefängnis kommt, sondern dass eine ganze Reihe von Straftätern, die ohne diesen Strafvollzug auskommen können, mit Hilfe der Bewährungshilfe auf den normalen bürgerlichen Weg kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehen wir uns den Haushalt an. Im Bereich der Bewährungshilfe gab es 1999 noch sechs neue Stellen; der Haushalt 2000 enthält nicht eine Stelle. Ich komme gleich auf die Statistik, um Ihnen zu belegen, dass Thüringen da sehr schlecht dasteht.

Kommen wir zu den Sozialarbeitern im Justizvollzug. Wir haben zurzeit einen Häftlingsstand von etwa 1.850 Gefangenen. Wir haben in diesem Bereich 12 ausgebildete Sozialarbeiter und darüber hinaus 16 Vollzugsbeamte, die in der Zeit der DDR in den Jugendwerkhöfen tätig waren und im mittleren Vollzugsdienst beschäftigt werden. Über die pädagogischen Fähigkeiten dieser Damen und Herren wollen wir uns hier nicht weiter unterhalten. Wir mussten uns damit behelfen in der Vergangenheit, aber jetzt sind ganze drei Stellen vorgesehen für Gräfontonna, die noch nicht besetzt sind, denn sie sind erst im Haushalt vorgesehen. Wir kommen da zu einer Belastungszahl von 1,67, wenn wir die eingestellt haben, auf 100 Häftlinge. Wir nähern uns damit bayerischen Verhältnissen, meine Damen und Herren, denn die Häftlingszahlen nehmen ständig zu. Sie werden, so prognostiziere ich es, bis Mitte/Ende diesen Jahres bei 2.000 sein und dann haben wir bayerische Verhältnisse. Und, und das nehmen Sie einem alten Justizmitarbeiter ab, die meisten, die im Gefängnis waren, sagen mir, wir haben da noch das hinzulernt, was wir vorher noch nicht wussten. Denn, meine Damen und Herren, die Konzentration von Strafgefangenen, von Straftätern, führt natürlich dazu, dass sie nichts anderes wissen als ihre Informationen, ihre besseren Informationen wegzugeben, manchmal ist es auch eine Hochschule des Unrechts.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass hier wirklich zu Lasten derjenigen gespart wird, die unsere Hilfe brauchen, und wir müssen sie bewahren davor, dass sie rückfällig werden.

(Beifall Abg. Dr. Dewes, SPD)

Im Bereich der Bewährungshilfe, und da möchte ich gern die Zahlen noch anbringen, da liegt Thüringen - vielen Dank, Herr Justizminister, Sie haben hier die Zahlen dargestellt - mit zukünftig 80,3 Probanden für einen Bewäh-

rungshelfer am Ende der Skala. Ich bedaure, dass nicht mehr Bewährungshelfer eingestellt worden sind. Sie können da auf mich zeigen, der Haushalt, der in der SPD ...

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Bitte keine Zwiesgespräche.)

Nein, ich nehme doch gern bessere Erkenntnisse auf hier. Wir sind da wirklich am Ende der Skala und wir sollten dafür sorgen, dass mehr Bewährungshelfer eingestellt werden, denn der Mangel an Bewährungshelfern führt dazu, dass die Probanden nicht ausreichend betreut werden können und dass sie rückfällig werden bzw. zumindest ihre Freiheitsstrafe verbüßen müssen. Das heißt, eine Kette ohne Ende, denn diejenigen, die ihre Freiheitsstrafe verbüßen müssen, werden wieder den Strafvollzug belasten.

Meine Damen und Herren, ich will dazu anmerken, dass dieser Mangel aus meiner Sicht noch dadurch verschärft wird, dass die Zuwendungen an Vereine und Verbände abgesenkt worden sind, Vereine und Verbände, die im Strafvollzug tätig werden. In der Vergangenheit haben wir uns dadurch geholfen, dass wir gerade die in die Arbeit im Strafvollzug einbezogen haben, die freiwillig bereit waren, sich als Bürger dort einzubringen. Im Haushalt 1999 sind dafür - im Vergleich zur Landwirtschaft sind das Peanuts - 634.000 DM eingestellt worden, dieser Betrag ist reduziert worden im Haushalt auf 348.000 DM. Herr Dr. Birkmann, ich gebe zu, Sie haben insoweit Aufstockungen im Bereich der beruflichen Bildung im Strafvollzug um etwa 50.000 DM und im Bereich der Bekämpfung der Drogenkriminalität ebenfalls um etwa 60.000 DM vorgenommen. Es bleibt eine Lücke von etwa 180.000 DM und ich halte das für kurzfristig, da zu sparen. Auf die Folgen habe ich hingewiesen: Keine ausreichende Betreuung durch die Bewährungshelfer führt zu einer weiteren Belastung des Strafvollzugs und zu einem Ansteigen der Kriminalität. Deshalb befürchte ich, dass da der inneren Sicherheit ein Bärendienst erwiesen wird. Das gilt auch für die fehlende Betreuung im Strafvollzug.

Nur am Rande, meine Damen und Herren, eine Anmerkung noch: Bei den Diplom-Psychologen fehlen auch Stellen. Auch da nähern wir uns bayerischen Verhältnissen. Wir haben auf 100 Häftlinge 0,59 Anstaltspsychologen, in Bayern sind es 0,33. Welche Auswirkungen das weiterhin haben wird, haben wir über den Jahreswechsel feststellen können - Selbstmorde im Strafvollzug, Randalen im Strafvollzug, beide Male in Gera, anerkanntermaßen deshalb, weil keine ausreichende Betreuung da war.

Wo wird vergeudet, meine Damen und Herren? Ich muss ansprechen, im Justizministerium soll eine Spitzenposition geschaffen werden, B 3, das sind etwa 170.000 DM per anno, die aus meiner Sicht unnötig sind, schlicht und einfach deshalb, es gibt fünf Abteilungen mit fünf Abteilungsleitern und deshalb muss es auch fünf Stellvertreter geben mit jeweils entsprechender Besoldung. Hier soll eine Stelle hinzugegeben werden mit der Begründung, im Fi-

nanzgericht ist die Arbeit angestiegen. Richtig, aber die Stelle kommt nicht ins Finanzgericht, da kommen zwei Stellen hin, eine bleibt im Finanzgericht, die andere soll gleich wieder ins Justizministerium gehen. Ich gebe zu, in der Vergangenheit ist eine Stelle aus dem Justizministerium, nämlich auch eine B-3-Stelle, ins Finanzgericht gegangen, weil die nämlich im Justizministerium nicht benötigt wurde. Ich habe damals die Verantwortung dafür getragen. An die Front zum Arbeiten, das halte ich für richtig. Und wenn eine Stelle im Ministerium nicht benötigt wird, dann sollte sie dahin abgegeben werden. Warum die jetzt wieder zurückkommen soll, ist für mich unerfindlich, zumal in diesem Justizministerium ja ein wesentlicher Teil, nämlich die Europaabteilung, fortgefallen ist, so dass man fragen muss, was soll nachmittags da gemacht werden.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu einem weiteren Punkt, die Landesrechtsanwaltschaft. Es gibt noch ein Bundesland mit einer Landesrechtsanwaltschaft, ein weiteres Bundesland, das eine Landesrechtsanwaltschaft hatte, das war das einzige noch - Baden-Württemberg hat sie abgeschafft, weil ineffektiv. Bayern, Herr Dr. Dietz, schafft sie gerade ab. Das wird Sie vielleicht interessieren, Bayern reduziert, und zwar auf das OVG,

(Zwischenruf Abg. Dr. Dr. Dietz, CDU: VGH.)

VGH wegen mir als das Obergericht, aber mit der Absicht, sie abzuschaffen. Ich halte es auch für richtig. Es ist erhellend, meine Damen und Herren, wenn Sie sich die TA vom 28. ansehen, da ist zitiert - ich darf es, Frau Präsidentin - im Zusammenhang mit der Wahl in Erfurt, da wird ausgeführt: "Doch das Gericht folgte der Ansicht des Klägers, zumal sich die Landesrechtsanwältin, die den Freistaat vertrat, zur Rechtsproblematik ausschwig." Ich meine, dass es dazu ja ein Gutachten gibt, Herr Dr. Dietz, das Sie vielleicht nicht kennen, das aber im Justizministerium vorliegt.

(Zwischenruf Abg. Wolf, CDU: Ausführlich.)

Und es gab eine Staatssekretärsrunde, die 1998 eingesetzt worden ist und zum Ergebnis gekommen ist, bis 1999 solle nun endlich über die Auflösung entschieden werden. Ich glaube, es reicht aus, was ich hier vorgetragen habe. Die Landesrechtsanwaltschaft ist aufzulösen. Im Übrigen, die Personalmehrforderungen, die der Haushalt enthält für den Bereich der Justiz, sieht neun Stellen im höheren Dienst vor. Die Landesrechtsanwaltschaft hat neun Beamte. Damit könnten die Mehrforderungen für das Personal im Justizbereich voll abgedeckt werden, ein Nullhaushalt wäre insoweit möglich.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich begrüße es, Herr Dr. Birkmann, dass Sie die Offensive Rechtsstaat, die Herr Dr. Jentsch begonnen hat, die ich gern fortgesetzt habe, ebenfalls fortsetzen wollen. Ich empfehle, insbesondere auch das Forum Justiz fortzusetzen. Ich halte allerdings nicht allzu viel davon

beim gegenwärtigen Personalstand, den Schulunterricht durch Richter und Staatsanwälte ergänzen zu wollen. Meine Damen und Herren, die Aufgaben der Richter und der Staatsanwälte sind genau im Gesetz definiert. Dazu gehört nicht der Schulunterricht. Ich halte es aber für sinnvoll, mehr Praxisbezug sicherlich in die Schule zu bringen. Nur, dadurch geht Arbeitskraft der Richter und Staatsanwälte verloren. Ich hätte es auch gern getan, ich hatte aber niemals genug Richter und Staatsanwälte, die diesen Unterricht hätten erteilen können.

(Beifall Abg. Gerstenberger, PDS)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die Idee war nicht da.)

Sie haben keine Ahnung, Herr Fiedler, tut mir Leid, Sie haben keine Ahnung. Sie hätten einmal Herrn Dr. Jentsch fragen sollen, Herrn Dr. Jentsch hätten Sie fragen sollen. Ist gut, Herr Fiedler, das zielt daneben.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Der Einzige, der Ahnung hat, sind immer Sie.)

Ich hatte nicht genug Richter und Staatsanwälte, um diesen Unterricht umsetzen zu können. Und ich muss an Sie appellieren, Herr Dr. Birkmann, Sie müssen das dann dem Bürger klar machen, dessen Prozess verzögert wird, dessen Strafverfahren verzögert wird, weil der Richter oder der Staatsanwalt gerade Unterricht erteilt. Denn, meine Damen und Herren, das weiß jeder, der einmal Unterricht erteilt hat, dazu gehört Vor- und Nachbereitung, es geht eine ganze Anzahl von Stunden verloren. Und da Unterricht im Allgemeinen während der normalen Dienstzeit eines Richters, eines Staatsanwalts erteilt wird, fällt er in dieser Zeit aus für Dinge, die nebenberuflich sind. Deshalb bitte ich Sie, das kritisch zu überprüfen und der Sache noch einmal eingehend nachzugehen. Ich werde mir erlauben, nach einer gewissen Zeit das noch einmal zur Sprache zu bringen und insbesondere einmal feststellen zu lassen, welche Stunden da verloren gegangen sind. Insgesamt kann ich nur empfehlen, insoweit den Haushalt abzulehnen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Wolf, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wolf, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, es ist schon etwas spät und wir haben noch viel vor uns, deswegen will ich mich nur auf ein paar Schwerpunkte konzentrieren. Wir beraten den Haushaltsplan 05 - Justizministerium, das in Thüringen Rechtspflegeministerium ist, also nicht nur Strafvollzug

(Beifall bei der CDU)

und Landesanwaltschaft beinhaltet, sondern vieles darüber hinaus. Der ehemalige Minister und jetzige Abgeordnete begann mit der Behauptung der Schieflage des Haushalts 05. Der Haushalt 05 hat eine Eigenheit, dass er Einnahmen und Ausgaben aufweist. Wir hatten in der Vergangenheit die Schieflage, dass man die Einnahmen etwas niedriger ansetzte und dafür die Ausgaben etwas höher ansetzte und dann konnte man so ein bisschen Spielmasse hin- und herschieben. Daher haben wir dann immer am Jahresende auch eine Reihe von überplanmäßigen Ausgaben durch den Haushalt 05 ziehen müssen. Das vielleicht einmal vorweg zur Schieflage.

Die Justiz wirkt vor allen Dingen durch ihre Gebäude nach außen und durch die in den Gebäuden stattfindende Rechtsprechung. Dazu bedarf es Richter. Wir haben vorhin dazu schon etwas gehört, dass es erstmals jetzt auch die Verlagerung von Richtern aus dem Arbeitsrecht ins Sozialrecht entsprechend dem Bedarf gibt, so dass die Verfahren kürzer werden, zumindest kann man jetzt davon ausgehen. Aber auch an den Gebäuden ist vieles passiert. Das ist aber der Punkt, der mir so ein bisschen Bauchschmerzen bereitet, wenn man den Haushalt intensiv liest. Wir binden sehr viele Mittel sehr langfristig. Dafür kann der Minister, der jetzt ins Amt gekommen ist, nicht so sehr viel und wir selber, wir alle jetzt im Plenum, tragen die Verantwortung, dass wir diese Gratwanderung, die wir da eingehen, auf der einen Seite überall vernünftige Arbeitsbedingungen zu schaffen und vor allen Dingen auch sichere Strafvollzugsanstalten zu schaffen, nicht überziehen und die Belastungen, die wir in die Zukunft dann in den Haushalt an der Stelle hineinschreiben müssen, überdrehen, denn wir wissen nicht, wie die Kostenentwicklung sich dort weiter fortführen wird.

Neu hinzugekommen ist nach der Beratung im Haushaltsausschuss der Titel für den Rechtskundeunterricht. Das war das, was der ehemalige Minister eben so kritisierte. Es war halt nicht seine Idee. Ich finde die Idee auf jeden Fall besser als das, was als Sparmaßnahmen in der Justiz damals schriftlich angemahnt wurde

(Beifall bei der CDU)

und was dann ein Schuss neben die Wirklichkeit gewesen ist. Die Idee des offensiven Rechtsstaats ist nicht neu, aber neu ist, dass man versucht, diejenigen, die den Rechtsstaat regelmäßig zu vertreten haben, auch in die Vermittlung des Rechtsstaats nach außen zu bringen, denn das ist eigentlich das, was jeder von uns als Erfahrung macht, sei es, ob er mit Jugendlichen hier im Plenum beim Besucherdienst in Kontakt tritt oder auch in seinem Wahlkreis direkt in Kontakt tritt. Das Bewusstsein des Wertes des Rechtsstaats ist leider immer noch nicht so bei den Betroffenen angekommen, wie es der Rechtsstaat eigentlich verdient. Und wenn man von Seiten der PDS dann solche Sachen hört wie die Abschaffung des Landesamtes

für Verfassungsschutz, dann merkt man auch, in welche Richtung die Denkweise geht. Ich kann uns nur alle davor warnen, solche Richtungen in Zukunft einzuschlagen.

Justiz versteht sich vor allen Dingen auch als Dienstleistung. Da möchte ich nur daran erinnern, jeder, der mal als Wahlkreisabgeordneter mit Handwerkern zu tun hat, die versuchen müssen, offene Rechnungen einzuklagen oder dem Handwerker, der auf einem Arbeitsgericht darauf wartet, dass endlich die Arbeitsrechtslage entschieden wird, der wird auch schnell merken, welche ganz konkrete wirtschaftliche Bedeutung die Justiz plötzlich erlangt. Oder wenn jemand, der endlich seinen Titel vor Gericht erstritten hat, dann auf den Gerichtsvollzieher wartet, damit endlich die Vollstreckung vonstatten geht.

(Beifall bei der CDU)

Das vielleicht als Beispiele der Dienstleistungen, die die Justiz bringen muss. Und wer in dem Haushalt jetzt nachsieht, der sieht, wie auch der Haushalt diese Probleme in Zukunft berücksichtigt. Wir werden mehr Stellen im Bereich der Gerichtsvollzieher haben und wir haben auch im Bereich der Richter jetzt endlich ein Verhältnis erreicht, dass die Verfahren kürzer werden können. Das ist auch ein Punkt der Resozialisierung, wenn die Zeit zwischen Tat und Strafe nicht so lang wird, dass der Täter nachher gar nicht mehr weiß, für welchen Handtaschendiebstahl, den er vor Monaten begangen hat, er jetzt eigentlich vor Gericht steht, weil er ja inzwischen schon zwei-, dreimal das Gleiche wiederholt hat. An der Stelle ist auch die Frist, in der jemand zu seinem Urteil kommt, wichtig in der Resozialisierung. Sie haben es ja selbst gesagt, wie viele Stellen gerade in den sozialen Diensten in der Vergangenheit eingestellt worden sind, dass wir eigentlich ein Niveau haben im Strafvollzug. Und wenn man mit den Betroffenen vor Ort spricht, also mit den Strafvollzugsbediensteten, dann wird man sehr schnell merken, dass die Probleme im Strafvollzug im Moment an ganz anderer Stelle liegen. Dass es Randalen im Strafvollzug gibt, ist eigentlich nichts Neues. Das hat mit der Stellenzahl, die wir jetzt - ich erinnere nur an die Klöße, die in Suhl zu Weihnachten nicht geschmeckt haben, auch da gab es mal Randalen - ...

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, SPD: 1994.)

Ja, ich will ja nur sagen, das ist nichts Neues. Auch da war ein Minister gerade mal neu im Amt.

Ich will weiter von der Dienstleistung der Justiz sprechen. Wer im Haushaltsplan 05 intensiv nachliest, wird dort entdecken, dass wir einen größeren Titel haben für die Einführung des elektronischen Grundbuchs. Auch an der Stelle ist Justiz Dienstleister. Das elektronische Grundbuch wird sich sicherlich zu einem wichtigen Standortfaktor auch in Thüringen entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, SPD: Das ist schon vorgeführt.)

Sicherlich fällt mir, wenn ich den Haushaltsplan 05 durchlese, das eine oder andere ein, wo man noch mehr Geld ausgeben könnte. Bloß hier zählt wie an anderer Stelle auch: Wir können nur das Geld ausgeben, das wir für uns zur Verfügung haben. An der Stelle kann ich sagen, ich bin nicht zufrieden, wie wir jetzt mit den Stellenplänen umgehen. Ich könnte mir die eine oder andere Stellenhebung oder Beförderung noch mehr wünschen, aber es wird trotzdem immer mehr sein als wir in der Vergangenheit hatten. Wenn ich mir die Unterhaltung mit den Strafvollzugsbediensteten in Erinnerung hole, die haben sich sehr darüber beschwert und es ist nicht gerade motivierend, wenn gar keine Beförderung stattfindet. Das vielleicht nur so am Rande, weil hier jemand gesprochen hat, der dafür auch die Verantwortung trägt, dass dieses oder jenes eingetreten ist. Interessant ist vor allen Dingen für mich die Bemerkung gewesen, lassen Sie mich auf die paar Dinge noch eingehen, dass die Häftlingszahlen ständig zunehmen. Das klang vor wenigen Monaten, als die Ämter noch anders besetzt waren, etwas anders, obwohl eigentlich von unserer Seite aus im Arbeitskreis und im Ausschuss immer wieder betont wurde, dass wir an der Stelle aufpassen müssen und dass da eine Entwicklung vonstatten geht, wo wir rechtzeitig gegensteuern müssen. Das vielleicht noch einmal angemerkt.

Zur Landesadvokatur so viel: Sie selber haben uns ein Gutachten vorgestellt, über das wir dann sehr ausführlich auch auf Ihren Wunsch hin beraten haben, und alle, die daran beteiligt waren, haben festgestellt, dass man die Landesadvokatur Thüringen nicht vergleichen kann mit der bayerischen, denn wir haben eine wesentlich schlankere Landesadvokatur und sie erbringt eine Dienstleistung für die Kommunen und die Kreise und auch für das Land Thüringen, die eigentlich,

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

wenn man sich das alles in Erinnerung holt, was dort im Ausschuss gesagt wurde, das Beispiel sucht. Das vielleicht noch einmal in Erinnerung gerufen. Man sollte vor allen Dingen so ein Steckenpferd nicht bis zu Ende reiten, vor allen Dingen dann, wenn man die Verantwortung dafür schon längst wieder als Staffeln weitergegeben hat. Wie gesagt, von meiner Fraktion aus noch einmal ist intensiv zu begrüßen, dass wir jetzt einen Haushaltstitel haben für den Rechtskundeunterricht. Und wer Haushaltspläne richtig lesen kann, wenn ich mich erinnere, was Herr Höhn gestern gesagt hat, da muss man auch die Fußnoten lesen, die dazugehören. Das heisst, dass es eben nicht ein Nulltitel ist, sondern dieser Titel erhält seine Deckung innerhalb des Haushalts, uns werden also durchaus Mittel zur Verfügung stehen. An der Stelle empfehle ich dem Herrn Höhn einfach einmal intensiv nachzulesen. Wahrscheinlich wollte er es auch an der Stelle nicht zugeben, dass da dieser Titel untersetzt ist. Wir werden dem Titel

im Haushaltsplan 05 so zustimmen wie er vorliegt. Wie gesagt, auch ich könnte mir vorstellen, die eine oder andere Mark noch mehr auszugeben, aber erst muss die Mark da sein und dann können wir sie ausgeben. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich sehe keine Wortmeldung aus dem Plenum. Herr Minister Dr. Birkmann.

Dr. Birkmann, Justizminister:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, jetzt weiß man natürlich nicht, ob man vornehmlich replizieren soll oder doch etwas zusammenhängender vortragen soll. Ich will versuchen beides zueinander zu bringen. Ich hatte mir hier aufgeschrieben zu sagen, dass ich mit Zufriedenheit den Justizhaushalt betrachte. Ich war etwas erschreckt, Herr Abgeordneter Kretschmer, als Sie dann sagten, das sei so nicht, das sei eine finanzielle Schiefelage, das haben Sie so genannt und als ich dann Ihre Ausführungen abschließend gehört habe, war ich mir doch wieder sicher, dass ich zufrieden sein kann mit Ihren Aussagen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Satz gilt, dass Haushalt in Zahlen gegossene Politik ist, und ich bin der Auffassung, dass das so ist, dann ist das auch bei der Justizpolitik der Fall und beim Justizhaushalt. Ich möchte einfach anhand der Dinge, die wir im Haushalt bewirkt haben, doch ein paar Punkte aufzeigen, was wir alles damit bewirken können, und dann an den geeigneten Stellen auch kurz eingehen auf die Vorhalte, die gestern und heute - Herr Höhn und Herr Dr. Pidde haben gestern auch schon etwas zum Justizhaushalt gesagt - und von Ihnen, Herr Kretschmer, heute ausgeführt worden sind. Ein Punkt, der wichtig ist, ist das Rechtsbewusstsein zu stärken. Vielen Bürgerinnen und Bürgern fällt es schwer, diesen komplizierten Rechtsstaat zu verstehen und zu akzeptieren. Deswegen habe ich zusammen mit dem Kultusminister überlegt, wie wir das ändern können und sind zu der Auffassung gekommen, dass rechtskundlicher Unterricht hier in Thüringen weiter intensiviert werden sollte und dies insbesondere bei jungen Menschen, weil wir der Auffassung sind, dass gerade das Rechtsbewusstsein dort dann heranwachsen kann und auf Dauer gesehen die Zukunft ist, und die ist auch tief zu verwurzeln. Wir wollen das tun in dem Bewusstsein, damit zusätzliche Mittel, personelle und sachliche Mittel, zur Verfügung zu stellen. Abgesprochen haben wir mit dem Schuljahresbeginn 2000/2001 dies umfassender zu machen, aber in der Zwischenzeit schon die Zeit zu nutzen und Richter und Staatsanwälte mit in die Schulen zu schicken, um bis September dieses Jahres bereits Kurse mitzumachen, um hier den Schülern vor dem Hintergrund insbesondere in der letzten Zeit bekannt gewordener Vorfälle der Gewaltanwendung, der Ge-

waltausübung Rede und Antwort stehen zu können. Zur Umsetzung der Vorhaben wurden bei den Thüringer Gerichten und Staatsanwaltschaften bereits Rechtskundebeauftragte bestellt. Ich möchte an dieser Stelle, Herr Abgeordneter Kretschmer, allen Lehrern, Erziehern, Richtern und Staatsanwälten, die sich bisher bereit erklärt haben mitzumachen, sehr herzlich danken. Ich sage, ich habe in der letzten Zeit bei den verschiedensten Veranstaltungen eine große Resonanz gefunden. Es gibt großes Interesse und darauf habe ich auch gebaut. Gerade jüngere Richter und Staatsanwälte, die selber in einer Lebenssituation sind, die Kinder und Familie haben, sind bereit, dies zusätzlich zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das geht nicht auf Kosten ihrer Leistungen und ihrer Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, das geschieht im Übrigen im Nebenamt. Und wenn ich sage, ich danke denen, ich habe spontane Anfrage bekommen bei Veranstaltungen, wo Schulleiter gekommen sind, wann geht's denn los. Ich konnte sagen, wir sind schon voll in den Vorbereitungen. Ich hoffe, dass wir in einigen Wochen schon mit dem ersten Teil, dem Vorlauf für den Herbst, beginnen können. Wenn ich sage "danke schön", dann ein Dankeschön auch an die Mitglieder des Justizausschusses und an die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses, dass sie diese Initiative mittragen und auch die finanziellen Möglichkeiten geschaffen haben. Das ist genau der Punkt, an dem ich der SPD vorwerfe - Herr Höhn, hat es gestern gesagt -, dies kleinzureden, mir vorzuwerfen, ich sei da noch mit einer bombigen Sache an die Öffentlichkeit gegangen, in die Medien. Ja, das stört Sie natürlich. Das ist klar, dass die Medien jetzt bereit sind, das zu akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Aber das kommt doch nicht daher, weil ich das so schön mache, sondern man sieht, hier besteht ein echter Bedarf. Den Medien bin ich dankbar - es ist keiner mehr da, schade -, dass sie es so aufgegriffen haben. Das mit dem Leertitel haben Sie, wie ich meine - deshalb habe ich es Herrn Höhn gestern auch zugerufen - nicht verstanden, mit dem so genannten Leertitel. Ja, wir haben einen Leertitel, aber einen Leertitel mit Zufließvermerk. Das heisst, alle Mittel, die wir benötigen, stehen uns zur Verfügung. Das ist mehr als wenn ich 200.000 DM, wie es ursprünglich vorgesehen war, oder 600.000 DM veranschlagt erhalten hätte. Insofern bin ich wirklich dankbar, dass das so geregelt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, dieses Rechtsbewusstsein stärken, das ist sehr gut angelegt bei der Jugend, aber da können wir nicht stehen bleiben, ich möchte auch noch etwas tun für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen den Servicecharakter von Justiz stärker hervorheben. Deswegen meine ich, sollte man auch da aktiv werden. Wir haben uns einmal vorge-

nommen, so ein Projekt "Rollendes Amtsgericht" zu starten im Frühjahr diesen Jahres, indem wir mit einem Infobus über Land fahren und den Bürgerinnen und Bürgern Informationen und Beratungsangebote machen. Ich glaube, das zeichnet sich ab, das wird ebenfalls akzeptiert werden. Ich meine, dass dies auch gut ist, denn das Rechtsbewusstsein sollten wir wirklich stärken. Und, wenn Herr Höhn noch hier wäre, das kann man nicht erwarten zu dieser späten Stunde, aber wenn er noch hier wäre, da würde ich

(Beifall bei der CDU)

ihm sagen, er könnte vielleicht auch einmal beim "Rollenden Amtsgericht" vorbeischaun, denn mit seinem Rechtsbewusstsein scheint es mir noch ein bisschen weit daher zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Er hat gestern im Zusammenhang mit dem Parlamentsneubau Folgendes gesagt: Parlamentsneubau - Zementierung der Macht. Ich frage mich, was ist das für ein Verfassungsverständnis. Das ist unsere Legislative, die auch nach außen präsentiert werden muss. Das ist doch keine Zementierung der Macht. Das ist die Zementierung Ihrer Präsenz. Ich denke, das müsste man dann auch stärker bewusst machen. Mit den Mitteln, die uns in der Justiz zur Verfügung stehen, können wir ein Menge bewirken. Ich glaube, das wollen wir auch tun, denn wir möchten gerne, dass Thüringen, ein kleines Land und in finanziellen Möglichkeiten beschränkt, durch seine Kompetenz mitredet, wenn es darum geht, auch größere Reformüberlegungen mit anzustoßen. Ich sage hier einfach nur stichwortartig, weil das alles auch mit Geld und den finanziellen Möglichkeiten zu tun hat, die anstehende Zivilprozessreform werde ich so nicht mittragen, um das ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Die läuft darauf hinaus, die Berufungsmöglichkeiten einzuschränken und, was für mich noch viel schlimmer ist, die Amtsgerichte abzuschaffen. Ich denke, wenn wir etwas tun wollen, um das Rechtsbewusstsein der Bürger zu stärken, dann müssen wir dafür sorgen, dass auch die Justiz vor Ort präsent ist.

(Beifall bei der CDU)

Positiv sehe ich auch Initiativen in Berlin. Thüringen hat insbesondere auch unter Ihrer Mitwirkung, Herr Abgeordneter Kretschmer, mitgewirkt, die Zahlungsmöglichkeiten, die Zahlungsmoral zu verbessern, insbesondere wenn es darum geht, unseren Mittelständlern zu helfen, ihre Aufgaben durchzusetzen.

Nun haben Sie den Bereich der inneren Sicherheit angesprochen und gemeint, wir würden dies nicht in der Weise verfolgen. Ich glaube, diese von der CDU getragene

Regierung lässt sich so etwas nicht nachsagen, wir haben in der Regierungserklärung, Ministerpräsident Dr. Vogel hat es getan, gerade auf diesen Aspekt hingewiesen und den Bereich der Sicherung von Freiheit und Ordnung, dem auch im besonderen Maße die Justiz dient, hervorgehoben. Wir wollen einen Rechtsstaat als starken Staat, der den Bürger in der Durchsetzung seiner Rechte schützt und ihm das ermöglicht und ihn auch vor Eingriffen in seine Rechte schützt. Das ist jetzt nicht der Ort, an dem man im Einzelnen diese Instrumentarien darlegen kann. Ich möchte aber einen Aspekt herausnehmen, der kostet Geld und auch Personal und Sachmittel, nämlich der Gewaltkriminalität, insbesondere auch von Jugendlichen, vorzubeugen. Deswegen haben wir beschlossen, uns in noch stärkerem Maße Präventivmaßnahmen, insbesondere jugendspezifische Präventionsmaßnahmen, vorzunehmen und diese auszubauen und in einer Zusammenarbeit zwischen Justiz, Polizei, Schule und Jugendhilfe, all denen die verantwortlich sind, auch dies stärker noch vor Ort zu bringen, um im Vorfeld solche Straftaten verhindern zu können. Das alles kostet viel Geld und ich bin dem Landtag dankbar, dass er uns in den Stand versetzt, das zu tun. Und ein Wort noch - das ist hier heute nicht gefallen, es hätte allerdings zu Landesanwaltschaft und diesen Dingen gepasst - zum beschleunigten Verfahren. Dieses beschleunigte Verfahren, Herr Kretschmer, werde ich fortführen, denn es ist gut und richtig, ich meine aber nur, wir sollen es auch kritisch betrachten, denn das, was wir bisher im Rahmen der kleineren Kriminalität getan haben, müssen wir untersuchen, ob es tatsächlich im richtigen Verhältnis zwischen personellem und sächlichem Aufwand zu dem Ertrag steht, denn noch wichtiger erscheint mir, dass wir eine Beschleunigung der Verfahren im Bereich der so genannten mittleren und mittelschweren Kriminalität schaffen können.

Das elektronische Grundbuch ist angesprochen worden. Ich glaube, mit 2, 7 Mio. DM tun wir hier etwas, was dem Wirtschaftsstandort Thüringen gut tut und, ich glaube, dass wir dies auch in Zukunft in ganz starkem Maße durchsetzen wollen. Das ist übrigens mehr, Herr Abgeordneter Kretschmer, als die bisherige EDV-unterstützte Erfassung. Hier geht es darum, eine Vernetzung bis hin zu den Stellen, die dieses Grundbuch in Anspruch nehmen können, praktisch vergleichbar mit Internet und ähnlichen Entwicklungen.

Der Justizhaushalt ist in hohem Maße durch Personalkosten belastet. Etwas über 60 Prozent macht das aus. Dennoch will ich an dieser Stelle sagen, wir müssen sparen, das ist klar, wir werden auch wieder Besetzungssperren machen, nur, und der Abgeordnete Wolf hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, ich werde einen Schwerpunkt auf den auch von Ihnen eingeforderten Bereich des Strafvollzuges legen. Ich werde mehr befördern in diesem Bereich, weil ich nämlich der Meinung bin,

(Beifall bei der CDU)

dass der allgemeine Vollzugsdienst eine schwere Tätigkeit auszuüben hat und das muss man auch entsprechend unterstützen. Ich bin froh und sage das hier voller Stolz: Wir können in diesem Jahr 117 Beförderungen im allgemeinen Vollzugsdienst durchziehen und ich werde sie möglichst alle auch realisieren.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie in diesem Zusammenhang das Wort "Randale" angesprochen, Herr Abgeordneter Kretschmer, ich fand das doch etwas zumutend. Ich will Ihnen mal sagen wie ich die Silvesternacht zugebracht habe. Wir haben abends einen Bereitschaftsdienst gehabt, ich habe selber Dienst gemacht bis nachts zwei Uhr.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, SPD:
Bravo!)

Wir haben noch kurz vor Mitternacht rundgerufen und um halb zwei war dann der Rundruf zu Ende. Ich habe nachts um 24.00 Uhr noch einmal Kontakt aufgenommen zu den Anstalten und es ist das passiert und das müssten Sie doch wissen, in der Silvesternacht, in dieser sehr sensiblen Nacht zum Jahrtausendwechsel, ist es in einer Anstalt in Gera etwas heftiger zugegangen. Ich habe vorher gefragt, man hat mir gesagt, damit müssen wir rechnen, das sind leider solche Ausbrüche, die man Weihnachten und Neujahr allgemein hat. Das ist nichts Außergewöhnliches und deshalb, meine ich, sollte man das hier auch nicht besonders hervorheben.

Ich möchte noch etwas sagen, was die Ausstattung des Strafvollzugs betrifft. Sie haben auf den Bereich der sozialen Dienste hingewiesen. Wir haben anlässlich der Eröffnung von Gräfontona sieben zusätzliche Stellen geschaffen, und zwar Psychologen, Arzt, Sozialarbeiter und wir haben weiter die Möglichkeit bekommen, 120 Anwärter einzustellen. Und das ist genau das, was zukunftssträftig ist. Ich bin da guten Mutes, dass wir diesen Bereich in Zukunft noch besser ausstatten können.

Wenn Sie den Bereich der Straffälligenhilfe ansprechen, dann sage ich auf der einen Seite, Sie haben Recht, da sind wir zurückgegangen. Da müssen wir etwas tun, der Verein war in den letzten Tagen bei mir. Ich habe ihnen zugesagt, aus dem vorhandenen Haushalt heraus an anderer Stelle durch Deckungsmöglichkeiten dort aufzubessern. Aber ich muss in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass wir die sozialen Dienste verstärkt haben und wenn es da Defizite gibt, Bewährungshilfe, das ist richtig. Ich werde mich in Zukunft sehr darum bemühen, nur für die Vergangenheit trage ich nicht die Verantwortung.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, SPD: Aber wir haben sie getragen.)

Nun haben Sie in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der Deckung angesprochen, und das ist ja auch gestern

sowohl von Herrn Dr. Pidde als auch von Herrn Höhn gesagt und heute wiederholt worden, die Auflösung der Landesrechtsanwaltschaft. Ich will zunächst mal mit der Behauptung kommen, wir seien im Justizministerium in einer Spitzenposition ausgebaut. Das ist überhaupt nicht der Fall. Wir haben nur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit geschaffen, denn Sie, Herr Kretschmer, hatten eine B3-Stelle in den richterlichen Dienst genommen, dafür hatten Sie eine R3-Stelle im Justizministerium besetzt und das haben wir wieder in Ordnung gebracht. Jetzt haben wir wieder die B 3 bei uns und die R 3 ist wieder in der Rechtsprechung. So haben wir es gemacht, gar nichts ist dazu gekommen. Diese Ausstattung entspricht auch der aller anderen Ministerien.

(Beifall bei der CDU)

Also, das ist ein völlig falscher Blick, der hier auf das Justizministerium gerichtet wird. Und jetzt komme ich zur Landesrechtsanwaltschaft. Also zunächst einmal nur um etwas die Sache aufzulockern, Herr Dr. Pidde hatte gestern Landesstaatsanwaltschaft gesagt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Also, wissen Sie, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie die auflösen wollen. Dann hätten wir Chaos in Thüringen. Aber ich komme zur Landesrechtsanwaltschaft. Ja, Herr Abgeordneter Kretschmer, Sie hatten fünf Jahre Zeit sie aufzulösen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, SPD: Sie waren dagegen.)

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben sich politisch nicht durchsetzen können. Da können Sie mir doch nicht vorwerfen, dass ich das in drei Monaten nicht geschafft habe.

(Beifall bei der CDU)

Was den weiteren Aspekt der Landesrechtsanwaltschaft betrifft, muss ich an dieser Stelle auch darauf hinweisen, ich behaupte einmal, dass Sie es vielleicht auch gar nicht ernsthaft vorhatten, denn in der Anmeldung zum Jahreshaushalt 2000, die noch zu Ihrer Zeit gelaufen ist, da war keine Auflösung der Landesrechtsanwaltschaft vorgeschlagen, im Gegenteil, da war eine Aufstockung der Mittel vorgeschlagen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das ist natürlich immer so eine Sache, wenn man solche Dinge anspricht, dass man dann anschließend mal ein bisschen genauer nachschaut. Nun hatte ich ja aufgrund der Vorwarnungen im Vorfeld allen Anlass, das zu tun.

Ich gebe Ihnen Recht, Herr Abgeordneter Wolf, wir müssen noch im baulichen Bereich einiges tun und das wollen

wir auch machen. Ich hoffe, dass wir sowohl im Bereich der Vollzugsanstalten als auch bei der Gerichtsbarkeit im nächsten Jahr in Mühlhausen beginnen können und ich bin da guten Mutes, zusammen mit dem Finanzminister noch Wege und Lösungen zu finden.

Einen Hinweis möchte ich noch geben und dann komme ich zum Ende. Wir haben uns bemüht, aus den Ressorts, die wir im Justizbereich haben, die richtigen justizpolitischen Schwerpunkte abzudecken. Wir haben die Landessozialgerichtsbarkeit und Finanzgerichtsbarkeit verstärkt, jeweils einen zusätzlichen Senat geschaffen, auch in der ordentlichen Gerichtsbarkeit haben wir eine große Zahl von zusätzlichen Gerichtsvollzieherstellen geschaffen, alles durch entsprechende Umschichtungen. Das wird auch die Aufgabe für die Zukunft sein. Wir müssen sehen, wo wir Aufgabenschwerpunkte haben und dann die richtigen Schwerpunkte setzen.

Meine Damen und Herren, eine leistungsfähige funktionierende Justiz hat ihren Preis, ich meine aber, dass sie uns das Wert sein sollte, insbesondere eine Justiz, die schon immer imponiert hat durch ihre Sparsamkeit. Ihnen, den Mitgliedern des Landtags, darf ich meinen herzlichen Dank aussprechen für das Verständnis und Vertrauen in die Justizpolitik dieser Regierung und ich freue mich weiter auf diese Arbeit und darf Ihnen allen danken. Ich möchte auch danken - Herr Kretschmer hat mich da eben noch darauf aufmerksam gemacht - allen denen, die sich ehrenamtlich im Bereich der Justiz betätigen, denn ohne diese Dinge es auch nicht. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Einzelplan 05 nicht vor. Wir können die Aussprache schließen. Wir kommen zum **Einzelplan 06 - Finanzministerium - gemeinsam mit dem Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung - und Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -**. Als Erster hat um das Wort gebeten der Abgeordnete Herr Dr. Pidde, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Einzelplan 06 - das Finanzministerium - ist einer der wenigen reinen Verwaltungshaushalte, in denen es auf den ersten Blick nicht viel zu verschieben und zu gestalten gibt. Will man wirklich gestalten, muss man eine tiefgreifende Aufgabenanalyse vornehmen. Diese ist unserer Meinung nach bis heute durch den Finanzminister für seinen eigenen Bereich unterblieben. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass im Finanzministerium personelle Reserven vorhanden sind, die für den weiteren Aufbau der verschiedenen Bereiche der Steuerprüfung gut gebraucht würden. Damit wir uns nicht falsch verstehen, Herr Finanzminister, es ist unbestreitbar, dass beim Aufbau

der Thüringer Steuerverwaltung viel erreicht worden ist und dafür danke ich allen Beteiligten ausdrücklich.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Pidde, darf ich mal ganz kurz unterbrechen. Es mag ja sehr interessante Gespräche geben, aber dann vielleicht außerhalb des Plenarsaals, das stört hier.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Schaut man aber in die Betriebsprüfungsstatistiken des Bundesfinanzministeriums, dann sieht man, dass Thüringen zu den Ländern mit den längsten Betriebsprüfungsturnussen in fast allen Betriebsgrößenklassen gehört. In Thüringen kommt der Betriebsprüfer im Durchschnitt alle 17 Jahre in einen mittelständischen Betrieb, in Kleinbetriebe im Durchschnitt alle 45 Jahre. Damit liegt Thüringen weit über dem Bundesdurchschnitt und auch über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Das ist eine Frage der Steuergerechtigkeit, weil man das nämlich denjenigen, denen die Steuer direkt vom Gehalt abgezogen wird, auch klar machen muss. Deshalb sehen wir hier erheblichen Nachholebedarf. Da kann man auch nicht darüber hinwegtäuschen, wenn der Finanzminister in regelmäßigen Präsentationen darlegt, wie viel zusätzliche Mittel die Betriebsprüfung und Steuerfahndung jährlich hier wieder einnimmt. Steuereinnahmen sind für die Finanzen unseres Landes kein unwichtiger Bereich und wir fordern deshalb in unserem Entschließungsantrag, bei der Erstellung des Personalentwicklungskonzepts, das ja nun angekündigt worden ist für dieses Jahr, dem weiteren Bedarf bei der Steuerprüfung durch Umsetzung aus der Ministerialbürokratie Rechnung zu tragen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als Zweites auf einen eher unscheinbaren Haushaltstitel im Einzelplan 17 zu sprechen kommen, der den Titel trägt: "Versorgungsbezüge der Beamten und Richter und deren Hinterbliebenen". 15 Mio. DM sind für das Jahr 2000 vorgesehen. "Na und" wird der eine oder andere sagen bei über 4 Mrd. DM Personalkosten. Man muss aber wissen, vor wenigen Jahren stand dort eine sechsstellige Summe, jetzt ist sie achtstellig und die Kurve der Pensionslasten zeigt steil nach oben. In der Mittelfristigen Finanzplanung steht nur ein lapidarer Satz: "Die derzeit noch geringen Versorgungsleistungen werden mit der steigenden Anzahl der Pensionäre überproportional wachsen.", mehr nicht. Wir müssen hier zum wiederholten Mal unsere Kritik anmelden, dass es keine Darstellung gibt, wie sich die Pensionslasten langfristig entwickeln werden, trotzdem wird fleißig verbeamtet. Herr Finanzminister, ich muss Ihnen sagen, Ihre Kollegen, die Finanzminister anderer Länder, lächeln darüber, wenn sie hören, dass in Thüringen durch Verbeamtung Kosten gespart werden. Kosten werden in die Zukunft geschoben, jeder weiß, dass ein Beamter langfristig teurer ist als ein Angestellter.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das stimmt doch gar nicht. Quatsch ist das.)

Dieser Weg, der von Ihnen hier gegangen wird, ist unseres Erachtens falsch. Und wenn Sie schon so großzügig verbessern wollen, dann sollten Sie aber die Einsparung, die Sie kurzfristig dabei erzielen, nicht verfrühen, sondern sollten Sie in die Versorgungsrücklage stecken.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Es gibt doch Einzahlungen in Versorgungsrücklagen und die stehen schon fest.)

Nur keine Aufregung. Einen letzten Punkt möchte ich noch erwähnen. Wir haben lange gekämpft, um eine aussagefähige Mittelfristige Finanzplanung zu bekommen und heute kann man feststellen, nicht ohne Erfolg. Wenn man die Finanzplanung, die wir 1995 vorgefunden haben, mit der jetzigen vergleicht, ist es ein wesentlicher qualitativer Unterschied. Nach wie vor gibt es aber weiße Flecken darin. Ich habe eben die Darstellung der künftigen Pensionslasten genannt. Wir fordern auch, und das schon seit Jahren, eine saubere Darstellung der anfallenden Leasingraten. Das ist eine zweite Säule der Verschuldung unseres Landes. Diese Raten dürfen deshalb nicht einfach ausgeblendet werden. Sie sind Wechsel auf die Zukunft und unsere Kinder müssen sie begleichen. Deshalb, und ich muss es hier extra noch mal hervorheben, wir sind nicht gegen Leasingmodelle, oftmals sind sie viel kostengünstiger, aber wir wünschen uns, dass sie sauber und ordentlich dargestellt werden und nicht als unliebsame Fakten totgeschwiegen werden. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke schön. Als Nächste hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Lehmann.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bei dem Einzelplan 06 handelt es sich, Herr Dr. Pidde hat es eben erwähnt, um einen reinen Verwaltungshaushalt, in dem zum großen Teil unsere Einnahmeverwaltung enthalten ist. Die Ausgaben für das Jahr 2000 sind mit 369 Mio. DM zwar um 2,5 Mio. DM höher angesetzt als im Jahr 1999, aber erreichen damit nur einen Anteil von 1,93 Prozent an den bereinigten Gesamtausgaben unseres Landeshaushalts. Der Vergleich zu den Jahren 1998 und 1999, in denen die Ausgabeanteile dieses Einzelplans bei 2,15 bzw. 2,01 Prozent lagen, zeigt, dass hier kontinuierlich sparsam mit den Haushaltsmitteln umgegangen wird. Daher an dieser Stelle ein Lob von mir an den Herrn Finanzminister. Die Veränderung der Ausgaben ergibt sich vorrangig durch einen höheren Bedarf für Personalausgaben, vor allen Dingen aufgrund der bisherigen Tarifierhöhungen, für kleine Baumaßnahmen, für Zwecke der Verkabelung, zur Einrichtung von zentralen Informations- und Annahmestellen in den Finanzämtern, die sich übrigens sehr gut bewährt haben, und Beschaffung für Datenver-

arbeitungstechnik für die Steuerverwaltung. Dem gegenüber stehen die Absenkung von sächlichen Verwaltungsausgaben um 256.000 DM und der geringere Bedarf für die Personalkostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte. Dies macht immerhin ca. 7,6 Mio. DM aus. Die Erhöhung der Einnahmen um ca. 600.000 DM auf insgesamt 41 Mio. DM beruht im Wesentlichen auf einem zu erwartenden Mehr an Säumniszuschlägen, die durch die Finanzämter erhoben werden.

Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 06 liegen keine Änderungsanträge vor. Ich möchte dies als positives Zeichen dahin gehend werten, dass alle Fraktionen die Bedeutung unserer Einnahmeverwaltung als auch die Arbeit der im Einzelplan 06 enthaltenen weiteren Behörden, wie beispielsweise die Staatsbauverwaltung und die Ämter zur Regelung der offenen Vermögensfragen, positiv bewerten. Nur mit einer leistungsfähigen modernen Verwaltung, qualifiziertem Personal, ordentlich untergebrachten Behörden und einem hohen Grad von Automatisierung am Arbeitsplatz ist es möglich, die anstehenden Aufgaben weiterhin gemäß den wachsenden Aufgaben und Anforderungen zu erfüllen. In den Folgejahren werden sich gerade an dieser Stelle unsere jetzigen Investitionen refinanzieren, da wir alle regelmäßig auch auf die eigenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen schauen, die wir für die Weiterentwicklung und Gestaltung unseres Freistaats benötigen und einsetzen wollen. Jedoch muss ich an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass die in einem Änderungsantrag der SPD-Fraktion angeführten Deckungsquellen aus erhöhten Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2000 von immerhin 60 Mio. DM zusätzlich unrealistisch sind. Ich verweise hierzu auf den Ansatz zum Einzelplan 17, der im Haushaltsjahr 2000 bereits um 197 Mio. DM gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde. Eine weitere Aufstockung um 60 Mio. DM, wie von Ihnen gefordert wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen, zumal die Mehreinnahmen erst im Jahr 2001 für Investitionen bei den Kommunen wirksam werden könnten. Erhöhte Umsatzsteuereinnahmen durch Verstärkung der Prüfkativitäten der Finanzämter, wie sie in einem weiteren Änderungsantrag der SPD-Fraktion in Höhe von 6,5 Mio. DM angesetzt wurden, sind ebenso wenig absehbar. Bedingt durch den Ausgleichsmechanismus bei der Umsatzsteuerverteilung müssten bundesweit annähernd 300 Mio. DM höhere Umsatzsteuereinnahmen hierdurch erzielt werden, damit für unseren Freistaat diese 6,5 Mio. DM übrig bleiben. Ebenso kann man nicht davon ausgehen, dass die aufgrund von Umsatzsteuer- bzw. Betriebsprüfungen nachgeforderten Beträge ständig in Größenordnungen steigen werden. Oder will man den hier ansässigen Unternehmen bzw. Steuerberatern unterstellen, meine Damen und Herren, dass derartig viele Fehler bei der Buchführung oder Steuerberechnung unterlaufen?

Weiterhin möchte ich anmerken, dass die Steuerentwicklung im Jahr 2000 durch Gesetzesänderungen, die wir hier nicht zu verantworten haben, äußerst risikobehaftet ist. Bezug nehmend auf einen weiteren Änderungsantrag der

SPD-Fraktion, der Einsparungen in Höhe von weiteren 20 Mio. DM im Bereich des Liegenschaftsmanagements vorsieht, möchte ich darauf hinweisen, dass die im Entwurf 2000 vorgesehene Einsparung in Höhe von 10 Mio. DM schon beträchtlich ist. Das Liegenschaftsmanagement befindet sich erst in der Aufbauphase und kann erst in den Folgejahren das volle Ersparnispotential entfalten. Eine weitere Einsparung in der doppelten Höhe zusätzlich erscheint mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Gerade hier wird die Doppelzüngigkeit der SPD-Fraktion deutlich. Einerseits bezeichnet man die 10 Mio. DM als nicht gedeckte globale Minderausgabe, andererseits erhöht man diese Minderausgabe noch mal um 20 Mio. DM.

Zum Antrag der PDS-Fraktion auf Erhöhung der Investitionspauschalen an Kommunen in Höhe von 100 Mio. DM ohne Deckungsquellen ist anzumerken, wie es einige meiner Vorredner bereits getan haben, dass eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung schlichtweg ausgeschlossen ist. Aber, meine Damen und Herren, wir können z.B. die Mittel zur Abdeckung nicht einschätzbarer Risiken, die mit 1,6 Mio. DM im Haushalt 2000 eingestellt sind, jedoch in den vergangenen Haushaltsjahren nie benötigt wurden, durchaus auf solche Titel umschichten, die eine Aufstockung im Sinne unserer Bürger rechtfertigen. Dieser Betrag soll u.a. dem 50-Plus-Programm und den Opferverbänden zugute kommen. Dies kann eigentlich auch nur in Ihrem Sinne sein, meine Damen und Herren der Oppositionsfractionen.

(Beifall bei der CDU)

Zu einem weiteren Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf Erhöhung der Einnahmen bei Kapitel 17 04, Titel 121 11 aus Beteiligungen um 3,2 Mio. DM auf knappe 5 Mio. DM möchte ich auf den Überblick über die Beteiligungen des Freistaats im Einzelplan 17, Seite 25 verweisen. Ein Blick auf die Ist-Ergebnisse des Jahres 1999 lässt erkennen, dass mit dieser Einnahmeerhöhung keine erheblichen Risiken verbunden sind, sondern aufgrund der positiven Entwicklung der Unternehmen mit Mehreinnahmen zu rechnen ist. Allein die vom Vorstandsvorsitzenden, Herrn Lothar Späth, vorgelegten Zahlen des Geschäftsjahres 1999 des Jenoptik-Konzerns lassen erwarten, dass auch das Land einen nicht unerheblichen Betrag aus seiner Beteiligung erhalten kann.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zum Staatlichen Hochbau und der alternativen Finanzierung sagen: Der öffentliche Hochbau hat in Thüringen seit 1995 Bauaufträge von über 10,5 Mrd. DM ausgelöst, d.h. 2,1 Mrd. DM pro Jahr. Den größten Teil der ausgelösten Bauaufträge hat es mit einem Gesamtvolumen von rund 7,5 Mrd. DM im so genannten Zuwendungsbau gegeben. Dabei vergibt der Staat Zuschüsse wegen des besonderen Interesses an einem Bauvorhaben. Mit rund 1,5 Mrd. DM schlägt die alternative Finanzierung zu Buche. Bei dieser Thüringer Besonderheit im Bereich des Staatlichen Hochbaus erfolgt die Finanzierung der Baumaßnahme zunächst durch eine Bank

oder Leasinggesellschaft. Alternativ finanziert sind bislang 26 Projekte, darunter Polizeiinspektionen, Hochschul- und Klinikgebäude sowie Bauten für den Strafvollzug. In den vergangenen vier Jahren hat der Bund für rund 765 Mio. DM Baumaßnahmen in Thüringen in Auftrag gegeben, wie z.B. das Bundesarbeitsgericht in Erfurt.

Schwerpunkt des öffentlichen Hochbaus ist der Hochschulbau. Seit 1995 sind Investitionen für rund 1 Mrd. DM getätigt worden. Zusätzliche 519 Mio. DM sind über die alternative Finanzierung geflossen. Damit konnten Neubauten der Fachhochschule Schmalkalden, der Unibibliotheken Jena und Erfurt sowie der erste Bauabschnitt des Universitätsklinikums Jena um Jahre vorgezogen werden. Nach Fertigstellung der Projekte stehen in Thüringen 9.000 Studienplätze mehr zur Verfügung. Dieses hohe Niveau der staatlichen Hilfe für die Baubranche wird auch im Jahr 2000 fortgesetzt. Weitere sieben Baumaßnahmen werden zu den Maßnahmen, die schon begonnen sind, hinzukommen. 654 Mio. DM für den Staatlichen Hochbau sichern im Jahr 2000 über 5.000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. Auch diese Fakten muss man in unserer Haushaltsdebatte nennen und zur Kenntnis nehmen.

Aufgrund der bisherigen recht heftig geführten Diskussion zu den weiteren Bauabschnitten des Landtagsneubaus möchte ich hierzu auch einiges anmerken. Als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses erlebe ich hautnah die schwierigen Arbeitsbedingungen. Die Beratungen in den Arbeitskreisen und auch im Ausschuss sind nur unter großem logistischen Aufwand zu bewerkstelligen. Es fehlt einfach an ausreichenden Arbeits- und Tagungsräumen. Es kann nicht sein, dass für jede Haushalts- und Finanzausschuss-Sitzung, für jede Anhörung oder größere Veranstaltung der Plenarsaal umgeräumt werden muss. Ich denke, darin stimmen wir alle überein. Die Schaffung dieser Räumlichkeiten soll ja im 3. Bauabschnitt in Angriff genommen werden. Ebenfalls sind die Arbeitsbedingungen der Küche zu verbessern und die Kantine den Anforderungen eines offenen Hauses, das wir ja sein wollen, anzupassen. Jeder von uns erlebt die teilweise katastrophalen Bedingungen bei Landtagssitzungen, wenn noch einige Besuchergruppen ihr Mittagessen einnehmen wollen. Wir wollen viel Besuch in diesem Landtag, eine gute Öffentlichkeitsarbeit und deshalb müssen auch die Voraussetzungen für eine entsprechende Gastlichkeit gegeben werden.

(Beifall bei der CDU)

Dasselbe gilt auch für die Teilnahme der Medien und unserer Besucher an unseren Plenarsitzungen. Ich verweise hier auf die zahlreichen Kritiken in den letzten Jahren über den Zustand der Besuchertribüne und erinnere daran, dass diese wegen Einsturzgefahr bereits zeitweise geschlossen werden musste. Um das mal klarzustellen: Die Kosten für den Bau des Plenarsaals betragen ca. 16 Mio. DM, also einen Teil der Baukosten von den genannten 61,1 Mio. DM. Und da ich nun einmal bei

den Kosten bin, so möchte ich an diesem Punkt doch einmal Klarheit über die Zahl von 42 Mio. DM für eine Sanierung herstellen, die seit einigen Tagen durch die Medien geistert, wobei die Abgeordneten, die in der vergangenen Legislatur bereits hier tätig waren, diese Summe eigentlich kennen müssten. 1995 hat es eine Kostenabwägung gegeben, die sowohl eine Umbauvariante als auch eine Neubauvariante enthielt. Die 42 Mio. DM würden lediglich für die Grundinstandsetzung des Plenarsaals, die Küche, das Restaurant und von Archivräumen ausreichen, das heißt für die bereits vorhandene Bebauung. Nach dieser Variante würde der Neubau von Sitzungsräumen, die wir ja, wie unstrittig sein dürfte, unbedingt benötigen, nicht beinhaltet sein. Der damit zusätzlich erforderliche Neubau dieser Beratungsräume würde noch einmal 17,3 Mio. DM verschlingen, ebenso der Tiefgaragenbau für ca. 9,5 Mio. DM. Das alles inklusive dieser Sanierung, die ja von einigen hier vorgeschlagen wurde, macht nach Adam Riese zusammen 68,8 Mio. DM, also mehr als diese 61 Mio. DM der favorisierten Neubauvariante.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Mein Gott noch mal.)

Bei der Neubauvariante haben wir alles inklusive. Wenn man also darüber diskutiert und Zahlen in den Medien nennt, meine Damen und Herren der Oppositionsfractionen, dann bitte schön auch den Gesamtumfang des Bauabschnitts beachten. Man kann nicht einfach Äpfel mit Birnen gleichstellen, einfach Zahlen herausgreifen und in der Öffentlichkeit dann so argumentieren. Das ist unfair.

(Beifall bei der CDU)

Man muss schon den Gesamtumfang der erforderlichen Varianten betrachten und dann auch ehrlich sagen, was kostet das im Einzelnen.

Herr Dr. Zeh hat gestern schon über den Neubau gesprochen, ich möchte das auch nicht unendlich ausdehnen, wir haben heute auch noch viel vor, aber ich möchte an dieser Stelle noch klarstellen, dass es sich weder um einen Prunk- noch um einen Luxusbau handelt. Das hätten Sie gemerkt, meine Damen und Herren, wenn Sie den Worten von Herrn Dr. Zeh gestern zugehört hätten, als er die Kosten aus verschiedenen Landtagen bundesweit, die für Neubau angefallen sind, untereinander verglichen hat. Da schneiden wir hier in Thüringen nämlich sehr gut ab. Ich bedanke mich insoweit für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Redemeldungen liegen mir nicht vor. Herr Finanzminister, bitte.

Trautvetter, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Dr. Pidde veranlasst mich, doch noch ein paar Bemerkungen zu machen. Nur, Herr Lippmann, weil Sie jetzt so erbost getan haben, wegen der Zahlen,

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Nicht getan, ich bin es.)

ja, dann schauen Sie doch einmal in Ihren eigenen Unterlagen nach, Sie sind ja lange genug im Ältestenrat. Das ist die Vorbereitung der Ältestenratssitzung am 16.01.1996. Dann schauen Sie doch einmal in Ihrem eigenen Archiv nach. Da werden Sie das alles bestätigt finden, was Frau Lehmann hier gesagt hat.

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Wir wollten es nicht machen, Herr Trautvetter. Das wissen Sie ganz genau.)

Es geht ja nur um die Bestätigung der Kostenvergleichszahlen, dass Sie die politische Entscheidung nicht wollen, ist eine ganz andere Frage.

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Das ist keine andere Frage.)

Sie stellen ja die Kosten für Sanierung und Neubau in Frage und das ist ja wohl, glaube ich, aus der Vergangenheit erkennbar, dass die Zahlen hier richtig dargestellt worden sind.

Nur zu zwei Sachen, die Dr. Pidde gesagt hat: Ihre Statistik aus dem Bundesfinanzministerium, die kenne ich sehr wohl, sie stammt aus einem Rechnungshofbericht des Jahres 1996 und der Rechnungshofbericht bezog sich auf einen Prüfungszeitraum 1992/93. Ich weiß gar nicht, wie oft wir uns im Landtag auseinander gesetzt haben, wie lange man braucht, ehe man Betriebsprüfer ist. Drei Jahre Ausbildung, danach drei Jahre Tätigkeit in einem Finanzamt und dann geht der Mitarbeiter in die Betriebsprüfung.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Finanzminister wird man schneller.)

Jetzt ist die Betriebsprüfung komplett aufgebaut und auch die heutigen Zahlen sehen anders aus, wir können uns gerne noch einmal darüber auseinander setzen. Nur wenn man immer weiter falsche Zahlen aus der Vergangenheit hier erwähnt, werden sie deswegen auch nicht wahrer. Das Gleiche betrifft die Versorgungslasten, 15 Mio. DM im Einzelplan 17 sind korrekt, aber auch hier haben wir uns mehrfach darüber auseinander gesetzt, dass unsere Versorgungslasten ja bereits eine halbe Milliarde betragen. Da stehen zwei Titel im Einzelplan 17, nämlich Erstattungen an die Sozialversicherungsträger, Titel 641 02 mit 250 Mio. DM und Titel 641 03 mit 238 Mio. DM, macht zusammen

488 Mio. DM für pensionsähnliche Verpflichtungen der BfA für ehemalige Staatsbedienstete der DDR. Wir werden sehr wohl in Zukunft sehen, ob die politischen Entscheidungen so fallen, wie ich es immer vorgeschlagen habe, dass man mal diese Titel verstetigt, weil das eine auslaufende Generation ist, weil das ältere Semester sind, die dort bedient werden. Dann sind ausreichend Pensionsrücklagen vorhanden, um die Pensionslasten für Thüringer Beamte in Zukunft nicht zu haben. Was die Frage des Leasings betrifft: Ich glaube, dass wir unsere Kosten aus Leasing, übrigens sind nicht alle alternativen Finanzierungsformen Leasingverträge, dass wir die sehr sauber im Haushalt darstellen. Auch hier empfehle ich Dr. Pidde, den Einzelplan 18 zu lesen, die Seiten 157 und 158. Ich gebe zu, dass man dazu etwas Kopfrechnen braucht, um die einzelnen Jahre zu addieren, und wenn das Kopfrechnen nicht geht, kann man es vielleicht mit einem Taschenrechner machen. Jedenfalls mit Haushaltsklarheit und -wahrheit ist der Haushalt bezüglich alternativer Finanzierungsvorhaben ausgestattet. Sie können das bis auf die letzte Rate für jedes Jahr ausrechnen, darum muss man auch solche Vorwürfe zurückweisen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache zum Einzelplan 06.

Wir kommen jetzt zum **Einzelplan 07 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur**. Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Gerstenberger, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit meine Rede zusammenfassen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Das war es wohl schon?)

(Heiterkeit im Hause)

Ein Stückchen kommt noch. Meine Damen und Herren, dieser Einzelplan 07 - Wirtschaft, Arbeitsmarkt - steht unter dem Motto: Weiter so und durch. Im CDU-Deutsch heißt das dann, wir wollen gestalten. Der Haushaltsansatz ist trotz steigender Einnahmen, meine Damen und Herren, ausgabeseitig um über 67 Mio. DM gegenüber 1999 gekürzt. Die wirtschaftliche Lage ist ungenügend analysiert. Demgemäß lässt der Haushaltsentwurf den zielgerichteten Einsatz der Mittel zur Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungskraft vermissen. Der Haushalt ist nicht geeignet, über die Stabilisierung der Unternehmen, die Erweiterung der Unternehmensstrukturen und Unternehmensanzahl, über

die Entwicklung von Fremdenverkehr und Handwerk zusätzlich Arbeitsplätze in dem Maße zu schaffen, dass der verfestigten Arbeitslosigkeit wirksam begegnet werden kann. Innovative Ideen fehlen, dafür gibt es allerdings den Aufruf zu einem Ideenwettbewerb im Arbeitsmarktbereich. Unsere zugegebenermaßen bescheidenen, aber doch grundlegenden Änderungsanträge, die auch finanziell unteretzt waren, sind nicht aus wirtschaftspolitischen, sondern aus rein parteipolitischen Erwägungen, Herr Schuster, von der CDU-Mehrheit abgelehnt worden. Veränderung ist nicht gewollt, und das seit Jahren. Ich sagte Ihnen letztes Jahr schon zu diesem Haushalt: stur aber standhaft. Wegen der fortgeschrittenen Stunde,

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Wir werden immer besser.)

Herr Minister, verzichte ich hier auf eine Debatte zu der Ausbildungsproblematik, aber ich kann Ihnen versprechen, dass wir diese Debatte zu einem etwas freundlicheren Zeitpunkt im Monat Februar mit einem geeigneten Antrag nachholen werden, so dass auch der Kopf frischer ist, denn dieses wichtige Thema, glaube ich, sollte man nicht abends um 19.00 Uhr abhandeln. Das Gleiche trifft zu im Verzicht darauf, dass wir hier über Energie- und Technologiepolitik diskutieren. Wir werden nochmals die Gelegenheit nutzen, dann, wenn doch noch Ihr Antrag oder Ihre Gesetzesnovelle zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung vorliegen sollte, dann werden wir uns mit dem Problemkreis noch einmal beschäftigen, dieser Problemkreis übrigens, der im Haushaltsplan 07 von völliger Unkenntnis der Realität geprägt ist, denn dieser Abschnitt liest sich so wie der von 1998, als es die Gesetzesänderung im Energiesektor noch gar nicht gab.

Meine Damen und Herren, eine Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ist in diesem Haushalt ebenfalls nicht erkennbar. Sie wird uns seit 1998 versprochen. Anmeldeunterlagen für die EU-Förderung werden zwar Journalisten zur Verfügung gestellt, aber Landtagsabgeordneten in diesem Hause zur Einsichtnahme verweigert. Die Kostenreduzierung im Arbeitsmarktbereich ist insbesondere unter Berücksichtigung der aktuellen Situation im Land, Herr Minister Schuster, völlig verantwortungslos.

(Beifall bei der PDS)

Das aus dem Einzelplan erkennbare "weiter so" ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen, die vor dem Land stehen, sowohl auf Wirtschafts- als auch auf Arbeitsgebiet.

Meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion lehnt diesen Einzelplan in dieser Form ab. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Als Nächster hat Herr Abgeordneter Lippmann, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß um die Wirkungslosigkeit politischer Debatten zum Haushalt, zumal der Einzelhaushalte. Ich weiß um die Wirkungslosigkeit von Vorschlägen, zumal eine Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vorliegt. Wenn ich überhaupt zwei Beweggründe habe, hier in aller Kürze - verspreche ich, ich werde es halten - aufzutreten, dann sind es zwei. Es gibt in der Tat noch einige Bemerkungen zu machen, die noch zu vertiefen sind, ohne Zahlen zu nennen, ohne Titel und Titelgruppen zu nennen. Der zweite Grund ist ein wenig seriöser. Ich will mich ganz einfach an denen rächen, die dafür Sorge getragen haben, dass wir heute bis um 24.00 Uhr machen müssen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das wart Ihr.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass es auch bei einem Haushalt Zwänge gibt, an denen niemand vorbei kommt, Sie nicht und wir auch nicht, also die Opposition nicht, aber auch die regierungstragende Partei nicht, aber es muss erkennbar sein, wofür und für wen der Haushalt gemacht wird. Es muss eine politische Zielrichtung genannt und natürlich auch manifest sein im Haushalt. Welche Zielrichtungen sind das? Wenn wir zur Haushaltseinbringung davon gesprochen haben, dass gewisse Grundstrukturen, gewisse Grundmuster dieses Haushalts eigentlich vergleichbar mit denen sind, die wir in den letzten Jahren hatten, so muss ich sagen, dazu stehen wir auch heute noch. Aber es hat Änderungen gegeben, mit denen wir nicht einverstanden sind. Es gibt eine Tendenz, mit der wir nicht einverstanden sind. Wir haben diesen Haushalt nicht madig gemacht, das haben Sie erkennen können, sondern den Finger auf dünne Stellen gelegt. Es gibt verdammt dünne Stellen in diesem Haushalt, nicht immer vom Haushaltsansatz her, eines bestimmten Titels oder einer bestimmten Titelgruppe, sondern tendenziell für die Zukunft, wenn ich Ihre rhetorische Begleitmusik dazu richtig deute. Ich will es am Beispiel des Themas Haushalt mit einer Ausnahme tun, ohne die Zahlen zu nennen. Ich will es anhand von Vorschlägen tun, die wir gemacht haben und die Sie abgelehnt haben, möglicherweise ohne gründlich oder ohne überhaupt darüber nachzudenken. Die Argumentation ist für Sie sicher nicht ganz einfach gewesen, denn wir haben Vorschläge gemacht, wo es am Ende nicht den Gang zur Bank um mehr Geld gibt, das macht die Argumentation für Sie schwieriger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um es gleich von vornherein auszuschließen und um das große Feld

der Wirtschaftsförderung ins Auge zu fassen: Politische Zielrichtungen lassen sich bei der Entgegennahme, bei der Komplettierung und bei der Verwaltung von Fördermillionen des Bundes und der Europäischen Union bei fest gefügten Vergabemodalitäten nicht erkennen, bestenfalls die Tatsache, dass wir sie komplett übernehmen. Das haben wir in der Vergangenheit auch gemacht und das ist unstrittig, auch für die SPD. Nein, es sind andere Dinge, die eine Rolle spielen. Ich möchte fünf Beispiele nennen, eins davon ist gar nicht haushaltsrelevant. Dieses Beispiel betrifft die Verwendungsmodalitäten in der Infrastrukturförderung. Seit Jahren fordern wir den Wirtschaftsminister auf, einmal darüber nachzudenken, ob die Infrastrukturförderung in ihrer Struktur noch den Anforderungen moderner Infrastrukturförderung entspricht, ob sie so, wie sie bisher praktiziert wurde, föderalen und wirtschaftsgeographischen Erfordernissen entspricht - ich bezweifle das -, oder ob es nicht besser wäre, den Zufallsgenerator beiseite zu lassen und ein langfristig angelegtes Infrastrukturhilfeprogramm aufzulegen, das mit den regionalen Planungsgemeinschaften abgestimmt und aktualisiert wird. Dass es zu gewissen Kooperationen kommt, ist ja unstrittig, aber es wird nicht abgestimmt und auch nicht aktualisiert. Eine Reihe von Bundesländern tut das mittlerweile auch, so meine ich, mit recht gutem Erfolg. Es hat eine Reihe von Vorteilen, diese Abstimmung, es hat überhaupt nur einen Nachteil, es gibt da immer einmal Krach zwischen den Betroffenen. Das ist unstrittig, aber das ist dann ein heilsamer Krach. Im Übrigen, die, die den Krach haben, werden für den Krach auch bezahlt. Infrastrukturförderung in Thüringen hatte bislang, so meine ich, um das strapazierte Wort auch gebrauchen zu dürfen, etwas gutherrliche Züge, und das muss im Interesse des gesamten Landes verändert werden.

Zweites Beispiel - die Mittelstandsförderung: Der Wirtschaftsminister ist vor einigen Tagen mit der Bemerkung an die Öffentlichkeit getreten, dass Thüringen größere Unternehmen brauche. Thüringen braucht große Unternehmen. Eine wahrhaft revolutionierende Erkenntnis mit sehr großem Neuheitswert, es fehlte nur noch, er hätte den Bundeswirtschaftsminister ultimativ aufgefordert, endlich dafür Sorge zu tragen, dass Thüringen große Unternehmen bekommen solle. Ich dachte, die Zeiten hätten wir längst hinter uns gebracht. Ich funktioniere Ihre Aussage, Herr Schuster, einmal um. Thüringen braucht mehr Unternehmen. Da es ad hoc keine großen sein können, wir können sie ja nicht backen, dann eben kleine, das muss doch einseitig sein.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Die Ideen müssen wachsen.)

Wenn es aber nur kleine sein können, Herr Kretschmer, dann ist das Mittelstand und Mittelstandsförderung.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das sind 500 Leute.)

Warum Sie gerade da Geld wegnehmen, abgesehen von den kreditiven Programmen des Bundes, die ja hervorragend ausgestattet sind und in diesem Jahr ganz besonders, also warum Sie gerade dort Geld wegnehmen, ist für mich nicht mehr fassbar.

Drittes Beispiel - Forschungsförderung: Kürzungen im Forschungsbereich halten wir für fatal, im wirtschaftsnahen Bereich ganz besonders und erst recht. Jede fehlende Mark gerade dort führt irgendwann einmal in zwei oder drei Jahren zu nicht geschaffenen Arbeitsplätzen, nicht geschaffener Wertschöpfung. Wie wollen Sie denn dem Anspruch oder dem Slogan "Forschungsland Thüringen" gerecht werden, wenn Sie nicht mehr, sondern weniger Geld für Forschungsentwicklung vorhalten. Sie werden doch nicht wieder in die lächerlichen Strick- und Grundmuster der 1. Legislaturperiode zurückfallen wollen. Wir hatten zudem vorgeschlagen - und das liegt mir auch am Herzen zu sagen, zumal heute die Frau Ministerin einiges dazu gesagt hat -, für unberücksichtigt gebliebene InnoRegio-Projekte ein eigenes Landesprogramm aufzulegen. Ein Großteil der momentan nicht geförderten Projekte ist schon bei oberflächlicher Übersicht wert geprüft und natürlich dann auch gefördert zu werden. Dieser unser Vorschlag hat bei Ihnen nicht einmal eine Spur von Nachdenken, zumindest im Haushalts- und Finanzausschuss, hervorgerufen. Ich bin froh, dass die Ministerin heute gesagt hat, wir denken darüber nach. Na bitte schön, wir werden diesen Vorschlag noch einmal bringen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das habe ich so nicht gehört.)

Doch, doch, Herr Kretschmer, ich habe da vielleicht im Gegensatz zu Ihnen sehr aufmerksam zugehört, weil es mich halt interessiert. Dieses ist ein Ansatz, meine sehr verehrten Damen und Herren, den wir nicht aus der Hand geben können, auch seriös gegenfinanziert, lässt sich aus GA- und EFRE-Mitteln allemal machen. Wenn das nicht, was ist dann überhaupt noch Wirtschaftsförderung? Nun frage ich mich, für wen ist dann dieser Haushalt gemacht?

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur)

Sie kommen gleich dran, Herr Schuster.

Viertes Beispiel - Investitionszuschüsse: Wirtschafts- und Mittelstandsförderung pur, sage ich einmal, ist es, und das sind auch die zusätzlichen 60 Mio. DM, die wir als zusätzliche Mittel über den KFA hinaus, geben wollen. Ich erwähne es deshalb, auch wenn es in einem anderen Haushalt ist, weil dieses Wirtschaftsförderung ist und auch sein muss, wir haben es doch in den letzten zwei Jahren praktiziert, einmal 85 und einmal 100. Warum diesmal nicht? Zugegebenermaßen - die Gegenfinanzierung oder die Finanzierung dieser 60 Mio. DM ist etwas vage. Wir haben gesagt, wir wollen sie aus zusätzlichen Steuereinnahmen nehmen, wenn diese kommen, und einen Zufließvermerk und Be-

grenzungsvermerk gemacht. Das ist doch eigentlich eine Sache, der man näher treten könnte. Der Thüringer Finanzminister sagt aber - er ist nicht da - es werden keine Steuereinnahmen kommen, denn die Steuerpolitik der Bundesregierung sei ja ganz finster. Er könne sie also nicht erkennen, diese Mehreinnahmen. Aber, Herr Trautvetter, wenn er auch nicht da ist, wenn Sie sie nicht erkennen können, es gibt auch in Thüringen gute Augenärzte, aber ganz Blinde, die werden dann sehr selten wieder sehend.

(Beifall bei der SPD)

Fünftes Beispiel - Arbeitsmarkt: Ihre Ankündigung, man werde es auf dem öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt nicht zu Einbrüchen kommen lassen, ist glatte Makulatur. Was hier gesagt worden ist von Ihrer Seite, ist nicht richtig. Sie haben nicht nur gekürzt und das wird trotz finanztechnischer Manipulationen, die aber legitim sind, sichtbar. Es fehlen auch Mittel, um vorgehaltene ESF-Mittel voll gegenfinanzieren zu können. Die Häme, im nächsten Jahr mit dem Doppelhaushalt hier noch korrekativer einzugreifen, ist unüberhörbar. Ich frage Sie, für wen ist dieser Haushalt gemacht?

Sechstes und letztes Beispiel, und ich sage es ganz besonders, weil das jetzt eben von der Kollegin Lehmann noch mal angeschnitten worden ist: Es betrifft Ihre Repräsentationsgigantomanie - anders kann ich es nicht bezeichnen - will sagen, den geplanten Landtagsneubau. Ich lasse mir schon einiges an Zahlen gefallen, die hier gelegentlich genannt werden, was nun teurer und was billiger ist. Es fehlte bloß noch, dass dann gesagt wird, sie wollen in der Küche einen neuen Tresen bauen, der kostet 68 Mio. DM und der Landtagsneubau kostet nur 61 Mio. DM, wenn wir ihn hier hinten bauen. Das fehlt noch. Wir wollen uns auf die ganzen Zahlen, Zahlenspielerien und Zahlenmanipulationen überhaupt nicht einlassen. Während im gesamten Freistaat Landkreise und Kommunen auf jede Mark warten, um Schulen, Sportstätten und Bäder sanieren zu können, da bauen wir, das heißt Sie, einen neuen Landtag. Die Begründung durch den Ministerpräsidenten gestern ist schlicht eine Zumutung gewesen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Und ich sage Ihnen, um einen Strich darunter zu machen, dieser Landtagsneubau ist eine Frechheit gegenüber Ihren und auch unseren Wählern.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Aber lassen Sie mich noch mit einer harten Bemerkung schließen. Das ist Ihr Stil, der Stil der CDU, immer drei Fuß über der Wirklichkeit und über den Erfordernissen. Wir haben allen Grund und Anlass, gerade in dieser Frage Bescheidenheit zu üben. Aber Bescheidenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht eine mathematische, sondern eine moralische Kategorie. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort der Abgeordnete Kretschmer, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Kollege Lippmann, wir hätten schon weiter sein können, wenn nicht Ihre Fraktion verhindert hätte, dass wir gestern z.B. die Aktuelle Stunde und die Fragestunde durchgeführt hätten.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich halte es da mit Ihnen, etwas habe ich mir auch aufgeschrieben, ich werde es auch vortragen. Ich meine, das ist nun unser Recht, das hier zu bringen. Nur, die Erfolge beim Wirtschaftswachstum sind eindeutig. Die Wirtschaftslage in Thüringen ist gut, deshalb, Herr Lippmann, haben Sie Recht, wir werden die Grundmuster unserer Wirtschaftspolitik nicht ändern, wenn sie erfolgreich sind. Ich staune immer über Herrn Gerstenberger - heute ging es ja, aber gestern war typisch Gerstenberger diese Weltuntergangsstimmung, dramatische Fünf-nach-zwölf-Psychose.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS:
Erzählen Sie das mal dem Baugewerbe.)

Ja, Mensch, Herr Gerstenberger, das wissen Sie doch, dass wir da irgendwo ein bisschen runterfahren müssen bei dieser Sache.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Das gehört wohl nicht zur Wirtschaft?)

Aber, wissen Sie, man muss sich doch wenigstens die Mühe nehmen, mal die Zahlen anzuschauen und das, was sich entwickelt, würdigen und das, was runtergefahren wird, aus der Tatsache, dass eben schon vieles gebaut worden ist, was noch im Nachholbedarf war, dann findet man auch die richtige Linie. Wenn ich die Umsatzentwicklung betrachte mit 7,4 Prozent Zuwachs im Vergleich zu Ost- und Mitteldeutschland, die mit 3,7 dastehen, oder Herr Minister Schuster, Sie haben es letztens in Ihrem Bericht vorgetragen, 8.000 neue Stellen im letzten Jahr im Industriebereich mit einem Besatz von 49 Industriearbeitsstellen auf 1.000 Einwohner, hier in Ost- und Mitteldeutschland die Spitzenwerte, das ist noch nicht das, was wir anstreben oder was wir erzielen wollen, aber z.B. in Sachsen-Anhalt sind es eben 38 Industriearbeiter auf 1.000 Stellen. Oder schauen Sie mal, Herr Gerstenberger, auf die Arbeitslosenzahlen. Im Dezember 1999 15,5 Prozent in Thüringen und in Sachsen-Anhalt 20,3 Prozent. Meine Damen und Herren, es sind die gleichen Menschen, es sind die gleichen Bedingungen, die man in Sachsen-Anhalt hatte.

(Beifall bei der CDU)

Es muss also an der Politik liegen, wenn die Ergebnisse anders sind und hier in Thüringen besser sind. Meine Damen und Herren, das sind nicht Zahlen, die wir uns ausgedacht haben, sondern die sind von den statistischen Ämtern vorgelegt worden und Herr Ministerpräsident hat gestern darauf hingewiesen, beispielsweise die Umfrage im Verband der Wirtschaft "Optimismus für 2000", das können Sie dort nachlesen. Deshalb, meine Damen und Herren, die Landeswirtschaftspolitik ist okay und deshalb ist im Haushalt 2000 sehr wohl zu erkennen - sparen und gestalten. Und deshalb ist auch klar, dass ein geringer Änderungsbedarf entstanden ist durch die Fraktion. Manch einer mag das beklagen, weil das nicht dramatisch ist, aber es ist verständlich, wenn man einen gut vorgelegten Haushalt hat, dass man als Fraktion eventuell noch marginale Änderungen vornehmen kann, die werde ich Ihnen nachher kurz vortragen.

Meine Damen und Herren, was aber fatal ist, und Herr Lippmann, Sie haben es zum Teil ja auch angedeutet: Wir sind mit unserer Wirtschaftspolitik natürlich eingebunden in das, was Wirtschaftspolitik des Bundes ist. Und Herr Kollege Höhn, er ist leider nicht da, aber er hat gestern in einer sehr bemerkenswerten Art und Weise doch die Tatsachen verdreht. Die Bundeswirtschaftspolitik ist nicht fördernd, sondern verhindernd. Es sind hier nicht die Stichworte, die ich benenne: 630-DM-Gesetz, Scheinselbstständigkeit, Steuerreform, Bündnis für Arbeit. Wir haben Nachbesserungen, wir haben Ordnungsbrüche, wir haben Chaos zu beobachten. Und ich lasse uns auch nicht einreden, die CDU hätte keine Vorschläge in der Steuerreform. Das Petersberger Paket liegt drei Jahre auf Eis, blockiert. Drei Jahre fehlen Steuerentlastungen. Drei Jahre ist Wachstum verhindert worden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist, wie gesagt, bedauerlich, dass Herr Höhn nicht da ist, aber wir haben auch das neue Konzept, weil das mit diesen Jahren natürlich fortgeschrieben werden muss, das heißt die bessere Alternative. Er kann sich das aus dem Internet herausziehen; wir haben nämlich auch Internet, Herr Ramelow.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: ... Eine neue Rede wäre nicht schlecht; nicht die alten Kamellen.)

Das ist ganz neu, 18. Januar, schauen Sie es sich mal an, ob das alte Kamellen sind. Dann muss ich nur sagen, bei 630 Mark die Bundesanstalt, die BfA, hat gesagt, dass von 4/1999 bis 10/1999 immerhin 2,1 Mio. geringfügig Beschäftigte gemeldet waren. Und davon sind nur noch 400.000 da, wo sind denn die Übrigen geblieben? Daran sehen Sie doch, sie sind entweder in die Schwarzarbeit verschwunden oder ganz weggefallen. Nichts ist mit neuen Arbeitsplätzen, denn das war doch das Ziel.

Aber, meine Damen und Herren, ich wollte mich nicht allzu tief in diese Fragen der Bundespolitik hineinlehnen. Es ist mir nur wichtig, es zu betonen. Herr Schröder und Herr Blair haben ein tolles Papier verabschiedet. Das liest sich ganz gut - dritter Weg und Marktwirtschaft kann man etwas danebensetzen. Nur, was dann passiert, meine Damen und Herren, ist doch genau feindlich für Wirtschaftspolitik und insbesondere für den Mittelstand, Herr Kollege Lippmann. Für den Mittelstand ist feindlich, was hier passiert. Die Steuerbelastung, die für den Mittelstand kommt, oder die angebliche Entlastung, so nennt man das ja, wird vorrangig den großen Kapitalgesellschaften zu Gute kommen.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Nicht doch, Herr Kretschmer.)

Doch, doch, schauen Sie es sich an. Das ist leider so. Und nichts ist von dem, was von Herrn Schröder und Herrn Blair geschrieben wurde, mit Entlastung der Arbeit und unternehmerischer Tätigkeit oder Flexibilisierung am Arbeitsmarkt. Das Bündnis für Arbeit ist genau das Gegenteil. Die Antwort des Kartells der Gewerkschaften auf ein Problem, das erst durch dieses Kartell beschlossen wurde oder geschaffen worden ist, das ist das Kartell der Arbeitsplatzbesitzer. Und das behindert eben die Chancen der Arbeitslosen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist, ich will es mal mit Schumpeter sagen, den kennen Sie ja sicher, Herr Ramelow, das ist als ob der Postkutscher darüber entscheiden soll, ob die Eisenbahn eingeführt werden soll. Meine Damen und Herren, das ist aus dem Gutachten des Sachverständigenrates, das ist nicht etwas, was ich mir hier selber ausgedacht habe. Es ist so.

Meine Damen und Herren, zum Haushalt 2000 des Einzelplans 07 - 3,3 Mrd. DM sind eingestellt. Er gliedert sich in drei

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Finanzminister, Sie wirken störend.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

große Säulen, das ist einmal die Wirtschaftsförderung mit 1,3 Mrd. DM, das ist einmal der Bereich Verkehr und Straßenbau mit 1,2 Mrd. DM und das ist der dritte Bereich, die Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzförderung mit gut 630 Mio. DM. Zu dem Bereich Verkehr wird mein Kollege Kallenbach das Wort nehmen und zu dem Bereich Arbeitsplatzförderung und Ausbildung Frau Kollegin Vopel. Insbesondere will ich feststellen: Im Bereich Wirtschaftsförderung ist hier gesagt worden, die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Infrastruktur in der Wirtschaft ist der Teil, wo der Bund seine Leistungen zurückfährt. Von 423 Mio. DM sind wir auf 376 Mio. DM Bundeszuweisungen gekommen. Ich bin froh und insbesondere auch

den Kollegen des Haushalts- und Finanzausschusses dankbar, dass es uns dennoch vergönnt ist, ihn im vollen Maße zu komplementieren, so dass wir dann mit den gut 750 Mio. DM insbesondere, Herr Kollege Lippmann, natürlich den bestehenden Firmen auch helfen wollen, dass sie wachsen und damit Beschäftigung schaffen. Wenn im Bereich der Industrie im Durchschnitt 76 Beschäftigte sind, dann sind das zu wenig. Und Sie wissen, dass die Beschäftigtenstruktur insgesamt noch viel zu klein ist. Thüringen ist ein klein- und mittelständisch geprägtes Land, und, ich denke, gemeinsam auf den Großinvestor zu warten, den uns vielleicht noch Herr Minister Müller bringt, das können Sie vergessen. Das können Sie wirklich vergessen. Herr Müller ist gerade damit beschäftigt, die Energieriesen noch zu fusionieren, wie ich das gerade mitbekomme. Vielleicht ist das ein Grund, die Hand schützend über die Stadtwerke zu halten, dass wenigstens noch ein bisschen Wettbewerb entstehen kann, meine Damen und Herren.

Ich möchte bemerken, natürlich tut es weh, wenn wir in einem Haushalt, der dem Sparen auch untergeordnet ist, auch im Einzelplan 07 unseren Anteil am Sparen erbringen müssen. Sie haben Recht, das mit der Technologie, das tut weh. Aber seien Sie bitte ehrlich, Herr Kollege Lippmann: Ihre Kollegen im Bundestag haben im Bereich der industrienahe Forschung von 330 Mio. DM auf 270 Mio. DM gekürzt. Diesen Widerstand, den Sie so stark hier vortragen, den hätten die Kollegen natürlich auch im Bundestag aufbringen müssen. Das tut da sicher auch weh, wenn man 60 Mio. DM aus dem Bereich wegnehmen muss.

Und, meine Damen und Herren, wir haben, und ich bemerke das mit einem gewissen Stolz, die wegfallende Bundesfinanzierung der Verbraucherzentrale kompensiert. Das ist zwar nur ein Posten von 2,4 Mio. DM, kann man mal sagen, aber ich glaube, die Verbraucherzentrale in Thüringen tut eine gute Arbeit

(Beifall bei der CDU)

und da ist es ganz redlich, wenn ich das mal hier so bemerke, dass wir die Arbeit finanzieren zusammen mit Kommunen, die auch einen gewissen Anteil an der Arbeit der Verbraucherzentrale bringen.

Wir haben als Fraktion einen Änderungsantrag eingebracht, der insbesondere die Bedeutung des Tourismus in unserem Freistaat ausdrücken soll. Der Tourismus, der 6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt bringt, aber, wenn man das mal weit streut, etwa für 70.000 Beschäftigte auch Arbeit bietet. Meine Damen und Herren, die Zahlen sind gut, aber wir hören allenthalben, es fehlt noch so ein bisschen die Außenwirkung, es muss noch besser vermarktet werden. Deshalb haben wir den Änderungsantrag eingebracht, der da heißt, wir wollen mit 1,4 Mio. DM eine Bewegung aufnehmen, die Thüringen noch besser vermarktet, eine Marketinginitiative aufgreifen.

(Beifall Abg. Dr. Sklenar, CDU)

Ich bin mir gewiss, dass wir mit 1,4 Mio. DM noch nicht stundenlang die Fernsehanstalten und die Medien überschwemmen können. Aber man muss es einmal versuchen, mit 1,4 Mio. DM ist ein Start getan. Außerdem, wenn nun schon die Zuwächse gerade insbesondere im Außenbereich kommen, sind wir der Meinung, wir sollten auch mal schauen, wie man alle die Aktivitäten, die im Außenbereich sind, seien es die von Industrieunternehmen, seien es die von Landeseinrichtungen, aber auch von Kultur- und Tourismuseinrichtungen, mal zusammennimmt und sagt, wie kann man das als Außenaktivität ein Stückchen bündeln. Deshalb der Änderungsantrag, 100.000 DM dort einzustellen, um diese Frage der Bindung etwas näher zu untersuchen. Ich nehme jetzt eine ganze Reihe von meinen Papieren weg.

(Beifall bei der PDS)

Ja, ja, ich hatte mir aufgeschrieben, ich hätte so schön über Amerika reden wollen, inwieweit Amerika Beschäftigungszuwächse hat, 16 Mio. neue Stellen in den letzten fünf Jahren ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Gehen Sie doch in den Präsidentenwahlkampf!)

Ja, wirklich wahr. Der hat es aber auch einfacher, da macht hier die ... ein ordentliches Konzert und dann kriegt er das Geld und dann ist das ganz prima, sein Wahlkampf. Aber das will ich jetzt hier gar nicht weiter sagen. Wissen Sie, nur wir beklagen uns immer über das amerikanische Modell. Ja, das wird uns von den Gewerkschaften gesagt, das sind alles Billigjobs. Nein, das ist nicht wahr. Drei Viertel der Stellen sind dort im sehr hoch bezahlten Sektor. Nein, das wollte ich aber nicht sagen. Herr Lippmann, der Antrag mit der InnoRegio das finde ich zunächst ja ganz sympathisch. Ich sage das ganz deutlich, ich finde das ganz sympathisch.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Warum denn zunächst?)

Weil ich Ihnen dazu noch ein paar Worte sagen muss. Ich finde es erst einmal gut, das hat Frau Ministerin auch gesagt, selbst wenn Herr Ramelow mir irgendwelche Reflexe unterstellen will, die gemeinhin normalerweise bei den Tieren zu beobachten sind, aber lassen wir das mal.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU)

Ja, ich habe eben in Biologie aufgepasst. Es ist ein Bundesprogramm und ich bin sehr wohl der Meinung, dass es zunächst dann, wenn der Bund das anregt, auch der Bund finanzieren soll. Es gab auch eine Diskussion darüber. Ich will das nur mal von den beteiligten Projekten sagen, dass wir auch etwas verwundert sind bei der Auswahl der Projekte. Ich sehe das nicht ein, warum wir unmittelbar beispielsweise die Dinge, die der Bund nicht richtet, kompensieren sollen - der erste Punkt.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Haben Sie sich denn beschwert? Der Bund finanziert ...)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Kretschmer, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Ja, selbstverständlich, Herr Schuchardt.

Präsidentin Lieberknecht:

Bitte, Herr Abgeordneter Schuchardt.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Ist Ihnen bewusst, dass wir bei einem anderen Bundesprogramm - BioRegio - sehr wohl als Land aufgesattelt haben, wenn es ein gutes Programm mit zukunftssträchtigen Projekten war?

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Erst, nachdem wir aber den Sonderpreis bekommen haben, Herr Dr. Schuchardt, das waren wir nicht allein. Ich sage schon, der Bund soll bitte schön, wenn er so ein Programm initiiert, dann muss er, ja, ich weiß das ja, bloß wir brauchen das ja nicht so dramatisch anstellen. Herr Ramelow hat letztes in einer wunderschönen Zeitungsnachricht erzählt, der Förderdschungel muss gelichtet werden usw. usf. Nun stehen wir ja an einer anderen Stelle, jetzt wollen wir wieder ein neues Programm erfinden.

Meine Damen und Herren, ich denke, das ist doch von Herrn Minister Schuster und von Frau Prof. Dr. Schipanski gesagt worden, wir werden unter dem Dach der bestehenden Programme die Projekte, wo die Netzwerke sich bilden, sehr wohl fördern können. Deshalb muss ich nicht so demonstrativ einen Plakatantrag machen und sagen, also wir werden das jetzt als SPD-Fraktion richten, wengleich das hier schon zu machen ist. Deshalb habe ich gesagt, zunächst sympathisch, aber es bedarf wirklich keines eigenen Antrags, das noch einmal hervorzurufen. Aber an einer anderen Stelle, Herr Lippmann, da muss ich sagen, in Ihrem Entschließungsantrag, das ist die Drucksache 3/271, der Punkt 17, den finde ich nun schon etwas anmaßend, wo Sie sagen, Sie wollen da die engere Verknüpfung von arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, das finde ich etwas anmaßend, weil wir in der letzten Legislatur Frau Ellenberger drängen mussten, mit Herrn Schuster zusammenzuarbeiten. Wir haben in dieser Legislatur die beiden Abteilungen Arbeit und Wirtschaft zusammengebracht. Wir mussten Ihre bisher unberechtigte Kritik - und sie wird auch unberechtigt bleiben - ertragen, dass der zweite Arbeitsmarkt der Steinbruch für alle anderen Möglichkeiten sein wird. Wir müssen da-

runter leiden, dass bei Frau Ellenberger ungedeckte Schecks und unberechtigte Erwartungen geweckt worden sind.

Meine Damen und Herren, wir werden die Arbeitsmarktpolitik vom Kopf auf den Fuß stellen. Deshalb ist dieser Antrag anmaßend, das muss ich hier einmal so deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden, nachdem ich Ihnen geschildert habe, dass die Erfolge beim Wirtschaftswachstum eindeutig sind, die Akzente in diesem Haushalt setzen für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und von Ausbildungsplätzen, und wir setzen die Akzente zur Stabilisierung und zum Wachstum der bestehenden kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wenn der Wirtschaftshaushalt auch sinkt, dann habe ich Ihnen gesagt, ein Großteil liegt daran, dass die Mittel vom Bund sinken und den Rest an Einsparungen, da sind die disponiblen Stellen relativ schwer und es ist für mich auch nicht gerade freundlich und fröhlich, wenn wir den Sparbeitrag leisten müssen. Aber wir müssen ihn dann, wie die Kollegen in den anderen Haushaltsressorts auch leisten, deshalb darf ich Sie ermuntern und bitten, sowohl dem Änderungsantrag als auch dem Haushaltsplan 07 zuzustimmen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort Frau Abgeordnete Vopel, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ein paar Worte zur Arbeitsmarktpolitik kann ich Ihnen nicht ersparen und auch nicht ein paar Zahlen. Ich denke, der Haushaltsansatz ist mit 550 Mio. DM schon ganz komfortabel ausgestattet

(Beifall bei der CDU)

und da brauchen wir uns überhaupt nicht zu schämen. Es ist schade, dass Herr Höhn heute nicht da ist, weil er gestern wirklich den Mund sehr - er ist krank -, sehr voll genommen hat.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Nicht krank. Er fehlte gestern auch schon.)

Deswegen einmal ein paar Zahlen aus den vergangenen Jahren. Im Jahr 1995 hatten wir einen Ansatz von 489 Mio. DM, da sind 14 Mio. DM übrig geblieben. Die hat der Finanzminister am Ende des Haushaltsjahres ganz leise kassiert. Im nächsten Jahr hat er 69 Mio. DM kassiert von 563 Mio. DM. 1997 hat er 63 Mio. DM kassiert. 1998 sind von dem Ansatz von 598 Mio. DM 105 Mio. DM nicht verbraucht worden und lediglich im Jahr 1999 ist viel Geld ausgegeben worden im zweiten Arbeitsmarkt.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Warum wohl? Vor 1999 waren Bundestagswahlen.)

Warum wohl? Das kann ich Ihnen sagen, das hat eine Menge ... 1999 waren keine Bundestagswahlen. 1999 war noch die Jugendpauschale inbegriffen, dann hat die Frau Ministerin dieses Sonderprogramm gemacht, wo sie die Eigenanteile für die Träger übernommen hat. Das hat das Land ungefähr 20 Mio. DM gekostet. Dann sind Projekte bewilligt worden unter dem Motto: Geld spielt keine Rolle. Das muss man hier einmal so ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können uns gerne einmal darüber unterhalten. Ich kann Ihnen gerne Beispiele nennen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, deshalb ist dieser Ansatz sehr realistisch. Jetzt kommt das große Wehklagen und die Frage von Herrn Höhn, wo sind denn die neuen Akzente? Meine Damen und Herren, Arbeitsmarktpolitik, die hier über Jahre gelaufen ist, die ist wie ein großer Tanker. Da kann man nicht ganz kurzfristig das Ruder rumreißen und eine völlig neue Richtung einschlagen. Da gibt es zwei Möglichkeiten, entweder den Kurs langsam ändern, aber sicher, dann gibt es eine Richtungsänderung oder einen Crashkurs fahren, das Ding auf Sand setzen. Wir wollen den ersten Weg wählen. Ich sage Ihnen, wir hätten lieber - da sind wir uns einig mit den Menschen, die hier Arbeitsmarktpolitik machen im Ministerium, aber auch wir als Fraktion - noch eine Menge andere Akzente gesetzt. Aber wenn mittlerweile so viel schon gebunden ist, wenn zum Teil der Verpflichtungsrahmen schon überschritten ist, wo sollen dann die Spielräume herkommen, dass wir noch neue Akzente setzen können?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, umso wichtiger ist die Bestandsaufnahme, die im Moment gemacht wird. Die PDS-Fraktion wird sich ja freuen, sie hat die entsprechenden Fragen aufgestellt. Es muss alles auf den Prüfstand, was diesen Bereich anbelangt. Herr Gerstenberger, die Frage ist zwar heute nicht mehr drangekommen, aber das ist unsere ganz persönliche Meinung. Ja, auch die Organisationsstrukturen, auch die müssen auf den Prüfstand. Da bin ich ganz Ihrer Meinung und dann werden wir sehen. Eins geht jedenfalls nicht mehr, nach dem Gießkannenprinzip kann Arbeitsmarktpolitik nicht mehr gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten müssen auch bei der Arbeitsmarktpolitik ein Stück weit wieder ins Blickfeld gerückt werden.

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Abgeordnete Vopel, es gibt den Wunsch auf eine Zwischenfrage von Frau Neudert.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Zum Schluss bitte, jetzt nicht. Was das Umsteuern anbelangt, ein Stück weit haben wir umgesteuert. Das sieht man an den unterschiedlichen Ansätzen, das Landesarbeitsmarktprogramm ist reduziert, dafür ist die Arbeitsförderung Ost aufgestockt worden. Im Landesarbeitsmarktprogramm kann man eine Menge sparen, indem man mit ESF-Mittel finanziert, und das werden wir auch tun. Die Zielstellung ist bekannt, dazu will ich heute nicht so viel sagen.

Zum Stichwort abgesenkte Lohnkostenzuschüsse, das ist heute auch schon gesagt worden. Aber ein paar Worte zu den Anträgen möchte ich noch sagen. Ich finde es schon bemerkenswert, Herr Gerstenberger, Sie beklagen auf der einen Seite, dass zu wenig Mittel zur Verfügung stehen, dann wollen Sie aber 36 Mio. DM wegnehmen für Feststellen. Ich bin immer für Feststellen, das wissen Sie ganz genau. Aber auch da muss man erst einmal hinschauen, wo sie entstehen sollen und wie sie entstehen sollen. Es kann nicht sein, dass alles, was in Thüringen im Laufe von zehn Jahren oder fast zehn Jahren in diesem Bereich entstanden ist, vom Land mit einem Festzuschuss bedacht wird. Es ist sicher manches wünschenswert, aber es ist auch mit Sicherheit nicht alles machbar. Es kann auch nicht alles durch das Land finanziert werden. Die Damen und Herren von der SPD-Fraktion, eine Aufstockung um 20 Mio. DM im Landesarbeitsmarktprogramm ist unserer Meinung nach schlicht und einfach nicht nötig. Das sagen wir hier so ganz deutlich. Wie gesagt, wir wollen ein Stück weit neue Akzente setzen und das werden wir auch und wir werden uns auch sicher noch darüber unterhalten. Die Frage des Zufließens zur Jugendberufshilfe: Ich denke, das ist eine Selbstverständlichkeit, dass man ESF-Mittel zur Verstärkung der Jugendberufshilfe nehmen kann. Noch ein Wort zu "50 Plus". Ich finde es schon beachtlich, was so in den Zeitungen steht und was jetzt herumgeistert und dieser Ideenwettbewerb hat eine völlige Konfusion ausgelöst.

Meine Damen und Herren, wieso eigentlich? Das hat der Minister in der Regierungserklärung angekündigt, das hat im "Akteur" gestanden und ich habe immer gedacht, wenn man irgend so etwas initiiert, dass es doch ganz gut ist, wenn man im Vorfeld mit den Beteiligten ins Gespräch kommt. Genau das ist damit geplant. Ich denke, das ist der richtige Ansatz. Warum soll man nicht die, die mit diesen Dingen befasst sind, mit einbinden? Wir finanzieren hier z.B. so eine Einrichtung, die sich auch mit solchen Dingen befasst. Ich meine Start e.V., vielleicht haben die auch eine gute Idee und beteiligen sich an diesem Ideenwettbewerb. Warum eigentlich nicht? Das wäre vielleicht einmal eine ganz gute Sache, die sie einbringen könnten.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben viel Geld zur Verfügung. Wenn wir das richtig einsetzen, kann man auch eine Menge damit machen. Wir können damit eine Menge europäische und auch Bundesmittel holen, aber eines steht fest, wir können nicht alles das machen, was die Leute von uns erwarten. Den einen ist es zu viel, das sage ich hier auch, viele sagen uns, um Gottes willen, wieder so viel Geld für den zweiten Arbeitsmarkt, den anderen ist es zu wenig. Allen kann man es nicht recht machen. Wir wollen Arbeitsmarktpolitik, die unsere Zielstellung ein Stück weiterführt, nämlich Arbeitsplätze entstehen zu lassen auf dem ersten Arbeitsmarkt und den Menschen eine Chance über eine Arbeitsförderung geben, die sonst gar keine Chancen haben. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt kommt Frau Neudert zum Schluss, Frau Abgeordnete Vopel. Bitte, Frau Neudert.

Abgeordnete Neudert, PDS:

Frau Abgeordnete Vopel, können Sie mir sagen, was Sie zu dem Schluss veranlasst, dass die PDS sich freuen wird, wenn Landesmittel nicht ordentlich verausgabt werden?

Abgeordnete Vopel, CDU:

Das habe ich nicht gesagt.

Abgeordnete Neudert, PDS:

Doch, Sie haben im Zusammenhang mit den Mitteln des Arbeitsmarkts gesagt, dass sich die PDS freuen wird im Untersuchungsausschuss, Sie würden ja alles nachfragen. Das können wir aber im Protokoll nachlesen.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Nein, nein, das habe ich nicht gesagt.

Präsidentin Lieberknecht:

Hier ist offensichtlich ein Missverständnis, das ist dann nachlesbar. Jetzt hat der Abgeordnete Kallenbach, CDU-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Kallenbach, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe gar nicht erst so sehr viel aufgeschrieben, von daher wird mein Beitrag auch nicht sehr lang.

(Beifall bei der CDU)

Aber ein paar wichtige Dinge wollte ich doch noch zur Verkehrspolitik bemerken. Der Verkehrshaushalt im Etat 2000

umfasst immerhin 1,2 Mrd. DM, das ist ein wesentlicher Teil des Gesamtetats. Damit werden wichtige Zukunftsfragen für Thüringen entschieden. Allerdings ist natürlich schon die Verkehrsinfrastruktur vor allen Dingen eine gesamtstaatliche Aufgabe und damit vor allen Dingen eine Aufgabe des Bundes. Auf die enormen Defizite der rotgrünen Bundesregierung hat Kollege Heym heute schon einmal sehr deutlich hingewiesen. Vielen Dank für diesen Beitrag.

(Beifall bei der CDU)

Die Verkehrspolitik des Bundes war in den letzten Monaten vor allen Dingen durch zwei Dinge besonders geprägt.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das gleiche noch einmal.)

Darauf gehe ich nicht noch einmal ein, aber zwei Dinge sind schon noch einmal wichtig, und das ist vor allen Dingen zum einen die Ökosteuer -

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das haben wir auch schon gehört.)

nein, aber einen Aspekt, der ist mir wichtig. Uns ist in den letzten Tagen noch einmal ein Hilferuf von den Güterverkehrsunternehmen zugetragen worden, die in existentielle Nöte kommen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja noch kein Ende mit der Ökosteuer abzusehen, sondern sie soll noch dreimal erhöht werden.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Wer ist dafür verantwortlich?)

Das ist ja nun ganz klar, natürlich die rotgrüne Bundesregierung. Das war jetzt nun wirklich kein Beitrag.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Zwischenruf Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur: Nur die SPD.)

Ja, die hat ja mit zugestimmt. Die SPD trägt ja mit. Ein Geheimnis müssen Sie mir noch einmal verraten, wenn Sie das mittragen, was denn daran überhaupt ökologisch ist. Was ist daran überhaupt ökologisch? Hier werden genauso die ökologischen Verkehrsmittel Bahn, ÖPNV mit belastet und nicht entlastet, sondern belastet, und das ist ganz klar der falsche Weg.

Der andere Aspekt: Auf das Hin und Her der Verkehrsprojekte ist heute schon deutlich eingegangen worden. Allerdings, diese Dinge der Bundespolitik und auch des Verkehrshaushalts hier im Landeshaushalt sind bei SPD und

PDS bisher überhaupt nicht reflektiert worden, sie sind überhaupt nicht wahrgenommen worden. Anders dagegen Jürgen Heyer, Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt (SPD) - er sagte kürzlich: Die Verkehrspolitik des Bundes für die neuen Bundesländer ist mitnichten ein Erfolg. Recht hat er.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU steht jedenfalls dafür, dass die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere auch die Straßen beim Bund, bei den Ländern und bei den Kommunen auf hohem Niveau weiter ausgebaut werden muss. Insbesondere bei den Bundesstraßen ist es so, dass wir da inzwischen einen deutlichen Qualitätszuwachs haben. Die Bundesstraßen sind zu 90 Prozent in einem vernünftigen Zustand. Allerdings, Herr Lippmann, haben wir noch enorme Defizite bei den Ortsumgehungen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jawohl.)

Da fehlt noch sehr viel.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin gespannt, wie das Herr Minister Schuster darstellen wird in seinem Beitrag.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Hoffentlich detailliert.)

Also, meine Damen und Herren, Sie kennen ja alle Beispiele aus Ihrem Wahlkreis, wo es enorme Defizite gibt und auch bei den Landesstraßen, müssen wir hier an der Stelle deutlich sagen, gibt es noch einen großen Nachholbedarf.

(Beifall bei der CDU)

Aber immerhin haben wir in diesem Haushalt einen Ansatz von 200 Mio. DM und darunter auch einen deutlichen Beitrag der EU, was man hier mal erwähnen sollte. Die EU hilft uns mit den EFRE-Mitteln hierbei erheblich. Noch schlechter sieht es bei den kommunalen Straßen aus. Hier ist der Nachholbedarf noch deutlicher, was sich dann Gott sei Dank etwas durch die GVFG-Mittel verbessern lässt. Anders dagegen beim ÖPNV, beim öffentlichen Personennahverkehr. Im Verhältnis 1998 zu 1999, jeweils erstes Halbjahr, gab es immerhin ein Plus von 402.000 Fahrgästen. Das ist ein guter Erfolg unserer ÖPNV-Politik. Komfort und Service haben sich deutlich verbessert und bei den Fahrplankilometern immerhin ein Plus von 3,3 Millionen von 1998 zu 1999. Wolfgang Jung, Geschäftsführer der Personennahverkehrsgesellschaft Bad Salzungen, sagt: "Ohne die Großzügigkeit von Land und Landkreis könnte der ÖPNV so nicht existieren." Damit hat er ein deutliches Lob seinem Landkreis und auch dem Land ausgesprochen.

(Beifall Abg. Schemmel, SPD)

Nun zu dem Verhältnis der GVFG-Mittel, also zwischen ÖPNV-Förderung und Förderung für den kommunalen Straßenbau. Wir sind der Auffassung, das Verhältnis 70 zu 30 ist richtig, also 70 Prozent Förderung für den kommunalen Straßenbau und 30 Prozent für den ÖPNV. Hierzu gibt es Änderungsanträge von der PDS. Ich muss Ihnen allerdings sagen, dort, wo sie mitregieren, in Mecklenburg-Vorpommern, gibt es genau dasselbe Verhältnis. Von daher liegen Sie wirklich neben der Realität und ich habe auch eben die positiven und negativen Seiten deutlich dargestellt.

Jetzt komme ich zum Schienenpersonennahverkehr. 1993 gab es 85.000 Fahrgäste pro Tag und 1999 ca. 110.000 Fahrgäste pro Tag. Also auch dort ein deutliches Plus und das ist erfreulich für dieses ökologische Verkehrsmittel. Die CDU-Fraktion hält sich zugute, dass die ÖPNV-Förderung insgesamt in den letzten Jahren auf hohem Niveau durchgehalten werden konnte und nur in diesem Haushalt eine kleine Absenkung zu verzeichnen ist.

Zum letzten Punkt: Alle Jahre wieder kommt ein Antrag von der PDS zur Reduzierung der Förderung des gewerblichen Luftverkehrs. Er beläuft sich auf 4,25 Mio. DM. Ich brauche Ihnen, glaube ich, nicht noch einmal zu erläutern, welcher wirtschaftliche Faktor auch hinter dem gewerblichen Luftverkehr steckt und dass wir wirklich unverzichtbar darauf angewiesen sind. Jedenfalls nehmen Sie die Tatsachen zur Kenntnis. Unser Flughafen, vor allen Dingen hier in Erfurt, hatte im letzten Jahr eine Steigerung von weit über 10 Prozent bei den Passagierzahlen, und das sind die richtigen Steigerungsraten für die Thüringer Wirtschaft. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Abgeordnete Gerstenberger, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich wollte ja nicht,

(Heiterkeit bei der CDU)

aber ich habe mir irgendwann einmal vorgenommen, wenn ich bestimmte Dinge aus vergangenen Zeiten höre, dann habe ich den Mut, darauf auch noch einmal zu reagieren. Herr Kretschmer, Ihre Rede klang wie die Aneinanderreihung von Jubelrufen zum 1. Mai, die in der Vergangenheit noch sichtbar wären, mit den Hinweisen auf den erfolgreichen Kurs der Partei.

Herr Kretschmer, Ihre Erfolgsrechnungen und Ihre Darstellungen immer wieder von neuen Prozentzahlen machen die Situation nicht besser, in keiner Weise. Sie haben hier Ar-

beitslosenzahlen verkündet und wissen selber, dass Ihr Wirtschaftsminister mittlerweile eine ganz andere Größenordnung zur Bemessung der Dimension betrachtet, nämlich die Zahl der Nichtbeschäftigten. Das hat er schon einmal gemacht im Jahr 1996 oder 1995 als er eine GA-Anmeldung, also eine Anmeldung zur Gemeinschaftsaufgabe zur Wirtschaftsförderung, an den Bund geschickt hat und das ist in diesem Jahr wieder passiert. Und dort wird von reichlich 30 Prozent gesprochen, dort sind einige Berechnungen nicht drin. Unsere Zahlen sagen, wir haben 500.000 fehlende Arbeitsplätze in Thüringen und das konstant - konstant seit 1991. Wenn Sie Erfolge rechnen und plus minus Null an dieser Stelle als Erfolg bezeichnen, dann ist das ein trauriges Bild und ein trauriges Ergebnis Ihrer Politik.

Als Zweites streichen Sie heraus, dass Sie insbesondere mit den 1,4 Mio. DM, die noch nicht einmal das decken, was gestrichen wurde, im Tourismusbereich einen besonderen Schritt nach vorn getan hätten und damit das Marketing und Marketinginitiativen initiiert werden können. Aber Ihnen ist doch auch klar, Herr Kretschmer, und darüber haben wir uns vor gar nicht langer Zeit unterhalten, dass diese Marketinginitiativen erst einmal Produkte benötigen und diese Produkte werden in den Regionen entwickelt. Dort haben Sie das Geld gestrichen, nun frage ich mich, wie man in ehrenamtlicher Arbeit die entsprechenden Produkte entwickeln will, es sei denn, Sie haben noch einen Joker in der Tasche, wo Ihnen irgendwelche Einfälle kommen, in welcher Art und Weise Produkte entwickelt werden können, so dass sie dann letztendlich in einer brauchbaren Form vermarktet werden können.

Meine Damen und Herren, ein kleines bisschen anders war die Rede ja von Frau Vopel, die kann man nicht einfach unter Populismus abtun. Da waren schon einige sehr interessante Sachen drin. Sie sagten, Projekte sind bewilligt worden im letzten Jahr, frei nach dem Motto, Geld spielt keine Rolle. Als wir 1998 im Haushalt den Vorschlag eingebracht haben, über die neue Orientierung der Arbeitsmarktpolitik zu reden, als wir den Vorschlag eingebracht haben, über die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik zu reden, hatten Sie allerdings noch den Spruch drauf, es wäre alles in Ordnung. Nun ist das eine späte Erkenntnis, aber sie ist ja nicht zu spät. Vielleicht gelingt es uns, in der Wirtschafts- und in der Arbeitsmarktpolitik ein paar neue Wege zu gehen. Sie haben ja ausdrücklich betont, Sie sind der Meinung, wir brauchen Feststellen. Das ist ja schon ein Schritt weiter. Als wir die Vorschläge im letzten und im vorletzten Jahr gemacht haben, Feststellen bzw. neue Programme zu dauerhafter Beschäftigung in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufzulegen, haben Sie uns immer erklärt, wir brauchten erst einmal eine finanzielle Deckung. Nun haben wir eine finanzielle Deckung, da sagen Sie, Sie sind nicht ganz damit zufrieden, aber gut, darüber könne man reden, aber nun müsse man erst einmal wissen, welche Feststellen wir wollen. Lassen Sie uns einfach reden, Frau Vopel, Ihnen

muss nur entgangen sein, wir haben Ihnen das Angebot schon mal gemacht, darüber zu reden. Als wir nämlich bei der Regierungserklärung einen Entschließungsantrag eingebracht haben, hätten wir die Chance gehabt, über diesen Entschließungsantrag zu reden. Den haben Sie aber leider in Verweigerungshaltung, vielleicht haben Sie ihn allerdings auch nicht gelesen, einfach abgelehnt.

Und ein weiterer Ansatzpunkt, Frau Vopel, den ich sehr interessant fand: Ich habe ja die Frage nicht umsonst gestellt, leider ist sie nicht mehr dran gekommen. Sie haben gesagt, die Organisationsstrukturen müssen auf den Prüfstand. Wir sind der Meinung seit drei Jahren. Seit drei Jahren fordern wir von Ihrer Seite, dass wir eine Evaluierung der Landeseinrichtungen machen und natürlich auch eine Evaluierung der entsprechenden Landesprogramme. Leider haben Sie allerdings auch in den letzten drei Jahren immer wieder erklärt, es wäre alles in Ordnung. Nun nehme ich diesen Wissens- und Erkenntniszuwachs einfach als Basis, Frau Vopel, und Sie können sicher sein, im nächsten, allerspätestens im übernächsten Monat werden wir auf Ihre Vorschläge und auf Ihre Ideen zurückkommen. Mal sehen, ob Sie sich dann an das, was Sie heute gesagt haben, noch erinnern können und tatsächlich dann in einen Diskussionsprozess eintreten mit uns oder ob Sie wieder plakativ ablehnen, was von Seiten der Opposition vorgeschlagen wird. Danke schön.

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat Herr Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, man nennt ja den Haushalt ein in Zahlen gegossenes Programm und wenn ich die Diskussion hier verfolgt habe, dann habe ich den Eindruck gehabt, dass manche Redner der Opposition dieses Programm nicht richtig gelesen haben.

(Beifall bei der CDU)

Hinter diesem Haushalt steht die klare Aussage, dass Wirtschaftsförderung auch in Zukunft vorwiegend Investitionsförderung sein muss, weil wir über Investitionen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen herstellen, weil wir über Investitionen Wachstum realisieren und weil wir über Wachstum zusätzliche Arbeitsplätze bekommen. 90 Prozent der Wirtschaftsförderung werden für investive Zwecke eingesetzt. Es ist eine zentrale Aussage dieses Haushalts auch die, dass es uns darum geht, eine neue Wirtschaftsstruktur aufzubauen, eine Wirtschaftsstruktur, wo viele Sektoren mit hohen Wachstumschancen vertreten sind. Wir wollen nicht in die altindustriellen Strukturen investieren, sondern in moderne, in neue Strukturen.

Herr Lippmann, man kann natürlich jedes Thema trivialisieren und das haben Sie getan, als Sie von der Mittelstandsorientierung gesprochen haben. Tatsache ist, dass bei uns Wirtschaftspolitik ganz überwiegend Mittelstandsförderung ist. Wir haben in 1999 lediglich sieben Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten gefördert. Es ist gut so, dass wir viele kleine und mittlere Unternehmen haben, weil sie garantieren, dass wir vielfältige Branchen, Unternehmen und vielfältige Produkte bekommen und flexibel und innovativ sind. Deshalb haben wir eine Thüringer Existenzgründungsoffensive gestartet, um den Nachwuchs noch zahlreicher zu machen, um noch mehr neue Produkte in neue Unternehmen zu gießen und um noch mehr Flexibilität und Innovation zu schaffen. Aber, meine Damen und Herren, wir brauchen auch die richtige Betriebsgrößenstruktur und das war gemeint mit meinem Hinweis auf die Notwendigkeit, größere Betriebsgrößen zu erreichen.

Meine Damen und Herren, eine weitere zentrale Aussage des Haushalts ist es, die Innovationskraft unserer Wirtschaft zu steigern. Und auch da, Herr Lippmann, sind Sie einfach falsch informiert. Tatsache ist, dass in diesem Haushalt, wenn ich die Strukturfonds dazunehme, wir für Zwecke der Technologie mehr ausgeben als in den vergangenen Jahren. Dies gilt für die einzelbetriebliche F- und E.-Förderung; dies gilt für die technologische Infrastruktur und dies gilt auch für die Mittel, die wir aus EFRE abzweigen für Forschung und Entwicklung. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass der Haushalt, ergänzt um die operationellen Programme, hier ganz neue Akzente setzt in einer Weise, wie sie in den vergangenen Jahren nicht gesetzt waren. Gerade die Möglichkeiten von EFRE werden entschieden genutzt, um das Thema "Innovationskraft unserer Wirtschaft" zu profilieren. Ich könnte Ihnen die Zahlen im Einzelnen vorlesen, die beweisen, dass Sie eben mit Ihrer zentralen Aussage einfach falsch lagen. Und was Sprechblasen anbelangt, Herr Lippmann, auch im Bereich der Technologiepolitik kommen die Sprechblasen nach wie vor aus Berlin und nicht aus Erfurt,

(Beifall bei der CDU)

weil man in Berlin nämlich seitens der Bundesregierung groß angekündigt hat, viel zu tun für die Technologie. Und was kommt raus? Es kommt raus die Mitteilung, dass man die vorhandenen Programme zusammenfassen und straffen will. Das sind die Akzente in der Technologieförderung des Bundeswirtschaftsministeriums. Herr Lippmann, wir brauchen Ihren Antrag nicht, wir haben uns längst dafür entschieden, aus den nicht berücksichtigten Bewerbungen beim InnoRegio-Wettbewerb solche auszuwählen, die unterstützungswürdig sind und unterstützt werden sollen.

Dann haben Sie weiterhin unsere Infrastrukturförderung kritisiert. Da behaupten Sie seit Wochen auch etwas, was schlichtweg falsch ist. Sie behaupten, die Infrastrukturförderung würde nach dem Windhundverfahren verteilt werden. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass es bei der GA-

Infrastruktur eine Projektliste gibt, die genauestens abgestimmt ist mit den Regionalen Entwicklungskonzepten. Und bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die REK's wiederum mit den Regionalen Planungsgemeinschaften abgesprochen sind. Also das, was Sie eben gefordert haben, ist seit mindestens eins, zwei Jahren erfüllt, Sie haben es nur noch nicht wahrgenommen, Herr Lippmann.

(Beifall bei der CDU)

Und nun zum Thema "Arbeitsmarktpolitik": Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, den Haushaltstitel für den Arbeitsmarkt auf hohem Niveau zu halten, aber man muss ja bedenken, dass die Mittel, die wir bereitstellen, ja nur ein Bruchteil der Mittel sind, die tatsächlich eingesetzt werden durch den Bund. Es ist weiterhin dahin gehend Klarheit zu schaffen, dass wir die Schlacht um neue Arbeitsplätze nur auf dem ersten Arbeitsmarkt gewinnen können. Deshalb dürfen wir nicht zu einer Entwicklung kommen, wo der Mitteleinsatz für den zweiten Arbeitsmarkt immer weiter nach oben geschossen wird und die Mittel für Wirtschaftsförderung immer weiter nach unten entwickelt werden. Das wäre die falsche Strategie, meine Damen und Herren, und deshalb muss nach wie vor der erste Arbeitsmarkt Vorrang haben.

Es ist unser Bemühen, die berufliche Ausbildung und Qualifizierung zum Bestandteil unserer Arbeitsmarktpolitik zu machen und klar zu machen, dass dies die besten Maßnahmen sind, um Menschen wieder einzugliedern in den Arbeitsmarkt bzw. um das Entstehen von Arbeitslosigkeit überhaupt zu vermeiden. Wenn man dann von den Arbeitsmarktprogrammen redet, dann reden wir davon, dass es gelingen muss, insbesondere bei SAM und ABM umzustrukturieren. Es kann nicht sein, dass alle Programme vorwiegend für bestimmte Maßnahmengruppen genutzt werden. Es muss gelingen, die Maßnahmen so umzuorientieren, damit sie wieder mehr zuführen und reinführen in den ersten Arbeitsmarkt. Diese Umsteuerung, Herr Lippmann, werden wir Mitte diesen Jahres vollziehen; mal sehen, was Sie dazu zu bemerken haben.

Es muss natürlich auch darum gehen, die Arbeitsmarktpolitik etwa im Rahmen des Europäischen Sozialfonds zielgruppenorientiert zu gestalten, ich verweise hierzu auf das Programm "50 Plus". Da dieses Programm ja vorgestellt wurde, will ich hier nur kurz einige Bemerkungen zu der Kritik anbringen, die in den jüngsten Tagen und Wochen immer wieder geäußert wurde. Da wurde gesagt, SAM laufen aus. Meine Damen und Herren, richtig ist, dass eine Verlängerung längst beschlossen ist für alle SAM, die laufen, und zwar um sechs Monate. Es trifft auch nicht zu, dass bei SAM-Förderung keine Mittel bei den Trägern ausgezahlt würden. Richtig ist, dass das Geld erst ausgezahlt werden kann, wenn der Förderbescheid akzeptiert ist und wenn die Mittel angefordert werden. Und so könnte man weitere Punkte nennen bei Programmen. Bei "50 Plus" wird kritisiert, dass wir einen Trägerwettbewerb durchführen, meine Damen und Herren. Wenn man sich doch

einig ist, dass vieles geändert werden muss im Bereich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, dann ist es doch sinnvoll, neue Konzepte einzuholen und zu überlegen, ob man es vielleicht besser machen kann, ob es bessere Programme und Maßnahmen und Maßnahmenträger gibt als bisher. Meine Damen und Herren, dieses Programm wird umgesetzt, die Mittel stehen bereit, nicht 15 Mio. DM, sondern mindestens 20 Mio. DM. Wenn man die Mittel des Bundes noch dazu zählt, dann ist endgültig klar, dass hier genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Bei der ESF-Förderung steht die Notifizierung des operationellen Programms noch aus. Das wissen Sie alle. Trotzdem ist bei uns mit dem Finanzminister vereinbart, dass wir diese Mittel weitgehend vorfinanzieren werden, um auch hier handlungsfähig zu sein, ehe die Notifizierung erfolgt ist.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch einige Bemerkungen zum Ausblick: Natürlich steht auch dieser Haushalt 2000 im Wirtschaftsbereich unter den Sparzwängen, die nun mal gegeben sind. Das hat sicherlich zur Folge, dass wir zur Finanzierung unserer Aufgaben weitgehend auf Bundes- und EU-Mittel zurückgreifen und diese zur Kofinanzierung nutzen müssen. Spielraum für neue landesspezifische Akzente haben wir kaum mehr. Natürlich könnten wir uns vorstellen, was alles möglich und nötig wäre, wenn man genügend Spielraum hätte. Meine Damen und Herren, trotzdem können wir doch feststellen, dass wir offensichtlich auf dem richtigen Weg sind. Wenn Sie die Presseverlautbarungen der letzten Zeit nehmen, wenn Sie die Aussagen nehmen, die gerade am heutigen Tag wieder vermittelt wurden, alle bestätigen uns doch, dass wir wirtschaftspolitisch auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CDU)

Und wir bestätigen auch, dass wir noch viele Aufgaben vor uns haben. Deshalb müssen wir auch sicherstellen, dass auch in Zukunft eine hohe Investitionsquote erreicht und dafür gesorgt wird, dass dieser Weg weitergegangen werden kann, der Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Minister Schuster. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir schließen damit die Aussprache zu Einzelplan 07 und fahren fort mit **Einzelplan 09 - Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt** -. Als Erster hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Scheringer.

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte meinen Beitrag in zwei Gliederungspunkten straffen. Als

Erstes Waldfragen, als Zweites nachwachsende Rohstoffe. Die Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe Ost für die Agrarwirtschaft und den Küstenschutz um 18 Mio. DM ist natürlich nicht aufzufangen. Ich möchte aber auch in meiner Rede nicht um Einzeltitel feilschen, sie würden ja diese doch mit der Mehrheit Ihrer Regierungspartei, die noch zahlreich anwesend ist, meinen Respekt,

(Beifall bei der CDU)

das meine ich, weil man mit zu viel Macht selbstherrlich wird und denkt, aber man denkt nur, man ist in seinen Entscheidungen der allein selig Machende. Das sind Sie eben nicht. Auf grundlegende Positionen unsererseits weise ich trotzdem gerne hin und vielleicht siegt doch mal in einer stillen Stunde der Sachverstand über die politischen Strategien, die vielleicht doch mit Schwarzgeldern vorbereitet wurden.

Meine Damen und Herren, wenn es also gilt, mit weniger Geld als bisher auszukommen, ist es notwendig, alle Förderprogramme hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf den Prüfstand zu stellen, um die Mittel noch gezielter einsetzen zu können. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Vielleicht ist es nicht einmal die inhaltliche Seite, die verändert werden muss, sondern nur die gesamte Organisation der Förderung. Ich meine hier die Vernetzbarkeit mit anderen Förderprogrammen, insbesondere die Vernetzung mit den Programmen anderer Ministerien. Dass es da Probleme gibt, weil jeder Minister auf seinen Mitteln sitzt wie die Glucke auf dem Nest und argwöhnisch den Nachbarn beäugt, oder ob der nicht eventuell zu viel von dem Kuchen erhält, ist menschlich, so wie der Haushalt nun mal aufgebaut ist, natürlich auch verständlich. Aber Herr Vogel, da sind eigentlich Sie als Koordinator oder wie Sie sich nennen, Herr Ministerpräsident, immer gefragt und bisher haben Sie hier sich besonders hängen lassen. Ich werde darauf noch in meinen weiteren Ausführungen zurückkommen.

Nun zum Einzelplan: Uns ist nicht entgangen, dass durch Umschichtungen in den einzelnen Kapiteln und zwischen den Kapiteln bestimmte Reduzierungen in wichtigen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft ausgeglichen oder abgemildert wurden. Das ist auch richtig und verständlich. Wenn ich aber sehe, dass der Wald in den letzten 10 Jahren nicht gesünder geworden ist, und ich sehe die vielen Eichenbäume, die in Deutschland zu 80 Prozent geschädigt sind, mit ihren dürren Ästen, wie sie in den Himmel ragen ...

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Jetzt im Herbst aber nur, im Frühling kommen wieder Blätter.)

Sie sind vielleicht ein kleiner Dorfschulmeister, aber wissen nichts von dem Baum im Herbst und im Frühjahr. Sie sind ein ganz Schlimmer, das sage ich Ihnen.

(Heiterkeit im Hause)

Wenn Sie mich fragen jetzt im Herbst, ich will Ihnen sagen, die vielen dürren Eichen, das ist das, was noch steht für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Und das sieht so aus, als wenn die Kinder in der Welt, wo in dem herrschenden System jede Sekunde 10 sterben, wenn die die Hände in den Himmel reichen, so geht uns das mit den Eichen in unseren Wäldern. Das ist wirklich keine Erfolgsmeldung, wie sie heute in der Zeitung steht, CDU meldet und Herr Vogel nur Erfolg, Erfolg. Schaut euch die Eichen an, dann seht ihr was los ist.

Hinzu kommt das Problem der Naturkatastrophen bei dem Wald. Wir haben, so hatte ich von Herrn Dr. Düssel, 20 Mio. Festmeter Windbruch in Deutschland. Wenn Sie das betrachten, wissen Sie, wie schlimm das für unseren Wald überall ist. Aus diesem Grund ist der Forstwirtschaft, die Forstverwaltung betreut ja nicht nur staatlichen und kommunalen Wald, sondern auch die privaten Wälder, ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um sie arbeitsfähig zu erhalten für die ständige Erhaltung und Pflege der Wälder und auch für den langfristigen Waldumbau. Das Organisationsgutachten der Thüringer Forstverwaltung... Jedes Kind wird in der Schule gerügt, aber Sie Oberlehrer, Sie quatschen ständig. Nehmen Sie sich ein Beispiel an mir, wie ruhig ich immer bin.

(Heiterkeit im Hause)

Das Organisationsgutachten der Thüringer Forstverwaltung ist ein anerkanntes Dokument, das unser aller Zustimmung gefunden hat. Seine festgeschriebenen Inhalte müssen Maßstab unseres Handelns sein. Deshalb fordern wir, dass der im Organisationsgutachten festgeschriebene Abbaupfad bei den Waldarbeitern eingehalten wird, und die gegenwärtige Unterschreitung der Soll-Arbeitskräfte um 125 - dies sind 11,3 Prozent der Gesamt-Arbeitskräfte - wieder durch organisatorische Maßnahmen auf die Planzahl gebracht wird. Unser Ministerpräsident hat gestern gesprochen - die Zahl habe ich nicht genau im Kopf, aber zu 90 Prozent - 73 oder 78 Arbeitskräfte werden durch eine Hightech-Firma - scheinheiligerweise hat er sich dort gleich wieder halb entschuldigt bei den Israelis - durch eine israelische Firma geschaffen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das war ehrlich gemeint.)

Ich will Ihnen sagen, was da passiert ist, von Ihren Kollegen der CDU, was die über die Machtbefugnisse mit dem Geld geredet haben. Die Vermächtnisse der Juden, da haben sich alle hinterher entschuldigt. Vorher ist der Schaden passiert. Scheinheilig habe ich gesagt. Das will ich Ihnen sagen, wenn Sie mir so etwas entgegen halten, sage ich Ihnen gleich noch etwas ganz anderes.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, das ist eine wichtige Sache in dem Altenburger Land, weil das ein ländlich recht schwaches

Gebiet ist mit wenig Industrie, dass das dort passiert. Aber genauso wichtig ist das mit unseren Waldarbeitern, die 125, die fehlen, die tun unseren Urenkeln weh, niemandem anders. Wir werden als hier Anwesende kaum den Wald in Größenordnungen verbessern können. Aber ich sage, wer so etwas zulässt, dass hier Arbeitslose geschaffen werden, die gar nicht sein müssten auf dem so genannten Abbaupfad, das muss sofort geändert werden. Das liegt auch meiner Meinung nach an mangelnder Arbeit in den Wäldern. Schauen Sie sich an, wenn ich immer in unserem Ausschuss höre und auch in den Wald fahre und so und so - es ist noch viel zu tun dort, viel mehr als Sie denken. Man sieht viel - wie ich vorhin schon gesagt habe -, aber es ist noch viel zu tun. Wer dann die Arbeitskräfte abbaut, der sägt an seinem eigenen Ast.

Wir haben darüber hinaus bereits bei der Planberatung im Haushalt 1999 gefordert, auf der Basis des Plans 1998 eine Budgetierung für die Forstverwaltung einzuführen. Sie schielen doch sonst so oft in mein Geburtsland, warum machen Sie das dann nicht hier auch mal. Aus anderen Politikfeldern wissen wir - ja, ja, ich rede nur, dass Sie nachdenken - ich denke nur an die Gesundheitspolitik, dass die Budgets auch gewisse Gefahren in sich bergen, wie z.B. das Schließen von kleinen Krankenhäusern usw. Ich habe seit geraumer Zeit länger in Krankenhäusern zu tun gehabt. Alle Achtung vor der aufopferungsvollen Arbeit der Ärzte und Krankenschwestern. Aber wenn nicht genügend Mittel da sind, dann versagt oft das menschliche Können und das ist hier mit der Budgetierung manchmal falsch gelaufen, es kann auch anders gehen. Deswegen hatte ich das zum Wald auch gesagt. Gerade deshalb muss man der Forstverwaltung zu Beginn eine angemessene und vor allem ausreichende finanzielle Grundausstattung zukommen lassen, dann kann die Budgetierung sogar positiv sein, dass man viel größere Handlungsspielräume überall hat.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf die am Anfang meiner Rede gemachten Bemerkungen zur Änderung von Inhalt und Organisation der Förderprogramme zurück. Es besteht wohl hier im Hause darin Übereinstimmung, dass es in Thüringen neben dem so genannten Speckgürtel entlang der A 4 und der A 9 in einigen punktuellen Wirtschaftsschwerpunkten auch Regionen gibt, die auch nach 10 Jahren gerade durch die Wende trotz Verbesserung der Infrastruktur und Dorferneuerungsmaßnahmen von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt sind. Dieses sind in der Regel ländliche Gebiete mit einer hohen Arbeitslosigkeit, einer bescheidenen Wertschöpfung, einer geringen Lebensqualität. Diese Gebiete wurden früher durch die Landwirtschaft und ihre vor- und nachgelagerten Bereiche nahezu vollständig dominiert. Diese Dominanz hat die Landwirtschaft verloren, auch wenn sie zum größten Teil noch der größte Arbeitgeber in diesen Dörfern ist.

Die Umsetzung der Beschlüsse der Agenda 2000 befördert für diese Gebiete größere weitere Schwierigkeiten. Unser Bundesminister für Landwirtschaft spricht zwar

von dem grünen Diesel, dem Agrardiesel, und dass er einige Probleme der Ökosteuer zurückzahlen will, aber das reicht uns insgesamt nicht. Herr Ministerpräsident Dr. Vogel sagte auf dem Bauertag in Thüringen, wir brauchen unsere Bauern - die hat er nur bis einen Tag nach der Wahl gebraucht. Das kann ich mir gar nicht vorstellen, dass das so geht. Ich sehe das ein bisschen anders. Betrachtet man die Politik dieser Landesregierung - der Haushaltsentwurf ist ja auch Ausdruck dafür -, so stellt man fest, jeder wurstelt zu viel für sich allein und das ist das Problem, dass man viele gute Ansätze hat - das muss man schon sagen -, aber diese guten Ansätze verlaufen dann meistens im Sand.

Zu den nachwachsenden Rohstoffen wäre nur Folgendes zu sagen: Im Einzelplan 09 Kapitel 02 unter dem Titel "Förderung der thermischen Nutzung der Biomasse" ist die unwahrscheinliche Summe von 30.000 DM eingestellt. Wissen Sie, was man damit fördern kann? Einen Kükenaufzuchtbetrieb mit 150 Küken. Das ist wahrlich viel und groß. Ich möchte zu dem Problem der Biomasse oder nachwachsenden Rohstoffe auch noch sagen, wir behandeln die nachwachsenden Rohstoffe viel zu stiefmütterlich. Hier haben wir neue Investitionen über 3 Ministerien zu führen, um hier wirklich für die Landwirtschaft und den ganzen ländlichen Raum bedeutend mehr zu machen als bisher. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Scheringer. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Wunderlich.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Scheringer, dass die CDU-Fraktion in der Anzahl vertreten ist, das ist der Respekt vor den Menschen im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sind wir heute auch noch zu der späten Stunde hier. Herr Scheringer, mich hat eine Äußerung von Ihnen bestürzt.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Eine nur?)

Wenn Sie dem Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit der Investition eines israelischen Unternehmens in Altenburg Scheinheiligkeit unterstellen, dann ist es eine Boshaftigkeit sondergleichen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen setzt sich für die Zusammenarbeit und für das Gemein-

wohl mit der israelischen Gemeinde und mit Israel ein. Sie haben mit Ihrer Äußerung dieses Parlament heute Abend beschädigt und Sie sollten sich entschuldigen. Ich unterstelle keinem einzigen Abgeordneten in diesem Hause irgendeine Scheinheiligkeit gegenüber dem jüdischen Volk und Sie sollten sich auch daran halten. Das ist eine Unverschämtheit sondergleichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU hat klare Schwerpunkte für die Landwirtschaft, für die Forstwirtschaft gesetzt; zum einen ist es die Entwicklung des ländlichen Raums. Wie wir wissen lebt ungefähr die Hälfte der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger Thüringens auf dem Lande. Es ist ihr Lebens- und ihr Wirtschaftsraum, der erhalten und der gestärkt werden muss. Der ländliche Raum ist die natürliche Lebensgrundlage für uns alle. Deswegen muss alles unternommen werden, dass die Arbeitsplätze dort gesichert werden und die Lebensqualität verbessert wird. Um dies zu erreichen, wird die Dorferneuerung für uns auch weiterhin eine große Rolle spielen und ein Schwerpunkt sein. Wir werden im Jahr 2000 88 Mio. DM, d.h. 5 Mio. DM mehr, für die Dorferneuerung einstellen,

(Beifall bei der CDU)

weil wir wissen, dass die Nachfrage nach den Mitteln aus der Dorferneuerung weiterhin ungebrochen ist. 1 DM aus der Dorferneuerung zieht 3 DM privates Kapital nach sich, das heißt das Dreifache. Wir haben seit 1991 620 Mio. DM für die Dorferneuerung ausgegeben. Das hat Investitionen von 1,8 Mio. DM nach sich gezogen. Wenn man das Erscheinungsbild unserer Dörfer in Thüringen betrachtet, ich glaube, dann unterscheiden wir uns ganz gewaltig von den Dörfern in Sachsen-Anhalt oder in Brandenburg.

(Beifall bei der CDU)

Mit den Mitteln der Dorferneuerung wird gerade die Bauwirtschaft und das Handwerk im ländlichen Raum gestärkt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Leben auf dem Lande gehört auch Engagement. Gerade das Engagement der Frauen und der Jugend ist hier gefragt; ich meine hier den Landfrauenverband und die Landjugend. Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie mit fadenscheinigen Argumenten, dass die Mittel aus dem ESF genommen werden sollten, 100.000 DM bei den Landfrauen und 100.000 DM bei der Landjugend streichen wollen, dann zeigt das ihr ideologisches Bild gegenüber dem ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Von unserer Seite wird nachhaltig das Engagement für Tradition, für Kultur und auch das soziale Engagement dieser Frauen, dieser jungen Menschen auf dem Lande ganz entschieden unterstützt. Der Vorschlag der SPD hat

nicht im Geringsten Aussicht auf Erfolg.

Ein anderer Schwerpunkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe, auch unserer vor- und nachgelagerten Betriebe. Hier sind wir natürlich auf Entscheidungen in Berlin und in Brüssel angewiesen. Was die Landwirte hier gerade im letzten Jahr durch nationale politische Entscheidungen ertragen mussten, ist enorm. Schade, dass der Kollege Höhn nicht anwesend ist, der Ministerpräsident ist darauf eingegangen, dass er ein Beispiel Eichel'scher Politik hinsichtlich der Belastung von Kommunen und Ländern gebracht hat, aber ganz besonders hart getroffen ist durch die Eichel'sche Politik die ländliche Bevölkerung, meine sehr verehrten Damen und Herren; sie sind die Leidtragenden. Aufgrund des Steuerentlastungsgesetzes, der Ökosteuer, der Senkung der Gasölbeihilfe, Senkung der Gemeinschaftsaufgabe, dies belastet die deutsche Landwirtschaft mit 3,8 Mrd. DM. Wenn man dann die Agenda 2000 hinzunimmt von 1,5 Mrd. DM, dann kommen wir auf reichlich 5 Mrd. DM und das sind 20 bis 25 Prozent Einkommensverluste bis zum Jahr 2006, d.h., 12 Prozent der landwirtschaftlichen Wertschöpfung sind das. Dass die einseitige Belastung der Landwirtschaft nicht erfunden ist, zeigen die Äußerungen der Wirtschaftsinstitute. Selbst Mitglieder der rotgrünen Bundesregierung, und der Herr Funke hat es z.B. auf der Grünen Woche selbst eingestanden, dass auf die Landwirtschaft unverhältnismäßig eine Belastung zukommt. Wenn dann die Frau Becker in der "Thüringer Allgemeinen", die war es, glaube ich, von einer Belastung von 2 bis 8 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche spricht, dann ist es Unsinn. Das ist wahrscheinlich noch harmlos ausgedrückt, was diese Frau hier verbreitet. Frau Becker - vielleicht können es ihr ihre Kollegen sagen -, Sie haben wirklich Glück, dass dieser Unsinn, den Sie über die Zeitung verbreiten oder heute in der Aktuellen Stunde verbreitet haben, keine Schmerzen bereitet.

(Beifall bei der CDU)

Ich will an einigen Beispielen die enormen Belastungen der deutschen und der Thüringer Landwirtschaft untermauern. Mit der zweiten Stufe der Ökosteuer wird die jährliche Belastung bis zum Jahr 2003 auf 1 Mrd. DM ansteigen. Der eingeführte Sockelbetrag von 1.000 DM je Energieträger ist eine Rosstäuscherei, denn im Vergleich zum produzierenden Gewerbe ist dies eine bewusste grobe Benachteiligung. Den landwirtschaftlichen Betrieben wird allein über den Kraftstoff eine Ökosteuer in Höhe von - verantwortlich die rotgrüne Bundesregierung - 700 Mio. DM aufgebürdet. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Ökosteuer ist ordnungspolitischer Unsinn; das ist ein verwirrendes System von Regeln, von Ausnahmen, von Ausnahmen von Ausnahmen usw. Auf Thüringen bezogen ergibt das bei vollständiger Einführung der Ökosteuer 2003 eine zusätzliche Belastung von 24 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche.

Aber die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte wird noch weiter verschlechtert. Die weit gehende Streichung der Gasölbeihilfe führt künftig dazu, dass unsere Landwirte für 1 Liter Diesel ein Mehrfaches zahlen müssen als ihre Kollegen in den anderen EU-Staaten. Die Festsetzung einer Höchstgrenze von 3.000 DM trifft besonders die landwirtschaftlichen Unternehmen in den neuen Bundesländern. Die Verrechnungsmöglichkeiten mit Lohnunternehmen ist eine neue Ausgeburt von Bürokratie. Der zusätzliche Verlust aus der Gasölverbilligung für die Thüringer Landwirte beträgt ca. 27,2 Mio. DM. Dies ist ein Verlust von ca. 33,7 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche. Das sind nur noch 15 Prozent der bisherigen Gasölbeihilfe. Ich hoffe, dass eventuell jemand von der SPD mitrechnet, um dann der Frau Becker zu sagen, was auf die Landwirtschaft zukommt.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Das kann man doch nachlesen!)

Damit ist aber das Possenspiel über die Gasölbeihilfe noch nicht zu Ende, denn es bleibt ein ungedeckter Scheck von 375 Mio. DM zur Gegenfinanzierung. Der richtige Schritt aus dieser Misere wäre, die Verwendung von Heizöl zu gestatten. Andere EU-Länder praktizieren dies schon seit langem. Damit würde ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft geleistet. Ich sprach von einem ungedeckten Scheck von 375 Mio. DM bei der Gasölbeihilfe. Nach den Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Thalheim soll das fehlende Geld aus der Gasölbeihilfe aus den Mitteln für die Gemeinschaftsaufgabe beschafft werden. Dies würde die Möglichkeit der einzelbetrieblichen Förderung bis zur Wirkungslosigkeit minimieren. Da die Bundesregierung gegenüber der eigentlichen Finanzplanung schon um 100 Mio. DM zurückgeblieben ist bei der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum zusammen, mit den komplementären Mitteln sind es sogar 160 Mio. DM pro Jahr an Investitionsförderung, mussten wir in Thüringen - und jeder kann es ja nachlesen - dadurch die einzelbetrieblichen Maßnahmen aus der Gemeinschaftsaufgabe von 71,1 auf 57,2 Mio. DM senken.

Meine Damen und Herren, das sind die Segnungen von Rotgrün aus Berlin, die Herr Höhn gestern so dargestellt hat. Wenn jetzt dieser noch ungedeckte Scheck von 375 Mio. DM - und mit den Komplementärmitteln sind es 625 Mio. DM - gedeckt würde, würde dies eine weitere Senkung der einzelbetrieblichen Maßnahmen nach sich ziehen. Die weitere Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe würde die Wirtschaftskraft der deutschen und auch der thüringischen Landwirtschaft stark schwächen, gerade vor dem Hintergrund der WTO-Verhandlungen und der EU-Osterweiterungen. Und dann, Frau Becker, es sind eben nicht 2 bis 8 DM,

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Die ist doch nicht mehr da!)

sondern es ist fast das Hundertfache, denn die Thüringer Landwirtschaft wird mit fast 250 bis 300 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche belastet.

Noch einige Worte zur Forstwirtschaft: Herr Scheringer, die deutsche Eiche steht und so schnell wird die deutsche Eiche auch nicht fallen. Wenn Sie den Waldzustand in den letzten zehn Jahren betrachtet haben, dann hat sich der Waldzustand verbessert; nicht ausreichend verbessert, daran gibt es gar keinen Zweifel. Der Freistaat Thüringen hat etwas dazu geleistet. Die CDU-Fraktion hat 1993 die Strukturhilfe für Kleinprivatwaldbesitzer auf den Weg gebracht. Sie hat das Ökoprogramm Wald auf den Weg gebracht -

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Die hat alles auf den Weg gebracht!)

das waren für Sie immer so diese Kühe, die geschlachtet werden müssen, selbstverständlich, das waren immer die Kühe, die Sie schlachten wollten - bis hin zu einer modernen forstlichen Gesetzgebung. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, was die Förderung der Forstwirtschaft und der Holzwirtschaft betrifft, da lässt sich die CDU von Thüringen so schnell nicht übertreffen, von niemandem. Diese Kontinuität wird fortgesetzt. Thüringen wird 2,4 Mio. DM im Jahr 2000 mehr für die Wälder einsetzen. Wir haben flächendeckend für Thüringen unsere Waldmessstationen aufgebaut. Dies ist wichtig für gezielte waldbauliche Maßnahmen wie eben auch für die Bodenschutzkalkungen. Und Sie von der SPD machen es sich ein bisschen zu einfach: Dann nehmen wir bei der Erstaufforstung 1,8 Mio. DM weg und geben es dann hin zur Bodenschutzkalkung. Aber dass dafür manche Analysen nötig sind, das ist Ihnen wahrscheinlich nicht bekannt, woher sollen Sie es denn auch wissen. Ganz davon abgesehen hatten Sie merkwürdigerweise vor Jahren gegenüber der Bodenschutzkalkung, gerade Ihre Umweltleute, noch eine ganz andere Auffassung. Im Waldzustandsbericht 1994 ist richtigerweise auf die positive Wirkung der Bodenschutzkalkung hingewiesen worden. Weitere Aufschlüsse soll die Wiederholung der bundesweiten Bodenzustandserhebung bringen und dann erst werden wir die Entscheidung treffen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich komme noch einmal auf die Bundesregierung zurück. Unverständnis müssen Äußerungen von Umweltminister Trittin hervorrufen, der zu dem Vergleich gekommen ist, dass die heutigen Wälder so viel mit natürlichen Wäldern zu tun hätten wie Fruchtgummi mit Apfelsinen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann frage ich mich, warum er dann Hunderttausende von Hektar Waldfläche unter Schutz stellen will, weil diese Wälder einen schutzwürdigen Status haben. Dieses zeigt, dass die Waldbesitzer und die waldbesitzenden Kommunen ein recht gutes Verhältnis zum Naturschutz haben. Herr Trittin scheint es wahrscheinlich doch nicht zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, er hat nicht nur ein gestörtes Verhältnis zur Natur, sondern auch zum Rechtsstaat, wenn er in Erwägung zieht, 100.000 Hektar zu privatisierende Treuhandflächen den Naturschutzverbänden zur Verfügung zu stellen. Herr Trittin und Herr Funke sollten sich lieber dafür einsetzen, dass die Energie aus Holz nach dem Energieeinspeisungsgesetz der sonst erzeugten Energie gleichgestellt wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Land- und Forstwirtschaft, der ländliche Raum im Allgemeinen sind bei der CDU in wirklich sehr guten Händen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Wunderlich. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Schutz unserer Umwelt gehört zu den wesentlichen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine intakte Umwelt ist notwendig, um Thüringen für seine Einwohner lebenswert zu gestalten. Außerdem ist sie auch Voraussetzung für den sich wieder belebenden Tourismus. Der wirkungsvolle Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen kann nur durch Mithilfe aller Thüringer realisiert werden. Durch die Gebührenbelastung im Bereich Wasser/Abwasser und Abfall sowie durch die Einführung der Ökosteuer sinkt bei vielen Menschen das Verständnis für die Notwendigkeit ökologischer Maßnahmen. Oft macht sich Ablehnung aus Angst vor neuen Kosten breit. In der TA vom 30.12.1999 registrierte Herr Minister Sklenar eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber dem Umweltschutz und Enttäuschungen aufgrund der Einsicht, dass es eine gesunde Umwelt nicht zum Nulltarif geben könnte. Dieser Tendenz muss entgegengewirkt werden. Ansätze dafür lässt der Einzelplan 09 jedoch auf vielen Gebieten vermissen. So ist unter anderem eine verstärkte Aufklärung zu Umweltproblemen im Rahmen der Umweltbildung dringend nötig. Die Forderung der PDS-Fraktion, die Mittel für die Umweltbildung zu verdoppeln, wurde im Haushaltsausschuss abgelehnt. Die Ausweitung regionaler Umweltprojekte und die Verstärkung der Tätigkeit der Umweltverbände ist von wesentlicher Bedeutung für die Lösung von ökologischen Problemen. Damit können auch immer mehr Menschen in die aktive Arbeit zum Schutz unserer Umwelt einbezogen werden. Die Zuschüsse an die Umweltverbände stagnieren jedoch. Die von uns geforderte Erhöhung um 500.000 DM wurde ebenfalls abgelehnt. Erhöhte Zuschüsse in diesem Bereich sind auch gerade deshalb notwendig -

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Wofür brauchen Sie denn das?)

ich erzähle es Ihnen doch gerade -, da durch fehlende SAM-Bewilligungen zurzeit die Arbeit vieler ökologisch tätiger Vereine und Verbände sowie von Teilen der Agenda 21-Bewegung gefährdet ist. Um eine stabile und effektive Umweltschutzarbeit im Freistaat zu gewährleisten, müssten hier eigentlich Feststellen ähnlich den von Herrn Minister Pietzsch am 31.12.1999 in der "Osterländer Volkszeitung" für den Sozialbereich geforderten Dauerstellen geschaffen werden. Auf jeden Fall darf es auf ökologischem Gebiet keine Streichung von SAM-Stellen geben.

(Beifall bei der PDS)

Ein weiterer Weg, die Akzeptanz für Umweltpolitik in der Bevölkerung zu erhöhen, ist die spürbare Gebührensensenkung. Die PDS-Fraktion machte diesbezüglich den Vorschlag, mit einer Erhöhung der Zuschüsse für Rohwasser um 4 Mio. DM weiteres Rohwasser vorzuhalten. Somit könnte der gegenwärtig übliche Weiterverkauf an die Wasserverbände zum dreifachen Preis, der nicht durch entsprechende Nachfrage gerechtfertigt ist, verhindert werden. Auch diese Haushaltsänderung wurde abgelehnt. Dabei wären ca. 12 Mio. DM Kosteneinsparung allein bei den Fernwasserzweckverbänden möglich gewesen. Sie können sich ausmalen, was das für die Gebührenentwicklung bedeutet hätte.

Zum Abschluss möchte ich noch anmerken, dass der Einzelplan 09 auch Reaktionen auf absehbare Entwicklungen vermissen lässt. So ist die Förderung nachwachsender Rohstoffe unzureichend, die den Landwirten z.B. die Chance geben würde, mit Hilfe der Nutzung von selbst erzeugtem Pflanzenöl als Treibstoff die wegfallende Gasölbeihilfe zu kompensieren. Der Herr Wunderlich hatte das Thema eben angesprochen.

(Beifall bei der PDS)

Ähnlich sieht es mit der Förderung der thermischen Nutzung von Biomasse aus. In einer Pressemitteilung des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt vom 06.10.1999 wird mitgeteilt, dass in Thüringen die Biomasse die erneuerbare Energie Nr. 1 darstellt und finanzieller Anschub zum Vorantreiben ihrer Nutzung notwendig ist. Trotzdem werden im Kapitel 09 02 Titel 892 06 nur 30.000 DM eingestellt. Die von uns geforderte Erhöhung um 500.000 DM wurde abgelehnt. Sicher flossen im vorigen Jahr die Mittel für die nachwachsenden Rohstoffe und die thermische Nutzung von Biomasse nur zögernd ab. Die Ursache dafür ist aber nicht im mangelnden Bedarf zu sehen; notwendig ist eine Änderung der Förderkriterien. Die Förderung muss so erfolgen, dass eine deutliche Steigerung der Erzeugung und Nutzung nachwachsender Rohstoffe, vor allem aber auch eine wesentliche Erhöhung des Anteils alternativer Energieerzeugung in Thüringen eintritt. Zukunftsorientierte Arbeitsplätze ließen sich in die-

sen Bereichen in Größenordnungen schaffen. Damit wäre Thüringen wirklich einmal auf der Überholspur, auf die uns der Herr Ministerpräsident schon seit der Regierungserklärung redete. Ich möchte zu diesem Punkt noch auf den Entschließungsantrag unserer Fraktion zu nachwachsenden Rohstoffen verweisen, dessen Annahme ich Ihnen wärmstens empfehlen möchte. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS; Abg. Döring, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Kummer. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Krauß.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte ja eigentlich erwartet, wenn der Herr Kummer hier vorn steht, dass wir mal etwas Neues hören, aber ich habe so den Eindruck, außer an der Dichte der Gesichtsbehaarung kann man Sie kaum von Herrn Dittes unterscheiden, denn inhaltlich kommt nichts anderes rüber - immer die alten Sprüche:

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das war billig.)

(Beifall bei der CDU)

Umweltschutz in Thüringen findet nicht statt; da wird eine Wunschliste geschrieben; da wird der CDU erzählt, wie schlecht sie mit der Thüringer Umwelt umgeht; und sonst steckt da nicht viel dahinter.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Hinter der Gesichtsbehaarung.)

Mir ist natürlich klar, dass man in der Umweltbildung etwas tun muss. Das leuchtet mir schon ein. Aber wenn ich mir Ihre Anträge so anschau, dann sehe ich natürlich auch, was so ein bisschen dahinter steht. Natürlich wäre eine neue und größere Art der Umweltbildung für Sie sehr hilfreich; es könnte ja eine neue ideologische Plattform sein. Ob das natürlich funktioniert, ich weiß es nicht.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Haben Sie schon etwas zum Inhalt gesagt?)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Herr Krauß, kommen Sie doch mal zur Sache.)

Ich will natürlich in Anbetracht der vorgerückten Stunde nicht unbedingt auf jeden Änderungsantrag eingehen, aber das eine oder andere Beispiel kann man vielleicht mal ansprechen, z.B. die Feldes- und Förderabgabe. Hier wird gewünscht, dass den betroffenen Kommunen noch wesentlich mehr Geld zukommen solle. Das ist ein löblicher Wunsch. Ich denke, wir wollen auch den Kommunen

oder nur den betroffenen Kommunen in dem Falle mehr Geld zukommen lassen um die Schäden und Belastungen zu mildern, allerdings muss ich darauf hinweisen, dieser Titel war schon einmal auf Null gestellt und wir haben uns redlich bemüht, dem Finanzminister doch zumindest die Hälfte seiner Einnahmen wieder abzunehmen, und darüber bin ich eigentlich schon ganz froh. Dass man natürlich bei den Zuwendungen an Verbände an die Dorferneuerung geht, ist mir ein bisschen ein Rätsel, denn wer die Dörfer und die Wirkung der Dorferneuerung kennt, der weiß, dass es eines der effektivsten Programme ist, die wir zur Verfügung haben.

Die Frage der Zuschüsse zur Rohwasservorhaltung: Hier staune ich natürlich auch ein bisschen, denn ich kann mich entsinnen, der Herr Dittes hat immer vehement dafür plädiert, dass man kein Rohwasser brauche aus Talsperren, sondern dass es viel sinnvoller sei, die Eigenwasserversorgung zu fördern, und jetzt wollen wir hier neue Subventionsquellen aufmachen. Ich bin der Meinung und nicht nur ich, sondern meine Kolleginnen und Kollegen sind der gleichen Meinung, dass wir hier wesentlich mehr erreichen können, wenn wir nämlich die Überschüsse aus der Zinshilfe nicht zur Rohwasservorhaltung und Subvention der Rohwasservorhaltung einsetzen, sondern lieber in die Strukturhilfe stecken und damit in den Verbänden vor Ort die anstehenden Probleme dauerhaft lösen und nicht wieder über eine zeitweise Subvention die ganze Geschichte über Jahre hinaus mitschleppen. Ich glaube, dass die Haushaltsvorgaben, dass der Haushalt im Einzelplan 09 sehr wohl ausgewogen ist. Natürlich würden auch wir uns an vielen Ecken und Enden mehr wünschen, aber ich glaube, was wir hier zur Vorlage haben, ist im Moment das Machbare. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank. Herr Minister Sklenar, Sie haben das Wort.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, der Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt entspricht dem der Pläne der letzten Jahre, da sich ja der Ressortzuschnitt und der Aufgabenbereich nicht geändert haben. Natürlich haben wir einige Besonderheiten, die wir beachten müssen. Es ist eine ganze Reihe schon gesagt worden. Ich bedaure es außerordentlich, dass die Damen und Herren Umweltpolitiker und Landwirtschaftspolitiker und Agrarpolitiker der SPD nicht mehr da sind. Ich hoffe, Sie haben wichtige Gründe. Ich will nicht hoffen, dass es Desinteresse ist oder dass sie etwa Angst davor haben,

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, SPD: Nein, nein.)

Rede und Antwort stehen zu müssen zu dem großen und überschäumenden Lob, was gestern der Bundesregierung zugesprochen worden ist. Denn auf dem Gebiet der Landwirtschaft und des Umweltschutzes kann man das bei weitem nicht sagen. Der Herr Wunderlich hat hier klar und deutlich aufgezeigt, was uns alles an Ungemach in dem letzten Jahr entgegengeprallt ist und mit was wir uns auseinander setzen müssen. Ich will das nicht weiter ausführen, aber interessant finde ich es schon. Heute hier kneifen, aber den nächsten Antrag stellen für den Landwirtschaftsausschuss und Auskunft verlangen über Fragen, die wir heute hier klären können.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einige der Damen und Herren hatten mit unserem Haushaltsplan große Probleme. Man hat gedacht, wir haben sie gekürzt, die Bösen, was haben sie wieder gemacht, weggeschnitten; jetzt geht die Landwirtschaft zugrunde; der Umweltschutz geht zugrunde. Ja, ich kann Sie ja verstehen, aber das ist eben so, wenn man vergisst, dass eine Förderperiode zu Ende geht und eine neue beginnt. Das operationelle Programm II ist 1999 zu Ende, hier wird nur noch abfinanziert. Und damit wir eine klare und ordentliche Haushaltsführung haben, ist für das operationelle Programm III, was ab dem Jahr 2000 kommt, ein neues Kapitel eingerichtet worden und dort stehen dann die Zahlen und wenn ich beide zusammenrechne, komme ich wieder auf die alten Zahlen. Ich verstehe das. Das hat sicher ein paar Probleme bereitet, aber, ich denke, das dürfte inzwischen behoben sein.

Lassen Sie mich einiges zu einigen Schwerpunkten sagen: Die Dorferneuerung ist schon angesprochen worden, sie läuft gut, die sollten wir auch weiter fortführen, denn das hilft wirklich der ländlichen Bevölkerung, nicht nur der ländlichen Bevölkerung, das hilft auch den Handwerkern, das schafft auch Arbeitsplätze. Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, auch dementsprechende Mittel wieder bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Etwas verwundert hat mich schon der Antrag der SPD, bei der Erstaufforstung 1 Mio. DM zu streichen. Ich weiß nicht, man hat ja immer versucht mir beizubringen, dass ich eigentlich gar keine Ahnung von der Umwelt habe, aber ich muss den Ball jetzt ganz einfach zurückgeben, denn jedes kleine Kind, was sich mit der Natur beschäftigt, weiß, was ein Baum für die Natur bringt, wie viel Staub er abfiltert,

(Beifall bei der CDU)

wie viel Wasser er durchlaufen lässt und was er zur Gesundheit unserer Luft und zum gesamten Wohlbefinden beiträgt. Ich denke schon, wir sollten das so beibehalten und sollten alles daran setzen, dass die Aufforstung weitergehen kann und das Geld, was wir für die Bodenschutzkalkung haben, reicht.

Damit bin ich bei Forsten insgesamt. Herr Scheringer, es ist lobenswert, dass Sie sich Gedanken um die Eichen machen. Die Sorge haben wir genauso. Wir wissen auch, dass die jungen Eichen besser dran sind als die alten, dass das ein sehr vielschichtiges Problem ist. Was den Abbaupfad betrifft in unserem Organisationsgutachten, da wird niemand in die Arbeitslosigkeit geschickt, das ist verkehrt. Das ist der natürliche Abgang, der geht noch etwas schneller, als wir uns das damals ausgemalt haben. Auf der anderen Seite ist es aber auch gut, weil dadurch einige Junge nachrücken können. Natürlich werden wir nicht alles wieder auffüllen; denn wenn wir eher damit fertig sind, sparen wir Kosten. Wir haben sowieso in diesem Jahr noch ein großes Problem, was sicher auch das Parlament noch beschäftigen wird; es ist hier angesprochen worden, das ist der Orkan Lothar, der in Baden-Württemberg und in Bayern verheerende Wirkung hatte. Und wenn hier das Forstschädenausgleichsgesetz greifen wird, dann bedingt das ganz einfach, dass Solidarität von allen Bundesländern gefordert ist, dass der Einschlag an Holz um 25 Prozent reduziert wird, damit der Holzpreis gehalten werden kann. Das bedeutet auch für Thüringen ein Minus beim Holzeinschlag von 25 Prozent, das sind gleich 15 Mio. DM weniger Einnahmen und die müssen wir dann in irgendeiner Art und Weise ausgleichen. Wir haben deswegen schon Verbindung mit Baden-Württemberg aufgenommen, um Forstarbeiter dorthin zu schicken, um die Schadensaufarbeitung mit durchzuführen. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einige wenige Sätze zum gesamten Umweltbereich: Hier liegt nach wie vor unser Schwerpunkt auf Wasser-/Abwasseranlagen; 230 Mio. DM stehen zu Buche. Ich denke, auch das Strukturhilfeprogramm hilft, fördert und senkt damit die Kosten für den einzelnen Bürger. Ein Problem möchte ich hier ganz gern noch ansprechen, das ist von Herrn Kummer auch angesprochen worden und spiegelt sich in Anträgen der SPD und der PDS wider, das ist die Finanzierung oder Erhöhung des Finanzierungsanteils für die anerkannten 29er Verbände und Landschaftspflegeverbände. Insgesamt möchte ich erst einmal sagen, dass wir bei der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege einschließlich der Unterstützung der Naturschutzverbände und der Landschaftspflegeverbände weiterhin mit 15,5 Mio. DM auf einem hohen Niveau stehen. Dabei haben wir die Zuwendungen an die 29er Verbände gehalten. Aber hier muss ich ganz deutlich sagen, auch die Verbände haben Aufgaben im Naturschutz, die sich nicht darauf beschränken, ihre Geschäftsstelle in Ordnung zu halten oder

Protestbriefe bzw. Protestplakate zu schreiben, sondern die müssen mit konkreten naturschutzfachlichen Maßnahmen auch dazu beitragen, dass Umwelt- und Naturschutz betrieben wird.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn sie das machen und wenn sie mir das nachweisen, da bin ich gern bereit, auch in dieser Richtung weitere Aufstockungen zu machen, aber nicht um Protestplakate zu schreiben und damit zu demonstrieren. Dafür ist mir das Geld zu schade.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Programm, was in den letzten Jahren durchgeführt wurde und auch weitergeführt wird, ist unser KULAP. Hier werden wir auch in den nächsten Jahren sicher die Bedingungen einer umweltgerechten Landwirtschaft, Erhaltung der Kulturlandschaft sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege im großen Stil durchführen können. Das ist der richtige Weg, auf den wir uns insgesamt weiter begeben wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachwachsende Rohstoffe sind noch angesprochen worden. Nur so viel dazu: Sehr hilfreich waren für mich oder für uns im Ministerium die Gutachten vom Bundesumweltamt und von noch einem Institut, die uns nachweisen wollten, dass der Biodiesel, also unser nachwachsender Rohstoff Biodiesel, eigentlich gar nicht gut ist. Wir sollten das Geld, was wir dort reinstecken, lieber nehmen und direkt den Bauern zuführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir vom Bundesumweltamt solche Gutachten vorgelegt bekommen, dann frage ich Sie, was soll ich dann noch dazu sagen. Ich kann Ihnen nur eines sagen, wir werden daran festhalten, denn die Ökosteuer und die Gasölverbilligung bringen uns in ernste Probleme, von denen wir in den Landwirtschaftsbetrieben noch nicht wissen, wie wir damit zurechtkommen.

Zum Abschluss ein Dank an den Arbeitskreis, dass er verhindert hat, viele unsinnige Anträge durchgehen zu lassen, dass auch das gemacht wird,

(Beifall bei der CDU)

was in Zukunft notwendig und richtig ist. Ich danke auch dem Finanzminister, dass er immer die Geduld bewiesen hat, vor allen Dingen auch seine Mitstreiter, denn es ist nicht immer einfach, mit uns über den Haushalt zu streiten. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich danke Minister Sklenar. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor zu Einzelplan 09. Wir schließen die Ausspra-

che ab und kommen zu **Einzelplan 15 - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst** -. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaubert.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, zunächst kann ich Ihnen versprechen, ich werde Sie nicht quälen, ich werde es kurz machen

(Beifall Abg. Bechthum, SPD)

- danke schön -, ich werde manche Dinge aber auch nicht ausargumentieren, weil wir einen Großteil der Argumente schon gehört haben und manches natürlich weder an dem Ort noch zu der Zeit Zweck hat.

Zunächst einiges zum Problem Hochschulen: Wenn die Hochschulen im Freistaat Thüringen Zukunftswerkstätten sein sollen, wie ja immer wieder versprochen wird, dann muss sich Thüringen dazu bekennen, bessere oder - ich sage - sogar beste Bedingungen in Lehre, Ausbildung und Forschung haben zu wollen. Das bedeutet erstens, Erhalt der Qualität in Lehre und Forschung durch Qualitätssicherung, welche auch finanziell fundiert ist, und zweitens eine kontinuierliche Stärkung von Bildung, Innovation und Forschung. Mit dem Ansatz im Einzelplan 15 wird die Landesregierung dem nicht gerecht und ich werde es an einigen Kritikpunkten festmachen.

Der erste Kritikpunkt bezieht sich auf die Ausgabentitelgruppe 71: Die in Thüringen in der für Lehre und Forschung so wichtige Ausgabentitelgruppe 71 ist zwar in Einzeltiteln erhöht worden, die Gesamtausgaben in der Gruppe sind für die Mehrheit der Hochschulen jedoch gekürzt worden. Wir haben dazu im Haushalts- und Finanzausschuss argumentiert. Wir haben versucht Bewusstsein für diesen Tatbestand herzustellen und wir haben Änderungsanträge dazu eingereicht. Die bezogen sich insbesondere darauf, dass im Haushaltsansatz für den Haushalt des Jahres 2000 nicht davon ausgegangen worden ist, dass sich die Anfängerzahlen bei den Studierenden erhöht haben und dass demzufolge auch eine Erhöhung in dieser Titelgruppe hätte erfolgen müssen. Man ist den Vorschlägen, die wir dazu gestellt haben, nicht gefolgt, man hat also alles abgeschmettert und demzufolge nenne ich diesen Kritikpunkt zuerst.

Wir sprechen allzu oft von einem so genannten politischen Konsens, darüber, dass Qualitätssicherung in Hochschule, in Forschung und Lehre etwas ist, was uns eint. Wenn es aber um die konkrete Ausfinanzierung des Ganzen geht, dann ist eine große Uneinigkeit festzustellen, und vor allem dürfen offensichtlich die Vorschläge nicht von der Opposition kommen.

Zweiter Kritikpunkt: Ebenfalls während der Haushaltsberatungen ist mit großem Stolz gesagt worden, dass wir einen ausgewiesenen Anteil von freien Stellen an den Thü-

ringer Hochschulen von 7 Prozent haben. Betrachtet man das Ganze aber etwas näher, wird festgestellt: Bei der konkreten Ausfinanzierung dieser Stellen bleibt für das Jahr 1999 festzustellen, Ausfinanzierung bei 97 Prozent und für das Jahr 2000 Ausfinanzierung bei 94 Prozent. Nun kann man ein bisschen nachrechnen und stellt fest, gemäß dem realen Bedarf an den Thüringer Hochschulen gibt es eigentlich keine freien Stellen, und in der Folge muss man sogar feststellen, ob es nicht zweifelhaft ist, dass nicht wegen der Ausfinanzierung von nur 94 Prozent sogar der Stellenpool von 25 neuen Stellen aufgebraucht wird. Auch das können wir nicht als Investition in die Zukunft, als Qualitätssicherung an den Thüringer Hochschulen feststellen.

Der dritte Kritikpunkt bezieht sich auf unsere Kulturlandschaft. Jeder sagt gerne, Thüringen ist ein Land von reicher Kultur, die es zu erhalten und zu fördern gilt. Was man dabei vergisst, ist aber, dass Kultur Räume braucht, Zeit, engagierte Mitarbeiter und Geld. Gerade in den Zeiten knapper Kassen ist es sträflich, bei der Kulturfinanzierung zu streichen. Das tut der Bereich der Kultur im Einzelplan 15, denn es wird durchgehend gestrichen. Zugegeben, es sind etwa 30 Mio. DM und wir haben in diesem Haus heute schon von ganz anderen Größenordnungen gesprochen. Aber gerade im Bereich der Kulturfinanzierung haben wir es insgesamt immer mit kleinen Beträgen zu tun. Jede Mark, die wir dort streichen, ob es in der Bibliotheksförderung ist, ob es in der Musikschulförderung ist, ob es in der Förderung freier Theatergruppen, freier Projekte oder der Förderung von Künstlerinnen und Künstlern ist, ist ein äußerst schmerzhafter Eingriff und demzufolge kann diese Kürzung im Bereich der Kulturförderung nicht hingenommen werden.

Ein vierter Kritikpunkt rankt sich unmittelbar an diesen dritten. Im Zusammenhang mit Einsparungen wird immer darauf verwiesen, dass die fehlenden oder die geringeren Mittel, die das Land zur Verfügung stellen kann, von den Kommunen oder von den Trägern aufgefangen werden sollen. Jeder, der ein bisschen in der Kommunalpolitik Bescheid weiß, dürfte wissen, dass die Kommunen nicht in der Lage sind, die entsprechenden Defizite aufzufangen. Wir haben es im Kulturbereich in Thüringen zu großen Teilen mit Stellen über den so genannten zweiten Arbeitsmarkt zu tun. Das, was wir mehrfach im Bereich des Arbeitsmarkts angemahnt haben, nämlich die unselige Unsicherheit bei den Strukturanpassungsmaßnahmen und der ständige Stellenwechsel durch die ABM-Geschichten im Kulturbereich, wird sich im Jahr 2000 dramatisch auswirken. Keine Kommune ist derzeit in der Lage zu sagen, was mit den Trägern, was mit den Kulturvereinen, mit den soziokulturellen Trägern nach dem 01.07. des Jahres wird. Die Kommunen können die finanziellen Defizite nicht auffangen und man ist nicht bereit, im Gegenzug dazu das so genannte Projektmanagerprogramm, welches in der vergangenen Legislaturperiode angelegt worden ist, aufzusatteln und zu erweitern, um ein Feststellenprogramm in diesem Bereich zu sichern.

Fünfter Kritikpunkt - die Frage einer Stiftung Soziokultur oder Breitenkultur: Ich weiß nicht, wie oft wir in diesem Hause in der vergangenen Legislaturperiode darüber gesprochen haben, aber auch in dieser Legislaturperiode haben wir das Problem angemahnt und auch in der Grundsatzaussprache aufgemacht. Wir haben auch Änderungsanträge dazu gestellt. Wir haben auch Rücksprache genommen mit verschiedenen Trägern in der soziokulturellen Arbeit. Eine Stiftung Soziokultur wäre dringend notwendig und dringender als manch anderes Stiftungsprojekt in diesem Land, denn wir könnten damit das soziokulturelle Netzwerk an verschiedenen Knotenpunkten verbinden und in Verbindung mit dem Projektmanagerprogramm tatsächlich soziokulturelle Arbeit, die am Ende Demokratiearbeit ist, fördern.

Man könnte sich noch in vielen Details zum Einzelplan 15 ergehen, Fazit bleibt aber, die haushalterische Herangehensweise der Landesregierung an diesen für Thüringen wichtigen Politikbereich findet unsere Zustimmung nicht. Wir haben versucht, Fehlentwicklungen aufzuzeigen, wir haben Alternativvorschläge eingereicht, aber es ist uns gestern schon gesagt worden, Regierungspolitik ist nicht dazu da, die Oppositionspolitik umzusetzen. Ich hätte mir ein bisschen mehr Kreativität gerade in diesem Bereich gewünscht. Frau Ministerin Schipanski mahnte Kommunikation und mahnte Kreativität für Hochschule, für Forschung und Kultur in Thüringen an. Für die Haushaltsberatung kann ich sagen, die sind so gelaufen wie immer, die Regierung, die hat Recht, frei nach einem Lied, welches zu DDR-Zeiten auch ganz gerne gesungen worden ist. Aber die Zeiten haben sich auch für uns zum Glück geändert. Wir werden dem Einzelplan 15 nicht zustimmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Frau Abgeordnete Dr. Klaubert. Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Schwäblein zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte zu Beginn den Wunsch für die nächste Haushaltsberatung, dass man dort die Reihenfolge der Beratung der Einzelpläne einmal umdreht, damit auch diese Bereiche, die durch die bisherige Reihenfolge immer zum Schluss und meistens wenig medienwirksam behandelt werden, mal in einer medienwirksameren Zeit behandelt werden können. Da sollten wir die vielleicht jährlich mal ein bisschen mischen, damit etwas mehr Gerechtigkeit aufkommt. Das vorab, denn was dieser Einzelplan 15 beinhaltet, ist tatsächlich ein ganzes Stück unserer Zukunftsfähigkeit und das verdient eigentlich nicht so spät noch behandelt zu werden. Ich weiß, das vorher die Landwirtschaft und die Umwelt ähnlich wichtig und ähnlich betroffen sind durch die Zeitabläufe, die Wirtschaft genauso. Ich nehme bewusst keinen einzelnen Bereich heraus, ich werte

andere nicht ab, aber ich möchte irgendwo mal zu etwas Gerechtigkeit kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, anders als sonst werde ich auch mit dem Bereich Kultur anfangen, obwohl wir sonst immer entsprechend des Namens des Ministeriums in der Reihenfolge Wissenschaft, Forschung und Kunst vorgehen. Frau Dr. Klaubert, vielleicht einmal generell ein paar Worte zu Ihren Anwürfen, wir hätten hier nicht genügend gestaltet, es sei nicht genügend geschehen. Wenn wir seitens der CDU relativ wenig Änderungsanträge gebracht haben, so vor allem deshalb, weil wir mit dem grundsätzlichen Herangehen an diesen Haushalt einverstanden sind, im Gegensatz zu Ihnen. Das unterscheidet uns, das sollten Sie uns nicht zum Vorwurf machen. Auch der Kollege Höhn hat sich da gestern ein bisschen in seiner Argumentation daneben gesetzt, aber es sei ihm durchaus nachgesehen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist noch relativ einfach zu behandeln, richtig spannend wird es in diesem Jahr mit den Haushalten für die nächsten beiden Jahre. Das Einsparen hat jetzt zwar schon begonnen, aber angesichts der dramatischen Verschuldung und des von außen sichtbar schlechter werdenden Rankings Thüringens werden wir strukturelle Veränderungen vorzunehmen haben. Mit dem linearen Kürzen, das dieses Jahr noch funktioniert hat, kommen wir in Zukunft nicht mehr klar. Hier müssen wir dann tatsächlich die Aufgaben im Einzelnen bewerten. Ich hoffe, dass wir ob der Zukunftsaufgaben, da schließe ich Schule mit ein, ich schließe auch Wirtschaft mit ein, aber gerade auch Wissenschaft, dann die richtigen Entscheidungen finden.

Frau Dr. Klaubert, Sie haben sich beschwert, dass Ihre Änderungsanträge wie jedes Jahr nicht berücksichtigt worden wären. Das war ein pauschaler Vorwurf, ich möchte dann genauso pauschal antworten. Ihre Deckungsvorschläge waren auch genauso unmöglich wie jedes Jahr.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sind sie für einen wirklich an Thüringen interessierten Politiker wahrlich nicht zu teilen. Wenn Ihre Einsparungs- und Deckungsvorschläge darauf resultieren, Bußgelder zu erhöhen und ein Klima der Unkultur in Thüringen zu schaffen, kann man damit doch keine kulturelle Beförderung betreiben. Es sind vor allem Bußgelder, schauen Sie die Änderungsanträge der PDS mal an, das schreit zum Himmel. Und wenn Sie die Hochschule dadurch retten wollen, dass Sie die Stellen des Verfassungsschutzes dahin lenken wollen, dann ist doch die Absicht so durchschaubar, dass es wirklich schon quietscht. Dieser Vorschlag quietscht wie jedes Mal, wenn Sie sich an dem Verfassungsschutz vergehen. Dass Sie sich selber aus dem Blick dieser Institution nehmen wollen, kann ich aus Ihrer Sicht ja durchaus noch verstehen - ich hätte auch Sorge, dass mir da auf die Finger geschaut wird -, aber dass wir dann im Falle der Abschaffung des Verfas-

ungsschutzes gleichzeitig die Verfolgung der Rechtsextremen behindern, die Sie sich ja nun, zumindest Einzelne, richtig auf die Stirn geschrieben haben, dieser Widerspruch wird auch draußen im Lande offenbar. Auch mit diesem Deckungsvorschlag wird es nichts werden.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Das ist doch schon was.)

Meine Damen und Herren, im kulturellen Bereich haben wir eine reiche Vielfalt in Thüringen und wir stehen dazu und lassen eine Gefährdung unseres Kulturreichtums auch nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist keine Lobhudelei an diese Regierung, das ist einfach Erkenntnis, dass Thüringen einen großen Teil seiner Identität aus diesem Kulturreichtum bezieht und wir uns ja nicht selber in Frage stellen. Dass Sie neuerdings anfangen, uns mit Ihren alten Kampfliedern zu attackieren, ist auch eine neue Leistung Ihrerseits und kann natürlich so nicht geduldet werden. Sie bleiben die Edelkommunisten und daran wird sich auch nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im kulturellen Bereich hat es Debatten gegeben, von der Jungen Philharmonie bis zum Kunstfest Weimar. Die Debatten sind kreativ, weil sie auch zum Nachdenken anregen, und hier wird insbesondere auch tatsächlich - ich beziehe mich auf das Kunstfest - das Engagement der Gemeinden erwartet. Die Debatte um das Kunstfest Weimar ist vor allem dadurch zustande gekommen, dass sich Weimar erst am gestrigen Tage dazu bekannt hat, nun tatsächlich auch die Strukturen für dieses Kunstfest zu legen. Es ist ein kommunales Kunstfest mit überregionaler Bedeutung, aber es wird vor allem von der Kommune getragen und das Land unterstützt. In dieser Reihenfolge lassen wir die Wichtung auch bestehen. Deshalb hat es eine heftige Debatte gegeben, wir waren als Fraktion durchaus in der Lage, die entsprechenden Änderungen vorzunehmen, Konsens mit der Regierung, das war überhaupt kein Widerstreit. In Weimar hat man sich seiner Verantwortung tatsächlich noch bewusst werden können, spät, mit sehr viel öffentlichem Radau, das halten wir für überflüssig. Ich hoffe, im nächsten Jahr wird es da ein Stück mehr Kontinuität geben und damit ist das jetzt auf dem Wege.

Bei den Projektmanagern, die angesprochen wurden, haben auch Kulturpolitiker bei uns überlegt, ob man mit Verpflichtungsermächtigungen im Moment für etwas mehr Sicherheit dort sorgt. Wir können heute aber sagen, es wird die Projektmanager weiter geben als Institution, aber ob jeder Einzelne verbleiben kann in dem Bereich, den er jetzt betreut, das wird tatsächlich auch dieses Jahr noch einmal auf den Prüfstand gestellt, wie jede der Aufgaben dieses Landes dieses Jahr auf dem Prüfstand

stehen wird. Dass Sie das nicht wahrhaben wollen, ist die eine Seite. Wir stehen dazu, dass wir an den Projektmanagern festhalten, aber heute keine Garantieerklärung für die Namen abgeben, die jetzt dahinter stehen. In diesem Spagat leben wir und leben wir bewusst, Herr Döring. Das ist mit den Projektmanagern durchaus auch schon besprochen. Die sind darüber auch nicht überrascht. Deshalb ist das Wehklagen, dass da etwas gänzlich in Frage gestellt wird, fehl am Platze.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sowohl PDS, aber auch unseligerweise diesmal auch SPD haben erneut den Denkmalschutz zum Steinbruch der Finanzierung anderer Vorschläge erkoren. Sie haben einen Änderungsantrag drin, den Denkmalschutz drastisch, ich glaube sogar um 800.000 DM, zu kürzen.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

Ich zeige es Ihnen gerne, ich habe ihn erst noch angeschaut.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Zeigen Sie ihn mal her!)

Bei der PDS sind es, glaube ich, 400.000 DM, wenn ich die Zahl noch richtig im Kopf habe, aber auch in beträchtlichem Maße.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Aber für investive Zwecke.)

Ja, aber wieder mal für den Denkmalschutz, ganz klar, und er hat schon in den letzten Jahren kräftig gelitten. Wir haben wenig Kritik am damaligen Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Schuchardt, gehabt, aber den Denkmalschutz hat er über Jahre zum Steinbruch seiner nötigen Haushaltseinsparungen gemacht. Ich erinnere daran, dass wir in den Anfangsjahren noch 130 Mio. DM für die Denkmalschutzpflege hatten und jetzt bei etwa 30 Mio. DM angekommen sind. Damit liegen wir im Ländervergleich nicht schlecht, gleichwohl haben wir aber eine viel höhere Anzahl von Denkmälern in Thüringen. Dies berücksichtigend ist diese Summe mehr als angemessen. Wir haben uns durchaus vorstellen können, diesen Titel drastisch zu erhöhen, weil er nämlich gerade bei dem kleinen Denkmalschutz, also für Einzelobjekte, meistens in privater Hand, in einem hohen Maße investitionsfördernd und arbeitsplatzfördernd ist. 90 Prozent der Mittel in diesem Bereich gehen in den Lohn und werden damit unmittelbar auf dem ersten Arbeitsmarkt wirksam.

Das hätte aber einen Tabubruch zur Folge gehabt; wir hätten dann nicht mehr jedes Programm des Bundes und der EU mitfinanzieren können. Ich sage voraus - und mit meinen Prognosen habe ich ja nicht selten auch richtig

gelegen -, wir werden wahrscheinlich in den nächsten Jahren wie andere neue Länder auch nicht mehr jedes Bundes- oder Europaprogramm mit bedienen können, so Leid uns das tut. Ich verweise nochmals auf die Verschuldungsrate. Ich hätte mir das schon früher gewünscht, aber leider hat ein breites Kartell von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikern dieses auch in unserer Fraktion verhindert. Gut, da sind wir nicht durchgekommen, aber die Debatte über die Wirksamkeit der Denkmalpflege bleibt bestehen.

Meine Damen und Herren, so viel vielleicht erst einmal zum kulturellen Bereich. Zu den Theatern und Orchestern will ich gern noch einen Satz sagen. Frau Dr. Klaubert, Ihr Zeichen erinnert mich daran, dass wir da natürlich noch einmal unsere Kontinuität betonen werden; aber wir werden neben der Sicherung dessen, was das Land versprochen hat, über fünf Jahre nicht hinaus gehen können. Und wenn Kommunen einseitig kürzen, bleibt die alte Kausalität bestehen; dann geht auch der Landesanteil in gleichem Maße zurück; dies also auch als goldener Zügel der Kommunen an ihrem kulturellen Engagement festzuhalten. Und dass das geht, zeigt nicht zuletzt das mittelfristige Programm der Stadt Erfurt, wo jetzt schon klar ist, dass die Kulturausgaben trotz Personaleinsparungen von 10 Prozent am hiesigen Ensemble in den nächsten Jahren noch steigen werden. Aber es gibt auch das Engagement des Stadtrats, diesen Weg mitzugehen. So viel zu diesem Teil.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Klaubert?

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Gerne ja, wenn ich mit dem Teil Kultur fertig bin. Dass das nicht alles ist, was man im kulturellen Bereich machen muss, ist durch die Frau Ministerin angedeutet worden. Da muss tatsächlich auch über weitere Möglichkeiten nachgedacht werden, aber zuallererst in Verantwortung der Kommunen; das Land engagiert sich in diesem Bereich wie kein anderes Land in Deutschland. Es wird gelegentlich vergessen, deshalb sei mir diese Zahl auch zur Wiederholung gestattet: Wir haben etwa das Doppelte des durchschnittlichen Einsatzes für Theater und Orchester in Deutschland und mit weitem Abstand den Spitzenwert mit etwa 50 Mark pro Einwohner und Jahr. Das ist auch angesichts der Tatsache, dass ein Großteil unseres Geldes derzeit nicht in Thüringen erwirtschaftet wird, nicht mehr steuerbar. Wenn wir auf die Ratschläge der PDS gehört hätten, Frau Dr. Klaubert, sie kamen - so glaube ich - sogar aus Ihrem Munde, dann hätten wir dem Modell Sachsens mit dem Kulturrahmengesetz folgen müssen. Haben Sie einmal in den letzten Wochen verfolgt, welches Schlachten unter den Landkreisen dort losgegangen ist um die weitere Finanzierung von Theatern und Orchestern? Wäre das wirklich das Erfolgsmodell für Thüringen gewesen? Hier zeigt sich ein weiteres Mal, dass Ihre Ratschläge

selten, wenn überhaupt einmal gut für Thüringen sind; das bleibt so. Jetzt bitte Ihre Frage.

(Beifall bei der CDU)

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Herr Schwäblein, kennen Sie den Ist-Stand der Bußgelder vom 31.12.1999 im Vergleich zum Vorjahr und die Differenz, die sich dann ergibt? Und wissen Sie, in welchem geringem Umfang wir eine Mittelaufstockung gerade im soziokulturellen Bereich beantragt haben, damit die soziokulturellen Projekte leben können?

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Allein der Gedanke, Bußgeld zu erhöhen, um andere Dinge damit zu finanzieren, das ist eine Frechheit für jeden Bürger,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Aber fragen Sie mal Ihren Finanzminister.)

den Bußgeldansatz einfach hochzutreiben, um mehr einzunehmen. Ich finde es genauso fatal, den Benzinpreis zu erhöhen, um daraus die Rente zu finanzieren. Wenn man erhöhen würde, um klar zu machen, dass wir daraus den Zustand unserer Straßen verbessern, dann wäre das auch denen, die es bezahlen müssen, einsichtig. Aber Ihre Umwegfinanzierung, indem Sie die Bürger weiter schuriggeln, erinnert mich sehr an vergangene Zeiten; die sind zum Glück vorbei.

(Unruhe bei der PDS)

(Beifall bei der CDU)

Wenn sie so lamentieren, habe ich es wohl richtig gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Bereich Forschung hat Herr Lippmann heute unterstellt, dass dort drastische Einsparungen vorgenommen würden. Herr Lippmann, dem ist nicht so. Es wird ein Stück umfinanziert, ein Stück aus der direkten Forschungsförderung rausgenommen, weil die überregionale Forschungsförderung mittlerweile auch Mitfinanzierung des Freistaats Thüringen erfordert, zum Glück, denn jahrelang haben wir ja überregionale Forschungsdefizite hier in Thüringen beklagt. Diese Defizite nehmen ab und damit gleichzeitig unsere Verpflichtungen in diesem Bereich. Die nehmen nicht ab - Entschuldigung -, dadurch nehmen sie zu; ich danke für die Korrektur. Dass wir da auf einem guten Wege sind, ist auch dem Amtsvorgänger von Frau Schipanski mit zu verdanken - das sei an dieser Stelle durchaus erwähnt, ich bin da objektiv -, aber es hat eben auch diese Auswirkung. Wir werden trotzdem an unseren Strukturen fest-

halten, die mittlerweile sehr viel dazu beitragen, dass es zu Transfers zwischen den verschiedenen Forschungsformen und den Anwendern hier in Thüringen kommt. Es wird nicht mehr so kleinlich unterschieden: ist das mein Geld, ist das dein Geld, wie es in der großen Koalition noch der Fall war; es wird pragmatisch gehandelt. Die Forschungsinfrastruktur wird richtigerweise auch mit GA-Mitteln aus dem Wirtschaftsministerium gefördert und gleichzeitig wird die Verbundforschung des Wissenschaftsministeriums auch Einzelbetrieben zuteil, die normalerweise in der Verantwortung des Wirtschaftsministers liegen. Hier ist dieses kleinliche Zäuneziehen und -hochhalten nicht mehr gegeben und das ist gut so für Thüringen. Hier zeigt sich, dass die Gesamtverantwortung Sinn macht, die uns der Wähler gegeben hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Viel zu wenig wird auch beachtet, wie viel reibungsfreier manches jetzt in dieser Regierung läuft; da redet man nicht drüber, aber es darf dann im Ergebnis doch einmal festgestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestern ist tatsächlich von Ihrem haushaltspolitischen Sprecher, Herrn Höhn, unterstellt worden, wir würden einen Fehler machen, den Sachsen und Brandenburg nicht machten, indem sie ein Bundesprogramm durch ein Landesprogramm ergänzten. Erstens ist das in der Sache nicht richtig; es geht um InnoRegio. Weder Sachsen noch Brandenburg haben solche Landesprogramme aufgelegt, noch ist es auch tatsächlich geboten, weil nämlich der Bund einen Wettbewerb ausgeschrieben hatte und die Sieger Förderung erfahren haben. Bei den Unterlegenen passiert aber jetzt keine 1:1-Fortsetzung des Programms, sondern es werden die guten Ideen daraus natürlich in die Thüringer Förderprogramme genommen.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Genau!)

Aber da muss ich doch kein InnoRegio-light à la Thüringen auflegen, das ist doch Nonsens.

(Beifall bei der CDU)

Insofern müssten wir da widersprechen und wir haben das heute auch schon im Wirtschaftsteil getan und tun es im Wissenschaftsteil wieder. Sie wissen es doch, Herr Lippmann, Sie sitzen doch mit im Kuratorium der Stiftung, wo genau diese Ideen bewertet werden. Sie hätten es eigentlich besser wissen müssen aus eigener Kenntnis. Ich weiß nicht, wieso sie da falsch Zeugnis reden, das ist mir unverständlich. Wenn das Ihre Art von Oppositionspolitik ist, dann haben Sie in der Qualität leider nachgelassen.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Aber es hat nur gesagt ...)

Ich war Besseres von Ihnen bisher gewohnt. Er hat nicht gesagt, dass er ein InnoRegio-Komplementärprogramm auflegt. Das ist doch Unsinn.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Es geht doch gar nicht um das Komplementärprogramm.)

Das würde das auch konterkarieren. Herr Höhn hat das gestern behauptet und ich widerspreche heute erneut, weil es wichtig ist. Im Forschungsbereich sind wir weiterhin auf gutem Wege, wohl wissend, dass auch Hochschulen derzeit noch Defizite der Wirtschaft mit kompensieren müssen. Wir sind uns dessen wohl bewusst, aber machen wir uns nichts vor, es gibt bereits auch in unserer Wirtschaft innovative Bereiche, die wieder mit eigener Forschung begonnen haben. Lassen sie uns auch das würdigen und entsprechend unterstützen, denn es wird kein Dauerzustand sein, dass das die Hochschulen übernehmen.

Jetzt zu den Hochschulen selber: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Katastrophenszenarien von Frau Dr. Klaubert kann ich nicht sehen. Unsere Hochschulen sind auf gutem Wege, sie entwickeln sich auch durch die Studienanfängerzahlen wirklich zufrieden stellend. Dass frühere Blühträume nicht aufgegangen sind, dass die Studenten oder Studierendenzahlen noch schneller steigen, erfordert natürlich auch die eine oder andere Korrektur. Und so werden wir möglicherweise - ich bin da ein weiteres Mal sehr ehrlich, aber Ehrlichkeit ist im Moment ja in hoher Konjunktur in Deutschland, ich bleibe dabei - nochmals darüber zu reden haben, ob die Ausbaupläne für weitere Fachhochschulen tatsächlich aufgehen, schon vom Bedarf her aufgehen; ob wir sie finanzieren können, war immer schon fraglich. Es deutet sich an, dass auch der Wissenschaftsrat einer weiteren Fachhochschule nicht zustimmen könnte; ich bleibe bewusst in der Möglichkeitsform. Also tun wir recht daran, die bestehende Struktur zügig und gut auszubauen.

Das geschieht auch mit dem Bauprogramm des Landes. Es ist heute schon einmal im Bereich Hochbau erwähnt worden, es bedarf aber auch der Erwähnung im Bereich des Hochschultitels, denn es ist die Voraussetzung dafür, dass die Studierenden, die Lehrenden und die Forschenden optimale Möglichkeiten erhalten. Da ist auch die alternative Finanzierung nach wie vor - auch wenn sie von manchen kritisch gesehen wird - ein Instrument, um uns die nötige Zeit zu erkaufen, die uns ansonsten im Ausbau dieser Struktur verloren geht. Wir würden Schaden an der Jugend, Schaden an der Wirtschaft, Schaden am Land zulassen, wenn wir nicht diesen Bereich der alternativen Forschung tatsächlich, soweit es geht, auch ausnutzen in diesem Bereich. Deshalb tun wir gut daran, u.a. die Bibliotheken und Weiteres jetzt schnell auch über diese Form der Finanzierung auf den Weg zu bringen. Dass das am Ende noch preiswerter ist, hat sich ja mittlerweile tatsächlich auch belegen lassen. Man muss nur aufpassen, auch das ist heute schon einmal sehr gut von der Kollegin Leh-

mann dargestellt worden, dass man nicht Äpfel mit Birnen verwechselt, dass man in der einen Finanzierungsform den eigentlichen Baupreis benennt und bei den anderen die Finanzierungskosten mit einbezieht. Das würde unterstellen, dass wir im Land genügend Geld auf der hohen Kante liegen haben und keine Kreditmittel bräuchten, aber dem ist doch nicht so. So, wie der Häuslerbauer weiß, dass die Finanzierungskosten, wenn er Hypotheken aufnehmen muss, am Ende noch einmal den Faktor anderthalb bis zwei zu seinem ursprünglichen Preis mit ausmachen, wird doch trotzdem beim Baupreis immer nur über die einfache Summe geredet; das andere muss man einfach wissen. Aber Sie tun so als wüssten Sie es nicht und das ist für die Öffentlichkeit wahrlich nicht besonders redlich. Deshalb muss es hier noch einmal betont werden, dass wir an dieser Stelle weiterhin an der alternativen Finanzierung festhalten, weil sie uns ein ganzes Stück Zukunft sichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bauen die Hochschulinfrastruktur aus in allen Studienformen. Gestern bzw. vorgestern ist der Bereich der Berufsakademien ein Stück vorangekommen als weiteres Glied und möglicherweise als letztes Glied, um die Kette der Möglichkeiten dort zu erfüllen. Da wäre das Geld erforderlich. Es ist gut so, dass wir das Geld dafür ausgeben können. Es ist Kritik geübt worden, dass wir jetzt Kürzungen vornehmen mussten in diesem Bereich. Schauen Sie sich einmal an, um wie viele Millionen es derzeit geht; das ist wahrlich noch überschaubar; der ganze Haushaltstitel ist um etwa 2,3/2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr gekürzt worden. Ohne unsere Mitwirkung hat aber mal jetzt fix die Bundesregierung beschlossen, die BAföG-Reform, die sie so grundsätzlich angehen wollte, aufzugeben, weil sie rechtlich nicht genug vorgeprüft hatten, um doch im klassischen Sinne ein Stück voranzuschreiten.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Na, sehen Sie.)

Das ist besser als nichts, aber es ist längst nicht gut und es wird zum Teil auf unsere Kosten gemacht, ohne dass wir ein Mitspracherecht hatten. Das bringt einmal - wenn ich es recht weiß - locker 15 Mio. DM Mehrkosten, die uns dann ins Haus stehen.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

Ja, über so etwas müsste doch genauso intensiv geredet werden und das ist das, was wir einfordern.

(Beifall Abg. Groß, CDU)

Ich bin andererseits froh, dass es mittlerweile, was die Formen und die Notwendigkeiten zu reformieren in Schule und Hochschule betrifft, weniger Differenzen gibt zwischen CDU und SPD; Sie bewegen sich heftig auf uns zu, und die Salti, die da gemacht werden, die kann man kaum

noch mitzählen. Sie werden immer schneller gemacht, aber wenn es der guten Sache dient, sehen wir halt darüber weg, Herr Döring. Willkommen auf unseren Positionen, sie helfen dem Land voranzukommen.

Ich will auch noch einmal auf ein Defizit verweisen, meine Dame und Herren. Hier sind wir im Konflikt mit den Finanzern, die natürlich das Budgetrecht das Haushalts besonders hoch halten, aber wir werden zunehmend auch die Hochschulautonomie zu leben und nicht nur darüber zu reden haben. So sind die derzeitigen Fortschritte bei der Flexibilisierung der Haushalte wahrlich nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer echten Hochschulautonomie. Hier bin ich ein weiteres Mal prophetisch; in ein paar Jahren werden wir am Ende nur noch mit Wirtschaftsplänen arbeiten dürfen, um Hochschulen tatsächlich Autonomie zu geben. Dann wird nicht mehr der Haushalt und der Parlamentarier entscheiden, welches Gerät im Einzelnen angeschafft wird; sie werden auch nicht mehr entscheiden, ob man sich mehr Geld leistet für einen Spitzenwissenschaftler und dessen Amtsausstattung oder ob Geräte angeschafft werden, das wird zunehmend in die Hände der Hochschulen gelegt werden müssen, um ihnen Wettbewerb und Eigenständigkeit, um ihnen Spezialisierung und Differenzierung zu ermöglichen. Das geht nach den bisherigen haushalterischen Grundsätzen nur schlecht. Deshalb müssen wir dort ein Stück gehen lassen, wir müssen Vertrauen entwickeln in die Stärke unserer eigenen Hochschulen. Das fällt Haushaltern schwer, ich kann das verstehen, aber es wird unabdingbar sein. Ich sage Ihnen da eine ähnliche Entwicklung wie bei den Krankenhäusern voraus. Wollen wir denn wirklich allen Ernstes entscheiden, welche Geräte eine Klinik anzuschaffen hat? Wir haben uns an der Finanzierung zu beteiligen, aber die Verantwortung liegt vor Ort. So hat es auch später einmal mit den Hochschulen zu geschehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Unser Haushaltsplan 15 ist wohl durchdacht, gleichwohl kann er nicht alle Aufgaben, die dort anstehen, in gleichem Maße erfüllen. Aber das bleibt ein Problem der öffentlichen Hand grundsätzlich. Sie hat nie genügend Geld, um alle Aufgaben zur gleichen Zeit oder zur heutigen Zeit zu lösen. Die Schwerpunktsetzung ist richtig und ich lade Sie ein, in den nächsten Wochen und Monaten mit uns über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auch unter dem Aspekt von Hochschule, von Wissenschaft und auch von Kunst zu reden. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Einzelplan 15.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Das Wort hatte der Abgeordnete Schwäblein. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Döring.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich verspreche nicht, dass ich mich kurz fasse. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion für den kulturellen Bereich verfolgen das Ziel, vor allem diejenigen Bereiche besonders zu stärken und zu fördern, die auch besonders kreativ und innovativ sind. Wir wissen sehr wohl zu schätzen, dass der neue Landeshaushalt die bewährte Tradition fortführt, erhebliche Landesmittel für Kultur bereitzustellen. Thüringen kann und muss auch weiterhin ein Kulturland mit hoher Ausstrahlungskraft bleiben. Durch Weimar und darüber hinaus auch durch Bach und darüber hinaus Kulturstadt und Jahrestage bedeutender Persönlichkeiten sind Höhepunkte, die spezifische Aufwendungen auch rechtfertigen. In ihrer Begleitung wachsen - so denke ich - kulturelle Ereignisse und Netzwerke, die über Jahre mit besonderen Höhepunkten hinaus das kulturelle Bild im Inland, aber auch im Ausland prägen und zu kulturell-künstlerischen Traditionen werden müssen. Bürgern in aller Welt sollen sie mit dem Begriff Thüringen verbinden.

Meine Damen und Herren, natürlich gehört das Kunstfest Weimar dazu und inzwischen haben ja alle Fraktionen dieses Hauses erkannt, dass der ursprüngliche Haushaltsansatz des Planungsentwurfs viel zu gering war. Unser Änderungsantrag ist der konsequenteste. Wir wollen nicht nur die Mittel für das Jahr 2000 aufstocken, sondern auch darüber hinaus den Veranstaltern durch Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Jahre die Möglichkeit zum mittelfristigen Planungsverlauf geben. Das ist für die längerfristige vertragliche Verpflichtung für bedeutende Künstler und Ensembles zwingend erforderlich. Und wer das Kunstfest Weimar als wichtige Thüringer Kulturtradition wirklich will, der muss den Organisatoren auch eine gewisse Sicherheit geben und dass sie nicht immer bis zur Verabschiedung eines Landeshaushalts um eine Grundförderung bangen müssen. Nicht mehr und nicht weniger gewährleisten die von uns vorgeschlagenen Ermächtigungen. Also unterstützen Sie unseren Antrag.

Frau Ministerin Schipanski, in Bezug auf Ihre ersten Äußerungen zum Kunstfest kann ich nur feststellen, manchmal wären im Staatstheater Souffleure angebracht, die uns zuflüstern, was nicht gesagt werden soll.

(Beifall Abg. Heß, SPD)

Unser zweiter Schwerpunkt ist die Förderung freier Gruppen und der Breitenkultur. Dort steckt ein besonders innovatives und kreatives künstlerisches Potential und es besteht die Gefahr, dass im Rahmen insgesamt notwendiger Sparmaßnahmen besonders diejenigen Kulturbereiche leiden, die nicht durch mittelfristige vertragliche Bindungen, wie z.B. bei Theatern und Orchestern, gesichert erscheinen. Ich will heute die Frage nicht weiter erörtern, ob ein frischer kultureller Wind eher in der x-ten Wiederaufführung des "Bettelstudenten" oder durch Neuinszenierungen an freien Bühnen oder in Kinder- und Jugend-

theatern weht. Fest steht für uns aber, dass wir heute und in Zukunft auf zwei wesentliche Aspekte achten müssen. Erstens haben wir dafür zu sorgen, dass Kultur- und Kunstbereiche, die über keine mächtige Lobby verfügen, doch unverzichtbar zum kulturellen Profil Thüringens gehören, nicht zuerst Sparzwängen zum Opfer fallen. Dazu gehören die schreibenden Zünfte ebenso wie die einzeln wirkenden bildenden, musizierenden und darstellenden Künstler. Zweitens lebt unsere Kulturlandschaft vom unermüdlichen Einsatz derjenigen, die in der Breitenkultur tätig sind, dort Zentren und Netzwerke schaffen und deren Veranstaltungen und Ergebnisse uns immer wieder dadurch überraschen, dass kreativ Neues entdeckt, geschaffen, aufgegriffen und dann auch nach Thüringen gebracht wird. Diesen Anliegen dienen unsere Änderungsanträge; die sind allesamt finanziell sicher gedeckt und ich bitte um Annahme. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Döring. Als Nächste hat sich zu Wort gemeldet Frau Ministerin Schipanski.

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Forschung, Wissenschaft und Kunst sind die Säulen, die die Zukunftsfähigkeit unseres Landes bestimmen. Darüber haben wir uns heute hier schon verschiedentlich ausgetauscht. Ich bin froh, dass trotz der Sparzwänge, denen unser Land unterliegt, eine Fortschreibung des Ansatzes von 1999 im Großen und Ganzen in meinem Haushalt erfolgen konnte. Akzente werden in der Wissenschafts- und Forschungspolitik eben gerade mit der kontinuierlichen Fortsetzung in den nächsten Jahren gesetzt werden. Ich möchte einen Punkt noch einmal hier besonders herausheben, der meistens untergeht, das ist nämlich der des Hochschulbaus. Herr Schwäblein hatte schon auf die neuen Finanzierungsmodelle hingewiesen. Ich möchte einfach von der Sache her hier noch einmal klarstellen, dass wir den Ausbau und den Aufbau der Fachhochschulen, der Universitäten und der außeruniversitären Forschungsinstitute kontinuierlich fortsetzen. Es wird einen Bau eines Fraunhoferinstituts geben, es werden drei Max-Planck-Institute gebaut. Es werden nicht nur die baulichen Hüllen errichtet, sie werden mit Instrumenten, sie werden mit Geräten ausgestattet. Das ist eine unwahrscheinliche Leistung, die unser Land vollbringt, denn auf diesem Gebiet haben wir den größten Nachholbedarf. Wir waren im Jahre 1990 in einem Zustand, der gekennzeichnet war durch Bauleistungen aus den 60er Jahren, und wir haben in den vergangenen 10 Jahren schon eine gute Leistung vollbracht. Aber in den nächsten Jahren liegen vor uns noch wesentlich größere Anstrengungen, dass wir die bauliche Substanz von Hochschulen, von Universitäten und von Instituten entsprechend gestalten und bereitstellen. Und

dazu haben wir uns mit diesem Haushaltsplan bekannt.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden mit der Bereitstellung dieser Mittel Zentren schaffen, die international jetzt schon bedeutende Anerkennung gefunden haben. Ich verweise nur auf das Konzept der Bioregion auf dem Beutenberg in Jena. Dort entsteht im Moment ein international anerkanntes Wissenschaftszentrum, das aber nicht nur durch die Wissenschaftspolitik gekennzeichnet ist, sondern durch unsere Verknüpfung mit der Wirtschaftspolitik dieses Landes.

(Beifall bei der CDU)

Denn genau an allen Ansatzpunkten zur außeruniversitären Forschung und zu den Fachhochschulen und Universitäten sind Technologie- und Gründerzentren geschaffen worden; und durch die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium und durch Kopplung unserer Förderinstrumentarien, die wir im Moment schon auf Fachebene vornehmen, wird es uns wesentlich besser gelingen, die Forschungsleistung direkt in die Wirtschaft zu überführen. Auf der anderen Seite werden durch beide Programme Existenzgründungen befördert und wir haben schon die ersten Erfolge zu verzeichnen - eben im Bioinstrumentenzentrum in Jena, in den Technologie- und Gründerzentren an allen Universitäts- und Fachhochschulstandorten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir stellen mit 65 Mio. DM Fördermitteln ein Potential für das Land Thüringen zur Verfügung, das seinesgleichen sucht. Wir haben durch die Kopplung mit EFRE-Mitteln eine Intensivierung des Einsatzes dieses Geldes für die nächsten Jahre vorgesehen und haben hier die entsprechenden Vorleistungen gebracht. Durch diesen komplementären Einsatz wird die Förderpolitik in den nächsten Jahren gekennzeichnet sein.

(Beifall bei der CDU)

Der Ausbau der Universität Erfurt und der Fachhochschule Nordhausen wird planmäßig fortgesetzt. Herr Höhn ist leider nicht da, auch wenn Herrn Höhn die Vorstellungskraft dazu fehlt, mit dem Haushaltsansatz diesen Ausbau fortzuschreiben, dann kann ich ihm nur sagen, Sparen und Gestalten erfordert Kreativität und es erfordert den Mut der Akzentsetzung.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass diese Vorstellungskraft seiner Partei fehlt und das hat auch der Wähler wahrscheinlich vorausgesehen und deshalb haben wir die Mehrheit in diesem Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Abgeordneten, Sparen und Gestalten, das ist wirklich eine schwierige Aufgabe und Herr Höhn meinte, dass mir dieses Sparen und Gestalten wohl nicht gelungen sei, da mir die erforderliche Hausmacht fehlt. Dazu kann ich ihm nur sagen, dass wir im Kabinett kreativ miteinander gearbeitet haben, dass wir offen miteinander diskutieren und dass wir nur mit gemeinsamer Arbeit zu dieser Haushaltsvorlage überhaupt gekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Dafür bedanke ich mich bei meinen Kollegen und ich bedanke mich auch für die Unterstützung in der Fraktion, denn wir arbeiten sach- und problemorientiert.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Weise habe ich auch die Ansätze für Forschung und Lehre, die vorhin bei der PDS in der Kritik standen, erhöht, denn diese Ansätze für Forschung und Lehre waren in der alten Koalitionsregierung vor drei Jahren auf mir unerklärliche Weise sehr stark reduziert worden. Ich habe jetzt die Aufgabe, diese Ansätze sukzessive in den nächsten Jahren so aufzustocken, dass wir damit die Universitäten und Fachhochschulen entsprechend gut ausstatten können. Ich habe den Titel erhöht, um die Bibliotheksausstattung zu verbessern. Das war der erste Ansatz hier und ich glaube, der ist ein Gestaltungsschwerpunkt in diesem Programm.

Ein weiteres persönliches Anliegen ist mir die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Deshalb haben wir die Stipendien der Landesgraduierten-Förderung erhöht und wir haben auch die Anzahl der zu Fördernden erhöht.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, damit wird es uns gelingen, junge, gut ausgebildete Wissenschaftler an Thüringen zu binden und sie auch so hier einzusetzen, dass wir sie später in der eigenen Industrie weiter beschäftigen können.

Ein weiteres wesentliches Ziel ist für mich die Flexibilisierung der Haushalte. Meine Damen und Herren, wir haben so oft auch in der Vergangenheit darüber gesprochen, dass Deregulierung angebracht ist. In diesem Haushaltsansatz sind wir dem nachgekommen. Wir haben Flexibilisierung für die Haushalte in den Fachhochschulen, in den Hochschulen und im Institut für molekulare Biotechnologie durchgesetzt. Das ist ein entscheidender Punkt, eine Weichenstellung für die nächsten Jahre. Die Förderung der Berufsakademie ist von diesem hohen Hause gestern beschlossen worden. Wir werden in dem Haushalt, den wir hier vorgelegt haben, für die nächsten Jahre die Bedingungen schaffen, dass sich die Berufsakademie entsprechend gut weiterentwickeln kann.

(Beifall bei der CDU)

Und wir werden in der Berufsakademie die Erfahrung nutzen, die wir in der Vergangenheit hatten durch die engere Bindung zwischen Hochschulausbildung und der Praxis.

(Beifall bei der CDU)

Konsequent wird in unserem Haushalt das Programm zur Sanierung von Baudenkmalern fortgeführt. Ich meine, dieses Programm ist besonders wichtig, weil man mit jeder Mark, die wir in diesem Programm einstellen, 8 - 10 DM zusätzliche Mittel aktiviert. Das sind nämlich diese Gelder, die dann an Aufträge an die mittelständische Industrie gehen, und damit haben wir wieder die Kopplung von Wissenschaft, Forschung und Kunst mit der Wirtschaft dieses Landes. Ich glaube, das ist die entscheidende Zielsetzung für uns, dass wir mit Wissenschaft, Forschung und Kunst ebenfalls eine Rückwirkung auf die Wirtschaft dieses Landes haben, damit wir uns wirtschaftlich und auch finanziell konsolidieren für die nächsten Jahre.

Meine Damen und Herren, die Breitenkultur ist heute schon verschiedentlich angesprochen worden. Ich kann Ihnen hiermit sagen, dass wir im vergangenen Jahr 13,088 Mio. DM für die Breitenkultur ausgegeben haben, und wir haben einen Haushaltsansatz von 12,755 Mio. DM für dieses Jahr. Das heißt, diese Förderung ist ungefähr konstant geblieben, weil nämlich ein Teil, der die Medienförderung betrifft, jetzt im Kultusministerium entsprechend verwaltet wird. Ich versichere Ihnen, die Breitenkultur wird ein Anliegen meines Hauses bleiben. Wir werden aber sorgfältig prüfen, wie und in welcher Weise wir die Breitenkultur miteinander vernetzen, auch die verschiedenen Programme, die jetzt laufen, und die verschiedenen Institutionen, die sich inzwischen gebildet haben. Es ist im Moment eine Förderrichtlinie bei uns in Arbeit und wir werden Akzente für die Breitenkultur setzen. Ein wichtiges Moment auch bei der Förderung der Breitenkultur und bei der Förderung der Kunst ist für mein Haus, dass wir eine Verbindung zum Tourismus vornehmen.

(Beifall bei der CDU)

Für den Tourismus ist Geld eingestellt worden im Wirtschaftsministerium. Auch hier sind schon erste Gespräche von uns geführt worden, dass wir eine Kopplung zwischen den verschiedenen Programmen vornehmen werden, genauso wie wir das vorhin bei InnoRegio gesagt haben. Es wird ganz wesentlich für die Zukunft meines Ministeriums sein, die Interaktion mit anderen Ministerien, das heißt, mit dem Kultusministerium und mit dem Wirtschaftsministerium voranzutreiben. Frau Neudert hatte gestern gesagt, dass sie sich fragt, warum ich die Theaterakteure zu Aktivität und Kreativität aufgerufen habe, ob das mein einziger Beitrag sei. Das ist nicht mein einziger Beitrag, aber, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass wir die Kunstlandschaft Thüringens weiterentwickeln können, wenn wir uns gegenseitig Vorwürfe machen, das Land deckelt, die Kommune gibt so viel und nun sehen

wir zu, wie wir weiterkommen. Mir kommt es darauf an, dass das Engagement des Einzelnen gefördert wird und dass auch Verantwortung übernommen wird;

(Beifall bei der CDU)

davon lebt die Demokratie. Wir haben lange genug so gelebt, dass uns zugeteilt und zugeordnet wurde, was wir sagen sollen. Mir kommt es darauf an, wirklich die Bürger mit einzubeziehen, dass sie mit uns diskutieren. Wenn wir die Demokratie, und das sage ich ehrlich, lebensfähig machen wollen bei uns, dann müssen wir davon abkommen, dass wir nur Beitragszahler und Leistungsempfänger und Nörgler haben, wir brauchen aktiv Mitgestaltende.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren, ich habe in der Vergangenheit eigentlich sehr oft gemerkt in der Diskussion gerade mit Kunst- und Kulturschaffenden, dass sie einbezogen werden wollen, dass sie viele Ideen haben. Deshalb bin ich für mein Ministerium sehr hoffnungsfroh gerade auf diesem Gebiet.

Ein Wort zum Kunstfest in Weimar: Es ist nicht so, dass ich manche Dinge vielleicht nicht sagen sollte, die am Anfang zum Kunstfest gesagt worden sind. Das Kunstfest war nicht konzipiert. Es war nicht so geordnet, dass man dafür schon hätte Geld einstellen können im Haushalt.

(Beifall bei der CDU)

In der Zeit, als die öffentlichen Diskussionen geführt worden sind, habe ich mit allen Weimeranern zusammengesessen, ich habe gesessen mit der Bauhaus-Universität, mit der Musikhochschule "Franz Liszt" in Weimar. Wir haben in Weimar das Deutsche Nationaltheater, dort ist die Stiftung Weimarer Klassik - das sind alles Institutionen, die durch mein Ministerium gefördert werden. Warum soll diese Förderung nur punktuell gehen, warum sollen sich nicht alle zusammensetzen an einen Tisch und gemeinsam sich dafür verantwortlich fühlen, dass Weimar ein Kunstfest ausführt?

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen jetzt als Ergebnis, dass wirklich diese Diskussion stattgefunden hat und dass es ein ordentliches Konzept für dieses Kunstfest gibt. In dieser Weise, also wenn solche Konzepte vorliegen, ist unsere Regierung immer bereit, Förderung dafür einzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, meine Politik in den nächsten Jahren wird gekennzeichnet sein durch Analysieren der Probleme, durch Finden von Synergien und strategische Überlegungen, in die ich viele Diskussionspartner einbeziehen werde. Sie werden sehen, problemorientiertes Lö-

sen wird unser Arbeitsstil sein.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 15 liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache. Zum **Einzelplan 01 - Landtag** - liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Es bleibt dabei; dann wäre auch dieser Einzelplan erledigt.

(Beifall Abg. Kretschmer, CDU)

Einzelplan 11 - Rechnungshof - ebenfalls keine Wortmeldung. Auch das bleibt dabei. Damit wäre auch der Einzelplan 11 absolviert. Gibt es Wortmeldungen zur **Schlussrunde**? Ist das eine Wortmeldung, Herr Althaus? Ja, bitte, Herr Abgeordneter Althaus.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn die Zeit fortgeschritten ist, ich denke, ein solider Haushalt braucht auch eine solide Debatte und dazu gehört auch eine Schlussrunde. Der Haushalt, der von der Landesregierung vorgelegt worden ist, ist solide, er ist gut finanziert und trägt eine neue Überschrift "sparen und gestalten", weil wir wissen, wenn wir in Zukunft unsere Gestaltungskraft als Freistaat behalten wollen, müssen wir heute darauf achten, dass wir nur durch weniger Kreditfinanzierungsquote eine hohe Gestaltungsfreiheit im Haushalt bewahren. So ist der Haushalt aufgestellt und auch nach den Oppositionsreden, die wir gestern und heute hören konnten, bleibt es dabei, die Neuverschuldung wird erstmalig gesenkt seit 1990 und es ist trotzdem gelungen, eine hohe Kreditfinanzierungsquote zu sichern.

(Beifall bei der CDU)

Die Einnahmesituation Thüringens kann sich dadurch in den nächsten Jahren solide weiterentwickeln. Grundlagen sind ein innovatives Wirtschaftswachstum und, wie wir eben gehört haben, wichtig die Weiterentwicklung in Wissenschaft und Forschung. Natürlich wird es notwendig sein, in den nächsten Wochen die Personalentwicklungskonzeption fortzuschreiben und die Strukturen des Landes bei Gesetzgebung und anderen Dingen zu überprüfen, weil wir wissen, wenn wir weitere Handlungsfreiräume gewinnen, heißt das, einen unübersteigbaren Berg von Schulden verhindern, d.h., wir brauchen neue zusätzliche Einsparungen.

Wenn wir die eineinhalb Tage resümieren, dann war sicher von der Quantität her, was die Opposition geboten hat, ein Ausreichend festzustellen. Bei der Qualität lässt sich nach meiner Kenntnis eine differenziertere Analyse vornehmen. Die Abgeordneten der PDS blieben bei ihrem Prinzip, ein Jammertal zu beschreiben. Frau Neudert,

Sie ernteten wenig Beifall aus ihren eigenen Reihen dazu.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Lassen Sie es sein.)

Frau Zimmer, den Neid schüren, das ist Ihre besondere Profession und die Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem gestern von Ihnen dargestellten abenteuerlichen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen komme ich zu dem Schluss, Sie dürfen auch in Zukunft nie wieder Verantwortung in einem Staat übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich bei all denen, die in den letzten Wochen den Haushalt intensiv beraten haben, ganz besonders bei meiner Fraktion. Ich bedanke mich bei der Landesregierung, dass sie ihn so vorgelegt hat, wie wir auch im Landtagswahlprogramm versprochen haben. Und, Herr Nothnagel, wir werden unsere Mehrheit nicht schamlos ausnutzen, wir werden sie schlicht ausnutzen, denn diesen Wählerauftrag haben wir.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann schließe ich insgesamt die Aussprache zu TOP 1 a bis c unserer Tagesordnung.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen zu den Abstimmungen. Die Abstimmungen zum Haushalt erfolgen in der Reihenfolge des Haushaltsplans und es erfolgt die Abstimmung über das Haushaltsgesetz. Es wird zuerst über die jeweiligen Änderungsanträge im Ganzen, dann über die Beschlussempfehlung im Ganzen unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge, soweit nicht Einzelabstimmung beantragt ist, und dann über den Gesetzentwurf abgestimmt. Einzelabstimmungen finden vor der Abstimmung über einen Antrag im Ganzen statt. Eventuell konkurrierende Anträge bleiben nach einer Absprache mit den Fraktionen dabei unberücksichtigt. Die Abstimmungen über die Änderungsanträge und die Entschließungsanträge erfolgen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs.

Zum Haushaltsgesetz 2000, zunächst Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 3/268. Wer dem Antrag in Drucksache 3/268 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Mit Mehrheit bei entsprechenden Gegenstimmen angenommen.

Dann zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, zunächst über die Drucksache 3/272. Herr Abgeordneter Dr. Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, für die Punkte Kapitel 04 01 Titel 883 76 - Computertechnik in Schulen -, Einzelplan 07 Titelgruppe 92 - InnoRegio-Programm -, Kapitel 07 08 Titel 685 74 - Zweiter Arbeitsmarkt -,

Präsidentin Lieberknecht:

Langsam, langsam.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Das haben wir doch schriftlich abgegeben.

Präsidentin Lieberknecht:

Ach so. Ja, weiter bitte.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Kapitel 08 29 Titel 684 71 - Beratungsstellen -, 08 44 Titel 684 01 - Opferverbände -, Kapitel 15 50 Titel 686 76 - Kunstfest Weimar - und Kapitel 17 20 Titel 893 01 - Sportstätten und Badeanstalten - beantrage ich im Namen der SPD-Fraktion getrennte und namentliche Abstimmung.

Präsidentin Lieberknecht:

Also namentliche Abstimmung nur zum letzten Punkt oder alles namentlich?

(Zuruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Zu allen Punkten.)

Zu den Punkten namentlich? Gut, dann fangen wir an. Herr Abgeordneter Buse noch, bitte, zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, die SPD-Fraktion hat über einzelne Punkte namentliche Abstimmung beantragt, wir stellen den Antrag, alle Punkte einzeln abzustimmen und dabei den Antrag zu berücksichtigen, den die SPD-Fraktion in Bezug auf namentliche Abstimmung gestellt hat.

(Beifall und Unruhe bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Also alle Punkte einzeln?

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das geht nur mit unserer Zustimmung.)

(Unruhe bei der CDU)

Was sagt die SPD-Fraktion dazu?

(Zuruf Abg. Gentzel, SPD: Gibt's nicht.)

Abgelehnt nach Geschäftsordnung. Der Antragsteller ist in dem Fall Herr über das Verfahren. Dann kommen wir zur ersten von der SPD-Fraktion namentlich beantragten Abstimmung. Das war der Punkt über die Zuweisung von Computertechnik, Kapitel 04 01 und zwar der Titel 883 76. Ich bitte die Schriftführer, die Stimmkärtchen einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? Dann schließe ich den Abstimmungsgang und bitte um Auszählung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann das Ergebnis bekannt geben. Es wurden abgegeben 76 Stimmen, und zwar 18 Jastimmen, 44 Neinstimmen und 14 Enthaltungen. Damit abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 1).

Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung, und zwar zum Einzelplan 07 Kapitel 02, und zwar die Titelgruppe 92 neu. Hier geht es um das Förderprogramm InnoRegio. Ich bitte auch hier um entsprechende Abstimmung.

Wenn alle ihre Stimmkarte abgegeben haben, dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung. Entschuldigung. Der Wahlgang war offiziell geschlossen, tut mir Leid.

Ich gebe das Ergebnis bekannt. Abgegeben wurden 75 Stimmen, davon 32 Jastimmen, 43 Neinstimmen, damit ist auch dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 2).

Wir kommen zu einer weiteren namentlichen Abstimmung zu Einzelplan 07, und zwar in Kapitel 08 der Titel 685 74. Da geht es um das Landesarbeitsmarktprogramm. Ich bitte auch hier um Einsammeln der Stimmkarten.

Ich bitte alle, ihre Stimmkarten noch abzugeben, auch da drüben. Wenn alle ihre Stimmkarten abgegeben haben, dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es wurden 77 Stimmen abgegeben, und zwar - ja, es hat sich vermehrt - waren es 32 Jastimmen, 45 Neinstimmen, damit auch in diesem Fall Ablehnung (namentliche Abstimmung siehe Anlage 3).

Wir kommen jetzt zu den gewünschten Abstimmungen zu dem Einzelplan 08, und zwar zunächst Kapitel 29, den Titel 684 71, da geht es um Gesundheitsförderung/Gesundheitsschutz usw. Ich bitte auch hier um entspre-

chendes Einsammeln der Stimmkarten.

Sind alle Stimmkarten eingesammelt? Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind wieder 76 Stimmen, und zwar 19 Jastimmen, 44 Neinstimmen, 13 Enthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 4).

Wir kommen zu einer weiteren namentlichen Abstimmung zu Einzelplan 08, und zwar in Kapitel 44 der Titel 684 01. Ich bitte auch hier um Abstimmung.

Es haben alle abgegeben, dann ist der Abstimmvorgang beendet.

Ich gebe das Ergebnis bekannt, abgegeben wurden 76 Stimmen, 29 Jastimmen, 44 Neinstimmen, 3 Enthaltungen, damit auch abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 5).

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung zu Einzelplan 15, Kapitel 50, und zwar der Titel 686 76 - Zuschuss Kunstfest Weimar. Ich bitte auch hier, die Stimmkarten einzusammeln.

Haben alle abgegeben? Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich gebe auch hier das Ergebnis bekannt. Abgegeben wurden 76 Stimmen, 15 Jastimmen, 44 Neinstimmen, 17 Enthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 6).

Wir kommen zur gewünschten namentlichen Abstimmung zu Einzelplan 17, Kapitel 20, und zwar Titel 893 01, da geht es um die Förderung von Sportstätten und Badeanstalten.

Haben alle ihre Stimmkarten abgegeben? Ja, dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis bekannt. Abgegeben wurden 76 Stimmen. Es stimmten 32 mit Ja, 44 mit Nein, also ebenfalls abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 7).

Damit komme ich jetzt zur Abstimmung über alle noch nicht abgestimmten Änderungspunkte des Änderungsantrags der Fraktion der SPD in Drucksache 3/272. Wer diesen Punkten seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Eindeutig abgelehnt.

Damit komme ich zum nächsten Änderungsantrag der Fraktion der SPD, und zwar in Drucksache 3/280. Wer gibt dieser Drucksache seine Zustimmung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Damit abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag in Drucksache 3/281, ebenfalls Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Ich bitte auch hier um Handzeichen, wer diesem Antrag zustimmt. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Herr Mohring, nehmen Sie an der Abstimmung teil?

(Heiterkeit im Hause)

Er muss nicht. Nein, es ist mit einer entsprechenden Anzahl von Gegenstimmen abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion der PDS, und zwar in Drucksache 3/295. Wer gibt diesem Antrag seine Zustimmung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, und zwar in Drucksache 3/296. Wer gibt diesem Antrag seine Zustimmung? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Danke, er ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung in Drucksache 3/223 im Ganzen. Änderungsanträge sind hier bisher nicht mit Mehrheit durchgekommen. Beschlussempfehlung, Entschuldigung, unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU in Drucksache 3/268. Wer der Beschlussempfehlung unter Maßgabe der beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenprobe. Enthaltungen? Diese ist mit Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der eben beschlossenen Änderungen. Wer dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung dieser beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenprobe. Enthaltungen? Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. Danke. Gegenstimmen? Danke. Enthaltungen? Mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion dieses Hauses angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Das war ein hartes und vor allen Dingen langes Stück Arbeit. Wir stimmen jetzt noch ab über einige Entschließungsanträge, und zwar zunächst Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 3/259. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Danke. Enthaltungen? Mit entsprechender Mehrheit der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung und entsprechenden Gegenstimmen angenommen.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 3/271. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 3/273. Herr Dr. Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Präsidentin Lieberknecht:

Namentliche Abstimmung, ich bitte, die entsprechenden Stimmkarten bereit zu halten und die Schriftführer um Einsammlung der Stimmkarten.

Wenn alle Stimmkarten abgegeben sind, dann schließe ich den Abstimmvorgang und bitte um Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Es wurden 74 Stimmen abgegeben, davon 30 Jastimmen, 43 Neinstimmen und 1 Enthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage 8).

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Entschließungsanträge der Fraktion der PDS, und zwar zunächst über die Drucksache 3/290. Wer gibt dieser Drucksache seine Zustimmung, den bitte ich um das Handzeichen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Danke. Mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zur Drucksache 3/291. Wer gibt dieser Drucksache seine Zustimmung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Ebenfalls mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zur Drucksache 3/292. Ich bitte auch hier um Handzeichen für die Zustimmung. Danke. Gegenstimmen? Danke. Enthaltungen? Auch dieser Entschließungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Jetzt haben wir den Entschließungsantrag 3/293. Ich bitte auch hier um das Handzeichen zur Zustimmung. Danke. Gegenstimmen? Danke. Enthaltungen? Bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Drucksache 3/294. Ich bitte um das Handzeichen für die Zustimmung. Danke. Gegenstimmen? Danke. Enthaltungen? Auch hier mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt. Das waren die Entschließungsanträge.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Mittelfristigen Finanzplan des Landes Thüringen für die Jahre 1999 bis 2003 in Drucksache 3/224. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den

bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen angenommen.

Ich bitte jetzt um die Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes in Drucksache 3/225. Ich bitte auch hier um Handzeichen für Zustimmung. Danke. Gegenstimmen?

(Beifall bei der CDU)

Danke. Enthaltungen? Auch hier mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir den Tagesordnungspunkt 1a bis c in Gänze mit allen Abstimmungen abgeschlossen und damit ein erhebliches Kapitel von Arbeit am heutigen Tage geleistet.

Wir kommen jetzt zurück zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 8**

Thüringer Gesetz zur Eingliederung der Gemeinde Kleinwechungen in die Gemeinde Werther

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 3/200 -
ERSTE BERATUNG

Wird eine Begründung durch den Antragsteller gewünscht? Herr Innenminister Köckert.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann verstehen, dass zu vorgerückter Stunde die Aufmerksamkeit nicht mehr die größte ist. Da es sich hier aber um eine Gemeindegliederung handelt, können wir das auch nicht ganz so einfach abtun, damit nicht das hohe Haus von Abwägungsfehlern heimgesucht wird.

Wir kommen mit dem Gesetzentwurf über die Zuordnung der Gemeinde Kleinwechungen dem Auftrag des Thüringer Verfassungsgerichtshofs nach, der durch sein Urteil vom 18. September 1998 zur Verfassungsbeschwerde von Kleinwechungen die Auflösung dieser Gemeinde und ihre Einbeziehung in die Neubildung der Gemeinde Werther für nichtig erklärte. Der Verfassungsgerichtshof gab dem Thüringer Gesetzgeber in Ziffer 4 seines Urteils auf, bis spätestens zum 31. Dezember 1999 erneut über die kommunale Zuordnung der Gemeinde Kleinwechungen zu entscheiden. Im Rahmen des Gesetzes zur Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden Böseckendorf, Neuendorf, Teistungen, Nauendorf, Dörtendorf, Grottendorf, Schönwerda, Steigertal und Zöthen vom 25. März 1999 war daher eine Zuordnung von Kleinwechungen zur Gemeinde Werther vorgesehen. Völlig überraschend, weil im Widerspruch

zum Ergebnis einer Bürgerbefragung in Kleinwechungen, sprach sich der Ortschaftsrat im Rahmen der Anhörung gegen den Neugliederungsvorschlag aus. Der Innenausschuss des Landtags entschied daraufhin, dass eine Entscheidung zu Kleinwechungen zu einem späteren Zeitpunkt durch ein gesondertes Gesetz erfolgen soll. Allerdings war es aufgrund der dann anstehenden Wahlen in Thüringen nicht mehr möglich, ein solches Gesetzgebungsverfahren in Gang zu setzen. Wegen der jeweiligen Wahlvorbereitung, der dazwischen liegenden Sommerpause und der anschließenden Neukonstituierung von Landtag und Landesregierung wäre es der Diskontinuität anheim gefallen. Mit dem Ablauf des 31. Dezember 1999 lebte der Status von Kleinwechungen als selbständige Gemeinde wieder voll auf. Ab dem 1. Januar 2000 wurde daher eine Beauftragte für Kleinwechungen bestellt. Diese nimmt die Aufgaben des Bürgermeisters und des Gemeinderats wahr und somit die Interessen der Gemeinde insgesamt bis zur erneuten Entscheidung des Gesetzgebers.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Teil der landesweiten Gebietsreform stellt sich auch im Falle von Kleinwechungen die Frage, in welcher Weise eine Zuordnung erfolgen kann, die einerseits die Belange und Interessen der zuzuordnenden Gemeinde und andererseits die Leitbilder und Leitlinien der Gemeindegliederungsreform sowie die Rechtsauffassung des Verfassungsgerichtshof berücksichtigt. Nach Prüfung der vorhandenen Gegebenheiten schlägt die Landesregierung in dem heute eingebrachten Gesetzentwurf eine erneute Eingliederung von Kleinwechungen in die Gemeinde Werther vor. Die Akzeptanz dieses Vorschlags wird auch durch das Ergebnis der bereits erwähnten Bürgerbefragung am 5. und 7. Dezember 1998 in Kleinwechungen belegt. Die Gemeinde Werther hat ebenfalls beschlossen, Kleinwechungen auf Dauer als Ortsteil aufzunehmen. Mit Blick auf die von mir beschriebene derzeit praktizierte Übergangslösung für Kleinwechungen, die auf einen möglichst kurzen Zeitraum beschränkt bleiben sollte, bitte ich um eine zügige Beratung des Gesetzentwurfs in den Ausschüssen und um Verabschiedung durch den Landtag. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Fiedler.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Innenminister. Nachdem die Landesregierung sich doch einige Zeit gelassen hat, werden wir zügig den Entwurf beraten. Ich bitte um Überweisung an den Innenausschuss. Wir werden natürlich dazu eine Anhörung machen, um das ganz schnell zu erledigen. Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Weitere Redemeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, das Gesetz an den Innenausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Keine. Damit ist das einstimmig an den Innenausschuss überwiesen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8 und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 9**

Thüringer Gesetz zu dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Verbesserung des Rundfunkgebühreneinzugs

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 3/222 -
ERSTE BERATUNG

Es wird Begründung durch den Antragsteller gewünscht.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, mancher wird sich fragen, warum denn der im Jahre 1991 in Kraft getretene Rundfunkstaatsvertrag der 16 deutschen Länder nun schon zum vierten Male innerhalb von 10 Jahren geändert werden soll. Die Antwort resultiert sowohl aus der hohen gesellschaftspolitischen Bedeutung des Rundfunks als bedeutendstes Massenmedium als auch aus der Dynamik, der den Rundfunk beeinflussenden Faktoren. Anlass für diese vierte Änderung sind einerseits die schnell voranschreitende europäische Integration und andererseits die enormen Fortschritte der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag dient sowohl der Umsetzung der 1997 verabschiedeten EG-Fernsichtlinie als auch des 1998 zur Ratifikation vorgelegten Änderungsprotokolls zum Europaratübereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen. Beide europäischen Regelwerke enthalten folgende Regelungsziele:

1. die gegenseitige Anerkennung von nationalen Regelungen über die Ausstrahlung von Großereignissen im Free-TV,

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, einen kleinen Moment bitte.

Dr. Krapp, Kultusminister:

2. die Liberalisierung von Werbebestimmungen und dabei insbesondere von Teleshopping und

3. die Kennzeichnung jugendgefährdender Sendungen.

Beide europäischen Regelwerke unterscheiden sich in ihrer rechtlichen Verbindlichkeit und in ihrem Wirkungs-

kreis entsprechend dem jeweiligen Status von Europäischer Union und Europarat, sind aber inhaltlich aufeinander abgestimmt. Darüber hinaus enthält der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag weitere Regelungen zur Verbesserung des Jugendschutzes, neue Erscheinungsformen der Werbung, wie Splitscreen, also aufgeteilter Bildschirm und virtuelle Werbung, Belegung von Kabelkanälen mit digitalen Programmen, so genanntes must-carry-Prinzip, die Regelung des diskriminierungsfreien Zugangs aller Programmanbieter zu digitalen Decodern und Navigatoren und die Ermächtigung von ARD und ZDF zum Angebot digitaler Programm bouquets und Online-Ergänzungen.

Insgesamt liegt mit dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein ausgewogenes Regelungsinstrumentarium vor, welches die notwendige Einheitlichkeit der Medienpolitik der 16 Länder mit der Vielfalt länderspezifischer Medienregelungen verbindet. Die Artikel 2, 3 und 4 des Ihnen vorliegenden Gesetzentwurfs beinhalten solche thüringenspezifischen Anpassungen bzw. Ergänzungen. Insbesondere regelt Artikel 3 die vorgesehene Datenübermittlung von Meldebehörden an den Mitteldeutschen Rundfunk. Dies soll, wie in den anderen Ländern auch, zur Verbesserung des Rundfunkgebühreneinzugs im Sinne der Effizienz und der Gebührengerechtigkeit beitragen. Kern und Anlass des Gesetzentwurfs ist jedoch der Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der die Zustimmung aller 16 Länderparlamente benötigt. Als Termin zum In-Kraft-Treten ist der 1. April 2000 geplant.

Ich darf Sie deshalb im Namen der Landesregierung bitten, dies bei Ihrer Terminplanung zu Ihren Beratungen und der Beschlussfassung zu berücksichtigen. Ebenfalls im Namen der Landesregierung werbe ich selbstverständlich insbesondere für Ihre Zustimmung in der Sache zu dieser Staatsvertragsänderung, weshalb ich Sie auf einige inhaltliche Schwerpunkte hinweisen möchte, auf die zu nutzenden Chancen und auf zu begrenzende Risiken der neuen elektronischen Massenmedien. Beginnen möchte ich mit der Regelung zur Ausstrahlung von Großereignissen im Free-TV. Nach dieser Regelung dürfen Olympische Sommer- und Winterspiele, die Spiele der deutschen Fußballnationalmannschaft - und an dieser Stelle darf ich vielleicht noch einen Glückwunsch an den DFB zu seinem heutigen 100-jährigen Geburtstag absenden -, weiterhin die Endrundenspiele der Fußballwelt- und -europameisterschaften sowie die wichtigsten Spiele der europäischen Fußballvereinsmeisterschaften nicht ausschließlich im Pay-TV ausgestrahlt werden.

(Beifall bei der CDU)

Sicher kann man darüber streiten, ob die Liste von Großereignissen im Free-TV ausreichend ist. Ich gehe davon aus, dass die ausrichtenden Verbände gut beraten sind, wenn sie im Rahmen ihrer Verantwortung auch andere Großereignisse im Free-TV ausstrahlen lassen. Insofern ist die weitere Entwicklung aufmerksam zu beobachten.

Soweit die EG-Fernsehrichtlinie und das Änderungsprotokoll des Europarates zur Europaratskonvention über das grenzüberschreitende Fernsehen die bisher geltenden Bestimmungen und die Bestimmungen über das Teleshopping und Sponsoring gelockert haben, wurden diese Lockerungen für private Rundfunkveranstalter grundsätzlich in den Staatsvertrag übernommen. Dies schafft für private Veranstalter weitere Freiräume, ebenso wie die neuen Werbeformen, etwa der geteilte Bildschirm - ich sagte es schon: Splitscreen - oder die so genannte virtuelle Werbung.

Meine Damen und Herren, sicher gibt es gerade zu diesen neuen Werbeformen unterschiedliche Meinungen. Bereits hier möchte ich darauf hinweisen, dass Mediennutzer diesen oder auch anderen Erscheinungsformen nicht schutzlos ausgeliefert sind, sondern als scharfe Waffe die Einschaltquote in Form der Fernbedienung sprichwörtlich in der Hand haben.

Meine Damen und Herren, von besonderer Bedeutung für die öffentlich-rechtliche Säule unseres dualen Rundfunksystems ist die nunmehr klare gesetzliche Ermächtigung von ARD und ZDF für jeweils eigene Programmbouquets sowie für programmergänzende Onlineangebote. Damit wird deutlich, dass dieser Vierte Rundfunkänderungsstaatsvertrag nicht nur etwas für private Veranstalter bringt, sondern auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk seine Entwicklungsperspektiven gewährleistet. Diese Ausgewogenheit wird auch durch die erstmalig bundesweite Regelung der Zuordnung von digitalen Kabelübertragungskapazitäten deutlich. Hierbei wird zwingend nur ein must-carry-Bereich für öffentlich-rechtliche und andere landesgesetzlich vorgeschriebene Programme festgelegt. Die restlichen Übertragungskapazitäten können nach wirtschaftlichen Erwägungen von Kabelnetzbetreibern auch für Mediendienste vergeben werden. Internet und Digitalfernsehen auf einem Kabel sind in Zukunft also auch aus medienrechtlicher Sicht möglich. Die fortschreitende Digitalisierung der Informations- und Kommunikationstechnologien kommt am deutlichsten in den notwendigen Regelungen zum diskriminierungsfreien Zugang zu digitalen Fernsehdiensten zum Ausdruck. Hier werden offenzulegende Schnittstellen der in Zukunft erforderlichen Decoder eingefordert, um die Zugangsfreiheit dritter Anbieter, z.B. auch lokaler TV-Veranstalter, zu sichern.

Programmnavigatoren - oder neudeutsch "electronic program guide", oder kurz: EPG, auch ein neuartiger Begriff in der digitalen Fernschwelt - müssen dem Benutzer beim Einschalten eines Geräts auf den ersten Blick alle verfügbaren Angebote gleichberechtigt vorstellen, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Alle diese technischen Regelungen dienen zuallererst natürlich der Sicherung der Meinungsvielfalt, nicht zuletzt aber auch dem Wettbewerb in der Medienwirtschaft und damit der Schaffung neuer zukunftsorientierter Arbeitsplätze.

Im medienwirtschaftlichen Sinne kontraproduktiv war der Vorschlag, Personalcomputer mit Internetwiedergabemög-

lichkeit von Rundfunk rundfunkgebührenpflichtig zu machen. Dies konnte durch eine Thüringer Initiative zumindest für ein Moratorium bis 2003 verhindert werden. Über die endgültige Verhinderung muss noch mit den anderen Ländern verhandelt werden.

Meine Damen und Herren, grenzüberschreitende digitale und vernetzte Massenmedien bringen auch neue Risiken mit sich. Dieser Seite der Medaille wendet sich der vorliegende Gesetzentwurf ebenso intensiv zu wie den Chancen. So sind im Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag entsprechende Änderungen und Verbesserungen des Jugendschutzes vorgesehen. Wir haben aufgrund der EG-Fernsehrichtlinie eine Kennzeichnungspflicht jugendgefährdender Sendungen eingeführt. Ferner ist vorgesehen, dass für die Ausstrahlung von indizierten Filmen nunmehr ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt staatsfern durch die zuständige Landesmedienanstalt oder bei öffentlich-rechtlichen Veranstaltern durch die jeweiligen Gremien vorgesehen ist. Die zusätzlich eingeführte Regelung zur elektronischen Vorsperrung zur Verbesserung des Jugendschutzes bei digitalen Programmen gilt nur versuchsweise und muss noch in der Praxis auf ihre Wirksamkeit hin geprüft werden.

Meine Damen und Herren, im direkten Zusammenhang mit leider in der Vergangenheit aufgetretener Missachtung der Menschenwürde in Schmuddeltalkshows, auch am Nachmittag, steht der neu aufgenommene § 2 a mit Grundstandards für Programminhalte. Dieser Paragraph des Rundfunkstaatsvertrags wird seine Bewährungsprobe auch bei solchen aktuellen Programmplänen wie "big brother" zu bestehen haben. Sie werden vielleicht gelesen haben: dieses Programmprojekt "big brother" sieht vor, dass etwa 10 Teilnehmer für 100 Tage abgeschirmt leben sollen und dabei ständig gefilmt werden. Ich hoffe, dass die zuständige Landesmedienanstalt dieses Geschäft mit der Menschenwürde verhindert.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe aber auch, meine Damen und Herren, dass Bürger, Familienverbände, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen mehr von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch machen und mit Zivilcourage öffentlich gegen solchen Missbrauch von Meinungsfreiheit auftreten.

(Beifall im Hause)

Auch hier gilt meine schon gemachte Bemerkung, dass im Falle von Tabuüberschreitungen die beste Waffe die Fernbedienung ist; auch Abschalten kann ein Zeichen hoher Medienkompetenz sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich aus gegebenem Anlass ausnahmsweise klarstellen, was nicht Regelungsinhalt dieses Gesetzentwurfs ist. Dies betrifft einerseits den kürzlich von der Kommission zur Ermitt-

lung des Finanzbedarfs vorgelegten Vorschlag der Erhöhung der Rundfunkgebühr um 3,33 DM, andererseits die auch in der politischen Diskussion befindliche Umstrukturierung von Finanzausgleich und Stimmengewichtung in der ARD. Beide Fragen bedürfen noch der politischen Diskussion auch auf der Ebene der Ministerpräsidentenkonferenz und selbstverständlich in diesem Hause. Voraussichtlich im Herbst dieses Jahres werden Ihnen deshalb bereits mit dem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag diese Fragen dann zur Entscheidung vorgelegt werden. Heute geht es aber, wie gesagt, nur um den Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und um dessen Behandlung und letztendlich dann auch hoffentlich um Ihre Zustimmung, um die ich Sie im Namen der Landesregierung bitten darf. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir eröffnen die Aussprache. Zu Wort hat sich der Abgeordnete Seela, CDU-Fraktion, gemeldet.

Abgeordneter Seela, CDU:

Werte Präsidentin, werte Damen und Herren Abgeordnete, ich werde es kurz machen. Das Wesentliche wurde bereits vom Minister gesagt. Noch eine kurze Anmerkung: Der Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde im vergangenen Jahr von den Regierungschefs der Länder unterschrieben. Es ist jetzt eine Frist gesetzt worden bis zum 1. April dieses Jahres. Er muss bis dahin ratifiziert werden. Bei Nicht-ratifizierung drohen Sanktionen seitens der EU. Ich habe gehört, eine Summe von 1 Mio. DM Strafe ist im Spiel. Seitens der Fraktion unterstützen wir den eingebrachten Gesetzentwurf. Das möchte ich hier noch mal klar zum Ausdruck bringen. Er hat sehr viele positive Seiten, die vom Minister detailliert ausgeführt worden sind, gerade beim Jugendschutz. Das wichtige brisante Thema "Gebührenerhöhung" wird nicht berührt. Ich bin für die Überweisung an den zuständigen Ausschuss im Namen meiner Fraktion. Das wäre es dazu. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

An welchen Ausschuss?

Abgeordneter Seela, CDU:

Entschuldigung, Bildung und Medien. Ich sagte aber, an den zuständigen Ausschuss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Hätte ja Gleichstellung sein können. Es liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Die Ausschussüberweisung ist an den Ausschuss für Bildung und Medien be-

antragt worden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Keine. Damit ist das einstimmig geschehen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 9 und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 9 a**

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Thüringer Rechnungshof

Gesetzentwurf der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/238 -

ERSTE BERATUNG

Wird durch die antragstellende Fraktion Begründung gewünscht? Es wird keine Begründung gewünscht. Damit eröffnen wir die Aussprache und ich rufe als ersten Redner auf den Abgeordneten Dr. Dr. Dietz von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Dr. Dietz, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Entwurf der PDS-Fraktion für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Thüringer Rechnungshof ist kein besonders geglückter Entwurf. Bei näherer Betrachtung kann man sich dem darin enthaltenen Lösungsansatz nicht anschließen. Die PDS-Fraktion schlägt eine Änderung des § 4 des Gesetzes über den Thüringer Rechnungshof vor. § 4 Satz 2 dieses Gesetzes lautet derzeit: "Die Mitglieder müssen die Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes erworben haben." Satz 4 und 5 lauten: "Der Präsident oder der Vizepräsident und mindestens ein Drittel der übrigen Mitglieder müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Eine angemessene Anzahl der Mitglieder soll eine wirtschaftswissenschaftliche oder technische Vorbildung besitzen." Nach dem vorliegenden Entwurf der PDS wären für den Präsidenten und den Vizepräsidenten weder die Befähigung zum Richteramt noch die Befähigung für eine Laufbahn des höheren Dienstes für die Ausübung ihres Amtes Voraussetzung. Ich halte dies für keine gute Lösung und empfehle vielmehr, an der derzeitigen Regelung festzuhalten und begründe dies wie folgt:

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass unsere Vorschrift § 4 Abs. 2 des Thüringer Rechnungshofgesetzes fast wörtlich mit § 3 Abs. 3 Bundesrechnungshofgesetz übereinstimmt, im Bund also die gleichen Anforderungen an die Qualifikation des Präsidenten und des Vizepräsidenten gestellt werden wie in Thüringen. Auch zahlreiche Rechnungshofgesetze anderer Länder verlangen, dass jedenfalls der Präsident oder der Vizepräsident sowie mindestens ein Drittel der weiteren Mitglieder die Befähigung zum Richteramt haben müssen. Diese Vorgaben bestehen u.a. in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder auch in Niedersachsen. Die Gründe für die im Bund und den meisten Ländern geltenden Anforderungen an die Qualifikation der in Rede stehenden Persönlichkeiten sind nachvollziehbar und liegen auf der Hand. Da der Rechnungshof vor allem auch schwierige Rechtsfragen zu be-

arbeiten hat, sollten der Präsident oder sein Stellvertreter, der Vizepräsident, und mindestens ein Drittel der übrigen Mitglieder die Befähigung zum Richteramt haben. Einige Länder verlangen sogar, dass sowohl der Präsident als auch der Vizepräsident über die Befähigung zum Richteramt verfügen, teilweise setzen sie die Zahl der juristischen Mitglieder noch höher an, z.B. das Saarland, Baden-Württemberg, Brandenburg und Bayern. Die bekanntermaßen erheblichen Anforderungen, denen die Mitglieder der Rechnungshöfe in ihren meist schwierigen Entscheidungen ausgesetzt sind, müssen sich auch in den Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter, insbesondere in juristischer und wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht niederschlagen. Diesem Erfordernis ist durch die derzeitige Rechtslage Rechnung getragen.

Daneben beurteilt die PDS die Aufgaben des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs nicht richtig, indem sie sich einseitig am Leistungsprofil eines Wirtschaftsexperten orientiert. Aber zu den Aufgaben des Präsidenten, im Vertretungsfall seines Vizepräsidenten, gehört vorrangig die Leitung der Behörde Rechnungshof und deren Vertretung nach außen. Das überwiegt gegenüber der eigentlichen Prüftätigkeit, d.h. der konkreten Überwachung und der Haushaltsführung der Landesbehörden usw. Der Präsident ist Hauptverwaltungsbeamter des Landesrechnungshofs und in dieser Eigenschaft Dienstvorgesetzter der Beschäftigten seiner Behörde. Dies erfordert insbesondere Kenntnisse des Personalrechts, Kenntnisse, die einem Wirtschaftsexperten gewöhnlich nicht geläufig sind. Da der Landesrechnungshof eine Einrichtung mit einer nach innen und außen wirkenden Behördenstruktur ist, sind auch umfassende Kenntnisse des Verwaltungsrechts und des Verwaltungsprozessrechts erforderlich. Hierfür eignen sich gewöhnlich Juristen und Beamte des höheren Dienstes besser als Wirtschaftsfachleute.

Noch ein Punkt: Die dem Landesrechnungshof von der Verfassung übertragenen Aufgaben, also die Prüftätigkeit, werden überwiegend von den Prüfungsbeamten des höheren und gehobenen Dienstes und den übrigen Mitgliedern des Kollegiums wahrgenommen, nicht quasi eigenhändig von dem Präsidenten oder dem Vizepräsidenten. Diesen obliegt mehr die Überprüfung und Überwachung der Tätigkeit ihrer Beschäftigten. Ihre Tätigkeit liegt also vornehmlich in der Leitung und Kontrolle des Rechnungshofs selbst. Wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse sind dafür nicht erforderlich, wohl aber rechts- und verwaltungswissenschaftliche Kenntnisse und Erfahrungen.

Soweit der Landesrechnungshof die Behörden des Landes überprüft, erfordert diese Prüftätigkeit Kenntnisse des Verwaltungsaufbaus, des Verwaltungshandelns und der Ablauforganisation der kontrollierten Behörden, weshalb auch mindestens ein Drittel der Mitglieder die Befähigung zum Richteramt haben muss, so auch der Vorschlag der PDS. Um aber diese Mitglieder wiederum in ihrer Tätigkeit überwachen zu können, muss folgerichtig auch der Präsident oder der Vizepräsident dieselbe Befähigung haben.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist folgender: Der Präsident und der Vizepräsident sind nach jetzigem Recht - und dieses würde durch den Vorschlag der PDS insoweit nicht angeührt - in die Besoldungsgruppe B, also in eine Laufbahn des höheren Dienstes eingestuft. Es ist zumindest systemwidrig und unlogisch, diese Leitungspersonen zwar in die Besoldungsstruktur des höheren Dienstes einzugliedern, von ihnen aber nicht gleichzeitig die Voraussetzungen zu fordern, die an diese Besoldung geknüpft sind.

Noch ein kleiner Gesichtspunkt: Der PDS-Entwurf hat weitere Schwächen, z.B. lässt er die Verantwortlichkeit der Leitungspersonen offen. In § 6 Abs. 3 des jetzigen Gesetzes, den die PDS insoweit nicht ändern will heißt es: "Gegen den Präsidenten und den Vizepräsidenten können Disziplinarmaßnahmen nur in förmlichen Disziplinarverfahren verhängt werden." Wenn der Präsident und der Vizepräsident aber nach Ihrem Vorschlag nicht die Befähigung für die Laufbahn des höheren Dienstes haben müssen und sie im Einzelfall dann auch nicht haben, gibt es keine Möglichkeit für disziplinarrechtliche Sanktionen gegen sie; sie blieben gleichsam unangreifbar.

Und als letzten Punkt möchte ich darauf hinweisen, was die PDS hier will, ist für mich leicht durchschaubar. Sie wollen, meine Damen und Herren von der PDS, an der Spitze dieser wichtigen Behörde, die bewusst nicht nur auf haushaltstechnische Prüfungskompetenz, sondern auf richterliche Unabhängigkeit gegründet ist, eine reine politische Postenbesetzung. Dies würde aber dieser Behörde in ihrer Führungsspitze den Charakter der Beliebigkeit verleihen. Und das ist abzulehnen. An der Spitze müssen Personen stehen, die dem Regiment des Beamtenrechts unterstehen - sowohl was die persönlichen Voraussetzungen angeht, des Erlangens dieser Position, als auch was die Folge hieraus angeht, nämlich das besondere Gewaltverhältnis. Ich meine, dass man die spezielle Eigenschaft, auf die sogar die PDS bei einem guten Teil der Mitglieder des Landesrechnungshofs nicht verzichten will, nämlich auf die Befähigung zum Richteramt, auch für die Leitungspersonen fordern muss. Ich möchte dies mit einem Vergleich mit dem Kapitänspatent unterstreichen.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Aber umfangreich.)

Sie kennen meine Vorliebe für die Seefahrt. Herr Kretschmer ist leider nicht mehr da.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Jetzt kommt die Seefahrt.)

Wenn von einem Teil der Mannschaft, also einem Drittel der Mitglieder des Landesrechnungshofs, die Befähigung zum Richteramt gefordert wird, das ist doch auch Ihre Position, gleichsam das Kapitänspatent, dann sollte es für den Chef der Kommandobrücke, also den Präsidenten oder seinen Vertreter, nicht genügen, dass er das Diplom eines Maschinisten oder Bordingenieurs besitzt.

Der PDS-Vorschlag würde das Ansehen und die innere Autorität des Behördenleiters schwächen, wenn von diesem eine geringere Qualifikation gefordert würde als von seinen Mitarbeitern, zumindest von einem Drittel seiner Mitarbeiter im Leitungsgremium. Daher meine Forderung, für den Mann auf der Kommando-Brücke mindestens dieselbe Qualifikation wie für die Mannschaft, also das Kapitänspatent. Der PDS-Entwurf würde dies aber gerade nicht herbeiführen. Deshalb plädiere ich für seine Ablehnung. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Neudert, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Neudert, PDS:

Frau Präsidentin, Herr Dr. Dr. Dietz, ich verstehe, dass Sie Ihren Berufsstand so hochhalten, aber die Auslegung unseres Gesetzentwurfs, die Sie hier vorgenommen haben, ist schon wirklich abenteuerlich. Wie Sie aus diesem Gesetzentwurf herauslesen, dass wir an der Spitze des Landesrechnungshofs nur Menschen mit politischen Ambitionen haben wollen, weiß ich nicht. Es steht konkret drin, welche Anforderungen wir stellen wollen, wobei wir uns durchaus der Schwierigkeit bewusst sind, für die Anforderungen, die an einen Obercontroller, wenn man so will, im Lande gestellt werden, konkrete Berufungskriterien zu formulieren. Insofern wären wir Ihnen dankbar für entsprechende Hinweise im Ausschuss, in der Ausschussarbeit, denn ich hoffe ja, dass Sie diesen Gesetzentwurf mit uns gemeinsam an den Ausschuss überweisen werden. Ich gehe einmal nicht davon aus, dass wir in der 3. Legislatur mit diesem Gesetzentwurf oder diesem Entwurf zur Änderung des Gesetzes so verfahren werden wie in der 1. Legislatur bei der Beschlussfassung über dieses Gesetz. Ich war nämlich außerordentlich erstaunt darüber, dass in der 1. Legislatur weder in der ersten Lesung noch in der zweiten Lesung eine Debatte über dieses Gesetz geführt wurde. Es ist auch an keinen Ausschuss überwiesen worden. Das hat mich schon sehr erstaunt. Nun bin ich mir im Klaren darüber, dass in der 1. Legislatur ungeheuer viele Gesetzentwürfe hier beraten werden mussten und möglicherweise die Tragweite eines so kleinen Gesetzes nicht so überschaut wurde. Aber, ich denke, wir sollten es mit diesem Versuch der Veränderung nicht so machen. Wir wissen, und das haben Sie vergessen zu sagen, Herr Dr. Dr. Dietz, dass es nicht nur Bundesländer gibt, die ähnliche Formulierungen in ihrem Gesetz haben wie wir jetzt oder sogar noch weiter gehende, wir wissen auch, dass es Bundesländer gibt, und zwar auch eine ganze Reihe, die inzwischen diese Kriterien aus ihren Gesetzen gestrichen haben - aus gutem Grund mit Sicherheit. Wir sind der Auffassung, dass wir schon einmal in die Diskussion darüber gehen sollten, ob wir es nicht auch tun sollen. Und gerade das, was Sie hier ausgeführt haben, dass näm-

lich genau der Präsident und Vizepräsident mehr mit der Leitung und Kontrolle des Rechnungshofs und mit der Vertretung nach außen zu tun haben, sollte uns dazu veranlassen, darüber nachzudenken, ob die Befähigung zum Richteramt tatsächlich hinreichend und auch notwendig ist. Wir sind der Auffassung, dass dies nicht so ist und bitten Sie, mit uns darüber im Justizausschuss zu beraten.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Der Antrag ist gestellt worden auf Überweisung an den Justizausschuss. Wer diesem Antrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Das ist die Mehrheit. Ich habe einmal durchgezählt. Damit ist die Überweisung an den Justizausschuss nicht erfolgt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 9 a und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 10**

Erlaubnisfreier vorübergehender Aufenthalt von in Thüringen lebenden Asylbewerberinnen und -bewerbern in den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/237 -

Wird eine Begründung durch die antragstellende Fraktion gewünscht? Nein. So komme ich zum Aufruf der Rednerliste in der Aussprache. Als erster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Kölbl, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kölbl, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, in Drucksache 3/237 brachte die PDS-Fraktion dieses hohen Hauses einen Antrag ein, der darauf abzielt, dass die Landesregierung auf der Grundlage des § 58 Abs. 6 des Asylverfahrensgesetzes regeln möge, dass Asylbewerber, ohne Erlaubnis erst beantragen zu müssen, sich grundsätzlich in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens frei bewegen und aufhalten können. Der PDS-Fraktion erscheint die räumliche Beschränktheit und Beschränkung der Asylbewerber nur auf den jeweiligen Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde zu eingeengt, um als solcher Bewerber seine Amtsgänge, seine kulturellen Interessen oder die Besuche von Freunden durchführen zu können und fordert eine entsprechende Rechtsverordnung von der Landesregierung. Seitens der CDU-Landtagsfraktion sehe ich die Notwendigkeit einer solchen Regelung nicht.

(Beifall bei der CDU)

Anfangs müssen die, ich möchte sagen, neuen Asylbewerber sich ohnehin verpflichtetermaßen in einer Aufnahme-einrichtung aufhalten; mindestens 6 Wochen, das kann auch bis drei Monate dauern. Für die Durchführung aller not-

wendigen Schritte im Asylverfahren von der Anhörung bis evtl. zu ihrer Aufenthaltsbeendigung muss der Asylbewerber erreichbar sein, auch z.B. für die Wahrnehmung seiner sozialen Betreuung und letztendlich auch zu seiner Sicherheit. Er genießt gewissermaßen zunächst erst einmal in unserem Freistaat Thüringen ein geschütztes Bleiberecht, um sein Verfahren zum Abschluss zu bringen. Er ist ja nicht zu uns als Tourist gekommen, nein, sondern um seine Asylerkennung bzw. sein Bleiberecht möglichst bald unter Dach und Fach zu bringen. Zielt der Antrag der PDS aber dahin, dass, durch örtliche Bedingungen hervorgerufen, es notwendig ist, dass sich der Ausländer in einem Gebiet mehrerer Ausländerbehörden aufhalten darf, um an die örtlichen wichtigen Stellen wie zuständige Behörden, Rechtsanwalt, Arzt und Ähnliches heranzukommen oder die bestehenden örtlichen Verkehrsverbindungen überhaupt nutzen zu können, so kann dies über eine regionale Erlaubnis hinaus durch Rechtsverordnung der Landesregierung geregelt werden, die speziell diesen örtlichen Umstand näher regelt, nicht aber pauschal über das gesamte Land. Auch die örtlich bereits teilweise gewährte Erlaubnis, sich in dem Bereich der benachbarten Ausländerbehörde aufhalten zu dürfen, gibt es. Hier muss natürlich die Zustimmung der Ausländerbehörde erwirkt werden, in dem sich der Ausländer auch oder zusätzlich aufhalten darf. Dies ist manchmal ein Problem, ich weiß das. Es lässt sich aber lösen, zumal wenn dadurch der Einzelfall günstig geregelt werden kann. Ein freies Bewegen im gesamten Land würde meines Erachtens dem eingangs geschilderten geschützten Aufenthalt des Asylbewerbers entgegenlaufen. Gegenüber den sich illegal im Land aufhaltenden Personen oder auch den als untergetaucht Geltenden würde eine Magnetwirkung eröffnet, sich im Freistaat Thüringen aufzuhalten nach dem Motto, da fallen wir doch erst gar nicht auf. Dies kann aber weder im Sinne des Gesetzgebers noch im Sinne der Asylbewerber liegen. Aus diesem Grunde halte ich diese hier vorgeschlagene Lösung nicht nur für zu weit gehend, sondern auch für nicht notwendig. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Pohl, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Abgeordnete Kölbel hat schon einige Argumente genannt, die ich hier nicht noch einmal zu wiederholen brauche.

(Beifall bei der CDU, SPD)

In § 58 des Asylverfahrensgesetzes ist exakt geregelt, unter welchen Voraussetzungen Ausländer, die nicht mehr verpflichtet sind in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, den zugewiesenen Aufenthaltsbereich vorübergehend verlassen können. Ihrem Antrag oder Ihren Auslegungen muss

jedoch mit nicht erheblichen Bedenken begegnet werden. Sie verkennen schlicht und ergreifend auch den Sinngehalt der Vorschrift, die Sie hier ansprechen. Die den Ländern eingeräumte Befugnis zum Erlass einer Rechtsverordnung verfolgt ja auch den Zweck, bestimmte Unzulänglichkeiten auszuräumen. Zielrichtung einer solchen Rechtsverordnung ist aber nicht, den Bewegungsradius zu erweitern. Das Asylverfahrensgesetz lässt dem Verordnungsgeber auf Landesebene insoweit keinen Raum. Um das zu erreichen, was Sie eigentlich wollen, bedarf es einer Gesetzesänderung.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das stimmt doch nicht, Herr Pohl.)

Deshalb - und darauf muss ich auch wieder eingehen, Hauptanliegen von Aufenthaltsbeschränkungen ist die zügige Durchführung des Asylverfahrens - kann ich auch den Argumenten, die uns Kollege Kölbel hier schon angeboten hat, folgen bzw. kann meine Fraktion Ihrem Vorschlag nicht folgen und lehnt diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Bravo!)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es hat sich als nächster Redner zu Wort gemeldet der Abgeordnete Dittes, PDS-Fraktion.

(Unruhe bei der CDU)

Abgeordneter Dittes, PDS:

Sie sollten sich doch eigentlich mittlerweile daran gewöhnt haben, dass ich Mitglied dieses Parlaments bin.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, ich habe lange überlegt, was man ehemaligen DDR-Bürgern, die Sie ja zum größten Teil sind, erklären muss, warum es eigentlich keinen Grund geben sollte, Menschen - ob nun durch Mauern oder durch mit Strafandrohung versehenen Regelungen in Gesetzen - in ihrer Freizügigkeit einzuschränken. Ich werde Ihnen die verfassungsrechtlichen Überlegungen, das heißt, die juristischen Argumente unserer Fraktion vorstellen, aber ich bin der Überzeugung, dass der normale Menschenverstand eigentlich derartiger Argumente nicht mehr bedarf. Allein die Redebeiträge, die wir eben vernommen haben, sprechen aber dennoch für die Notwendigkeit, Ihnen diese auch in diesem Fall nicht zu ersparen. Was ist die Absicht der PDS-Fraktion? Die Landesregierung soll aufgefordert werden, auf der Grundlage des § 58 Abs. 6 Asylverfahrensgesetz eine Rechtsverordnung dergestalt zu erlassen, dass sich Asylbewerberinnen und Asylbewerber ohne Erlaubnis in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaats Thüringen vorübergehend aufhal-

ten können. Grundlage für diese nach dem Asylverfahrensgesetz als möglich vorgesehene Ausweitung der Beschränkung des Aufenthalts ist die in § 56 geregelte Beschränkung auf den Bezirk der Ausländerbehörde, in dem die für die Aufnahme des Ausländers zuständige Aufnahmeeinrichtung liegt. Für Thüringen heißt das nichts anderes, als dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Flüchtlinge sich lediglich erlaubnisfrei im Landkreis oder der kreisfreien Stadt aufhalten können, in der ihre Unterkunft - in der Regel ihre Gemeinschaftsunterkunft - liegt.

Meine Damen und Herren, was bedeutet das beispielsweise für Menschen, die in der Gemeinschaftsunterkunft in Markersdorf leben? Markersdorf liegt im Landkreis Greiz, aber in unmittelbarer Nähe zur kreisfreien Stadt Gera. Eine direkte Busverbindung nach Greiz existiert nicht. Die einzige Möglichkeit, mit dem Bus nach Greiz zu gelangen, beispielsweise zur Ausländerbehörde, führt über den Busknotenpunkt am Bahnhof in Gera. Und dort, meine Damen und Herren, werden Flüchtlinge kontrolliert, in Einzelfällen wurden ihnen die Ausweispapiere entzogen und sogar Bußgeldbescheide erlassen. Als ob diese Situation nicht schon makaber genug ist, riet etwa ein Polizeibeamter einem Flüchtling, er solle sich doch ein Taxi für die Fahrt nach Greiz nehmen. Aber nicht nur die fehlende direkte infrastrukturelle Anbindung lässt die Aufenthaltsbeschränkung zur quasi unerfüllbaren Vorschrift in diesem Fall werden. Die Fachärzte haben ihren Sitz in Gera, an die auch das Sozialamt verweist. Die Rechtsanwälte haben ihre Kanzleien in Gera, ebenso wie die Beratungsstelle der Diakonie ihren Sitz in der ehemaligen Bezirksstadt hat. Religiöse Betätigungen, soziale Kontakte, politische Aktivitäten und nicht zuletzt Möglichkeiten der sportlichen Betätigung sind an die Stadt Gera geknüpft. Und wenn Sie der Meinung sind, dass für eine Reihe dieser Betätigungen, dieser Besuche eine Erteilung einer Verlassensgenehmigung möglich wäre, dann möchte ich Sie kurz noch einmal darauf hinweisen, dass eine Antragstellung bei der Ausländerbehörde in Greiz für eine derartige Genehmigung ohne Verstoß gegen die Regelung des § 56 Asylverfahrensgesetz gar nicht möglich ist, sofern man auf die Nutzung der öffentlichen Personennahverkehrsmittel angewiesen ist. Noch etwas in diesem Fall. Das nächste Kartentelefon zur Gemeinschaftsunterkunft befindet sich in Weißig, also bereits im Stadtgebiet Gera, und ebenso auch die nächste Poststelle.

Meine Damen und Herren, zu welchen Auswirkungen diese Beschränkungen führen, habe ich Ihnen anhand dieses Beispiels, so hoffe ich doch, zumindest deutlich machen können. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass es nicht das einzige Beispiel in Thüringen ist. Auch die Unterkunft in Gangloffsömmern, am äußersten Rande des Landkreises Sömmerda, weist ähnliche Absurditäten auf. Ein Blick, Herr Pohl, in andere Bundesländer zeigt eben, dass die Beschränkung auf die Bezirke der Ausländerbehörde durchaus nicht gängige Praxis ist, weil deutlich wird, dass diese nach dem Asylverfahrensgesetz vorgenommene Beschränkung aufgrund der administrativen Struktur der

Landkreise und kreisfreien Städte zu einer nicht vertretbaren Einschränkung führt. Beispielsweise in Hessen bezieht sich die Aufenthaltsbeschränkung auf die Zuständigkeitsbereiche der Regierungspräsidien, die bis zu einem Drittel der Landesfläche des Landes Hessen ausmachen können; eine Größenordnung also, meine Damen und Herren, die durchaus von der Fläche, aber auch von der Einwohnerzahl die Ausweitung der Beschränkungen in Thüringen auf den gesamten Bereich des Freistaats nicht als völlig überzogene Forderung aussehen lässt. Man kann auch durchaus noch andere Beispiele aus anderen Ländern bringen, wie z.B. aus Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, die Regelung des § 56 Asylverfahrensgesetz ist auch so juristisch unbedenklich nicht. Es gibt für diese Einschränkung keinen plausiblen Grund; ihr liegt kein Schutzgut zugrunde; weder ist die verfassungsmäßige Ordnung durch das kurzzeitige Verlassen des Bezirks der Ausländerbehörde gestört, noch werden Rechte anderer dabei verletzt, welches die Einschränkung des allgemeinen Grundrechts auf Freizügigkeit einschränken kann. Herr Pohl, ich möchte Sie fragen: In welchem tatsächlichen Zusammenhang stehen denn eigentlich die Geschwindigkeit, in der Asylanträge genehmigt werden, und diese Beschränkung? Meines Erachtens dient diese Beschränkung letztendlich nur der Abschreckung von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen. Und dieser Abschreckungscharakter wird ja auch durch die Dreistufigkeit der Strafandrohung bei Verstoß gegen diese Beschränkung im Zusammenhang mit einem Zweitantrag gemäß Asylverfahrensgesetz sichtbar. Handelt es sich beim ersten Verstoß noch um eine Ordnungswidrigkeit, die mit einem Bußgeld belegt werden kann, so gilt die zweite Verletzung bereits als Straftat, die bei einer Wiederholung sogar zur Ausweisung führen kann. Die Rechtssicherheit, meine Damen und Herren, dieser Vorgehensweise ist mehr als fraglich, setzt sie doch voraus, dass die von dieser Regelung Betroffenen in umfassendem Maße über diese Regelung auch belehrt worden sind, das heißt, diesen Rechtsbelehr auch in ihrer Muttersprache erhalten haben. Meine Damen und Herren, ich kann guten Gewissens anzweifeln, dass dies in Thüringen erfolgt. Ich bin auch der Überzeugung, dass, wenn diese Regelung in dieser Form bleibt und aufgrund dieser Regelung Strafen verhängt werden, diese einer gerichtlichen Prüfung nicht mehr standhalten werden.

Meine Damen und Herren, auch Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Flüchtlinge haben Menschenrechte, haben Grundrechte, die im Grundgesetz sowie in der Verfassung des Freistaats Thüringen niedergeschrieben sind. Das erste Grundrecht, was durch das Asylverfahrensgesetz einer Einschränkung unterworfen wird, ist das Recht auf Freizügigkeit. Nach dem Kommentar zur Thüringer Verfassung von Linck, Jutzi und Hopfe können sich Ausländer eben auf diesen Artikel 5 Abs. 1 nicht berufen, ihre Freizügigkeit aber wird durch Artikel 3 Abs. 2 gewährleistet. Das heißt, die Freizügigkeit ist Ausdruck der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der allgemeinen Handlungs-freiheit im Sinne der Norm. In Artikel 3 Abs. 2 der Thürin-

ger Verfassung heißt es: "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt oder nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt." Ich hatte Ihnen ausgeführt, dass das aus unserer Sicht keinesfalls der Fall sein dürfte. Linck, Jutzi und Hopfe kommentieren diesen Artikel folgendermaßen, und ich möchte Ihnen dieses etwas längere Zitat durchaus nicht ersparen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Schriftlich nachreichen.)

Herr Kretschmer, Sie können gerne nachlesen. Wir alle haben ja freundlicherweise von der Landtagsverwaltung diesen Kommentar zur Verfügung gestellt bekommen, aber ich werde ihn trotzdem hier vortragen, weil er eben auch, ich glaube, in ganz deutlicher Form unser Anliegen begründen wird.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Aber langsam,
damit wir es mitbekommen.)

"Artikel 2 Abs. 3 steht auch Ausländern zu. Dies hat vor allem Bedeutung in den Handlungsbereichen, die durch spezielle Freiheitsrechte gesichert sind, aber lediglich Bürgern im Sinne des Artikels 104, also Deutschen im Sinne des Artikels 116 Grundgesetz, vorbehalten sind." Weiter heißt es: "Persönlichkeit bezeichnet den Menschen umfassender, enthält eine positive Aussage über dessen Individualität. Der Begriff der freien Entfaltung enthält ein Element der Aktivität. Demnach lässt sich die Gewährleistung des Artikels 3 Abs. 2 verstehen als Eröffnung eines Freiraumes zu eigener, bewusster und gestaltender Selbstentfaltung. Auf das Gewicht der Betätigung für die Persönlichkeitsentfaltung kommt es nicht an. Für diese Auffassung, die heute weitgehend unangefochten ist und es hoffentlich auch bleiben wird, spricht schon die Entstehungsgeschichte des Artikels 2 Abs. 1 Grundgesetz, dem Artikel 3 Abs. 2 nachgebildet wurde. Der Einzelne soll frei entscheiden können, in welcher Betätigung und Untätigkeit er seine persönliche Entfaltung findet.

(Zwischenruf Abg. Dr. Dr. Dietz, CDU: Zu
einer verfassungsmäßigen Ordnung gehört ...)

Einschränkungsversuche, wie etwa nur den Kernbereich des Persönlichen, sind entweder mit Blick auf Artikel 1 Abs. 1 überflüssig oder wegen drohender Bevormundung des Einzelnen und entstehender grundrechtlicher Schutzlücken abzulehnen." Soweit die Rechtsauffassung unter anderem des derzeitigen Landtagsdirektors. Ich glaube, es ist deutlich geworden oder zumindestens kann ich sagen, nach unserer Interpretation, nach unserer Auffassung steht diese Rechtsauffassung im Widerspruch zur Praxis bei der Erteilung von Verlassensgenehmigungen, auch erst recht dann, wenn z.B. das Thüringer Innenministerium die Teilnahme an einer Demonstration der Flüchtlingskarawane am 21. März 1998 mit der Begründung abgelehnt hat, dass kein öffentliches Interesse bestehe.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, wird nicht nur eine unzulässige politisch motivierte Einschränkung des Rechts zur freien Entfaltung der Persönlichkeit deutlich, hier verstößt die Handlungspraxis auch gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit, welches die Teilnahme an politischen Versammlungen mit einschließt, auf das sich Ausländerinnen und Ausländer wiederum selbst nicht berufen können, an dessen Stelle nach Auffassung wiederum von Linck, Jutzi und Hopfe der Artikel 3 Abs. 2 Thüringer Verfassung tritt.

Meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion bestreitet an dieser Stelle ausdrücklich, dass die Wahrnehmung von Grundrechten, wie etwa die soziale Teilhabe, die politische Betätigung oder aber auch die Ausübung einer Religion keinesfalls einem Antrags- und Genehmigungsverfahren unterworfen werden kann.

(Beifall bei der PDS)

Das Asylverfahrensgesetz lässt es ausdrücklich zu, dass Landesregierungen, um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, per Rechtsverordnung bestimmen können, dass sich Ausländerinnen und Ausländer ohne Erlaubnis vorübergehend in einem die Bezirke mehrfacher Ausländerbehörden umfassenden Gebiet aufhalten können. Eine derartige Rechtsverordnung würde den juristischen Bedenken unsererseits, die nicht erstmalig an dieser Stelle geäußert worden sind oder in die Diskussionen eingebracht worden sind, zwar nicht im vollen Umfang entsprechen, aber, meine Damen und Herren, sie würde andererseits nicht nur den örtlichen Verhältnissen in Thüringen Rechnung tragen und damit in Thüringen lebenden Asylbewerbern ermöglichen, auch in Thüringen ohne bürokratische Hürden am gesellschaftlichen Leben entsprechend der Entfaltung ihrer Persönlichkeit teilzunehmen.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, nicht in erster Linie wegen der hier vorgetragenen juristischen Argumente, aber sehr wohl wegen ihres normalen allgemeinen Menschenverstands. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor; doch, die Landesregierung. Herr Minister Köckert.

Köckert, Innenminister:

Herr Dittes, weil Sie keine juristischen Argumente mehr hören wollen, sage ich jetzt nur ganz kurz: Die Landesregierung lehnt eine generelle Verordnung in Ihrem Sinne ab.

Jetzt kommen wir noch zu dem normalen Menschenverstand. Zutreffend ist allerdings, dass das Asylverfahrens-

gesetz in § 58 Abs. 6 vorsieht, dass die Landesregierung, um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, durch Rechtsverordnungen bestimmen kann, dass sich Ausländer ohne Erlaubnis vorübergehend in einem die Bezirke mehrerer Ausländerbehörden umfassenden Gebiet aufhalten können. Diese Ermächtigung dient dazu, Unzuträglichkeiten auszuräumen, die sich im Einzelfall ergeben können, wenn die für Asylbewerber verbindlichen kommunalen Grenzen mit der Lebenswirklichkeit nicht übereinstimmen. Sie haben ja mehrere Beispiele davon genannt.

Das Innenministerium prüft derzeit den Erlass einer Rechtsverordnung gemäß § 58 Abs. 6 Asylverfahrensgesetz, um in einigen Fällen die Aufenthaltsbeschränkung der Lebenswirklichkeit anzupassen. Es ist aber überhaupt nicht nachvollziehbar, warum ein Asylbewerber, dessen Aufenthalt auf den Landkreis Sonneberg beschränkt ist, sich grundsätzlich auch im Landkreis Nordhausen aufhalten soll. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für Unzuträglichkeiten im Einzelfall grundsätzlich die Vorschriften des § 57 Asylverfahrensgesetz und § 58 Asylverfahrensgesetz hinreichende Lösungsmöglichkeiten bieten. Danach kann das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bzw. die Ausländerbehörde einem Ausländer erlauben, den Geltungsbereich der Aufenthaltsgestattung vorübergehend zu verlassen oder sich allgemein in dem angrenzenden Bezirk einer Ausländerbehörde aufzuhalten, wenn darin ein dringendes öffentliches Interesse besteht, zwingende Gründe es erfordern oder die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte darstellt. Die Notwendigkeit einer generellen Änderung der bisherigen Praxis in Thüringen sehe ich nicht. Deshalb bittet die Landesregierung darum, Ihren Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Eine Ausschussüberweisung ist nicht beantragt, damit stimmen wir über den Antrag der PDS-Fraktion in der Drucksache 3/237 ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? 2 Stimmenthaltungen. Bei einer großen Mehrheit von Gegenstimmen ist der Antrag der PDS-Fraktion mit 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 und komme zum Aufruf des neuen **Tagesordnungspunkts 10 a**

Unterstützungsmaßnahmen zum Erhalt der Simson Zweirad GmbH Suhl und des Fahrzeugbau-Traditionsstandorts

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/283 -

Es ist signalisiert worden, dass es einen Sofortbericht durch die Landesregierung gibt und die Fraktion hat mir ebenfalls signalisiert, dass sie daraufhin auf die Begrün-

dung verzichtet. Das bleibt auch dabei. Herr Minister Schuster, bitte.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, namens der Landesregierung erstatte ich den geforderten Sofortbericht. Die Simson Zweirad GmbH wurde am 21.08.1997 als Vertriebsgesellschaft für Produkte der Suhler Fahrzeugwerke GmbH und als Entwicklungsgesellschaft für neue Produkte gegründet. Die Suhler Fahrzeugwerke GmbH war zu diesem Zeitpunkt in eine existenzbedrohende Schieflage geraten. Ein von der Landesbank Hessen-Thüringen initiiertes Sanierungsversuch war gescheitert. Gesellschafter der Simson Zweirad GmbH war eine private Kapitalanlagegesellschaft mit 51 Prozent sowie die TIB mit 49 Prozent. Die TIB hatte aufgrund ihres Know-how die industrielle Betreuung des Engagements übernommen. Gegenstand der Simson Zweirad GmbH war die Entwicklung und Vermarktung von Zweirädern in erster Linie aus der Produktion des Suhler Fahrzeugwerks unter der Marke "Simson". Zielsetzung der Unternehmensgründung war es, die Traditionsmarke "Simson" zu beleben. Basis dieser Entwicklung war das Unternehmens- und Umstrukturierungskonzept zur Sanierung und Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Suhler Fahrzeugwerke. Die Geschäftstätigkeit der Simson Zweirad GmbH litt maßgeblich unter der nicht termingerechten und qualitativ unbefriedigenden Zulieferung durch das Suhler Fahrzeugwerk. Als Folge dieser Entwicklung wurde mit Datum vom 1. September 1998 auch die Verantwortung für die Produktion durch die Simson Zweirad GmbH übernommen. Die Simson Zweirad GmbH wurde durch den Freistaat Thüringen im Rahmen der einzelnen Förderprogramme finanziell begleitet. Auch die Suhler Fahrzeugwerke hatten früher durch den Bund, die Treuhandanstalt, BvS und den Freistaat eine Förderung erhalten. Eine detaillierte Darlegung der einzelnen Förderbeträge kann aufgrund der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nicht erfolgen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Simson Zweirad GmbH stellte sich in den Geschäftsjahren 1998 und 1999 unbefriedigend dar. Im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur wurde im September 1999 ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Schwerpunkte und Aufgabenstellungen wie folgt lauteten:

1. Prüfung der Sanierbarkeit der Simson Zweirad GmbH und Ermittlung des vorhandenen finanziellen Aufwands;
2. Analyse möglicher alternativer Formen der Zweiradfertigung am Standort Gewerbepark Suhl;
3. Ermittlung der am Standort vorhandenen Ressourcen.

Die Ergebnisse des Gutachtens lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Analyse der Ist-Situation ergab, dass eine kostendeckende Produktion mit der gegebenen Fertigungstiefe am jetzigen Standort in den bestehenden Strukturen nicht möglich ist. Eine Zweiradfertigung, so heißt es da, ist nur durch die Zufuhr von Kapital bzw. durch Gewinnung eines industriellen Partners zur Finanzierung der notwendigen Investitionen und Umstrukturierungsmaßnahmen möglich. Dies gilt sowohl für eine im Gutachten analysierte Neubauparallel als auch für eine Fortführung am jetzigen Standort. Eine Sanierung aus eigener Kraft ist nicht darstellbar.

Parallel wurde im Auftrag des Betriebsrats bzw. der IG Metall ein separates Gutachten in Auftrag gegeben. Nach den uns vorliegenden Informationen sind die Ergebnisse beider Gutachten weitgehend identisch. Mit Datum 24.01.2000 stellte die Geschäftsführung der Simson Zweirad GmbH einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Als Insolvenzverwalter wurde Herr Müller-Heidenreich eingesetzt.

Der Freistaat Thüringen hat weiterhin ein großes Interesse, den Fertigungsstandort Suhl aufrechtzuerhalten. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass dies nur gelingt, wenn ein industrieller Partner gewonnen werden kann. Bemühungen in diese Richtung hat es seit 1997 gegeben. Derzeit finden Gespräche mit rund einem halben Dutzend Interessenten statt. Sofern ein auch finanziell glaubwürdiger Investor mit einem plausiblen Konzept auftritt, ist der Freistaat Thüringen selbstverständlich bereit und willens, im Rahmen der einschlägigen Programme Unterstützung zu leisten.

Der Markenname "Simson" liegt derzeit in der Verfügungsgewalt der Gewerbetpark Suhl GmbH. Die Gefahr, dass der Markenname verwertet wird und für den Standort nicht mehr zur Verfügung steht, besteht daher aus unserer Sicht nicht. Wir müssen andererseits davon ausgehen, dass wohl zumindest ein Teil der Arbeitsplätze im Unternehmen nicht gehalten werden kann. Soweit die betroffenen Arbeitnehmer das 50. Lebensjahr vollendet haben, wird das neue Programm "50 Plus" zum Einsatz kommen. Die einzelne Einkommenssituation ist streng einzelfallbezogen. Eine pauschale Aussage ist hier nicht möglich. Im Übrigen wird die Arbeitsverwaltung in Absprache mit den betroffenen Mitarbeitern individuelle Fortbildungsmaßnahmen einleiten. Am 27.01., also gestern, habe ich mit dem Betriebsrat des Unternehmens gesprochen. Hier sind seitens der IG Metall und des Betriebsrats Behauptungen aufgestellt worden, die so nicht stehen bleiben können. Es ist erklärt worden, die Simson Zweirad GmbH habe im Herbst in Kenntnis der prekären wirtschaftlichen Situation des Unternehmens Auszubildende eingestellt, deren Ausbildungsverhältnis in Folge der Insolvenz gefährdet sei. Richtig ist, dass die Auszubildenden vom Ausbildungsverbund Gewerbliche Wirtschaft e.V. in Suhl eingestellt wurden. Simson Zweirad ist lediglich ein Praktikumsbetrieb. Bei Betriebseinstellung würden die Auszubildenden selbstverständlich einem anderen Betrieb zugewiesen.

Weiterhin bestanden Unklarheiten bezüglich der aktuellen arbeitsrechtlichen Situation. Nach Aussage des Betriebsrats und IG Metall Suhl hat sich die Belegschaft ab dem 24.01., dem Tag des Insolvenzantrags, arbeitslos gemeldet. Nicht mitgeteilt hat die IG Metall bei diesem gestrigen Gespräch, dass der Insolvenzverwalter in Abstimmung mit dem Arbeitsamt Suhl die Zahlung von Insolvenzgeld bzw. dessen Vorfinanzierung beantragt hat, so dass die Zahlung der vollen Nettobezüge vorerst gesichert ist. Die Arbeitslosenmeldungen werden zurückgenommen.

Meine Damen und Herren, nicht gerade hilfreich ist auch ein Schreiben aus dem Bundeskanzleramt, in dem man uns erstens mitteilt, nicht alle Rettungsmöglichkeiten genutzt zu haben, und in dem man uns anschließend um Informationen über das Unternehmen bittet. So gut ist man informiert.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich fasse noch einmal zusammen und stelle die jetzt konkret vorgesehenen Maßnahmen zur Standortsicherung dar:

1. Am 02.02. dieses Jahres werde ich im Wirtschaftsministerium mit dem Verwalter, Herrn Rechtsanwalt Müller-Heidenreich, verhandeln. Dabei wird es insbesondere um Gespräche gehen, die Herr Müller-Heidenreich mit möglichen Interessenten geführt hat. Weiterhin wird es um die Frage betrieblicher Aktivitäten während der Dauer des Insolvenzverfahrens gehen. Herr Müller-Heidenreich hat signalisiert, dass er zumindest die Ersatzteilerfertigung und -lieferung aufrechterhalten wird, wobei über den Umfang noch keine Aussagen möglich sind.

2. Die Investorensuche geht mit hohem Druck weiter. Interessenten werden hinsichtlich der Plausibilität ihrer Konzepte, aber auch hinsichtlich ihrer finanziellen Bonität sorgfältig geprüft.

3. Selbstverständlich stehen jedem Investor, der hier eintritt, die einschlägigen Förderprogramme uneingeschränkt zur Verfügung, wobei hier insbesondere GA- und Technologieförderung zum Zuge kommen dürfte.

4. Die Arbeitsverwaltung wird mit den Mitarbeitern der Simson Zweirad GmbH, welche nicht vom Verwalter bzw. einem Investor übernommen werden, individuelle Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Vermittlung auf dem örtlichen Arbeitsmarkt anbieten.

5. Für Mitarbeiter ab dem 50. Lebensjahr, insbesondere ab dem 55. Lebensjahr, kommt das Programm "50 Plus" zum Tragen, welches in erster Linie ebenfalls der Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt dient, gegebenenfalls oder nötigenfalls aber auch ein sozialverträgliches Erreichen des Rentenalters sichern hilft.

So viel zum jetzigen Stand des Themas. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, PDS:

Frau Präsidentin, entsprechend § 106 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantrage ich namens der PDS-Fraktion die Aussprache zum Bericht.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit eröffnen wir die Aussprache. Es liegt eine Wortmeldung des Abgeordneten Wehner, CDU-Fraktion, vor.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können mir glauben, dass mich das Thema "Simson" nicht nur deswegen betroffen macht, weil es nun mal in meinem Wahlkreis Suhl liegt, sondern dass ich auch aufgrund meines beruflichen Werdegangs eng mit dieser Firma verbunden bin, wissen zumindest einige der Abgeordneten hier. Ich habe in dieser Firma gelernt und ungefähr 15, 16 Jahre meines Berufslebens auch in dieser Firma zugebracht. Ich kenne die Probleme, die es schon zu DDR-Zeiten gab. Ich habe diese Firma über die Wendezeit beobachtet. Ich habe diese Firma natürlich auch in den letzten Jahren immer im Auge behalten. Und bei allen Terminen, die jetzt im Vorfeld zu dieser Aussprache stattgefunden haben - egal ob beim Wirtschaftsministerium, bei Betriebsversammlungen vor Ort, beim Ministerpräsidenten oder bei den Simson-Werkern, die gestern hier im Landtag waren -, war ich stets anwesend, habe also auch da die Stimmung letztendlich mitgenommen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, was Sie sich dort gestern geleistet haben, das grenzt schon an Frechheit, ich sage das so deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Wie man auf Kosten der Beschäftigten dort eine Schau abziehen kann, Herr Ramelow, ich sage es Ihnen auch deutlich, wenn Sie sich Erfolgserlebnisse auf Kosten dieser Belegschaft verschaffen müssen, indem Sie dort Schuldfragen aufwerfen, die überhaupt nicht den Leuten weiterhelfen; die Politik muss immer um die Menschen gehen und den Menschen helfen Sie nicht damit, indem Sie hier Schuldfragen stellen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Das ist ein Skandal. Sie haben von nichts Ahnung, und das gründlich.)

Schuldfragen können Sie hier im Parlament im Rahmen einer Debatte erörtern. Das hilft den Leuten überhaupt

nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Sie beherrschen genauso wie die Frau Zimmer ihr Handwerk sehr gut. Das ist Agitation und Propaganda. Das haben Sie früher schon gemacht und das machen Sie heute wieder.

(Beifall bei der CDU)

Um die Zukunft dieser Menschen und dieser Belegschaft geht es Ihnen überhaupt nicht.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Polemik auf Kosten der Menschen.)

Ich sage Ihnen noch einmal deutlich: Die Polemik haben Sie geführt. Ich musste Sie gestern fast von der Decke runterholen dort oben, wie ein HB-Männchen sind Sie hochgestiegen, so haben Sie sich hochgeschaukelt mit Ihren Worten, die Sie dort geredet haben vor den Leuten.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS)

Nein, Herr Ramelow, Sie müssen sich das auch schon mal anhören, und wenn Sie damit nicht fertig werden können, dass Ihnen jemand die Meinung sagt, ich bin auch gern bereit, in einem Untersuchungsausschuss mit Ihnen über das Thema noch weiter zu diskutieren.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Ich würde gern, dass Simson lebt.)

(Heiterkeit bei der CDU)

Das ist ein Ziel, Herr Ramelow, das eint uns nun wieder, aber Simson wird in diesen Strukturen nicht mehr leben und deswegen ist Ihre Fragestellung völlig falsch. Es geht nicht darum, dass das Land in dieses Unternehmen noch zusätzlich Mittel hineinsteckt. Das ist auch eine völlig falsche Wirtschaftspolitik. Ich gehe sogar so weit, dass ich sage, es war 1997 vielleicht schon falsch, dort noch mal Geld hineinzustecken. Und diese Entscheidung müsste man vielleicht im Nachhinein noch mal überdenken. Aber ich hätte ihr Geschrei damals hören wollen, wenn 1997 die Entscheidung gekommen wäre, wir machen diese Förderung nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Das Thema der Schuldfrage, das Sie gestern immer wieder gestellt haben, sage ich noch einmal, hilft den Leuten vor Ort überhaupt nicht weiter. Keinen Zentimeter bringt das im Problem weiter. Natürlich bekommen Sie dort Beifall von den Leuten, weil die Menschen natürlich erst mal empfänglich dafür sind. Jeder der Betroffenen sagt natürlich erst mal: Ja, ich war doch nicht schuld. Diese Schuldfrage bei Simson - das kann ich über Jahre hinweg verfolgen -

wurde immer wieder gestellt. Erst war es die Treuhand, dann waren es irgendwelche Vermieter, Mieten, die zu hoch waren, dann war es mal ein Herr Schulze, dann war es mal ein Herr Schmuck, jetzt ist es vielleicht ein Herr Heinemann, vielleicht ein Herr Hoffmann-Becking, vielleicht ein Herr Schuster, Ihrer Meinung nach zumindest.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Entschuldigung, Sie haben mir nicht zugehört.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Wehner, CDU:

Im Anschluss, Frau Präsidentin, wenn ich meine Ausführungen fertig habe. Kein Problem.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Am Ende der Ausführungen.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Ich will auch noch ein Wort zu Herrn Lippmann sagen, der ja nicht ganz so wie Sie, das gebe ich gern zu, aber auch die Leute dahin gehend so ein bisschen agitiert hat: Ja, Ihr habt halt im Herbst vergangenen Jahres die falschen Leute gewählt. Gut, der Betroffene bin ich.

(Beifall bei der SPD)

Das sind ja offensichtlich Menschen des Wahlkreises. Vielleicht haben die auch den Falschen gewählt, Ihrer Meinung nach, aber ich muss Ihnen sagen, die Alternativen, die Sie von Ihrer Partei hatten, die waren nicht allzu gut.

(Beifall bei der CDU)

Ich wollte mich nämlich heute auf diese Debatte mal vorbereiten - Frau Doht, der das ja so ganz wichtig war, ist offensichtlich nicht mehr da - und habe da heute früh im Internet mal nachgesehen. Wirtschaftspolitischer Sprecher - wissen Sie, wer da drinsteht? Der Mann, der war mir wohl bekannt, eine Frau war es jedenfalls nicht, bärtig war er, grauhaarig, Goedecke heißt er. Er steht nach wie vor drin. Der hat sich zum Thema "Simson" sicherlich nicht mehr geäußert. Es war leider nichts von der SPD mit Substanz festzustellen, was Sie dazu gesagt haben. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Und ich sage Ihnen auch noch - in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen-Anhalt haben die Leute anders gewählt. Meinen Sie, dort gibt es keine Konkurse? Den Leuten jetzt zu erzählen, ihr habt nur falsch gewählt und deswegen habt ihr das Problem und wir können euch deswegen nicht helfen, das ist doch so was von unwahr und

so weit hergeholt. Das ist unter Ihrem Niveau, das möchte ich mal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Hier kommen noch ein paar Wahrheiten zusammen. Wer hat denn das Verfahren im Moment in der Hand? Das ist zum Ersten der Verwalter.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Gott sei Dank.)

Das sage ich auch, Gott sei Dank, weil der Verwalter nämlich unabhängig von der Politik prüfen wird, was ist überhaupt noch machbar.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Ohne dass Sie darin rumfummeln können.)

Wissen Sie, Herr Ramelow, ich weiß nicht, ob Sie den Betrieb überhaupt schon mal besucht haben. Damit Sie überhaupt wissen, wovon Sie reden, würde ich Sie mal einladen und dann reden wir dort mal mit den Beschäftigten.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Sie sollten über die TIB reden.)

(Heiterkeit bei der CDU)

Sehen Sie, da sind wir wieder bei der parlamentarischen Auseinandersetzung. Sie haben doch mit Ihrem Wahlprogramm schon gesagt, Sie wollen Untersuchungsausschüsse noch und nöcher, dann machen Sie doch einen zu dem Thema.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Ramelow, ich möchte Sie auffordern, den Redner doch weiter sprechen zu lassen und die Auseinandersetzung nicht in der Art und Weise zu führen.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Frau Präsidentin, ich bedanke mich für Ihre Hilfe, ich habe sie aber nicht unbedingt nötig, aber trotzdem noch mal herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch mal deutlich sagen, worum es in Zukunft gehen muss. Herr Minister Schuster hat schon einiges gesagt. Wie man sich auch von Seiten der Opposition über das Programm "50 Plus" lustig macht und gestern vor allem auch lustig gemacht hat nach dem Motto "das funktioniert sowieso nicht", ist mir unverständlich. Das wissen Sie jetzt alle schon, dass das sowieso nicht funktioniert, weil die Arbeitsverwaltung angeblich schon alles weiß und alles

schon gesagt hat zur Belegschaft. Da kann man wieder nach Mecklenburg-Vorpommern und nach Sachsen-Anhalt schauen. Mir ist dort kein vergleichbares Programm bekannt, das Arbeitnehmer in einer solchen Situation so lange absichert. Und die soziale Absicherung für die Beschäftigten ist eigentlich ein wichtiger Punkt, denn zu den Wahrheiten gehört auch, dass alle sicherlich nicht in dem Unternehmen noch eine Chance haben werden, wenn es zu einer Neugründung kommt. Und zu dieser Chance - Neugründung - möchte ich auch noch mal was Deutliches sagen: Meine Erfahrung - und ich habe das in Suhl in mehreren Beispielen durch, zum Beispiel bei der Jagdwaffe -, jetzt kommt zunächst mal ein Windhundrennen zustande. Da kommen auch welche, die ganz, ganz schnell politisch Druck erzeugen. Die werden vielleicht dann auch von Ihnen wieder protegirt. Dann wird in der Zeitung stehen: Ja, die wollen 60 Arbeitsplätze sichern und die Politik reagiert nicht und gibt denen nicht den Zuschlag. Aber das ist genau der falsche Weg. Ein solider Investor hat nämlich auch Zeit und hat auch die Absicht, sich ordnungsgemäß prüfen zu lassen vom dortigen Verwalter. In diesem Sinne möchte ich auch ein bisschen Druck aus der ganzen Debatte nehmen. Die Zeit, die haben die jetzt dort. Die Namensrechte, und das ist das Entscheidende, die sind gesichert. Und das war damals bei den Jagdwaffen in Suhl das Gleiche, da ging es vielen nur um die Namensrechte. Deswegen habe ich dort keine Bedenken, dass, wenn ein vernünftiger Investor darunter ist, von Seiten der Landesregierung eine entsprechende Förderung erfolgt und das mit einer Landesbürgschaft zu einem guten Ende gebracht werden kann, mit deutlich weniger Beschäftigten natürlich. Es gab, glaube ich, noch eine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Dr. Koch.

(Zuruf Abg. Dr. Koch, PDS: Ich bin schon zufrieden. Ich habe die Frage vergessen.)

(Beifall bei der CDU)

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Lippmann, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema ist eigentlich zu ernst und zu spät dran heute. Herr Wehner, ich bilde mir eigentlich ein, gestern bei der Sache geblieben zu sein. Und die Punkte, die ich vor der Belegschaft gesagt habe, die sage ich Ihnen auch jetzt noch mal und die sind im Grunde genommen von Herrn Minister Schuster ausführlicher dargestellt worden. Was nun das Wahlergebnis anbelangt, da dürfen Sie nicht modifizieren, ich lasse mir das nicht gern gefallen. Ich ertrage schon eine Kritik, das macht mir überhaupt nichts aus. Es wurde gefragt, welche parlamentarischen Möglichkeiten wir, die Opposition, hätten. Ich habe darauf geantwortet:

Die sind recht eingeschränkt, aber das ist Ihre Entscheidung gewesen. Und dabei bleibt es auch und diese Behauptung lasse ich auch stehen.

(Beifall bei der SPD)

Im Grunde genommen gibt es - ich will das abkürzen, ich habe da viel zu viel aufgeschrieben - eigentlich zwei Gutachten, die überraschenderweise, vielleicht auch nicht überraschenderweise zu dem gleichen Ergebnis kommen. Zumindest liegt uns das Gutachten von Kemper und Schlomski vor, Unternehmensberater, das ist das Gutachten, das die IG Metall in Auftrag gegeben hat.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Aber wir haben es bezahlt.)

Das haben Sie nicht bezahlt, nein, nein. Ach, Herr Kretschmer, Sie reden jetzt von einem ganz anderen, Sie reden von dem Gutachten von Ernst und Young, das hat das Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben und natürlich auch bezahlt. Beide kommen aber im Grunde genommen zu denselben essentiellen Aussagen, aber die Gründe, die Kemper und Schlomski nennen, sind eigentlich, das weiß ich nun nicht, ob das bei Ernst und Young auch nachzulesen ist, folgende - sie dürften geläufig sein, zumindest denen, die dort schon mal waren oder die von dort kommen wie Sie, Herr Wehner: die katastrophale Finanzausstattung; die unzureichend qualifizierten Mitarbeiter im Managementbereich, nicht im Arbeitnehmerbereich;

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Dort auch!)

die mangelnden oder nicht wahrgenommenen Fach- und Branchenkenntnisse der institutionellen Anleger, das wären also die TIB und ZIUS gewesen - das sind nicht Aussagen von mir, das sind Aussagen, die von dort kommen; die verfehlte Vertriebspolitik und falsche Marktbeurteilung und dann noch ein Punkt, der eigentlich nach meinem Dafürhalten die Hauptursache ist, es sind keine Investitionen getätigt worden. Kein neues Unternehmen kommt ohne Investitionen erfolgreich auf den Markt. Man kann sagen, so bedauerlich das ist, es ist alles falsch gemacht worden, was man falsch machen konnte für dieses Unternehmen. Was jetzt kommen muss - vorausgesetzt, man will zumindest den Industriestandort in Suhl erhalten -, sind drei Dinge und ich wiederhole sie gern, weil ich sie vielleicht ein bisschen anders darstelle als Sie, Herr Schuster. Ich habe sie aber auch gestern genauso gesagt.

Aus dem Wirken des Sequestors heraus, der jetzt hier oben tätig ist, müssen sich Bedingungen ergeben, die erst einmal dazu führen, dass sich seriöse Investoren für den Standort überhaupt interessieren, denn im Moment weiß keiner, wem was gehört. So deutlich muss man das sagen. Dazu gehören klare Besitz- und Eigentumsverhältnisse und klare Nutzungsrechte an materiellen und immateriellen Werten, im Übrigen auch klare Zuständig-

keiten. Aber im Moment hat der Sequestor das Sagen, da sind wir uns einig.

Zweitens: Der Industriestandort kann nur in kleinen Schritten wieder aufgebaut werden. Auch das ist unstrittige Erkenntnis und ich glaube beiden Unternehmensberatern in dieser Frage gern, so schlimm wie das ist. Wir brauchen privates Geld und Unternehmen und Geschäftsführer, die diese Bezeichnung auch verdienen. Und hat man sie, dann gehört selbstverständlich dazu das übliche Potential staatlicher Fördermöglichkeiten - der Minister sagte es: GA, aber auch andere sind denkbar, die möglich sind.

Nicht zuletzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist der dritte Punkt, der eigentlich schon parallel zum Wirken des Sequestors zu leisten ist, gehört dazu, dass jede erdenkliche Möglichkeit eines sozialverträglichen Übergangs in die Arbeitslosigkeit oder eine Weiterbeschäftigung, das heißt also die soziale Sicherung, garantiert werden muss. Dazu ist natürlich auch die Arbeitsverwaltung mit einzuschalten. Ich will noch einen letzten Satz hinzufügen. Das sind die drei Punkte, die ich auch gestern so genannt habe, und ich glaube nicht, Herr Wehner, dass das eine unkorrekte Verhaltensweise gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Und nicht zuletzt erwarten wir von allen in Verantwortung Beteiligten, auch von der Landesregierung, dass sie sich nicht vor dieser Verantwortung drücken, sobald sie wieder auf uns zukommt, denn im Moment haben wir sie ja nicht. Man kann nicht in Wahlzeiten - und das ist jetzt nicht auf unsere Fahnen zu schreiben -

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das war Herr Dewes.)

Versprechungen machen; man sollte sie gelegentlich auch halten. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Weiterhin hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Zimmer, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Zimmer, PDS:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Lippmann, Herr Minister Schuster, ich bin Ihnen beiden dankbar dafür, dass Sie dafür gesorgt haben, dass das Thema mit Sachlichkeit begonnen wurde und, Herr Lippmann, dass Sie dafür gesorgt haben, dass jetzt Sachlichkeit wieder einziehen konnte.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Das, was als Einstiegsbeitrag in der Debatte durch den Abgeordneten Wehner hier gebracht worden ist, das ist eigentlich blanke Polemik.

(Unruhe bei der CDU)

Es ist eigentlich zu schade, um auf diese Art und Weise auf dieses Thema zu reagieren und darauf zu antworten. Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Wehner, dafür, dass Sie so viele Jahre in dem Betrieb gearbeitet haben, war das eine Schande, was Sie jetzt hier abgelassen haben. Sie sollten sich eigentlich schämen. Sie haben gestern in der Runde, als die Belegschaft hier anwesend war und mit dem Minister und anwesenden Vertretern aller drei Fraktionen gesprochen hat, sich erst zum Schluss überhaupt zu Wort gemeldet und dann mit einem Beitrag, der überhaupt nichts zur Sache gebracht hat. Sie haben nichts, aber auch nichts, nicht ein Wort von der Stimmung der Belegschaft und ein Wort von der Kritik der Belegschaft an den herbeigeführten Zuständen aufgenommen. Und das, was Sie hier getan haben, war eigentlich, mit blanker Polemik von den tatsächlichen Ursachen der Situation, die eingetreten ist, abzulenken. Wir haben es damit zu tun, dass hier aus meiner Sicht eine Form von Wirtschaftskriminalität geherrscht hat, die untersucht werden muss und wo klargestellt werden muss, wer für die Situation hier und heute Verantwortung trägt. Das ist der entscheidende Punkt, um den es hier gehen muss, und da können Sie sich nicht rausmogeln.

(Beifall bei der PDS)

Da können Sie nicht einfach so tun, als ginge es jetzt nur noch darum, die Belegschaft irgendwie zufrieden zu stellen, ruhig zu halten und möglichst von allem anderen abzulenken. Mir kommt es so vor - und das sage ich hier auch sehr deutlich -, als ob die Sanierung von Simson, die vorgeblich seit Jahren betrieben wird, nun mit dem vorgelegten Insolvenzantrag des Geschäftsführers ein Ergebnis des Diskontinuitätsprinzips ist.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete ...

Abgeordnete Zimmer, PDS:

Nein, ich bin nicht bereit, mich auf die Polemik von Herrn Wehner hier einzulassen, die kenne ich genug.

Die wirtschaftliche Situation des Traditionsunternehmens ist lange genug bekannt, die ist Ihnen bekannt, die ist den Abgeordneten bekannt, die sich in der letzten Legislaturperiode im Wirtschaftsausschuss damit befasst haben, die darüber mitberaten haben, ob ein Gutachten unmittelbar vor der Wahl ausgestellt wird, in welche Richtung dieses Gutachten zu zielen hat. Es ist mir auch bekannt, dass einige Abgeordnete aus dem Wirtschaftsausschuss der Meinung waren, man brauchte sich nicht im Wirtschaftsausschuss mit der Zielrichtung eines Gutachtens zu befassen

und wie die Maßnahmen bei Simson weiterlaufen sollten. Die Situation, Herr Kretschmer, im August, als der Wirtschaftsausschuss tagte und an dem ich teilgenommen habe, war keinen Deut besser,

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Na, und?)

im Gegenteil. Der Vorwurf, den ich hier an alle die richtige, die an der Entwicklung der Situation beteiligt waren: Es war klar, dass ein Zur-Verfügung-Stellen von Geld, das nur dazu reicht, gerade mal nicht zum Konkursrichter zu gehen, wo aber keine Investitionen in die Produktion erfolgten, wo keine Marktpflege erfolgen konnte, wo keine Entwicklung von Produkten erfolgen konnte, lediglich dazu beiträgt, einen Status quo zu erhalten und lediglich über bestimmte Wahlzeitpunkte hinwegzukommen. Schauen Sie doch mal nach, warum unmittelbar vor der Bundestagswahl die Neugründung von Firmen erfolgte. Schauen Sie doch mal bitte nach, warum

(Unruhe bei der CDU)

vor der Landtagswahl - ich glaube, Sie kennen sich nicht aus -, die entsprechenden Zusagen gegeben worden sind bzw. Wahlkampf gemacht worden ist. Es war bitte schön nicht nur der Innenminister, der in Suhl war.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: So ein Quatsch.)

Es gab einen Ministerpräsidenten, der seinen Wahlkampf mit Simsonfahrzeugen begleiten ließ. Da wäre es natürlich sehr peinlich gewesen, wenn nach dem Motto "Vogeltour durch Thüringen" ausgerechnet die Vogelschar aus Suhl praktisch Pleite gegangen wäre. Hier musste man schon etwas dafür tun, damit gerade in dieser Wahlkampfzeit nicht noch das Stimmungsbarmeter nach unten fiel. Heute, sage ich Ihnen noch mal, ist es wichtig, genau zu wissen, wie eine Situation entstanden ist und wer dafür auch die Haftung und Verantwortung trägt, dass wieder etwas Neues entstehen kann. Und, Herr Wehner, wenn Sie gestern zugehört hätten: Der Kollege Ramelow hat den anwesenden Kolleginnen und Kollegen der Belegschaft sehr genau gesagt, dass eigentlich 1997 der Zeitpunkt war, wenn man ehrlich gewesen wäre, zu dem der Konkurs hätte eingereicht werden müssen. Er hat ihnen nicht vorgespiegelt, man hätte alles retten können. Er hat ihnen genau gesagt: Wenn der Konkurs damals gemacht worden wäre, dann hätte man die Chance gehabt, aus diesem Konkurs heraus tatsächlich auch wieder eine Neugründung vorzunehmen und letztendlich den Markennamen "Simson" und den Zweiradstandort Suhl zu erhalten. Aber seit dieser Zeit ist nichts erfolgt, es ist ein Fass ohne Boden gewesen. Wenn Sie jetzt im Prinzip alles nur rumdrehen und sagen, wir würden verlangen, dass weiterhin Gelder in dieses Fass ohne Boden fließen, dann ist das die schlichte Unwahrheit. Aber wir stellen genauso wie die Belegschaft die

Frage danach, wie diese Gesellschafterstrukturen, die letztendlich dafür verantwortlich sind, dass sich in diesem Betrieb in den letzten Jahren nichts, aber auch nichts getan hat, zustande kommen konnten. Da finde ich es schon sehr merkwürdig, dass Sie hier mit einer Vehemenz den Schleier bzw. den Deckel darüber halten wollen. Ich frage nach der Verantwortung der Thüringer Industriebeteiligungsgesellschaft;

(Beifall Abg. Ramelow, PDS)

ich frage danach, wie es sein kann, dass ein 49-prozentiger Gesellschafter einen 51-prozentigen Gesellschafter gewinnen kann mit dem Auftrag, du hast dich hier herauszuhalten, obwohl bekannt ist, dass es sich bei dem Menschen, nämlich Herrn Eschbach, um einen bekannten Sanierer handelt, der in anderen Firmen sehr wohl aktiv gewesen ist und dort etwas zur Rettung von Unternehmen beitragen konnte. Ich frage danach, warum diese 51 Prozent mit Krediten aus der Thüringer Aufbaubank verbunden waren.

Dann sage ich, hier ist eine Gesellschaftskonstruktion geschaffen worden, die letztendlich die Ursache dafür ist, dass zwei Jahre lang in der Region nichts passiert ist. Die Menschen sind hingehalten worden, sie haben mit Eigenleistungen beigetragen, nämlich Lohnverzicht in Größenordnungen. Man hat ihnen auch noch Illusionen gemacht über die Art und Weise des Betriebswechsels, der stattgefunden hat, und sie dazu gebracht, auf einen Großteil ihres Einkommens zu verzichten. Sie liegen bei ca. 60 bis 65 Prozent des Tarifeinkommens. Sie haben auf Urlaubsgeld verzichtet, sie haben auf Weihnachtsgeld verzichtet. Das wissen Sie alles genau, das ist Ihnen gestern gesagt worden. Wenn Sie dort hingehört hätten, dann hätten Sie gewusst, worum es eigentlich wirklich geht. Hier können Sie sich nicht hinstellen und sagen: Die Belegschaft soll jetzt nur nach vorn schauen. Ja, die wollen freilich eine Lösung, aber um eine Lösung zu bekommen, müssen politische Entscheidungen getroffen werden. Die politischen Entscheidungen, die besagen nämlich, dass, wenn jemand die Chance haben will, dort einzusteigen, dann muss dieser Investor die Chance haben, aus den Haftungen herauszukommen und nicht nachträglich dann zur Haftung herangezogen werden für die Dinge, die jahrelang nicht geklärt worden sind. Warum sind unter Verantwortung des von der TIB eingesetzten Geschäftsführers die Vermögensverhältnisse nicht geklärt worden? Warum ist bis zum heutigen Zeitpunkt nicht geklärt, dass Maschinen, Anlagen, Ersatzteile, Altbestandteile an Material immer noch der Vorgängergesellschaft gehören? Erklären Sie mir doch bitte mal, auf welcher Grundlage hier ein Investor etwas unternehmen will. Warum ist nicht schon längst eine politische Entscheidung gefallen, dass man, wenn es Investoren gab, die sich in den letzten Jahren bereit erklärt haben, dass man mit anderen Angeboten agiert und z.B. nicht über die Simson-Park GmbH letztendlich an die TLG in Größenordnungen auch noch Mieten abzockt, die letztendlich jeden, der hier einsteigen will und der auch eine Überbrü-

ckung braucht, hindert, den Markennamen überhaupt noch weiterzuführen und eine Zweiradproduktion zu erhalten? Das ist die Frage, die Sie sich stellen müssen. Und dann erklären Sie mir mal bitte - und auch dazu habe ich leider von Herrn Schuster heute überhaupt nichts gehört -, er hat nämlich eigentlich zu dem Teil, für den aus unserer Sicht der Finanzminister eine erhebliche Verantwortung trägt, nichts gesagt,

(Unruhe bei der CDU)

ja, insbesondere nämlich zur Verantwortung für dieses Gesellschafterkonstrukt, überhaupt zur Ausstattung mit den entsprechenden Krediten, zu den offensichtlichen Zusagen, dass man die Interessen der vormaligen Gesellschafter, der Vorgänger-GmbH, für wichtiger hält als eine Entwicklung der Zweiradproduktion oder die Sicherung der Zweiradproduktion, dass deren Interessen zu wahren sind und damit Investoren auch abgeschreckt worden sind bzw. nach Hause geschickt worden sind. Dafür, denke ich, gibt es schon eine ganz konkrete Verantwortung. Und dann möchte ich auch schon wissen, wenn dieser Herr Eschbach mit seiner ZIUS GmbH beauftragt worden ist, warum der sich jetzt Anfang Januar aus dem Handelsregister hat streichen lassen? Erklären Sie mir doch mal diese Zusammenhänge. Wenn Ihnen, Herr Wehner, alles so klar ist und das alles überhaupt keine Konsequenzen für jetziges Tun überhaupt hat, dann erklären Sie mir doch auch mal, auf welcher Grundlage beispielsweise im August, als der von der TIB eingesetzte Geschäftsführer schon auf dem Weg zum Konkursrichter war, warum der zurückgepfiffen worden ist! Warum wurde noch am Freitag in der letzten Belegschaftsversammlung den Anwesenden erklärt, dass man zwar damit rechnen müsse, dass es zu einem Konkurs komme, aber bitte schön doch nicht jetzt? Man hätte noch Zeit und man würde noch die Dinge klären. Noch am vergangenen Donnerstag waren Investoren sowohl bei der TIB, bekamen dort Einsicht in Akten. Ihnen ist auch gesagt worden, dass es noch in dieser Woche Gespräche darüber geben würde, dass sie ihre entsprechenden Konzepte vorlegen sollten und dann geht am Montag früh sowohl an den Betriebsrat als auch an die IG Metall die Nachricht, dass Montag früh - da frage ich, was ist passiert zwischen Freitag und Montag früh? - der Geschäftsführer den Insolvenzantrag stellt.

Hier gibt es sehr wohl mehr zu klären, als nur zu sagen: Wir werden mal etwas tun. Ich nehme es sehr ernst, dass Herr Schuster gestern im Beisein der Belegschaft angekündigt hat, dass man als Wirtschaftsministerium bereit ist, das Stück Verantwortung, was von einer Landesregierung kommen kann, mit zu tragen - zu versuchen, den Standort zu erhalten, die Konzepte von Investoren zu prüfen, mit dem Sequestor zusammenzuarbeiten. Das bedeutet aber auch aus meiner Sicht, Herr Schuster, dass auch mit dem Sequestor beredet werden muss, dass nicht in erster Linie das normale Anliegen eines Sequestors verfolgt werden kann, nämlich ein Unternehmen in viele Teile zu zerschlagen und vielleicht irgendetwas übrig zu behalten. Ich sage Ihnen, ein Unternehmen wie Simson oder eine Zweiradproduktion

hat keine Chance in Suhl, wenn sie künftig auf eine Ersatzteilproduktion reduziert wird. Das ist irgendwann dann mal zu Ende. Da muss es schon darum gehen, dass man zumindest auch ein Produkt entwickelt, das eine Chance hat, das auch zu den entsprechenden Messen noch produziert und ausgestellt werden kann, damit man in die Vertragsgestaltung weiter reinkommt. Und ich sage Ihnen, man trägt auch eine Verantwortung für ein breites Händlernetz. Auch dafür, denke ich, gibt es eine Verantwortung der Landesregierung. Ich habe gestern sehr aufmerksam vernommen, dass Herr Schuster erklärt hat, dass man sich um diese Problematik kümmern will. Bloß ich sage deutlich, es geht hier nicht nur um die Verantwortung des Wirtschaftsministeriums, es geht um die Verantwortung der Landesregierung. Ich verlange genauso, dass hier das Finanzministerium, also insbesondere Herr Trautvetter, mit eingebunden wird, dass untersucht wird, welche Verantwortung die TIB, insbesondere Hoffmann-Becking, hatte und auch noch hat und es nicht sein kann, dass jetzt mit der Stellung des Insolvenzantrags auf einmal die TIB aus allem raus ist und sagt: Bitte schön, wir haben damit nichts mehr zu tun. Das ist, denke ich, eine Verhöhnung der Leute und ich glaube, die wird auch nicht akzeptiert. Die haben nämlich gestern sehr genau Fragen gestellt: Warum hat man einen Geschäftsführer eingesetzt, der von der Fahrzeugproduktion null Ahnung hat, warum einen Menschen aus der Verpackungsindustrie in ein Fahrzeugwerk gesetzt? Können Sie mir das erklären? Gibt es da einen vernünftigen Zusammenhang, wie man von einem solchen Menschen, der nicht aus dieser Branche stammt, überhaupt erwarten kann, dass er sich damit auskennt? Wie wären denn ansonsten Fehlentscheidungen zustande gekommen, dass man die falschen Motoren eingekauft hat? Das müsste ja eigentlich klar sein, was dann passiert, wenn ein solcher Mensch überhaupt nicht abschätzen kann, was da an Folgen zustande kommt. Ich möchte es noch einmal wiederholen: Wir erwarten, dass nicht nur darüber nachgedacht wird, wie man jetzt Auffanglösungen für die betroffenen Menschen schaffen kann, sondern dass darüber nachgedacht wird, wie wirklich zielgerichtet alle Mittel genutzt werden, und zwar die, die tatsächlich auch politisch möglich sind. Wir wollen hier keine Konstrukte, bei denen die EU sofort aufschreit und bei denen letztendlich auch anschließend sofort wieder ein Betrieb haftungsfähig ist und damit wiederum in einen Konkurs getrieben wird. Wir wollen eine gesunde, eine zukunftsfähige Lösung für die Region, für die Stadt Suhl. Wir wollen für den Zweiradstandort Suhl werben und wir meinen, dass Simson ein bisschen mehr ist, als letztendlich nur eine Verantwortung abzuschieben und letztendlich zu sagen: Fragt mal nicht nach den Ursachen. Simson ist ein Stück Identifikation. Ich verweise auf die NTI, die neueste Ausgabe, die gerade heute in den Fächern lag, dort gibt es eine Untersuchung darüber - über Markennamen und die Identifikation, wie die gerade auch in Thüringen angenommen werden. Es ist auch interessant, dass in dieser neuesten Ausgabe auch in Bezug auf die Übergabe eines Preises, Herr Schuster, von Ihnen noch ein ganz aktuelles Bild aus dem Jahre 1999 drin ist. Ich denke, es hat schon etwas

damit zu tun, wie Menschen sich auch mit ihrer Region identifizieren, welche Chancen sie für sich sehen, welche Perspektiven sie für sich sehen.

(Unruhe im Hause)

Da - denke ich - sind Sie in der Verantwortung. Ich beantrage deshalb, dass, weil der Bericht zwar ein Ausgangspunkt war, aber aus meiner Sicht noch nicht ausreichend das gesamte Problem beinhaltet hat, insbesondere die gesamten Gesellschafterstrukturen, dass eine Fortsetzung, eine Weiterführung der Debatte im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik erfolgt. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Doch, Herr Abgeordneter Kretschmer.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, es tut mir Leid, dass ich jetzt noch mal das Wort nehmen muss, aber nach dieser Redeflut muss man sich erst mal fragen, Frau Zimmer, was wollten Sie jetzt eigentlich? Wollten Sie der Belegschaft helfen oder wollten Sie Ihre Show? Wenn Sie der Belegschaft helfen wollten, da war es null und Show war auch null, es ist oben keiner da.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS)

Was ist mit dem Mann aus den Bäumen?

(Beifall bei der CDU)

Aber ich glaube, Frau Zimmer und Herr Ramelow, es ist für Sie schon ärgerlich, das, was damals von Ihnen initiiert worden ist mit "Thüringen brennt", das ist nicht mehr. Jetzt stürzen wir uns gemeinsam auf Simson, obwohl, das sage ich Ihnen mal ganz ehrlich, 1997 schon eine politische Lösung angestrebt worden ist in Ihrem Sinne. Ich sage es mal ganz hart.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Ja natürlich, für Herrn Koch immer.

Abgeordneter Dr. Koch, PDS:

Ja, in der Tat, die Frage ist mir wieder eingefallen und sie passt sehr gut an diese Stelle. Ich habe es jetzt 0.30 Uhr.

Herr Kretschmer, sind Sie denn in der Lage, heute Abend oder heute Morgen noch was Substantielles zu bringen?

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

War diese Frage jetzt ernsthaft gemeint oder wollten Sie mich provozieren?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Es war Ihre Fraktion, die diesen Antrag gestellt hat. Ich bin jetzt dran.

Abgeordneter Dr. Koch, PDS:

Sie haben mich doch gefragt.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Ihre Fraktion war es, die in Abänderung der Tagesordnung diesen Tagesordnungspunkt heute auf die Sitzung nehmen wollte. Ich kann nichts dafür, dass wir um 0.30 Uhr da sind.

(Zwischenruf Abg. Neudert, PDS: Gestern, heute nicht!)

Ja, gut. Aber es ist mein Recht hier vorzutragen und daran habe ich keinen Zweifel, dass Sie das auch einsehen werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Koch, haben Sie noch eine Frage?

Abgeordneter Dr. Koch, PDS:

Ja, meine Frage lautet: Ist damit meine Frage jetzt beantwortet?

(Heiterkeit im Hause)

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Wenn Sie die fünf Minuten Geduld aufbringen würden, mir zuzuhören, denke ich, Sie werden die Frage bejaht finden.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Das kann er nicht mehr!)

Das ist sein Problem. Aber ich dachte, er hatte die Frage schon zu Herrn Wehner bringen wollen. Jetzt noch mal zu dem Antrag: Wissen Sie, zunächst war der Antrag, einen Bericht zu erstatten. Da würde ich meinen, da ist schon in der Begründung eigentlich zu diesem Antrag vorweggenommen, was man eigentlich hören will, besonders wenn Sie mal den letzten Teil nehmen, die Kontrolle usw. ist allesamt ungenügend. Das heißt, wenn ich einen Bericht erstattet haben will, dann will ich doch nicht das

Ergebnis bereits vorwegnehmen, sondern ich sage, o.k., ich lasse Herrn Minister erst mal vortragen. Dann haben Sie sehr recht gesagt, dieses Thema "Simson" ist mehrmals im Wirtschaftsausschuss beraten worden. Sie haben es vorgetragen in der letzten Legislatur, zum Teil sehr spannend, zum Teil auch mit Wortprotokoll.

(Zwischenruf Abg. Dr. Koch, PDS: Wir haben es doch gehört, dann sagen Sie doch endlich mal was.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag.

Abgeordneter Buse, PDS:

Ich muss widersprechen. Wenn Sie zitieren, dann zitieren Sie richtig. In der Begründung steht "erscheint".

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Buse, das war kein Geschäftsordnungsantrag

(Unruhe bei der CDU)

und ich möchte an das hohe Haus appellieren, sich annähernd so zu verhalten, wie sich ein Parlament zu einem solchen Thema verhält. Ich verstehe wirklich, dass um 0.33 Uhr nach unserer Uhr hier vorn die Konzentration bei einigen nachlässt.

(Unruhe bei der CDU)

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Wirtschaftsausschuss-Sitzungen am 11.08. und 02.09. vorigen Jahres, am 02.09. übrigens mit Wortprotokoll, wo der Auftrag für die Gutachten noch klar definiert worden ist, nicht gegen Widerstände, sondern einheitlich. Jetzt finde ich etwas sehr merkwürdig von der PDS-Fraktion. Wir hatten Wirtschaftsausschuss-Sitzung am 20. Januar dieses Jahres, die SPD hat mündlich den Antrag gestellt, über die aktuelle Situation Bericht zu erstatten. Und, Herr Minister Schuster, ich fand das echt gut, ohne Vorwarnung, unvorbereitet haben Sie sehr sachkundig darüber Bericht erstattet. Das ist für mich eigentlich die Frage. Wir sind ständig unterrichtet, ich weiß eigentlich nicht, warum Sie heute diesen Berichterstattungsantrag gebracht haben unter dieser Frage: Wollen Sie Hilfe oder wollen Sie Show? Hilfe bringen Sie damit nicht. Ist doch ganz einfach, nicht?

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Nein, das ist nicht einfach. Herr Schuster hat gestern zu Beginn der Plenarsitzung gesagt, dass ...)

Das ist richtig.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Es sind doch Konsequenzen erfolgt.)

Bin ich jetzt wieder dran? O.k. Ich kann es Ihnen nur noch mal sagen, Sie stellen den Antrag auf Berichterstattung, die Berichte haben Sie oft genug bekommen.

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Nein, wir haben zum Beispiel nie einen Bericht gesehen.)

Doch, oft genug bekommen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Zimmer, lassen Sie bitte den Abgeordneten weitersprechen.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Ich versuche es zu Ende zu bringen, meine Damen und Herren. Frau Zimmer, vielleicht sollte ich Ihnen mit einem Spruch antworten. Es hat wahrscheinlich keinen Zweck mehr. Jeder schließt von sich auf andere und berücksichtigt dabei nicht, dass es auch anständige Menschen gibt. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen mehrere weitere Redemeldungen vor. Herr Abgeordneter Wehner.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Zimmer, ich nehme es dem fortgeschrittenen Abend zugute, dass Sie doch nicht alles verstanden haben, was ich gesagt habe.

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Das war ja nicht sehr viel, was Sie gesagt haben.)

Ja, Frau Ellenberger, ich habe Sie hier vorn als Präsidentin schon erlebt, das war auch nicht sehr viel, was da manchmal gekommen ist.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Frau Zimmer, zu Ihnen noch mal.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Wehner, Sie haben vorhin auf meine Hilfe verzichtet, als Sie weitersprechen wollten und haben jetzt eine Amtshandlung einer Vizepräsidentin kommentiert.

(Unruhe bei der CDU)

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir in der Aussprache zu einem Berichtersuchen sind.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Ich entschuldige mich dafür, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zimmer, ich wollte Ihnen noch was sagen: Ich habe in meinen Ausführungen mehrfach gesagt, dass Untersuchungen zu dem, was gewesen ist, aus meiner Sicht selbstverständlich stattfinden können. Dafür gibt es parlamentarische Möglichkeiten. Wenn Sie der Meinung sind, dann haben Sie alle Möglichkeiten, einen Untersuchungsausschuss einzuberufen oder dergleichen mehr. Da werden wir selbstverständlich mitarbeiten. Aber den Beschäftigten in der aktuellen Situation nützt es doch nichts, wenn wir jetzt, nehmen wir nur mal einen Moment an, es wäre so, feststellen würden, der oder der oder die TIB oder sonst wer wäre Schuld. Das nützt doch den Beschäftigten im Moment nichts. Zum Zweiten möchte ich noch sagen: Begreifen Sie doch endlich auch, dass in dem Konkurs eine Chance liegt, weil nämlich gerade das, was Sie die ganze Zeit auch genannt haben, die Altforderungen, diese ganzen Verquickungen mit dem Suhler Fahrzeugwerk, die sind jetzt alle weg für einen neuen Investor, das ist doch die große Chance. Und zum Dritten sage ich Ihnen noch mal deutlich, ich bin der Überzeugung, dass die Landesregierung alles tun wird, um Simson in Suhl zu halten, wenn man einen potentiellen soliden Investor findet. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Frage der Frau Abgeordneten? Zu Wort hat sich auch gemeldet der Abgeordnete Dittes, PDS-Fraktion.

(Unruhe bei der CDU)

Abgeordneter Dittes, PDS:

Meine Damen und Herren, wie der Abgeordnete Kretschmer sein Recht in Anspruch genommen hat, so tue ich das auch, ganz unabhängig von der Zeit. Ich bin etwas verunsichert, Herr Althaus, wenn ich den Beitrag Ihrer Fraktion so höre und heute in der "Neuen Thüringer Illustrierten" ein Zitat von Herrn Althaus lese: "Vor allem die Thüringer Industriebeteiligungsgesellschaft hatte und hat Verpflichtungen bei der Privatisierung von Unternehmen übernommen, wo das Land sehr häufig helfend eingreifen und sich zwischenzeitlich auch einbringen musste und muss, wie z.B. bei Simson Suhl, um den Wirtschaftszweig oder das Unternehmen dauerhaft zu sichern." Herr Althaus.

Ich hätte erwartet, dass Sie an dieser Stelle auch zu dieser Verantwortungsvornahme in Zukunft Stellung beziehen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Die können Sie vergessen.)

(Zwischenruf Abg. Stauch, CDU: Simson Suhl.)

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt scheint es wirklich keine weiteren Wortmeldungen mehr zu geben. Ich stelle gemäß § 106 Abs. 2 Geschäftsordnung fest, dass das Berichtersuchen erfüllt ist, wenn keine Fraktion widerspricht. Es ist aber der Antrag auf Fortberatung im Ausschuss gestellt worden. Wer dem Antrag auf Fortberatung im Ausschuss zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Das ist die Mehrheit des Hauses. Damit ist der Antrag auf Fortberatung im Ausschuss abgelehnt. Nun kommen wir zur Feststellung, dass das Berichtersuchen erfüllt ist. Gibt es dazu Widerspruch? Es gibt keinen Widerspruch und das Berichtersuchen ist erfüllt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 a als letzten Tagesordnungspunkt am heutigen Morgen.

Die nächsten Plenarsitzungen finden am 23. und 24. Februar 2000 statt. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und eine gute Nacht für die restlichen paar Stunden.

Ende der Sitzung: 0.41 Uhr

Anlage 1**Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am
28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1****Thüringer Gesetz über die Feststellung des
Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 -
ThürHhG 2000 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/272 -

Seite 2 Nr. 3 (Kapitel 04 01, Titel 883 76)

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
6. Böck, Willibald (CDU)		50. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	51. Neudert, Christiane (PDS)	Enthaltung
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	53. Nothnagel, Maik (PDS)	Enthaltung
10. Buse, Werner (PDS)	Enthaltung	54. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
14. Dittes, Steffen (PDS)	Enthaltung	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
15. Doht, Sabine (SPD)		59. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	60. Ramelow, Bodo (PDS)	Enthaltung
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	ja
18. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Scheringer, Konrad (PDS)	Enthaltung
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Schugens, Gottfried (CDU)	
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	Enthaltung	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	Enthaltung
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
28. Heß, Petra (SPD)	ja	72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	Enthaltung
29. Heym, Michael (CDU)	nein	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		74. Tasch, Christina (CDU)	nein
31. Huster, Mike (PDS)	Enthaltung	75. Thierbach, Tamara (PDS)	
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	Enthaltung	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	Enthaltung
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	Enthaltung
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	Enthaltung
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein

Anlage 2**Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am
28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1****Thüringer Gesetz über die Feststellung des
Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 -
ThürHhG 2000 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/272 -

Seite 3 Nr. 4 (Kapitel 07 02, TGr. 92 neu)

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
6. Böck, Willibald (CDU)		50. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	51. Neudert, Christiane (PDS)	ja
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	53. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
10. Buse, Werner (PDS)	ja	54. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
14. Dittes, Steffen (PDS)	ja	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
15. Doht, Sabine (SPD)		59. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	60. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	ja
18. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Scheringer, Konrad (PDS)	ja
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Schugens, Gottfried (CDU)	
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
28. Heß, Petra (SPD)	ja	72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	ja
29. Heym, Michael (CDU)	nein	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		74. Tasch, Christina (CDU)	nein
31. Huster, Mike (PDS)	ja	75. Thierbach, Tamara (PDS)	
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)		78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	ja
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	ja
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein

Anlage 3**Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am
28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1****Thüringer Gesetz über die Feststellung des
Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 -
ThürHhG 2000 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/272 -

Seite 4 Nr. 1 (Kapitel 07 08, Titel 685 74)

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
6. Böck, Willibald (CDU)		50. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	51. Neudert, Christiane (PDS)	ja
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	53. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
10. Buse, Werner (PDS)	ja	54. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
14. Dittes, Steffen (PDS)	ja	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
15. Doht, Sabine (SPD)		59. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	60. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	ja
18. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Scheringer, Konrad (PDS)	ja
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Schugens, Gottfried (CDU)	
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
28. Heß, Petra (SPD)	ja	72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	ja
29. Heym, Michael (CDU)	nein	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		74. Tasch, Christina (CDU)	nein
31. Huster, Mike (PDS)	ja	75. Thierbach, Tamara (PDS)	
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	ja
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	ja
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein

Anlage 4

Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am
28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1Thüringer Gesetz über die Feststellung des
Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 -
ThürHhG 2000 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/272 -

Seite 5 Nr. 1 (Kapitel 08 29, Titel 684 71)

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
6. Böck, Willibald (CDU)		50. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	51. Neudert, Christiane (PDS)	Enthaltung
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	53. Nothnagel, Maik (PDS)	Enthaltung
10. Buse, Werner (PDS)	Enthaltung	54. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
14. Dittes, Steffen (PDS)	Enthaltung	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
15. Doht, Sabine (SPD)		59. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	60. Ramelow, Bodo (PDS)	Enthaltung
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	ja
18. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Scheringer, Konrad (PDS)	ja
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Schugens, Gottfried (CDU)	
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	Enthaltung	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	Enthaltung
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
28. Heß, Petra (SPD)	ja	72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	Enthaltung
29. Heym, Michael (CDU)	nein	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		74. Tasch, Christina (CDU)	nein
31. Huster, Mike (PDS)	Enthaltung	75. Thierbach, Tamara (PDS)	
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	Enthaltung	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	Enthaltung
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	Enthaltung
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	Enthaltung
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein

Anlage 5

Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am
28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1Thüringer Gesetz über die Feststellung des
Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 -
ThürHhG 2000 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/272 -

Seite 5 Nr. 2 (Kapitel 08 44, Titel 684 01)

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
6. Böck, Willibald (CDU)		50. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	51. Neudert, Christiane (PDS)	ja
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	53. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
10. Buse, Werner (PDS)	ja	54. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
14. Dittes, Steffen (PDS)	Enthaltung	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
15. Doht, Sabine (SPD)		59. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	60. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	ja
18. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Scheringer, Konrad (PDS)	Enthaltung
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Schugens, Gottfried (CDU)	
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
28. Heß, Petra (SPD)	ja	72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	ja
29. Heym, Michael (CDU)	nein	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		74. Tasch, Christina (CDU)	nein
31. Huster, Mike (PDS)	ja	75. Thierbach, Tamara (PDS)	
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	Enthaltung	82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	ja
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	ja
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein

Anlage 6**Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am 28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1****Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 - ThürHhG 2000 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/272 -

Seite 9 Nr. 4 (Kapitel 15 50, Titel 686 76)

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	Enthaltung
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
6. Böck, Willibald (CDU)		50. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	51. Neudert, Christiane (PDS)	Enthaltung
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	53. Nothnagel, Maik (PDS)	Enthaltung
10. Buse, Werner (PDS)	Enthaltung	54. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
14. Dittes, Steffen (PDS)	Enthaltung	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
15. Doht, Sabine (SPD)		59. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	60. Ramelow, Bodo (PDS)	Enthaltung
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	Enthaltung
18. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Scheringer, Konrad (PDS)	Enthaltung
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Schugens, Gottfried (CDU)	
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	Enthaltung	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	Enthaltung
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
28. Heß, Petra (SPD)	ja	72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	Enthaltung
29. Heym, Michael (CDU)	nein	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		74. Tasch, Christina (CDU)	nein
31. Huster, Mike (PDS)	Enthaltung	75. Thierbach, Tamara (PDS)	
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	Enthaltung	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	Enthaltung	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	Enthaltung
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	Enthaltung
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	Enthaltung
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein

Anlage 7

Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am
28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1Thüringer Gesetz über die Feststellung des
Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 -
ThürHhG 2000 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Änderungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/272 -

Seite 11 (Kapitel 17 20, Titel 893 01)

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
6. Böck, Willibald (CDU)		50. Mohring, Mike (CDU)	nein
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	51. Neudert, Christiane (PDS)	ja
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	53. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
10. Buse, Werner (PDS)	ja	54. Panse, Michael (CDU)	nein
11. Carius, Christian (CDU)	nein	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
14. Dittes, Steffen (PDS)	ja	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
15. Doht, Sabine (SPD)		59. Primas, Egon (CDU)	nein
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	60. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	ja
18. Emde, Volker (CDU)	nein	62. Scheringer, Konrad (PDS)	ja
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	65. Schugens, Gottfried (CDU)	
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
28. Heß, Petra (SPD)	ja	72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	ja
29. Heym, Michael (CDU)	nein	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		74. Tasch, Christina (CDU)	nein
31. Huster, Mike (PDS)	ja	75. Thierbach, Tamara (PDS)	
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	nein	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	ja
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	ja
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein

Anlage 8**Namentliche Abstimmung in der 9. Sitzung am
28.01.2000 zum Tagesordnungspunkt 1****Thüringer Gesetz über die Feststellung des
Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 -
ThürHhG 2000 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 3/72 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/273 -

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	46. Kummer, Tilo (PDS)	ja
2. Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	47. Lehmann, Annette (CDU)	nein
3. Bechthum, Rosemarie (SPD)	ja	48. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
4. Becker, Dagmar (SPD)	ja	49. Lippmann, Frieder (SPD)	ja
5. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	50. Mohring, Mike (CDU)	Enthaltung
6. Böck, Willibald (CDU)		51. Neudert, Christiane (PDS)	ja
7. Bonitz, Peter (CDU)	nein	52. Nitzpon, Cornelia (PDS)	
8. Botz, Dr. Gerhard (SPD)		53. Nothnagel, Maik (PDS)	ja
9. Braasch, Detlev (CDU)	nein	54. Panse, Michael (CDU)	nein
10. Buse, Werner (PDS)	ja	55. Pelke, Birgit (SPD)	ja
11. Carius, Christian (CDU)	nein	56. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
12. Dewes, Dr. Richard (SPD)	ja	57. Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	
13. Dietz, Dr. Dr. Heinrich (CDU)	nein	58. Pohl, Günter (SPD)	ja
14. Dittes, Steffen (PDS)	ja	59. Primas, Egon (CDU)	nein
15. Doht, Sabine (SPD)		60. Ramelow, Bodo (PDS)	ja
16. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	ja	61. Schemmel, Volker (SPD)	ja
17. Ellenberger, Irene (SPD)	ja	62. Scheringer, Konrad (PDS)	
18. Emde, Volker (CDU)	nein	63. Schröter, Fritz (CDU)	nein
19. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	64. Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	ja
20. Fischer, Dr. Ursula (PDS)		65. Schugens, Gottfried (CDU)	
21. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	66. Schuster, Franz (CDU)	nein
22. Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	67. Schwäblein, Jörg (CDU)	
23. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	68. Sedlacik, Heidrun (PDS)	ja
24. Grob, Manfred (CDU)	nein	69. Seela, Reyk (CDU)	nein
25. Groß, Evelin (CDU)	nein	70. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
26. Grüner, Günter (CDU)	nein	71. Sonntag, Andreas (CDU)	nein
27. Hahnemann, Dr. Roland (PDS)		72. Stangner, Dr. Isolde (PDS)	ja
28. Heß, Petra (SPD)	ja	73. Stauch, Harald (CDU)	nein
29. Heym, Michael (CDU)	nein	74. Tasch, Christina (CDU)	nein
30. Höhn, Uwe (SPD)		75. Thierbach, Tamara (PDS)	
31. Huster, Mike (PDS)	ja	76. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
32. Illing, Konrad (CDU)	nein	77. Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	nein
33. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	78. Vopel, Bärbel (CDU)	nein
34. Kallenbach, Jörg (CDU)	nein	79. Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
35. Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	80. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
36. Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	81. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
37. Klaus, Dr. Christine (SPD)		82. Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
38. Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	83. Wolf, Bernd (CDU)	nein
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	84. Wolf, Katja (PDS)	ja
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	85. Wunderlich, Gert (CDU)	nein
41. Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	86. Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
42. Krauß, Horst (CDU)	nein	87. Zimmer, Gabriele (PDS)	ja
43. Kretschmer, Otto (SPD)	ja	88. Zitzmann, Christine (CDU)	nein
44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein		
45. Krone, Klaus, von der (CDU)			